

Europäische Kongresse im Wandel der Außenpolitik

Von Hermann Hackert †

Europa brennt nun ab, und aus der Asche erst wird eine neue Ordnung der Dinge entstehen, oder vielmehr wird die alte Ordnung neue Reiche beglücken. Wir erleben sie nicht mehr, die Epoche, wo Gesetze gegen blinde Herrschsucht ihre ewigen Rechte behaupten werden. Eine Veränderung in der Form aller europäischen Staaten ist unvermeidlich, sie wird, sie muß eintreten, diesen totalen Umsturz werden wir erleben.

Metternich an Gentz am 21. Januar 1806

In der Einleitung zu unserem Bericht über die Moskauer Konferenz der Außenminister wurde angedeutet, daß wir die dort zutage getretenen Auseinandersetzungen als ein Durchgangsstadium in dem gewaltigen Umschmelzungsprozeß betrachten, der Europa und die Welt ergriffen hat. Während sich das Jahr der Londoner Außenministerkonferenz zuneigt, die der britische Außenminister unlängst als die „wahrscheinlich lebenswichtigste Konferenz der Weltgeschichte“ bezeichnet hat, erscheint es angebracht, den Blick tiefer in die Vergangenheit zu senken und die Perspektiven, die die Zeit uns eröffnet, in ihrer ganzen Weite zu umfassen.

Vergegenwärtigen wir uns den Rhythmus der politischen Auseinandersetzungen, die das Gesicht Europas in seiner neueren Geschichte bestimmt haben, so spüren wir, wie allenthalben die drängende Wucht universaler Konzeptionen auf das Beharrungsvermögen überkommener Machtpositionen trifft, sie überspült und in ihren Grundfesten erschüttert. Nie kommen aber die revolutionären Fluten zu freiem, ungehemmtem Durchbruch. Ausgehöhlt und zerfurcht in jahrhundertlangen Stürmen, auf weite Strecken unter gewaltigen Erschütterungen zusammenbrechend, aber selbst dann ruinenhaft beharrend, hält sich die Grundstruktur des europäischen Staatsgefüges in basaltener Dauer. Mag inzwischen die Spannweite des Erdballs auf einen Bruchteil zusammenschrumpfen, mögen ganze Kulturkreise auf anderen Kontinenten der zivilisatorischen Expansion Europas erliegen, mögen sich Voraussetzungen und Methoden der Politik in Europa selbst im innersten Kern verändern. — es bleiben bestimmte statische, staatliche Gegebenheiten, Vorstellungen des Gleichgewichts und der „Convenance“, Grenzen, Reservate, Attribute der Macht und des Prestiges so unberührt, so losgelöst von der geschichtlichen Entwicklung, daß die Welt sich daran gewöhnt hat, in ihnen überhaupt das Wesen der Politik zu sehen.

Dabei stammen gerade diese anscheinend unzerstörbaren Elemente der Politik aus Bereichen, die dem klärenden, wägenden Verstand und dem freien Zugriff des Willens offenstehen: Nur die angestaute Trägheit und Müdigkeit vieler Geschlechter — „stupidité, le secret des grands règnes“, wie Napoleon einmal bitter bemerkte —, nur das Beharrungsvermögen eingefahrener Denkgewohnheiten hindern uns, das gestörte Gleichgewicht weltweit, nicht nur kontinental wiederherzustellen, die politische Konvenienz aus den engen Bereichen der Kabinettpolitik zu lösen, neue Grenzen zu ziehen und neue Reservate einzuräumen, die den sozialen Gegebenheiten der Zeit und den wirklichen Notwendigkeiten der Völker entsprechen.

Das Ringen um ein tieferes Verständnis unserer geschichtlich gewachsenen Bindungen kann ein erster Schritt unserer Selbstbefreiung werden, wenn wir daraus den Maßstab für große Entscheidungen und die nötige Sammlung und Bescheidenheit für die vielen unscheinbaren Handreichungen gewinnen, die einer wirklichen Zeitenwende vorausgehen müssen. Als Vorstufe einer solchen geschichtlichen Besinnung war die nachfolgende Studie gedacht. Sie kann von uns nicht in der Form vorgelegt werden, wie sie vom Autor ursprünglich geplant war. Er wollte die Darstellung der Kongresse von Münster, Utrecht, Wien und Paris nur als Einleitung zu einer Untersuchung der Friedensverhandlungen nach dem zweiten Weltkrieg benutzen, die, auf unseren bisherigen Archivberichten aufbauend, die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in einen weiteren geschichtlichen Zusammenhang stellen sollte. Mitten aus der Arbeit nahm der Tod den erst Einunddreißigjährigen zu sich. In unserer Redaktion, der er ein stiller, zurückhaltender Kamerad war, entsteht dadurch eine schmerzliche, nicht auszufüllende Lücke. Sein Gespräch mit den Mächten der Vergangenheit, das er vorsichtig, aber zielbewußt eingeleitet hatte und unter allen Entbehrungen der Nachkriegszeit im Schatten eines schweren Leidens fortführte, soll nicht abreißen. Es bleibt uns verpflichtend wie die unausgesprochenen Worte vieler anderer, die an der Schwelle dieser dunklen Jahre zurückgeblieben sind, als das Vermächtnis eines jungen Europäers.

Co.

Die Friedensverhandlungen von Münster und Osnabrück

Der Doppelkongreß von Münster und Osnabrück stellt das erste allgemeine europäische Gesandtentreffen dar. Bis auf England, Dänemark, Rußland, Polen und Siebenbürgen sind alle Staaten Europas vertreten; sogar die Türkei hat einen Beobachter entsandt. So bunt wie die Versammlung selbst ist auch ihr Hintergrund. Ideologische und materielle Interessen der verschiedensten Art stehen sich gegenüber, mannigfaltige Traditionen kämpfen mit einem keineswegs einheitlichen Neuerungswillen, so daß es schwerfällt, das Wesentliche herauszugreifen.

Der Beginn des Kongresses steht im Zeichen der bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein charakteristischen Verquickung von Kriegführung und Friedensverhandlung. Die Präliminarien waren schon 1641 in Hamburg unterschrieben worden, aber erst zwei Jahre später, nach dem Einfall Tor-

stensons (1)* in Böhmen, wurden sie ratifiziert. Der kaiserliche Sieg bei Tuttlingen bringt kurz darauf eine neue Verzögerung, und erst im April 1645 sieht Münster die feierliche Eröffnung.

Wer die sechzehn Monate dauernden Verhandlungen über die gegenseitige Anerkennung der Vollmachten nur als Verschleppungsmanöver ansehen wollte, befände sich im Irrtum. Wohl legten die Parteien keine besondere Eile an den Tag, da sie sich noch zu viel von den Waffen versprochen, aber die Klärung der Formfragen wurde mit kaum vorstellbarem Nachdruck betrieben. Ein Zurückweichen in einer so wichtigen Sache wie etwa dem Titel, der dem jeweiligen Souverän in den Beglaubigungsschreiben zugelegt wurde, hätte von vornherein eine schlechte Ausgangsposition ge-

* Die Ziffern in Klammern sind Hinweise auf den biographischen Anhang.

schaffen. Die sogenannten „curialia“, die in den Akten von Münster und den folgenden Kongressen ebensoviel Platz beanspruchen wie die sachlichen Verhandlungen, sind charakteristisch für den Geist der Barockdiplomatie. Ihr waren die Zeremonialstreitigkeiten nicht nur eine große diplomatische Kraftprobe, sondern vor allem die entscheidende Gelegenheit, mit der Rangfolge der Herrscher auch das Verhältnis der Mächte in Europa neu zu klären oder die alte Ordnung wiederherzustellen. Wenn der König von Frankreich auf Grund der auf den Konzilien gebräuchlichen Formel „rex Franciae et aliqui reges“ den Vorrang vor den übrigen Königen beanspruchte, so lag darin die Vorbereitung des universalmonarchischen Anspruchs, den der Staat Ludwigs XIV. dann bald nicht ohne den Gedanken an die Kaiserkrone selbst erhob. Das Reichsoberhaupt stand dem Bestreben der Kurfürsten, wie gekrönte Häupter behandelt zu werden, nicht ganz feindlich gegenüber, weil das eine Herabsetzung aller Könige bedeutet hätte. Die Herzöge indessen waren darauf bedacht, daß ihr Abstand zu den großen Sieben, aus denen der Friedensschluß acht machte, nicht zu spürbar wurde. So ist jede Einzelheit der endlosen Debatte um Anrede, Vortritt und Sitzordnung symbolisch für die völlige Auflösung der mittelalterlichen Begriffe im Reich und in Europa und für das außerordentlich gewachsene Selbstbewußtsein der großen und kleinen Staatsgebilde.

Hatten schon Karl V. (2) und die Kräfte, die hinter ihm standen, es nicht vermocht, den großen Ordnungsgedanken des Mittelalters nachträglich in einer Universalherrschaft zur Vollendung zu bringen, so mußte erst recht Ferdinand II. (3) die Existenz einer Vielheit souveräner Machtgebilde als gegeben hinnehmen. Um so mehr war er aber entschlossen, in Deutschland nichts unversucht zu lassen, um die kaiserliche Macht zu stärken. Er hätte indessen keinen Richelieu (4) zum Gegenspieler haben dürfen; für diesen war die Aufrichtung einer absoluten Herrschaft im Reich gleichbedeutend mit einem Herabsinken Frankreichs in die Abhängigkeit von Habsburg. Darum hieß es, gleich ob bei Katholiken oder Protestanten, den „Libertätsgedanken“ im Lager der deutschen Fürsten schüren. Vielleicht konnte so auch die Gefahr einer Einigkeit der „Casa d'Austria“, wie sie die Abtretung des Elsaß an Spanien — die eigentliche Ursache des Dreißigjährigen Krieges — zum Ausdruck brachte, in letzter Stunde noch gebannt werden. Wie recht der große Kardinal mit seiner Politik hatte, bewies mehr noch als der Kriegsverlauf der Kongreß, wo sich auch die Fürsten, die dem Kaiser ihre Waffen geliehen hatten, auf die Seite derer stellten, die die Würde des Reichsoberhauptes allen politischen Gewichts beraubt sehen wollten. Die Idee der fürstlichen Libertät verband sich mit den antihegemonialen Tendenzen im außerhabsburgischen Europa, die bald unter der Parole der Souveränität, bald unter dem Schlagwort vom Gleichgewicht dem Universalismus erfolgreich die Stirn boten.

Während sich im Mittelalter der Widerstand gegen das Imperium im wesentlichen auf die verschiedene Auslegung des einen umfassenden Herrschaftsgedankens beschränkt hatte, stand den Gegnern der Einheitsidee seit der Renaissance auch eine politische Theorie zur Verfügung, um den Gliedern der Christenheit jenes Selbstbewußtsein zu verleihen, das sie zur Bildung einer freien Gemeinschaft brauchten. Bereits im sechzehnten Jahrhundert kann der alten Vorstellung vom einigen Abendland in Form von *de la Noues* dauerndem Bund gegen die Türken ein moderner Föderationsplan entgegengestellt werden, und nicht lange vor dem Westfälischen Frieden entsteht das Projekt *Crucés*, der Venedig zur Hauptstadt einer Welt mit endgültig festgelegten Machtverhältnissen machen will, sowie *Sullys* (5) ebenfalls vielbeachtete Neuaufteilung Europas mit einem „Conseil général“ der fünf großen Mächte. Solche Pläne waren vor allem von dem Wunsch getragen, die habsburgische Vorherrschaft aus der Welt zu schaffen. Bezeichnenderweise verstummen sie in dem Augenblick, da das Haus Bourbon in Ludwig XIV. (6) die Hegemonie innehat. Aber daß sie überhaupt möglich waren, mußte der alten Führungsmacht den Ernst der Lage vor Augen bringen. Sie

lieferte darum auf dem Kongreß ein verzweifelteres Rückzugsgesicht; etwas anderes blieb ihr nicht mehr übrig, seit mit dem Jahre 1635 das Kriegsglück die Kaiserlichen verlassen hatte.

Es ist nun aber nicht so, daß das Datum des Eingreifens Richelieus die Wende vom Religionskrieg zum reinen Interessenkampf der Staaten bezeichnet; man könnte nachweisen, daß bis zur Unterzeichnung des konfessionellen Ausgleichs in der Friedensurkunde der Kampf für und wider die Gegenreformation nicht an Schärfe verlor. So hat den auch Ranke (7) den Kongreß als den „großen Prozeß zwischen Katholiken und Protestanten“ betrachtet. Aber ebenso gut ließe sich zeigen, wie der Dreißigjährige Krieg keineswegs nur „der Freiheitskampf des deutschen Protestantismus“ war, als den Erdmannsdörffer (8) ihn ansehen möchte. Seit den böhmischen Wirren spielte die Staatsräson auf beiden Seiten eine hervorragende Rolle. Glaubensmäßige und machtpolitische Tendenzen waren von vornherein auf engste verquickt und blieben es auch auf dem Kongreß.

Dabei läßt sich indessen eine wichtige Unterscheidung treffen. Innerhalb der einzelnen Staaten geht im allgemeinen das religiöse Prinzip vor, in der Außenpolitik muß es durchweg den Gesichtspunkten der Staatsräson weichen. Solange der Kaiser in Deutschland als Staatsoberhaupt gelten wollte, erblickte er in der Bekämpfung der Ketzerei nicht nur eine religiöse Pflicht, sondern eine politische Notwendigkeit. Erst als Kriegsverlauf und Verhandlungsergebnisse erwiesen hatten, daß das Emporkommen einer jungen, eigenständigen Staatenwelt auf dem Boden des Reiches nicht mehr zu verhindern war, schien die Voraussetzung für ein religiöses Kompromiß gegeben, denn dieses hatte jetzt zwischenstaatlichen Charakter und verlangte nicht die für den damaligen Absolutismus so schwere Toleranz im eigenen Hause. Innerhalb der einzelnen Herrschaftsgebiete war auch in Münster noch nicht an eine Abänderung des Grundsatzes „cuius regio, eius religio“ zu denken. Eine Ausnahme bildeten nur die Gleichberechtigung der Andersgläubigen in einigen freien Stadtrepubliken.

Nachdem der Westfälische Friede die Eigenstaatlichkeit und Bündnisfähigkeit der deutschen Fürsten verbriefte hatte, konnte dann unter Katholiken und Protestanten in den folgenden Kriegen gegen Ludwig XIV. ein spätes Reichsbewußtsein wieder aufkommen. Längst war den religionspolitischen Momenten die Schärfe genommen, die ihnen die im Münster begrabene Gegenreformation gegeben hatte, als es zum nationalen Zusammenschluß gegen Frankreichs Übergewicht kam. Im Dreißigjährigen Krieg indessen kann in keiner Phase die Echtheit des Glaubenskampfes bestritten werden. — soweit es sich um einen deutschen Bürgerkrieg handelt. Hier war die Aufrichtung der Reichsgewalt gleichbedeutend mit religiöser Niederwerfung der Protestanten, während ein Sieg des Libertätsgedankens auch religiöse Freiheit der Reichsglieder verhielt. So fielen die machtpolitischen und die ideologischen Interessen hier weitgehend zusammen. Dies ließ Lutheraner und Calvinisten, die untereinander stark verfeindet waren und im Felde nicht vollzählig gegen den Kaiser gestanden hatten, auf dem Kongreß gemeinsam vorgehen und brachte andererseits katholische Fürsten wie Maximilian von Bayern (9) in Konflikte.

Lenkt man aber den Blick auf die gesamteuropäische Auseinandersetzung, so hat man eine interkonfessionelle Einheitsfront gegen Habsburg vor sich, und die Bekenntnisgleichheit des großen Schwedenkönigs mit seinen deutschen Bundesgenossen gewinnt fast zufälligen Charakter. Es war nur natürlich, daß das protestantische Dänemark auf die Seite des Kaisers übertrat, als es sich von der Flanke her bedroht sah. Aber das Bündnis von Kur-Trier mit Frankreich blieb erstaunlich, weil im allgemeinen innerhalb einer Nation die Gleichgläubigen auch dieselbe Politik trieben. Richelieu bekämpfte aus nationalen Gründen die Hugenotten in Spanien, die Hochburg der Gegenreformation, ebenfalls aus nationalen Gründen half. Als der Papst dem Kardinal wegen der Unterstützung Schwedens Vorwürfe machte, wußte ihn dieser mit dem Hinweis zu beruhigen, der Kaiser

werde auf solche Weise von Italien abgelenkt. Der Heilige Vater selbst scheute sich ja keineswegs, in Münster dem kalvinistischen Pfälzer gegenüber den Ansprüchen Bayerns den Rücken zu stärken, weil er sich an der Franzosenfreundschaft Maximilians stieß.

So werden Glaubens- und Interessenpolitik in verhältnismäßig naiver Weise vermischt. Keineswegs dient die Religion nur als ideologisches Aushängeschild für nacktes Machtstreben. In der Seele jener frühen Barockmenschen lebten geistliche wie weltliche Dinge gleich geliebt und gleich unbewältigt nebeneinander. Das muß man beachten, will man die von leidenschaftlichem Ernst getragenen, umständlichen Vorgänge zu Münster und Osnabrück verstehen.

Bezeichnend für die Kriegslage im Jahre der Eröffnung des Kongresses war der Waffenstillstand Sachsens mit *Torstenson* (1), desselben Landes, das zehn Jahre zuvor in Prag sich dem Kaiser zugewandt hatte. Damals, kurz vor dem Kriegeintritt Frankreichs, standen die Dinge ja noch so, daß es zum Frieden unter völligem territorialem Verzicht Schwedens gekommen wäre, hätte man sich nur über die Höhe der Geldentschädigung einigen können! Jetzt indessen durften die nordischen Invasoren eine ganz andere Rechnung präsentieren: sie forderten außer Pommern noch Schlesien als Kriegsbeute. Handelte es sich hier auch um den uralten diplomatischen Trick des Überforderns, so fällt doch auf, wie sehr sich der kaiserliche Primarius *Trauttmansdorff* (10) beeilt, nunmehr Vorpommern und Wismar anzubieten. Ein volles Jahr ringen die brandenburgischen und schwedischen Gesandten um die pommersche Teilungslinie. In der Zwischenzeit gelingt Torstenson ein neuer Vorstoß, der das Herz der kaiserlichen Erblande bedroht. Dieses Ereignis und die Vereinigung *Wrangels* (11) mit *Turenne* (12) veranlassen *Ferdinand III.* (13), im September 1646 auch den französischen Forderungen entgegenzukommen.

Erleichtert wurde dem Kaiser die Abtretung der österreichischen Rechte im Elsaß durch die Tatsache, daß sie ja bereits an Spanien vergeben worden waren. Die elsässischen Artikel des Westfälischen Friedens sind ein Musterbeispiel dafür, wie durch unklare Formulierung in Verträgen neue Konfliktstoffe geschaffen werden. Im Augenblick hielten sich beide Teile etwas auf die Lösung zugute. Dadurch, daß die abgetretenen habsburgischen Besitzungen und Rechte sowie alles, was mit den Bistümern Metz, Toul und Verdun in französische Hände übergehen sollte, nicht genauer umschrieben wurden, hoffte der Kaiser, Frankreich, das zuerst den Rheingau beansprucht hätte, von weiteren Forderungen abzuhalten und in dem Glauben zu lassen, es habe praktisch das ganze Elsaß eingesteckt. *Mazarin* (14) indessen hat vielleicht von vornherein für seinen König die Chance gewittert, bei passender Gelegenheit den elsässischen Artikeln eine ihm genehme Auslegung zu geben. So bestand möglicherweise zwischen Trauttmansdorff und seinem gewandten Gegenspieler *Servien* (15) eine stille Übereinkunft beim Abfassen jener Bestimmungen, die ein Menschenalter später von Ludwig XIV. dazu benutzt wurden, nicht nur den Rheingau und die Vogtei über die zehn Reichsstädte, sondern das gesamte Elsaß mit rechtlichen Argumenten zu annektieren. Europa erhielt damit einen Unruheherd erster Ordnung, der bis in unsere Tage fortwirkt.

Frankreich legte aus verständlichen Gründen in Münster besonderes Gewicht darauf, nur als Gegner Österreichs, nicht als Reches, zu erscheinen, weshalb es ja auch nur habsburgischen Besitz als Entschädigung verlangte. Es bot sogar den Verbleib dieser Gebiete beim Reiche an. Aber ein Sitz der französischen Krone in Revensburg, der damit verbunden gewesen wäre, schien den Protestanten keineswegs vorzuziehen. Der Kaiser erblickte nach kurzem Schwanken ebenfalls nichts Gutes. Da auch Mazarin für seinen König einen Platz unter den deutschen Ständen zu gering fand, ließ man den Gedanken wieder fallen. Frankreich blickte sich ja an, viel wirksamer auf die deutschen Verhältnisse Einfluß zu nehmen als durch Mitwirkung im Reichstag, wo es ohnehin seine Parteigänger und Kundschafter hatte. Indem es sich in einen Friedensschluß der Reichs-

fürsten mit dem Kaiser einschaltete, wurde es zusammen mit Schweden, das damals noch nicht als bloßer Vasall Frankreichs auftrat, zum Garanten der Anarchie in Mitteleuropa.

Hinsichtlich der rechtlichen Beziehungen zwischen den großen und kleinen Mächten wurden in Münster keineswegs nur negative Ergebnisse erzielt. Der Abbau des Reichsrechts, der den Kaiser der letzten tatsächlichen Zentralgewalt beraubte, war zugleich der entscheidende Antrieb zur Entwicklung des jungen europäischen Völkerrechts. Von ausschlaggebender Bedeutung war gewesen, daß der Kaiser allen Ständen die Zulassung zum Kongreß gewähren mußte. Nicht ohne Grund wehrte sich Ferdinand Jahre hindurch dagegen, bis ihn schließlich die Niederlage von Jankau im August 1645 zum Nachgeben zwang. Noch in Nimwegen machte die kaiserliche Diplomatie einen letzten Versuch, die Vertretung der beteiligten Reichsfürsten zu übernehmen.

Die Tatsache einer Vielzahl zwar nicht gleichberechtigter, aber völkerrechtlich selbständiger Einheiten auf dem Boden des alten Reiches ergab für die Zukunft des europäischen Staatensystems unübersehbare Möglichkeiten neuer Kombinationen. Das Reich als Ganzes hatte jetzt mehr den Charakter einer engeren deutschen Gemeinschaft von Staaten gegenüber der weiteren Europas, an dessen Verfassung der westfälische Kongreß ebenso arbeitete wie an der neuen Gestalt des Reiches. Dieses hatte im Innern in dem Augenblick völkerrechtlichen Charakter angenommen, als seine Glieder sich einem größeren Völkerrechtskörper einordneten. Die Grenze zwischen Verfassungsrecht und Völkerrecht wurde in hohem Grade verwischt. Weder die Diplomaten in Münster und Osnabrück noch die instruierenden Staatsmänner in den Residenzen konnten ahnen, daß das Ergebnis ihrer Verhandlungen nicht nur das Grundgesetz des alten Reiches für den Rest seines Bestehens, sondern zugleich die Rechtsgrundlage einer neuen europäischen Staatengemeinschaft werden würde. Sie kannten zwar des *Grotius* (16) neue Theorien vom Recht der Völker, aber einen Gesamtvertrag als Vorbild besaßen sie nicht. So arbeiteten sie alle als Vertreter der verschiedensten Glaubens- und Machtinteressen an einem gemeinsamen Werk, das eben diesen Interessen Grenzen und neuen Sinn geben sollte.

Bis zur Unterzeichnung des Vertrages waren nicht nur die einzelnen Bedingungen in Frage gestellt, sondern auch, ob es überhaupt zum Frieden kommen würde: so sehr hofften beide Teile noch bis zuletzt, durch die Waffen ihre Verhandlungsbasis zu verbessern. *Oxenstierna* (17) hatte im Ärger darüber, daß mit Bayerns Unterstützung die französischen Forderungen durchgedrungen waren und die schwedischen deshalb zurückgeschraubt werden mußten, die Heere seiner Königin gegen Maximilian marschieren lassen und ihn in Ulm im Frühjahr 1647 zum Waffenstillstand gezwungen. Kurz darauf aber kämpft Bayern bereits wieder und lenkt beträchtliche Truppen von den österreichischen Erblanden ab. Auf dem Kongreß siedeln die Schweden für einige Zeit nach Münster über, ungeachtet der Rangstreitigkeiten mit Frankreich, die sie in erster Linie bestimmt hatten, auf einer eigenen Verhandlungsstadt zu bestehen. Nun trieb sie der Wunsch, den drohenden holländisch-spanischen Friedensschluß zu verhindern, der ihrer Kriegspolitik sehr unangelegen kam. Im Januar 1648 schied wirklich Holland durch seinen Sonderabschluß aus der Zahl der kämpfenden Verbündeten aus. Es sah in Frankreich bereits die weitaus größere Gefahr als in seinem alten Todfeind Spanien, das in den letzten fünf Jahren seit *Olivarez* (18) Sturz sich rein defensiv verhalten hatte.

Dieser Teilfriede wurde in ganz Deutschland mit großem Jubel begrüßt. War eine Versöhnung zwischen zwei so erbitterten Gegnern möglich, dann durfte man vielleicht doch noch auf einen allgemeinen Frieden hoffen. Das Gelingen der endgültigen Einigung ist nicht zuletzt das Verdienst der sogenannten „politischen Partei“ beider Konfessionen. Brandenburg, Sachsen und Bayern wurden von *Schönborn* (19), dem neuen Mainzer Kurfürsten, unterstützt, der die Parole ausgab: „Erst das Feuer löschen, dann die Habe retten!“ Diese Mahnung war in der Tat angebracht angesichts der

Die europäische Friedensordnung nach dem Westfälischen Frieden (1648)



Westfälischer Friede, 24. Oktober 1648
Unterhandlungen von 1645 ab in Münster mit Frankreich und in Osnabrück mit Schweden.

Die Karte zeigt die Gebietsveränderungen der Länder in den entsprechenden Mustern auf schwarzem Grund.

Frankreich wird der Besitz der 1552 erworbenen Bistümer Metz, 1601, Verden bestätigt, es erhält den Sundgau, die österreichische Landgrafschaft und die Landvogtei über zehn Reichsstädte, die aber beim Reich verbleiben; auf dem rechten Rheinufer erhält es die Stadt Breisach und das Besatzungsrecht in Philippsburg.

Schweden erhält Vorpommern mit Rügen, Stettin, Usedom und Wolin, die Stadt Wismar (W) und die Bistümer Bremen und Verden. Bayern wurde der Besitz der 1628 erworbenen Oberpfalz, Sachsen der Besitz der 1655 erworbenen Lausitz bestätigt. Brandenburg erhält Hinterpommern mit Kammin, die Bistümer Halberstadt, Minden und die Anwartschaft auf das Bistum Magdeburg, das es 1666 besetzt. Mecklenburg erhält die Bistümer Ratzeburg und Schwerin. Hessen-Kassel die Abtei Hersfeld (H) und Teile der Grafschaft Schaumburg.

Die Unabhängigkeit der Niederlande und der Schweiz wird anerkannt.

Preußen-Friede, 1659

beendet den 1655 ausgebrochenen Krieg Frankreichs mit Spanien. Frankreich erhält die Grafschaft Roussillon und mehrere Plätze in Artois und Flandern. England (unter Cromwell) besetzt bis 1662 Dinkirchen (Dt.).

Zeichenerklärung:
Dt. — Dinkirchen, H. — Abtei Hersfeld, HD — Hessen-Darmstadt, HK — Hessen-Kassel, M — Mantua, MO — Montfort, MOD — Modena, PAR — Parma, TOSC — Toscana, W — Wismar.

hemmungslosen Jagd nach noch so geringfügigen Gebietsvorteilen, der sich groß und klein hingab. Besonders um den Anteil an den Säkularisationen riß man sich leidenschaftlich. Das Kirchengut war von Trauttmannsdorff, der Münster schon im Juli 1647 verlassen hatte, das große Tuch genannt worden, aus dem alle Äquivalente geschnitten werden mußten. Als nach langem Hin und Her endlich über die Entschädigungsansprüche der deutschen Stände eine Einigung erzielt war, scheiterten die Verhandlungen beinahe noch an der Frage, in welcher Zeit die schwedischen Truppen Deutschland räumen sollten. Mit diesem und anderen Streitpunkten befaßte sich dann der Nürnberger Exekutions-tag.

Der Kongreß von Utrecht

Der äußere Verlauf des Kongresses ist schnell beschrieben. Nur zehn Tage sind diesmal der Frage des Zeremoniells gewidmet. Februar und März 1712 sehen insgesamt drei allgemeine Sitzungen, dann setzen die Konferenzen bis zum Sommer überhaupt aus, und nach einer weiteren Pause von fünf Monaten hat die Geheimdiplomatie überall so weit vorgearbeitet, daß ernsthaft verhandelt werden kann. Mit der Niederlage von Denain hatte sich in Wien die Erkenntnis durchgesetzt, daß man verlassen war und Kompromisse schließen müsse. Bis Mitte 1713 will Karl (21), von dem nach dem Tode seines Vaters die Engländer eine Wiederaufrichtung der habsburgischen Gesamtmonarchie befürchten, auf der Basis der französischen Vorschläge den Frieden unterzeichnen. Da stellt Ludwig (6) plötzlich neue Forderungen, die an die Ehre des Reichsoberhauptes rühren: der Kaiser soll erst nach Friedensschluß anerkannt werden, Philipp (22) jedoch sofort; ein förmlicher Verzicht Wiens auf Mantua, Mirandola und Comacchio wird erwartet, und für Bayern ist wegen der Verletzung des Ilbesheimer Vertrages eine Entschädigung vorgesehen. Von Karl werden außerdem Garantien und Unterwerfung unter ein Schiedsgericht verlangt. Doch die beabsichtigte Demütigung gelingt Frankreich nicht. Die Seemächte unterzeichnen den Frieden allein. Der Kaiser kämpft weiter und erhält in Rastatt sogar Sardinien.

Wieder hatte, wie drei Jahre vorher bei der Fortsetzung des Krieges durch Frankreich, der Ehrenstandpunkt eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Er entsprach uralter abendländischer Überlieferung, und die englische Politik berücksichtigte nicht zuletzt auch in dieser Hinsicht die öffentliche Meinung, wenn sie den Verstoß gegen die Bündnistreue erst nach und nach dem eigenen Volk beibrachte. Das Parlament wurde erst nach geschlossenem günstigem Frieden einberufen. Die britische Diplomatie war ja stets genötigt, darauf zu achten, was man im eigenen Hause von ihr dachte. Ebenso trieb Holland eine Politik, die wie die Kriegführung jeweils von republikanischen Kontrollorganen korrigiert wurde und deshalb nichts wagen konnte, was gegen das Handelsinteresse Amsterdams ging. Die Landmächte aber ließen in ihrem verschiedenen Vorgehen nur die abweichenden Schattierungen des absoluten Prinzips erkennen. Dieses war in Frankreich am klarsten ausgebildet und gab dort allen Aktionen einen einheitlichen, rationalen Zug. Im Reich gebot der Kaiser nicht einmal in seinen Erblanden über einen zentralisierten Staat, während das übrige Deutschland sich jeder Bevormundung entzog. So kämpfte der Preußenkönig als Kurfürst weiter und schloß als europäischer Souverän Frieden. Derartige Verhältnisse mußten der Wiener Politik etwas Zwiespältiges geben.

Ob nun der Geist der Diplomatie autokratisch gradlinig erscheint oder von vielfältigen inneren Rücksichten bestimmt bleibt, hervorstechend ist auf allen Seiten der Sieg einer Politik des naheliegenden Vorteils, die unter Verzicht auf ideologische Konzeptionen Erweiterung hier und Sicherung dort anstrebt, einer Politik des Interessenausgleichs ohne Rücksicht auf die konfessionelle Stellung des Partners. Der

In der Isolierung Spaniens, das in den Vertrag nicht einbegriffen wurde, während das Reich sich verpflichten mußte, ihm nicht mehr beizustehen, hatte Mazarin einen Ausgleich für seine Mißerfolge in den Niederlanden und Italien erreicht. Frankreich konnte jetzt zum tödlichen Stoß gegen das Erbe Philipps II. (20) ansetzen und für die zweite Hälfte des Jahrhunderts sich selbst an die Spitze Europas stellen. Während der ganzen Zeit seiner Hegemonie träumte es den Traum von der Vereinigung der beiden Länder durch die spanische Heirat Ludwigs XIV., die Mazarin schon während des Kongresses von Münster plante und die Europa schließlich in einen seiner folgenschwersten Kriege stürzen sollte.

Kampf um die Rechte der Protestanten im Elsaß etwa vermag in Utrecht nicht mehr religiöse Parteien zu bilden. Es gibt schon lange in beiden Lagern Gegner und Anhänger der Toleranz, und die letzteren werden immer stärker. Das verhindert nicht, daß das Glaubensmotiv als zusätzliches propagandistisches Kampfmittel beliebt bleibt; eine zweckmäßige Allianz aber vermag es weniger denn je zu trüben. Das Hauptunterscheidungsmerkmal der außenpolitischen Denkweisen des absolutistischen Zeitalters bleibt der Grad des kommerziellen Einschlags.

Bedeutend die westfälischen Friedensschlüsse nach einem Wort Rankes (7) „das Grundgesetz gleichsam einer allgemeinen Republik“ der europäischen Staaten, so gaben sie der Verfassung des Abendlandes doch nur den Rahmen, die Form der Völkerrechtsgemeinschaft. Von Utrecht an indessen hat die Organisation der Völker, die sich in den allgemeinen Kongressen manifestiert, ihre erste, wenn auch sehr vage inhaltliche Bestimmung gefunden. Das europäische Gleichgewicht ist nunmehr der anerkannte Inbegriff der Solidarität aller Mächte. Der Universalismus habsburgischer oder bourbonischer Prägung war ein für allemal begraben, und das moderne Europa übertrug den naturrechtlichen Grundsatz von der Freiheit und Gleichberechtigung der Individuen, noch ehe er sich in den einzelnen Staaten durchsetzte, auf die Glieder der Völkerfamilie. Unbeschwert von konfessionellen Rücksichten konnten die selbständigen Machtgebilde nun jede beliebige Verbindung eingehen, und schon bald nach Utrecht zeigte der von den Unternehmungen Alberonis (23) ausgelöste „Kontertanz der Allianzen“, in welchem Maße alle Welt von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machte. Zugleich erhielt durch das Bemühen um die „*trutina statuum*“^{*)} die Politik jenen idealen Zug, dessen sie nach dem Durchdringen des reinen Interessenprinzips so sehr bedurfte. Der neue Leitstern eignete sich besonders gut zur Bemäntelung der verschiedenen Egoismen, weil der Gleichgewichtsgedanke demselben Rationalismus entstammte wie die Souveränitätsidee, die das „Machtstaatsprinzip“ zeitigte. Diese Geisteshaltung, seit der Renaissance in die politische Theorie eingedrungen, hatte den antiuniversalen Kräften in Europa den Widerstand gegen Spanien und später gegen Ludwig XIV. erleichtert. Sie hatte ihnen im Flugschriftenkampf die tödlichen Waffen in die Hand gegeben. Jetzt, nachdem die antibourbonischen Koalitionen ans Ziel gelangt waren, wird die „*juste repartition des forces*“ nach allen Seiten in einer Weise gehandhabt, die man nur, wie die Außenpolitik des späten Absolutismus überhaupt, als machiavellistisch bezeichnen kann. Das aber gibt dem Zeitalter seinen bestimmenden Zug, daß das reine Machtdenken und -handeln der Kabinette doch mit einem Bedürfnis nach höherer Rechtfertigung einhergeht, wie es eben in dem Streben nach Gleichgewicht, nach einem Ausbalancieren der offenen und latenten Allianzen sich äußert. Wir erleben also das Schauspiel, daß die Interessenpolitik selbst sich ihr Ethos schafft. Dabei kommt zu dem „*équilibre général*“ noch ein neues Schlagwort, das der

*) Das Gleichgewicht der Staaten.

„convenance“, aus der Theorie in die Diplomaten-sprache hinein. Es sollte der Verpflichtung zu einem Ausgleich der Interessen des Einzelstaates mit denen der Gesamtheit Ausdruck verleihen und spielte eine große Rolle beim Tauschen und Teilen von Staaten, wie es das achtzehnte Jahrhundert in Plan und Tat geliebt hat.

Der Utrechter Kongreß steht im Zeichen des größten Länderhandels, den die Geschichte kennt. Seit der Tod Karls II. (24) die lange schon brennende Frage des spanischen Erbes zum Streitobjekt der Großmächte machte, war mit äußerster Erbitterung bis in entlegene Winkel Europas hinein gekämpft worden. Der Nordische Krieg und der Spanische Erbfolgekrieg haben nur scheinbar nichts miteinander zu tun. Das Ringen um das Baltikum hätte in Verlauf und Ergebnis ein völlig anderes Gesicht bekommen, wenn nicht die „Unbeteiligten“ im Westen gebunden gewesen wären. Und immer wieder bemühte sich sowohl die französische wie die alliierte Politik, „Diversionen“ der nordischen Mächte herbeizuführen. Während Marlborough (25) persönlich nach Berlin reisen muß, um Preußen bei der Stange zu halten, versucht Marschall Villars (26) in Alt-ranstadt, Karl XII. (27) zu bewegen, in Böhmen einzufallen. Leibniz (28), als Staatsmann ohne großen Einfluß und auch wohl ohne viel Geschick, riet dringend, durch Versprechen schwedischer Beute Dänemark für den Kampf in den Niederlanden zu gewinnen und Rußland zu veranlassen, den Amsterdamer Kaufherren Vorteile zu bieten, um sie gegen Frankreichs Lockungen immun zu machen. In der Tat sandte damals Peter (29) zur näheren Fühlungnahme einen Kammerherrn nach Wien und der Kaiser den Grafen Wilczek (30) an den Zarenhof. Aber man nahm sich gegenseitig noch nicht ernst genug; wußte doch die Hofburg nicht einmal genau, ob nun die Russen eigentlich Krieg mit den Türken hatten oder nicht. Nur England behielt den neuen Emporkömmling im Osten scharf im Auge und sorgte durch eine Flottendemonstration dafür, daß er im Frieden von Nystad nicht zu üppig wurde.

Im Schlußjahr des Krieges im Westen stand für den Geheimen Rat der Aufenthalt des Prinzen Eugen (31) in London im Vordergrund. Davon versprach man sich goldene Berge, während die Politik der Inselmacht längst die große Schwenkung vollzogen hatte. Was gleichzeitig auf der Utrechter Bühne geschah, der diplomatische Kampf einer längst unterminierten Allianz gegen einen übermütigen Gegner, der in verwirrender Weise zugleich Verlierer und Gewinner war, hatte ebenfalls keine Bedeutung gegenüber der Realität britisch-französischer Abmachungen, die das Ganze zu einer Farce werden ließen.

Trotz seiner offensichtlichen Schein- und Tarnfunktion ist nun der Kongreß nicht nur völkerrechtlich, sondern auch unter dem Blickpunkt diplomatischer Methoden in hohem Maße interessant. Es muß dabei auf das Problem der Geheimdiplomatie eingegangen werden. Man wird sie weder unterschätzen noch überschätzen dürfen. Sie konnte Überraschungen vorbereiten, manches im Dunkeln vorwegnehmen oder beschleunigen, was das Tageslicht noch nicht vertrug; aber sie hatte sich doch im Rahmen des politisch Möglichen zu halten. Das Zeitalter der Kabinettsintrigen hat viel Mühe auf das politische Spitzelwesen und die getarnten Verhandlungen verwandt, doch letzten Endes konnte sich nur behaupten, was den offiziellen Tendenzen nicht zuwiderlief — und weder der öffentlichen Meinung des eigenen Landes noch der Staatengesamtheit zu viel zumutete. Für das absolute System mußte natürlich eine Verschiebung darin liegen, neben den allgemein bekannten diplomatischen Aktionen unvermutete Coups zu unternehmen und sie ebenfalls mit der ganzen Autorität des Selbstbeherrschers zu unterstützen, so daß niemand je ganz wissen konnte, woran er eigentlich war. Die Geheimhaltung blieb um so besser gewahrt, je mehr das Staatsapparat persönlich das Heft in der Hand hielt. Aber alles dervart Erreichte konnte lediglich taktische Bedeutung haben. Die große Linie einer Außenpolitik wird nicht dadurch beeinflusst, ob vor oder hinter dem Vorhang gespielt wird. Utrecht liefert hierfür

den besten Beweis. Klagte man auch Oxford (32) und Bolingbroke (33) später des Hochverrats an und rückte die letztere selbst von seiner Handlungsweise nachträglich ab, so bedeutet Englands weiteres Verhalten doch eine Zustimmung zu dem, was die Geheimpolitik der Jahre 1711/12 erreichte: Stützung des ehemaligen Gegners angesichts der bedrohlichen Stärke des Freundes. Das Ergebnis des Friedens wäre bald wieder annulliert worden, wenn es nicht einem tiefen Bedürfnis der Inselbewohner entsprochen hätte. Wäre England damals noch absolut regiert gewesen, so hätte man gar nichts von einem inneren Zwiespalt bemerkt. Jedenfalls muß die Leistung der Staatsmänner hoch bewertet werden, die in einem Augenblick, da die öffentliche Meinung ihres Landes noch nicht für die Entscheidung reif war, unter Lebensgefahr jene neuen Fäden knüpften, die das Antlitz Europas auf lange hinaus bestimmen sollten.

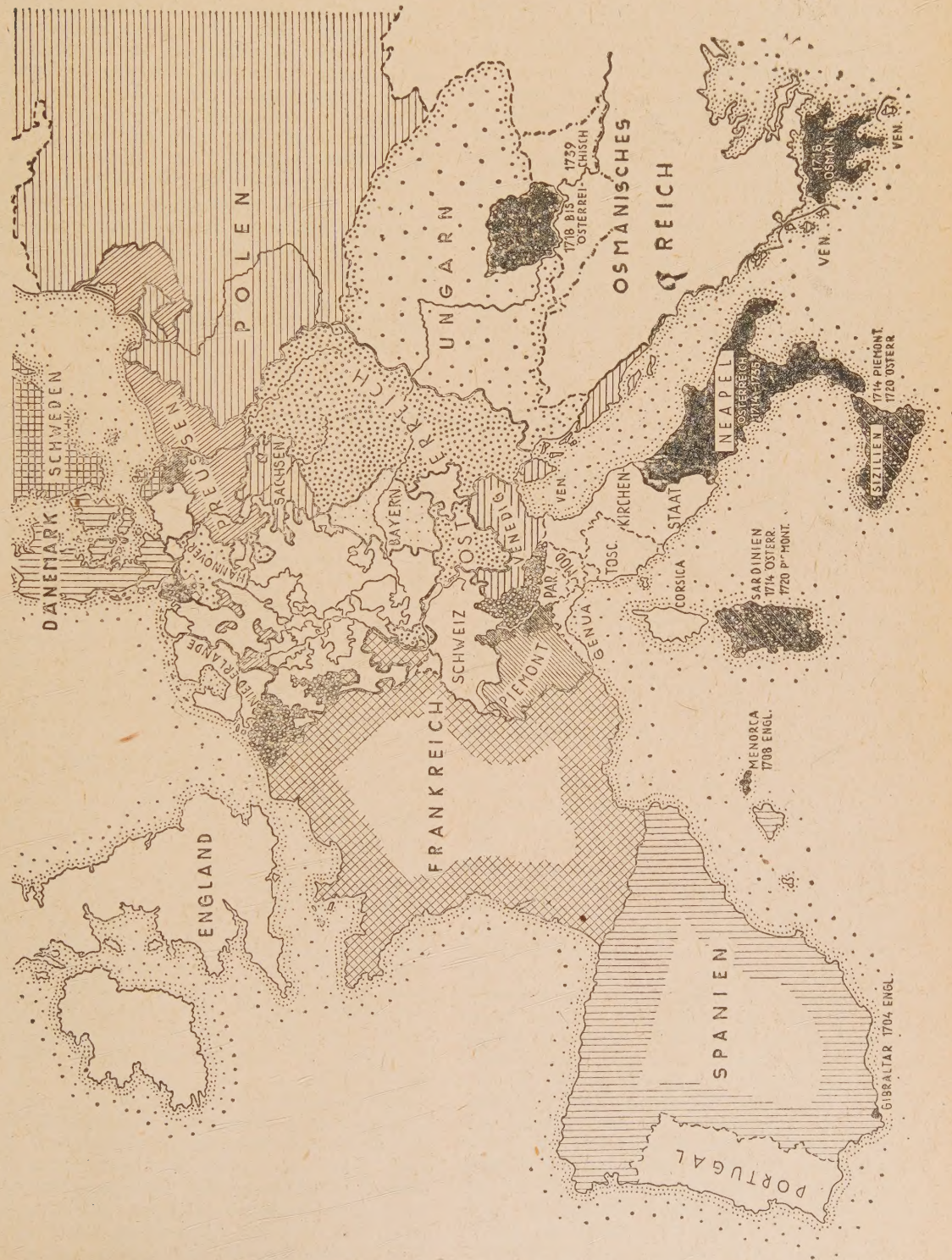
Schon die Kongresse des späten siebzehnten Jahrhunderts standen im Zeichen der Geheimdiplomatie. Während der Nimwegener Verhandlungen beruhigte der englische König seinen Schutzpatron Ludwig über die „Ruptur“, die er dem Kaiser in Aussicht stellte. Die Holländer gaben insgeheim ihre Kriegsmüdigkeit zu, und Brandenburg ließ sich von den Franzosen Unterstützung in seinen pommerschen Zielen zusichern. Vor Rijswijk suchte auch die kaiserliche Diplomatie mit ausgedehnten Nebenverhandlungen etwas zu erreichen, war aber auch damals den Seemächten unterlegen. Jetzt nun leisteten die Engländer ihr Meisterstück.

Nach der unerwartet festen Haltung, die Ludwig 1710 an dem Tag legte — er hatte in Gertruidenberg Habsburg den gesamten spanischen Besitz lassen wollen, man forderte aber von ihm noch aktive Unterstützung gegen seinen Enkel Philipp —, war die whiggistische Kriegspartei ins Hintertreffen geraten. Und nun ist bezeichnend, daß die neuen Männer, die sich um die Königin Anna (34) gruppieren, mit Frankreich engen Kontakt aufnehmen, noch bevor sie das Vertrauen des Parlaments besitzen. Mittelmann war ein Geistlicher französischer Herkunft, der als Hauskaplan des kaiserlichen Botschafters in London besonders gut für diese Rolle geeignet war. Monatelang wußten nur Shrewsbury (35), Jersey (36) und Harley (32) von dem geheimen Fühlern. Als dann der Systemwechsel im Herbst 1710 vollzogen war, konnte man es immer noch nicht wagen, offen eine bündniswidrige Politik zu treiben; und ein volles Jahr später sind die eigenen Gesandten für den Friedenskongreß nicht einmal in die Präliminarien eingeweiht, die als Ergebnis der englisch-französischen Sonderverhandlungen Spanien samt den Kolonien den Bourbonen zusprechen. So sieht sich die Londoner Regierung verschiedentlich veranlaßt, sich in Paris wegen des Auftretens ihrer Kongreßdelegation zu entschuldigen, die über die wirklichen Absprachen nicht im Bilde sei. In der Tat sehen ja auch die Vorgänge auf der Friedensbühne einer bitteren Komödie ähnlich.

Die Hofburg, die endlich von den Geheimverhandlungen Wind bekommen hatte, obwohl Franzosen und Engländer darin gewetteifert hatten, ihren Argwohn zu zerstreuen, beschickte den Kongreß nur sehr widerstrebend in dem richtigen Gefühl, diesem Possenspiel nicht gewachsen zu sein. Das ganze Ausmaß des Betruges ahnte man indessen in Wien nicht einmal. Man hoffte immer noch, durch Hinweise auf die gemeinsame Sache die erschütterte Allianz neu zu festigen, wie es Euxen in London mit leidenschaftlichen Denkschriften versuchte. Aber die Politik der Seemächte folgte ihren eigenen Gesetzen, die hauptsächlich vom Handelsinteresse bestimmt wurden. Vergeblich suchte man sich in Wien darauf einzustellen, indem man den Gesandten vorschrieb, den Engländern und Holländern für den Fall einer habsburgischen Herrschaft in Spanien und Übersee dieselben kommerziellen Vorteile anzubieten, die ihnen die Bourbonen verschaffen wollten. Jene Hauptinstruktion ist überhaupt sehr bezeichnend für den Geist der kaiserlichen Diplomatie.

Von der leopoldinischen Ära her hatte die Wiener Politik noch immer etwas Schweres, Zähflüssiges, gegen das

Die europäische Friedensordnung nach dem Kongreß von Utrecht (1712 bis 1713)



Die Karte zeigt die Gebietserwerbungen der Länder in den entsprechenden Mustern auf schwarzem Grund.

Utrecht, 1712/13,

beendet den Spanischen Erbfolgekrieg. Österreich fallen die spanischen Niederlande zu, das 1706 besetzte Mantua, der größte Teil Mailands, Neapel (bis 1735) und Sardinien, das es 1720 mit Piemont gegen Sizilien eintauscht. Piemont unter dem Herzog von Savoyen erhält Sizilien (siehe oben) und den Rest Mailands. England erhält von Spanien das von ihm 1704 besetzte Gibraltar und die 1708 besetzte Insel Minorca, von Frankreich Neuschottland und Neufundland. Preußen bekommt Obergeldern.

Nystad, 10. September 1721,

beendet die Nordischen Kriege. Vorverhandlungen Schwedens mit Hannover 1719 und Preußen 1720 in Stockholm und Friedrichsburg.

Rußland erhält Livland, Estland, Kurland, Ingermanland. Preußen erwirbt Vorpommern südlich der Peene mit Usedom und Wollin, Hannover die Bistümer Bremen und Verden, August II. (der Starke) von Sachsen bleibt König von Polen.

Passarowitz, 21. Juli 1718,

Frieden zwischen Österreich und der Pforte.

Österreich erhält das Banat, einen Teil Serbiens und die Kleine Walachei. Der Peloponnes fällt an das Osmanische Reich.

auch der Schwung des Prinzen Eugen und des tatkräftigen Kaisers *Joseph* (37) nicht hatte aufkommen können. Es war jene Vorsicht und Entschlußfurcht, die ihre Wurzeln hatte in einer tiefen Resignation vor der Unlösbarkeit der kaiserlichen Aufgaben in Erbländern, Reich und Europa zugleich. Erst langsam kommt mit der in den Türkenkriegen erworbenen großmachtlichen Eigenstellung Österreichs ein freierer Zug auf, der dann in der Zeit *Kaunitz'* (38) sich der allgemeinen diplomatischen Routine gewachsen zeigt. Die Instruktion für Utrecht atmet noch ganz den Geist des alten *Kinsky* (39), dessen Schwerfälligkeit in Rijswijk so viel geschadet hatte. Wünsche und Illusionen spielen eine weit größere Rolle als praktische Überlegungen. Der Geheime Rat fühlt wohl schon, daß die Forderung nach Gesamtspanien nicht erfüllt werden wird; aber was er eigentlich aufzugeben gewillt ist, weiß er selbst nicht recht. So wird im Nachsatz wieder eingeschränkt, was der Vordersatz zugeibt, und eine heillose Unklarheit geschaffen.

Ein Muster realistischer Lagebeurteilung sind dagegen die Richtlinien, die der französische Außenminister *Torcy* (40) ausgearbeitet hat: es besteht kein Mißverhältnis zwischen Wollen und Können. Was hier gefordert wird, ist im wesentlichen auch später erreicht worden. In der Tat trat Ludwig, von England gedeckt, nun in der Rolle des Fordernden auf. Denn von Spanien und den Kolonien redete er nicht mehr, und die Niederlande, Mailand und Neapel hätte er sich am liebsten auch noch diplomatisch abringen lassen. Am Elsaß hielt er ebenso fest wie an seiner flandrischen Stellung. Bezüglich der Tauschmöglichkeiten Bayern — Belgien machte man sich in Paris keine Illusionen, wollten doch die Seemächte Österreich in den Niederlanden lie-

ber dulden als den frankreichfreundlichen Wittelsbacher. Darum sah man für diesen Neapel vor. Und wieder ist ein Beweis für die mangelnde Wendigkeit der kaiserlichen Diplomatie, daß sie diese Möglichkeit nicht aufgriff und zugunsten italienischer Aspirationen auf den Anschluß Bayerns an die kaiserlichen Erbländer verzichtete. Als das Angebot bestand, wies man in Wien noch jede Restitution des kurfürstlichen Reichsrebellens weit von sich, und als man sich schließlich doch dazu bequemen mußte, waren weder die Niederlande noch Unteritalien mehr einzutauschen.

Was die Staatsmänner in Whitehall ihrerseits dem Grafen *Strafford* (41) und dem Bischof von Bristol mit auf den Weg gaben, nahmen sie selbst in keiner Weise ernst. Geradezu zynisch mutet die Vorschrift an, die Einigkeit der Alliierten bei jeder Gelegenheit zu betonen. Spanien und seine Kolonien dürften nicht an die Bourbonen fallen, und die deutsche Auffassung von den Besitzrechten im Elsaß mußte durchgesetzt werden. Aufrichtig gemeint war nur die eigene Forderung auf Neufundland, Gibraltar, Port Mahon und Handelsmonopole in Spanisch-Amerika. Es ist die Tendenz spürbar, Frankreich noch über die geheimen Abmachungen hinaus Zugeständnisse abzugewinnen.

Utrecht wurde vielleicht deshalb zu dem großen Erfolg Englands, weil seine Staatsmänner schon damals verstanden, das Kaufmännische mit dem Machtpolitischen zu verbinden, und weil es ihm — die erste große Frucht der Revolution — möglich war, nach einem Regierungswechsel ohne innere Erschütterung die bisherige Politik plötzlich zu verlegen.

Der Wiener Kongreß

Der Utrechter Kongreß hatte so über das spanische Erbe verfügt, daß keine der beiden rivalisierenden Festlandsmächte an eine Hegemonie mehr denken konnte. Im achtzehnten Jahrhundert zeigte sich, wie damit in der Tat die Grundlage für ein gut funktionierendes europäisches System gegeben war. *Napoleon* (42) hatte daher, als er die bewährte Staatenordnung und zugleich das sie tragende Gleichgewichtsprinzip über den Haufen warf, nicht nur den Behauptungswillen der Souveräne und den diesen selbst höchst unbequemen Freiheitsdrang der Völker gegen sich, sondern vor allem auch ein starkes Verlangen nach Rückkehr zu jenem Rahmen, den das ancien régime dem außenpolitischen Spiel gesteckt hatte. Im Zeichen dieses Restaurationswillens steht der Wiener Kongreß.

Keine neue Ausgangssituation wie nach der Niederringung Ludwigs XIV. soll geschaffen, sondern der Zustand vor der napoleonischen Episode, keste es, was es wolle, wiederhergestellt werden. Der Preis, den Europa dafür bezahlte, war die Niederhaltung der freiheitlichen Ideen auf lange hinaus. Andererseits ist nicht von der Hand zu weisen, daß die erneute Festlegung der Mächte auf die alten Grundsätze der Außenpolitik Europa bis zum Weltkrieg ein Jahrhundert relativen Friedens geschenkt hat, den nur die lokalisierten Kriege der Ära Napoleons III. und Bismarcks unterbrachen. Jene Grundsätze einer kollektiven Friedenssicherung durch die Pentarchie der Großmächte wurden damals nicht nur im Gegensatz zum Universalismus, der im Korse noch einmal sein Haupt erhoben hatte, wieder aufgestellt, sondern vor allem auch in der Abwehr gegen die Revolution, die durch ihre Verbindung mit den nationalen Kräften alles ins Wanken zu bringen drohte. Als dann trotzdem mit britischer Unterstützung der konstitutionelle Gedanke immer mehr an Boden gewann, gewährte man, daß das Prinzip der Volkssouveränität, dem man sich damit näherte, die Staaten durchaus nicht dem überlieferten, unter der absoluten Monarchie gewachsenen Schema entfremdete. Jedenfalls zeigten sich die auf Wien fußenden, aber nicht erst dort geschaffenen völkerrechtlichen Spielregeln zunächst

durchaus in der Lage, jene von Liberalismus und Nationalismus veränderte Welt der Staaten, die nicht mehr eine gemeinsame Regierungsform verband, stabil zu erhalten — und dies, obwohl später zu allen Spannungen noch die Konflikstoffe der überseeischen Ausdehnung der europäischen Mächte hinzutraten. Erst in Versailles erlebt auch die Außenpolitik eine Revolutionierung: der Grundsatz der Parität, nach dem bisher auch der unterlegene Teil und die erklärte „Störungsmacht“ behandelt worden war, wird aufgegeben, und außerdem tritt neben die zwischenstaatlichen Abmachungen eine internationale Organisation.

In Wien faßt die europäische Diplomatie alles seit 1714 Erreichte gleichsam zusammen und verschafft ihm bis zum ersten Weltkrieg hin: das heißt, solange die führende Rolle Europas in der Welt bestand, Geltung. Der Wiener Kongreß verbindet das achtzehnte und das neunzehnte Jahrhundert ebenso deutlich, wie der Friede von Utrecht das siebzehnte und achtzehnte trennt. Er zieht das Fazit des ancien régime und sucht ihm die Zukunft zu sichern: im Innerstaatlich-Gesellschaftlichen mit geringem Erfolg, im Diplomatisch-Völkerrechtlichen jedoch mit um so größerem. Er konnte nicht verhindern, daß sich die Außenpolitik neuerlich ideologisierte; aber die Methoden, die er befestigte, wiesen doch in erster Linie auf den Interessenausgleich hin, nunmehr im Zeichen der Kompensation wie vorher unter dem Zauberwort der Konvenienz. Die sogenannte „Alte Schule“ der Diplomatie, die noch den Wiener Geist atmete, war ein Gegengewicht gegen jede außenpolitische Fanatisierung.

Das Erstaunlichste für den heutigen Betrachter der diplomatischen Ereignisse von 1814/15 bleibt die außerordentlich großzügige Behandlung Frankreichs, des Landes, das durch seine Revolution alle bestehenden Staatsordnungen gefährdet und im Gefolge Napoleons den Versuch gemacht hatte, ganz Europa zu unterwerfen. Trotz des gerade Vor-gefallenen blieb ein Gesamtbild von Europa bestehen, in dem Frankreich seinen ganz bestimmten, bedeutsamen Platz hatte, den man ihm nicht nehmen durfte, ohne das Ganze

ins Wanken zu bringen. Daß niemand an Demütigung und Bestrafung dachte, fand seinen Lohn nicht erst in der Folgezeit. Schon 1815 nahmen die günstigen Bedingungen, die dem Bourbonen vorher gestellt wurden, dem zurückgekehrten Napoleon den Wind aus den Segeln. Der Kongreß aber konnte alle übrigen europäischen Fragen durch die Hinzunahme Frankreichs viel dauerhafter lösen, als es ohne Befragen dieser Macht möglich gewesen wäre. Daß *Talleyrand* (43) aus der Situation alles nur Erdenkliche herausholte, ist bekannt; aber auch seine Kunst wäre umsonst gewesen, wenn er nicht die Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme des unruhigen Gliedes in den Schoß der Staatenfamilie als Grundstimmung vorgefunden hätte.

Diese Bereitschaft war naturgemäß bei den einzelnen Staaten recht unterschiedlich, ja innerhalb der jeweiligen Kabinette keineswegs einheitlich. Während auf österreichischer Seite Graf *Stadion* (44) und *Erzherzog Karl* (45) für größere Abtretungen Frankreichs plädierten gegenüber *Metternich* (46) und *Schwarzenberg* (47), wurden diese in ihrer Furcht vor einem „allgemeinen Revirement“ von *Castlereagh* (48) und *Wellington* (49) verstanden, die es wiederum nicht leicht hatten, ihre Regierung und die in Großbritannien schon mit maßgebende öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß man den niedergeworfenen Gegner schonen müsse. Die von den diplomatischen Notwendigkeiten abweichende Ansicht der preußischen Militärs nimmt nicht wunder. Nur vom Zarenhof schien eine einheitliche Welle der Großmut auszugehen. Doch so verschieden auch die Auffassungen über die Behandlung Frankreichs vor und nach den Hundert Tagen im einzelnen sein mochten, seine Anerkennung als einen der Hauptfaktoren des Gleichgewichtssystems stand außer Frage. Dieses Ziel hatte schon der Teplitzer Vertrag vom September 1813 zwischen Österreich, Rußland und Preußen aufgestellt. Zwei Monate später war in den „Frankfurter Vorschlägen“ sogar die Möglichkeit angedeutet worden, daß man das linke Rheinufer bei Frankreich belassen könne, — eine schwere Hypothek für die weiteren Verhandlungen. Erstaunlich genug bleibt jedenfalls der tatsächliche Gebietszuwachs im ersten Pariser Frieden, bestehend aus Philippeville, dem Saartal, dem Gebiet um Landau, Westsavoyen und sämtlichen Enklaven. Dafür mußte sich *Ludwig XVIII.* (50) zur Anerkennung der geplanten europäischen Ordnung bereiterklären.

Über das Wesen dieser Ordnung hatten von vornherein keine Zweifel unter den Verbündeten bestanden: sie sollte auf der Herrschaft der bisherigen großen Mächte beruhen. Die seit dem Siebenjährigen Krieg faktisch bestehende Pentarchie wurde zu Chaumont im März 1814 als Konzert der Großmächte zum tragenden Grund des kommenden Friedens gemacht. Handelte es sich im Augenblick auch um eine Allianz zu viert, so war doch die spätere Aufnahme Frankreichs eindeutig vorgesehen. In der Politik der nächsten Zeit wirkte sich das entsprechend aus: während sich im Sommer bereits wieder zahlreiche deutsche Fürsten geradezu um Frankreichs Gunst bemühen, sucht auch Metternich erneut Fühlung mit ihm. Auf dem Höhepunkt des Kongresses, um die Jahreswende 1814/15, hatte Talleyrand die Stellung seines Landes so gefestigt, daß sich der Wiener Staatskanzler zu einem offenen Zusammengehen mit dem Exponenten der geschlagenen Macht entschließen konnte. Diese Schwenkung, die die Aufgabe der bisherigen österreichischen Mitteleuropapolitik an der Seite Preußens bedeutete, war hervorgerufen durch das Nachgeben *Friedrich Wilhelms* (51) gegenüber den Vorstellungen des Zaren, der Preußen nicht um wichtige Teile Polens vergrößert sehen wollte. Am 7. Januar 1815 wurde die bisherige Viererkonferenz zum Fünfterrat erweitert, nachdem schon einige Tage vorher ein Geheimbündnis Großbritannien, Österreich und Frankreich in eine Front gebracht hatte.

Der beschleunigte Eintritt Frankreichs in eine aktive Rolle war die eine Folge des Zerwürfnisses zwischen Österreich und Preußen in der sächsisch-polnischen Frage. Aber die Tatsache, daß die norddeutsche Großmacht Metternichs Wünschen bezüglich der Grenzziehung in Polen, die vor allem

auf eine Schwächung Rußlands hinausliefen, nicht entgegenkam, hatte noch andere Konsequenzen. England suchte die Gewichte in Europa nicht nach einem vorgefaßten Plan zu verteilen, sondern richtete sich bei gleichbleibender Grundeinstellung nach den gegebenen Möglichkeiten. Hatte Castlereagh zunächst gemeinsam mit den deutschen Mächten ein „intermediäres System“ aufrichten wollen, um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, so stellte er sich jetzt darauf ein, mit Österreich und Frankreich zusammen Rußland die Waage zu halten. Für Deutschland bedeutete das die Aufteilung auf die beiden großen Waagschalen. *Hardenbergs* (52) Plan einer Bundesorganisation mit Kreiseinteilung und kollegialer Zentralgewalt, der im September Metternichs Zustimmung gefunden hatte, war damit zum Scheitern verurteilt. Die preußisch-österreichischen Verhandlungen kreisten fernerhin um ein Kompromiß in Sachsen und um das Schicksal der Rheinlande, für deren Anschluß an Preußen sich auch Talleyrand gewinnen ließ. Nachdem das Großmachtssystem wieder den alten Grundsätzen gemäß ausbalanciert war, blieben damit für einen deutschen Bund im Schoße dieses Systems nur noch geringe Möglichkeiten.

An kühne, der Zeit angepaßte Neulösungen wagte man sich nicht heran. Das ancien régime feierte in Wien seine Rettung: das war das Wesentliche. Der Kongreß, auf dem nicht weniger als zweihundert Staaten mehr oder weniger offiziell vertreten waren, unterschied sich indessen nicht nur dem Umfang nach von den früheren Gesandtentreffen. Da Außenminister, leitende Staatsmänner und sogar Souveräne in der Donaustadt zusammenkamen, konnte weitgehend unmittelbar verhandelt werden. So ließen sich trotz der nicht abreißenden Festlichkeiten, auf denen allerdings nicht weniger und nicht schlechter Politik gemacht wurde als am Konferenztisch, die Streitfragen zwischen den Mächten und die Anliegen der Kleinen und Kleinsten verhältnismäßig schnell erledigen. Allerdings waren die Probleme, die das direkte Verhältnis England-Frankreich und die überseeische Besitzverteilung betrafen, schon vorher aus dem Wege geräumt. Neben Malta und Helgoland hatten dabei Tabago, Santa Lucia, Isle de France und von den holländischen Kolonien Kapland und Ceylon die britischen Erwerbungen des achtzehnten Jahrhunderts vorteilhaft abgerundet.

Metternich hatte dem am 10. Mai in Paris vorgeschlagenen Kongreß nur bestätigende Bedeutung zumessen wollen. In der Tat stellt der Wiener Tanz- und Verhandlungswinter keinen Friedenskongreß im Sinne einer Vertragsfindung mit dem Feinde dar. Die Bedingungen für Frankreich lagen fest. Es handelte sich jetzt noch um eine neue Gesamtordnung des aufgewühlten Kontinents, über deren Gesicht die Meinungen nicht wenig auseinandergingen. Man wurde nur deshalb so bald damit fertig, weil Einigkeit darüber herrschte, daß die Neugestaltung im Geiste des vorrevolutionären Europa zu erfolgen habe, und weil sich in den verantwortlichen Staatsmännern zugleich glänzende Diplomaten begegneten, von denen zwei als schlechthin überragend bezeichnet werden müssen. Die beunruhigende Aktivität des Zaren *Alexander I.* (53), die zwischen Gefühlspolitik und Berechnung hin- und herschwankte, hätte zweifellos viel mehr Schwierigkeiten bereitet, wäre sie nicht auf Männer wie Metternich und Talleyrand, Castlereagh und Hardenberg gestoßen, die genau wußten, was sie wollten. Neben dem Gremium der Großmächte, das diese Persönlichkeiten darstellten, bestanden noch zwei ziemlich unbedeutende Körperschaften: ein Achterrat mit Spanien, Portugal und Schweden und ein Deutschlandkomitee, zusammengesetzt aus Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg und Hannover. Die Vollversammlung trat überhaupt nie zusammen. Das Vorhandensein einer Unzahl von Interessenvertretern, die allesamt eine unheimliche Geschäftigkeit entfalteten, wäre aber zweifellos hemmend genug gewesen, hätten nicht jene vier, denen noch ein *Humboldt* (54) und ein *Gentz* (55) zur Seite traten, die Fäden fest in der Hand gehabt. So war die Kongreßakte praktisch unter Dach, als Napoleon am 1. März 1815 zurückkehrte. Nach den Hundert Tagen blieb nur noch

Die europäische Friedensordnung nach dem Wiener Kongreß (1814 bis 1815)



Die Karte zeigt die Gebietserweiterungen der Länder in den entsprechenden Ministerien auf schwarzem Grund.

Wiener Kongreß
September 1814 bis Juni 1815

30. Mai 1814, erster Friede zu Paris, 20. November 1815, zweiter Friede zu Paris.

An Stelle des früheren Deutschen Reiches tritt der Deutsche Bund, für den der im Februar 1805 in Regensburg gefällte Reichsdeputationshauptschluss in Kraft bleibt. Als wichtigste Veränderung durch ihn erhalten: Bayern die Bistümer Würzburg, Bamberg, Freising und Augsburg; Baden die rechtsrheinischen Teile der Pfalz und der Bistümer Basel, Konstanz, Speyer und Straßburg; Hannover das Bistum Osnabrück; Preußen das Bistum Münster, Paderborn und das Mainzer Erzbistum; Württemberg zahlreiche Klöster und Reichsstädte, darunter Reutlingen, Eßlingen und Heilbronn.

Die hauptsächlichsten Gebietserweiterungen durch den Wiener Kongreß: Bayern werden die 1777 und 1801 erworbenen Gebiete der Rheinpfalz bestätigt; Baden und Württemberg bleiben im Besitz der 1805 erworbenen vorderösterreichischen Gebiete; Hannover erhält Hildesheim und Goslar; Preußen, dem als Entschädigung für die nicht zurückgehaltenen Gebiete Westfalen und die Rheinprovinz bedeutend vergrößert werden, erhält die Gebiete von Posen und Danzig zurück, dazu den Rest Pommerns und den Nordteil Sachsens; Österreich wird das 1797 erworbene Venedig und das 1805 erworbene Bistum Salzburg bestätigt.

Rugland erhält Kongreßboden. Kraken wird Freistaat, Dänemark erhält das Herzogtum Lauenburg. England behält Helgoland und Malta und wird Schutzstaat der ionischen Inseln.

Frankreich nimmt seine Grenzen von 1792 wieder ein, es beläßt Korsika und tritt (zweiter Pariser Friede 1815) das Saargebiet an Preußen und Landau an Bayern ab.

Sardinien wird um Genua vergrößert.

übrig, Frankreich neue Bedingungen aufzuerlegen. Der von Wellington sofort wieder eingesetzte Bourbonne bedurfte nicht einmal mehr seines verdienten Anwalts, Talleyrand, um die Grenzen seines Landes zu behaupten und vor allem das Elsaß zu behalten; so sehr lagen die Dinge bereits fest.

Der Gesellschaft des *ancien régime*, die in Wien ihr großes Rendezvous hielt, erschien die Revolution wie ein böser Spuk, den es ebenso wie die von Napoleon ausgelöste Erhebung der Völker möglichst bald zu vergessen galt. Ein dauerhafter Neubau, der die Wiederholung des Erlebten ausschloß, schien nur in der Rückkehr zu dem vom Absolutismus geschaffenen Tableau denkbar, jener „sozialen Ordnung“ der Staaten, in die derart unberechenbare Größen wie souveräne Nationen durchaus nicht hineinpaßten. Und doch kündigte sich bereits auf dem Kongreß deutlich an, von welcher Seite das hochkonservative System seinen entscheidenden Stoß erhalten sollte. Das traditionsstärkste Land konnte sich zum Anwalt des politischen Fortschritts aufschwingen, weil gerade im freiheitlichen Denken seine stärkste Tradition lag. Diese Tendenz der britischen Politik kam zwar erst nach und nach zu außenpolitischer Wirkung; sie meldete sich jedoch schon in Wien mit der Forderung nach einem unabhängigen Polen an — wobei sie dem konstitutionellen Gönntum des Zaren begegnete, hinter dem sich ein massiver Imperialismus nur schwer verbarg. Indessen gelang es Castlereagh noch, die öffentliche Meinung seiner Heimat davon zu überzeugen, daß die auf dem westpolnischen Besitz beruhende starke Stellung Preußens gegenüber Rußland erhalten werden müsse. Hierin fand er sich wiederum einig mit Metternich, der einen polnischen Nationalstaat ebenso fürchtete wie russischen Überdruck. Vergebens suchte der österreichische Staatskanzler als weiteres Gegengewicht gegen den Koloß im Osten die Pforte in die Garantie der Kongreßakte einzubeziehen. Die Türkei blieb außerhalb der europäischen Völkerrechtsgemeinschaft, die sich in Wien neu manifestierte.

Nach wie vor konnte man nicht von einer Rechtsordnung der Völker untereinander reden, sondern genau besehen immer noch von einem Verkehrsrecht der Souveräne, das die zwischenstaatlichen Beziehungen regelte. Die Kongreßakte vom 8. Juni 1815, verbunden mit der deutschen Bundesakte, fügte ihm neue Bestandteile hinzu. Immer noch wird weder eine übergeordnete Instanz über den Staaten anerkannt, noch ein verbindlicher Kodex aufgestellt. In einer besonderen Abmachung findet indessen das Gesandtschaftswesen eine allgemeine und endgültige Regelung. In ihr werden die Eigenschaften und Rechte der Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger samt ihren Verwendungsmöglichkeiten genauer umschrieben. Diese Rang- und Etiketteordnung aus dem Geist des achtzehnten Jahrhunderts hat den Gesamtstil und das Wesen der Außenpolitik nach dem

Gesetz der Wechselwirkung von Form und Inhalt bis heute deutlich beeinflußt.

Wenn auf dem Wiener Kongreß auch für Einzelgebiete Neuerungen eingeführt werden — so sieht zum Beispiel die Rheinschiffahrtsakte die Beteiligung von Nichtuferstaaten vor —, kann doch von einem grundsätzlichen völkerrechtlichen Fortschritt keine Rede sein. Nach wie vor beruht die allgemeine Ordnung auf dem Willen aller Mächte zum Gleichgewicht, unter dem sich jeder etwas anderes vorstellen konnte, und die ideelle Grundlage der souveränen Staatenwelt ist weiterhin der dynastisch-patrimoniale Gedanke. War 1648 die Idee der Souveränität zur tragenden Kraft des Neuen gegenüber dem mittelalterlichen Denken geworden, so erschien sie jetzt im Verein mit dem Legitimus als hemmende Reaktion. Wie in Münster wird auch jetzt wieder ein engeres völkerrechtliches Kollektiv deutscher Staaten in eine weitere europäische Staatengemeinschaft eingebettet und in einem Gesamtvertrag verknüpft. Aber so wenig es mit den alten Mitteln gelingen konnte, die freiheitlichen und nationalen Strömungen aufzufangen und fruchtbar zu machen, so wenig war es möglich, von der Vorstellung des freien Kräftespiels in der Außenpolitik her etwas völkerrechtlich Neues zu schaffen. Auch dies wurde indessen von der glänzenden Versammlung in Wien erwartet. Es zeigten dies die zahlreichen Vorschläge zu einer internationalen Organisation, die unter dem Eindruck des Kongresses erwachsen wie einst *St. Pierres* (56) Projekt vom ewigen Frieden in der Atmosphäre von Utrecht.

Es lag ja nahe, was Napoleon mit den Mitteln der Macht verwirklichen wollte, die Einheit Europas, nur auf dem Wege friedlicher Übereinkunft zu suchen. Von den Autoren der Unionsprojekte, die im allgemeinen gut durchdacht sind und genaue Sanktionsbestimmungen enthalten, wurde auch das Problem der verfassungsmäßigen Unterschiede zwischen den Staaten durchaus erkannt. Graf von *Paoli-Chagny* will seinen Bund auf die hochkonservative Linie festlegen, während der deutsche Philosophieprofessor *Alexander Lips* (57) die allgemeine Annäherung an die Demokratie verlangt. Ein anonymer Vorschlag vom Jahre 1814 möchte vor allem eine Vereinigung von Nationalstaaten schaffen. Nur Karl Christian Friedrich *Krause* (58), der Napoleon als den Begründer des Weltstaates begrüßt hatte, sieht in der verschiedenen Struktur der Einzelglieder kein Hindernis für einen dauerhaften Zusammenschluß. Für ihn ist Europa eines der regionalen Systeme des kommenden Weltrechtsbundes. Das einzige einer internationalen Organisation nahekommende Gebilde, das die handelnden Staatsmänner zustande brachten, die Heilige Allianz, beruhte zwar auf Prinzipienähnlichkeit, war darüber hinaus aber mit den völlig auseinanderstrebenden Interessen der drei Monarchien belastet.

Die Friedensverhandlungen von Versailles

Der Geist der Kongresse, die wir behandeln, läßt sich zum Teil aus dem Charakter des Krieges verstehen, der ihnen jeweils voranging, vor allem aber auch aus den Ereignissen, die seit dem letzten Neuordnungsversuch die Außenpolitik beeinflussten. Zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem ersten Weltkrieg änderten sich nicht so sehr die Methoden der Außenpolitik als vielmehr ihre Voraussetzungen grundlegend. Spiel und Gegenpiel der Allianzen wurden noch fortgeführt. Träger des Rundgesprächs der europäischen Kabinette waren Diplomaten alter Schule, die erst nach und nach in den einzelnen Ländern in verschiedenem Maße durch bürgerliche Elemente ersetzt wurden. Man kalkuliert die Machtpositionen der Staaten als berechenbare Größen, und auch den irrationalen Faktor Krieg glaubte man unter Kontrolle halten zu können. Aber wenn auch die Gruppe der europäischen Großmächte 1914 bis auf die Zusammenfassung Deutschlands durch Bismarcks Reichsgründung noch dieselbe Zusammensetzung aufwies wie jene

Pentarchie, die Napoleon überdauert hatte, so waren doch Entwicklungen eingetreten, die es fraglich erscheinen ließen, wie lange die hergebrachten Methoden noch ausreichen würden. Mit Ausnahme von Österreich-Ungarn hatten alle Großmächte des Kontinents nunmehr Weltgeltung errungen. Im Wettstreit um die Aufteilung Afrikas entzündete sich der Imperialismus, der auch Italien ansteckte. Rußland mußte sich mit Japan messen, dessen Aufstieg wiederum das Heraustreten der Vereinigten Staaten aus der Isolation beschleunigte. Aber nicht nur ein Wechsel der politischen Maßstäbe und eine langsame Verlagerung der außenpolitischen Gewichte vom europäischen Kontinent nach Übersee bahnten sich im neunzehnten Jahrhundert an: neuartige materielle und ideelle Faktoren wirkten beim Erscheinen des Imperialismus mit. Die sich rasch entwickelnden Industrien brauchten Rohstoffländer und Absatzmärkte, die sich jeder Staat selbst aufbauen wollte. Die ebenso unheimlich wachsende Bevölkerung mußte ernährt und durch neues

Siedlungsland befriedigt werden. Schließlich benötigten der Tatendrang und das Machtstreben der zum vollen Bewußtsein ihrer Individualität gelangten Nationen ein Ventil. Während sich der Nationalismus durch eine größere Reizbarkeit der einzelnen Staaten, die auch auf die kühler denkenden Köpfe der Führung übersprang, in der Außenpolitik bemerkbar machte, trug das andere Erbteil der französischen Revolution, der Liberalismus, in doppelter Hinsicht dazu bei, die Voraussetzungen für die Diplomatie altens Stiles zu zerstören. Das wachsende Gewicht der Volksvertretung, das sich auch bei den Mittelmächten auswirkte, unterhöhte langsam die Kabinettpolitik. Gleichzeitig legte der Erfolg demokratischer Praktiken nahe, den Rechtsgedanken auch im internationalen Leben grundsätzlich über die Machtentscheidung zu stellen. Diese Tendenz machte sich einmal in der wachsenden Juristifizierung der Außenpolitik bemerkbar, für die wiederum die Arbeit am Kodex des Völkerrechts bezeichnend ist, und zum andern in einem ersten Streben nach internationaler Organisation. Gerade die Errichtung der Schiedsgerichtsbarkeit auf den Haager Konferenzen ist ein Ausdruck dafür, daß das allgemeine Mißtrauen wuchs, ob die alten Mittel des Interessenausgleichs noch genügen würden, und daß die Menschheit kommende Katastrophen fürchtete. Der erste Weltkrieg, auf dem Wege der Machtintrigen ohne den Willen der Völker zustande gekommen, bestätigte diese Ahnungen. Die Sieger gelobten sich, aus dem Fiasko der alten Außenpolitik des freien Kräftespiels unter Einschluß des Krieges die Konsequenzen zu ziehen und eine dauerhafte Friedens- und Rechtsordnung aufzustellen. Aber mit einem Schlage war das nicht zu vollenden. Das gewohnte Machtdenken, entzündet eben an der Empörung über den vermeintlich Alleinschuldigen, sprach nur zu sehr mit, und was eine dauerhafte Neuordnung Europas und der Welt hätte sein können, wurde zum überstürzten Produkt der Stunde.

Das am 29. November 1918 in Washington von *Jusserand* (59) überreichte französische Programm sah einen Präliminarfrieden vor, dem der eigentliche Kongreß erst folgen sollte. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden jedoch Vorfrieden und Endregelung miteinander verschmolzen, so daß der Diktatcharakter, den Präliminarien ihrem Wesen nach haben, den Geist des Gesamtvertrages bestimmte. Noch am 12. Februar 1919 faßte man einen Beschluß, vorerst nur militärische Bestimmungen festzulegen, und Oberst *House* (60) hielt es daraufhin für möglich, Anfang April die Mittelmächte zum Gedankenaustausch heranzuziehen. Der Glaube an den kommenden Kongreß hielt sich lange; aber es blieb bei der Konferenz der Siegergruppe.

Eine Woche vor der Eröffnungssitzung am 18. Januar 1919 wurde aus den Ministerpräsidenten und Außenministern der fünf Großmächte der Rat der Zehn konstituiert, aus dem sich dann bis Ende März ein Viererkollegium bildete, beherrscht von dem Triumvirat *Wilson* (61), *Clemenceau* (62), *Lloyd George* (63). Man setzte sich sowohl über den Anspruch der Weltöffentlichkeit auf Hinzuziehung der Presse wie über das Recht der kleinen Staaten auf Mitbestimmung hinweg. Den „Mächten mit Spezialinteressen“ gewährte man nur Audienzen und eine beschränkte Beteiligung an Kommissionen. Immerhin ist die Vollversammlung, zu deren Wortführer sich Brasilien und Kanada machten, wenigstens zusammengetreten.

In der Plenarsitzung vom 25. Januar wurden fünf Kommissionen gebildet: für den Völkerbund, für das Kriegsschuldmaß, für die Reparationen, für Kontrolle der Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen und für internationale Arbeitsgesetzgebung. Ein Wirtschafts- und Finanzkomitee folgte bald darauf, während im Februar die Reihe der Territorialkommissionen eingesetzt wurde. Das Ausschußwesen war das Hervorstechende an der Konferenz. Jede der achtundfünfzig Kommissionen enthielt grundsätzlich, natürlich nicht praktisch, je zwei Delegierte der fünf Großmächte, war also ein Zehnerrat im kleinen. Sie waren weniger nach den Aufgaben als nach den Ansprüchen aufgestellt. Man hatte nicht Zentralausschüsse für die Vertragsländer, son-

dern ging von den Nachfolgestaaten aus. Auf diesen und andere Strukturfehler hat *Nicolson* (64) aus der Kenntnis der diplomatischen Kleinarbeit in Paris hingewiesen. Er bemängelt auch das Fehlen einer Gesamtübersicht des Generalsekretariats und stellt vor allem fest, daß die einzelnen Kollegien der Sachbearbeiter das Gefühl hatten, Maximalanschlüsse auszuarbeiten, und keineswegs damit rechnet, daß ihre Entwürfe endgültig sein würden, wie es dann in den meisten Fällen war.

Nachdem der Rat der Vier sich unter ungeheuren Schwierigkeiten über die Grundfragen geeinigt hatte, wurde der umfangreiche Gesamtvertrag knapp vor der Überreichung am 7. Mai zusammengestellt, so daß zu seinem Studium kaum mehr Zeit blieb. Den Deutschen gab man drei Wochen zur Stellungnahme, in denen sie zwanzig ausführliche Noten herausbrachten. Am 16. Juni schließlich, wenige Tage vor der Unterzeichnung, erfolgte die Schlußantwort der Alliierten, die praktisch keine Konzessionen enthielt. Es dauerte noch ein volles Jahr, bis der Reihe nach die Vorortverträge mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei fertiggestellt werden konnten. Über die wesentlichen Bestimmungen wurde aber schon während der Hauptverhandlungen im Frühjahr 1919 entschieden.

Welche Politik haben nun die einzelnen Mächte in der schicksalhaften Vierteljahr verfolgt? Für die französische Linie ist die Bemerkung *Clemenceaus*, daß man einen gemeinsamen Geist des Friedens benötige, wie man einen gemeinsamen Geist des Krieges gehabt habe, in doppelter Hinsicht bezeichnend. Einmal spricht sich darin die Furcht aus, Deutschland könne aus der Uneinigkeit der Alliierten Nutzen ziehen; dann aber steckt darin auch der Wunsch, den Radikalismus der Kriegsstimmung zur Grundlage der Friedensregelung zu machen. Für die Franzosen selbst schied schon die Erinnerung an 1814, 1870 und 1914 Grund genug, die Mitte Europas so weit wie möglich der Macht zu entkleiden. Man glaubte es nicht verantworten zu können, die Gelegenheit verstreichen zu lassen. So wurden auch die Vierzehn Punkte, solange es eben ging, ehrlich abgelehnt, und eine Quarantäne für Deutschland gefordert. Den Verbündeten gegenüber betonten die französischen Staatsmänner neben dem Recht auf Sicherheit vor allem den moralischen Gesichtspunkt. Deutschlands Kriegsschuld sollte die Handhabe zu einer besonderen, das Hergebrachte verlegenden Behandlung abgeben. Soweit *Wilson* auf diese Frage überhaupt einging, enttäuschte er die Franzosen dadurch, daß er hier nicht nur die Notwendigkeit einer Bestrafung, sondern daneben immer auch die Möglichkeit sah, auf dem Hintergrund der deutschen Schuld die amerikanische Haftung um so großzügiger erscheinen zu lassen. Die Briten verschlossen sich zwar ebenfalls nicht der französischen Argumentation, waren aber nicht gewillt, aus der deutschen Verantwortlichkeit Konsequenzen zu ziehen, die ihnen auf die Dauer selbst schädlich sein mußten.

Die Inselmacht war hauptsächlich an den überseeischen Problemen interessiert. Es zeigte sich schon bei der Diskussion des *Wilson-Programms*, daß sie bezüglich der Freiheit der Meere, von der sie eine ganz bestimmte Auffassung besaß, nicht mit sich handeln ließ. Als erst einmal die deutschen Kolonien in seinem Sinne verteilt waren, betrieb Großbritannien alles nur noch mit halber Kraft. *Lloyd George*, der Premier, hatte die traditionelle Gleichgewichtspolitik weitgehend verlassen. Insofern näherte er sich dem französischen Standpunkt. Er sah jedoch das deutsche Problem wesentlich kühler an. Zeitweilig wurde er geradezu zum Anwalt der Mittelmächte; aber er war zu abhängig von der öffentlichen Meinung seines Landes. Dies hatte er selbst während des Wahlkampfes im November in einer Stimmung hineingetrieben, die einem Vernunftfrieden feindlich sein mußte. Nur langsam konnte es der damals noch schwachen Arbeiterpartei und *Winston Churchill* (65) gelingen, ein Gegengewicht gegen die Propaganda *Northcliffe* (66) zu schaffen.

Die Amerikaner zeigten sich auf der Konferenz verhältnismäßig schlecht informiert. *Wilson* selbst berührten die

inzelfragen ziemlich wenig, obwohl gerade ihm in vielem die Entscheidung zufallen sollte. Ihm kam es darauf an, den Standpunkt der Menschheit zu wahren; die Schaffung eines Völkerbunds stand für ihn durchaus im Vordergrund. Was war seine Politik — nicht die amerikanische, wie sich bald herausstellen sollte. In Paris haben wir nicht die Vereinigten Staaten von Amerika vor uns, sondern Wilson. Der Mann, auf den Deutschland seine Hoffnung setzen mußte, von dem man annehmen durfte, daß er die Dinge mit Abstand sah, hatte indessen nicht genügend Konsequenz, seine eigene Linie bis zum Ende zu verfolgen. Er selbst war der Erste, der den „Wilsonismus“ aufgab. *Keynes* (67), der die britische Delegation unter Protest verließ, sagte von ihm, noch niemals habe ein Philosoph solche Waffen in der Hand gehabt. Wilson gefiel sich auf seiner Rundreise um die Weihnachtszeit als der von den Völkern Europas geehrte Retter, um sich dann auf der Konferenz, wie er selbst zugab, an der Nase herumführen zu lassen. Es war schon ein Fehler, daß er überhaupt nach Paris ging. Von Washington aus hätte er seinen Einfluß besser geltend machen können; zugleich wäre er in engerem Kontakt mit dem amerikanischen Kongreß und der öffentlichen Meinung geblieben. Senator *Knox* wies damals immer wieder auf die Gefahr für die Monroedoktrin hin, während *Lodge* die Forderung nach einem harten Frieden vertrat gemäß der Stimmung, die in den Vereinigten Staaten gerade herrschte und die völlig anders war als die Stimmung drei Jahre vorher oder drei Jahre nachher. In der Heimat hätten Wilson und seine Leute vielleicht ausgleichend wirken können; so mußte er mit seiner Völkerbundspolitik eines Tages desavouiert werden. Eine besondere Enttäuschung für den Präsidenten war die Tatsache, daß sein Vertrauter und Gehilfe in Paris, Oberst House, der die Dinge nüchterner betrachtete, schließlich von ihm abbrückte. Wenn ihm auch der letzte Erfolg versagt war und seine menschliche Enge sich bei den Pariser Verhandlungen ungünstig auswirkte, so bleibt Wilson doch das historische Verdienst, dem Gedanken der internationalen Organisation zu seiner ersten Verwirklichung verholfen zu haben.

Der am 10. Januar vorgelegte Entwurf eines Völkerbundsaktes ging auf ein Projekt von *Smuts* (68) zurück. Die entsprechende Kommission wurde in sechzehn Tagen mit dem Text des Paktes fertig, und am 14. Februar konnte Wilson seinen persönlichen Erfolg vor der Vollversammlung davontragen. Diese hatte eine Resolution verabschiedet, derzufolge der Völkerbundspakt als Bestandteil des Friedensvertrages gelten sollte — entgegen der französischen Auffassung, die beides zu trennen suchte. *Léon Bourgeois* (69) war auch für eine Erklärung über die deutsche Kriegsschuld in der Präambel eingetreten, was ebenfalls fehlschlug. Im Völkerbundspakt erblickten die meisten seiner Verfechter das Mittel zur Rettung des mißglückten Friedens. So war der Revisionsartikel XIX von vornherein von zentraler Bedeutung. Durch den Rückzug Amerikas kam er indessen nicht zu voller Wirkung, da die Genfer Institution ja nun weitgehend von der revisionsfeindlichsten Macht, Frankreich, beeinflusst wurde. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten über hatte selbst die am 10. April angenommene Klausel, daß der Völkerbundspakt die Monroedoktrin unberührt lasse, nicht erreichen können. Gleich in den Tagen des Vertragsabschlusses zeigte die amerikanische Garantie für Frankreich, daß der neue Geist noch nicht in der Lage war, die alte Bündnispraxis zu beseitigen. Immerhin konnte der Versailler Völkerbund bis zu seinem endgültigen Scheitern einige bescheidene Erfolge buchen. Positiv wirkte sich dabei aus, daß man die junge Organisation nicht mit der Lösung des Reparationsproblems belastet hatte, das man in Paris auf die lange Bank schob.

Nachdem Clemenceau den Ausdruck „réparation des dommages“ schon in den Waffenstillstandsvertrag hineingebracht hatte, nahm die Konferenz in London zwischen *Lloyd George*, *Clemenceau* und *Orlando* (70) am 2. und 3. Dezember 1918 eine internationale Kommission für „reparation and indemnity“ in Aussicht. Man hoffte damals, gleichzei-

tig mit der Pariser Konferenz auch die Frage der deutschen Zahlungen zu lösen. Eine Einigung über die Endsumme wurde jedoch nicht erreicht; man kam nur dahin überein, daß Deutschland alle Schadenersatzansprüche zu befriedigen habe, worunter man auch die Renten der Kriegsbeschädigten verstand, und daß das konfiszierte öffentliche und private Eigentum nicht anzurechnen sei. Bis Mai 1921 sollten die Forderungen von einer Reparationskommission endgültig festgesetzt werden. Der Grund für diesen Aufschub war die Uneinigkeit über diesen wichtigen Punkt, nicht so sehr der Vorschlag *Lloyd Georges*, die Entscheidung in eine ruhigere Atmosphäre zu verschieben. Der britische Premier konnte nicht ahnen, daß die Vereinigten Staaten den Frieden nicht unterzeichnen und infolgedessen aus dem Vorsitz der Reparationskommission ausscheiden würden. Indessen bewies die amerikanische Politik bis hin zum Hoover-Memorandum, daß es ihr mit der Einhaltung der Leistungsgrenze Ernst war, auf der sie in Paris bestanden hatte.

Für die Reparationen diente der Kriegsschuldartikel 231 als Rechtsgrundlage. Nicht so für die Gebietsabtretungen; hier führte man das Selbstbestimmungsrecht ins Feld. Infolgedessen gelang es den Franzosen nicht, die Annexion des Saargebiets durchzusetzen, sondern nur dessen zeitweilige Nutzung bis zur Volksabstimmung. Es gab wegen dieser Frage dramatische Auftritte zwischen Clemenceau und Wilson. Was die Grenze im Osten anbetraf, war Wilson von vornherein mit dem französischen Außenminister weitgehend einig. Beide machten sich den Standpunkt des Pariser Nationalkomitees der Polen zu eigen, demzufolge Polens Leben von seiner Ausdehnung gegen Deutschland hin abhing, während eine polnische Gruppe in London für Vergrößerungen im Osten des Landes eintrat. *Lloyd George* wies damals auf die Germania irredenta als Herd des nächsten Krieges hin, aber schließlich gab auch er nach. Die Grundlagen der Versailler Bestimmungen über Westpreußen, Posen und Oberschlesien hat eine Denkschrift *Dr. Dmowskis* (71) geliefert, die dieser schon im Oktober 1918 Wilson vorgelegt hatte. Es ist nicht so, wie *Ziegler* (72) es darstellen möchte, daß zwei Militärs das Schicksal des deutschen Ostens bestimmt haben, weil der Bericht des Untersuchungsausschusses, den sie beherrschten, schließlich angenommen wurde. Die Annahme der Vorschläge, die General *Le Rond* und Oberstleutnant *Kisch* im Verein mit dem amerikanischen Geographen *Browman* unterbreiteten, war vielmehr nur möglich durch die Entschlossenheit der Großmächte, allen Schwierigkeiten in der Frage der Befriedigung Polens auf Kosten Deutschlands aus dem Wege zu gehen.

Während so die Lösung im Osten zustande kam, stand im Hintergrund noch eine Unbekannte: das bolschewistische Rußland, von dem man nicht wußte, ob es endgültig das Zarenreich ersetzen würde. Dieses gehörte seit zwei Jahrhunderten zum Parallelogramm der Kräfte in Europa. An seine Stelle war ein Machtvakuum getreten, als nun seine alten Grenzen aufgelöst wurden und der größte der Nachfolgestaaten sich gegenüber der ebenfalls machtleeren europäischen Mitte ausdehnte.

Was *Dmowski* für sein Land erreichte, fand sein Gegenstück in *Orlandos* Erfolgen. War Polen wenigstens bei den weitestgehenden Forderungen das Selbstbestimmungsrecht entgegengehalten worden und war zum Beispiel Danzig entgegen der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten nicht an Polen gekommen, so stellte sich Wilson im Falle Italiens auf den Boden des Londoner Vertrages von 1915, den Italien jetzt Entschädigungen heischend präsentierte. (Die Geheimabkommen der Kriegszeit waren für Wilson bereits maßgebend gewesen, als in der Schantungfrage mit den Japanern, die im übrigen die deutschen Rechte in China an sich zogen, ein Kompromiß geschlossen wurde.) Gleich zu Anfang war es Orlando gelungen, dem Präsidenten den Widerstand gegen die Einverleibung Südtirols auszureden, wobei ihm die mangelnde Informiertheit Wilsons zustatten kam. Bald konnte er auch die Zustimmung zu einem italienischen Fiume nach Hause tragen.

Die europäische Friedensordnung nach dem ersten Weltkrieg



Die Karte zeigt die von den nachfolgenden Verträgen berührten Hauptgebiete, die weiß auf schwarzem Grund mit den Mustern der Herkunftsländer versehen sind.

Versailles, 28. Juni 1919

Deutschland gibt an Frankreich Elsass-Lothringen zurück, tritt an Belgien die Gebiete Eupen-Malmedy an, Dänemark Nord-Schleswig, an Polen Posen, einen Teil Ostpreußens und einen Teil Oberschlesiens nach einer Volksabstimmung ab, die die Tschechoslowakei erhält. Als Teil der Volksabstimmung wird die Halbinsel Jütland, Dänitz wird zu einer Volksabstimmung 1925 unter französische Verwaltung.

Saint Germain, 10. September 1919

Österreich gibt an Italien Südtirol und Istrien mit Gortz und Triest, an Jugoslawien Südschlesien und Südsiegermark ab, die Tschechoslowakei erhält Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien, Polen Galizien. In einem Sonderstatut wird Österreich der Ausschluss an Deutschland unterlagert.

Neuchâtel, 27. November 1919

Rumänien erhält die Südbanats-Grafschaft, die es 1915 an Bulgarien abgetreten hatte, zurück. Bulgarien gibt an Griechenland Thrazien und an Jugoslawien einige Grenzgebiete ab.

Deklaration der Entente

8. Dezember 1919

Die Curzon-Linie (Burg-Neum) wird als Ostgrenze Polens festgelegt.

Trianon, 4. Juni 1920

Ungarn hat an Rumänien Siebenbürgen, das bösische Banat und die Bakowina abzugeben, an Jugoslawien Slowenien und Kroatien, die Tschechoslowakei erhält Karpaten-Rußland und die Slowakei.

Verres, 19. August 1920

Griechenland erhält die türkischen Gebiete Ostthrazien mit Adrianopol, Gallipoli und an der kleinasiatischen Küste Smyrna, die es aber nach der Niederlage 1922 durch den Vertrag von Lausanne wieder zurückgeben muß.

28. Oktober 1920

Die Entente erkennt die rumänische Annexion Bessarabiens an.

Tirana 1920

Italien und Jugoslawen erkennen die Unabhängigkeit Albaniens an.

Riga, 15. März 1921

Polen behält die eroberten sowjetischen Gebiete Weichselniederlande und der Ukraine.

Pariser Botschafter-Konferenz, 15. März 1925

Polen wird das 1920 besetzte Wilna und Litauen das im Januar 1923 besetzte Memelland bestätigt.

Lausanne, 23. Juli 1923

Revision des Vertrages von Sèvres, die Türkei erhält die an Griechenland abgetretenen Gebiete zurück.

Die Widersprüche in diesen und anderen europäischen Ordnungsversuchen, Widersprüche vor allem zwischen dem proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker und der vielfach geübten Annexionspolitik, zwischen der Bekämpfung des Nationalismus in Deutschland und seiner Hochzucht in den neuen kleinen Staaten, lassen sich nicht nur aus dem Gegensatz zwischen alter und neuer Diplomatie erklären. Es ist die besondere Lage zu berücksichtigen, in der sich die beteiligten Staatsmänner befanden. Sie waren nicht wie ihre Vorgänger von 1815 einem Souverän allein verantwortliche Minister, sondern Parlamentarier. Sie hatten mit Ausnahme Wilsons vor allem die Aufgabe, den demokratischen Volkswillen zu repräsentieren. Wäre Clemenceau nicht gewesen, so hätte ein anderer die Wünsche der französischen Nation vertreten, die damals verständlicherweise über das Ziel hinausschossen. Der Krieg war fast unvermutet gewonnen worden, und allen lag noch der Schreck in den Gliedern. Die Völker auf alliierter Seite waren alles andere als frei von Haß und Furcht, als die Neuordnung durchgeführt werden mußte, und die Pariser Diplomaten hatten Rücksicht zu nehmen auf die psychologische Situation. Sie taten es selbst dort, wo es ihnen nicht zum Bewußtsein kam. Die Männer des Wiener Kongresses fanden ungleich günstigere Bedingungen für einen Vernunftfrieden vor, da sie selbst die stärksten Strömungen in den Völkern, die erst langsam zu sich selbst kamen, unberücksichtigt lassen konnten.

Wenn man zugunsten der Verantwortlichen von Versailles demnach ihre Abhängigkeit von der Stimmung ihres Landes bedenkt, läßt sich zugleich sagen, daß unter diesen Umständen der Vertrag zu bald nach Kriegsende zustande kam. Eine Regelung der europäischen Verhältnisse war allerdings sofort geboten; sie hätte jedoch den Charakter eines Provisoriums tragen müssen und nicht als endgültige Ordnung gelten dürfen. Der Vertrag aber trat mit dem Anspruch auf, eine Dauerlösung zu sein, während die Züge des Zufälligen überall aus ihm hervorstachen. Um wirklichen Bestand zu haben, hätte er entweder ein karthagischer Friede oder ein Dokument der Versöhnung sein müssen. Zu dem ersten jedoch reichte selbst die Nachkriegspsychose nicht aus.

So kam es zu einem seltsamen Kompromiß. Aus diesem hätte dennoch etwas Gutes hervorgehen können, wenn nicht

zwei Faktoren eine Normalisierung der internationalen Beziehungen und damit einen echten Frieden verhindert hätten: der schwache Revisionswille auf der einen und die wachsende Ungeduld auf der anderen Seite. Nachdem nun einmal der Vertrag als endgültig unterzeichnet war, gewöhnten sich die Westmächte zu sehr daran, in ihm eine gerechte Sache zu sehen, und besonders die Franzosen wurden zu unbeirrten Verfechtern des Status quo. In Deutschland machte sich der Rechtsradikalismus die Lage zunutze, indem er mit der Dolchstoßlegende operierte und bewußt jeden Versuch einer Abänderung Versailles' auf dem Wege geduldiger Verhandlungen als unwürdig sabotierte. Das war besonders verhängnisvoll, da ganz allmählich der Revisionsgedanke doch an Boden gewann, wie die Rheinlandräumung und das von Brüning (73) vorbereitete Abkommen von Lausanne bezeugten, und jedes Anwachsen des Nationalismus in Deutschland diesen Prozeß wieder verlangsamte. So kam es zu einer tragischen Wechselwirkung des gegenseitigen Mißtrauens.

In dieser Atmosphäre konnte auch das Schwesterprodukt des Versailler Friedens, der Völkerbund, nicht gedeihen. Ihm lag in der Tat eine unglückliche Mischung von alter und neuer Diplomatie zugrunde. Der Geist des zwanzigsten Jahrhunderts drängte zu Weltorganisation und Parlamentarisierung der internationalen Beziehungen, zu Abrüstung und kollektiver Sicherheit. Die Außenpolitik des ancien régime in ihren respektablen Resten verlangte Ausbau der Einzelmächte und Allianzen. Daß es der Völkerbund nach seinem Scheitern als Weltverband nicht wenigstens zu einer leistungsfähigen europäischen Regionalorganisation gebracht hat, war sein schwerstes Versagen.

Die Gründe liegen aber gerade auch wieder im Geist von Versailles, der nicht der Geist konstruktiver Zusammenarbeit in Europa war. Deutschland seinerseits, wesentlicher Merkmale der Souveränität beraubt, hätte nur durch ständigen Hinweis auf die Souveränität der Rechtsordnung, der auch die andern sich beugen mußten, seine Lage langsam verbessern können. Statt dessen beschritt es in einem Ring von Machtgebilden alten Schlages den gefährlichen Weg der Selbsthilfe mit anachronistischen Methoden. Die neue Katastrophe wurde ihm zur furchtbaren Lehre. Aber auch seine Kriegsgegner mahnt sie daran, die Fehler von Versailles nicht zu wiederholen.

Biographische Anmerkungen

- (1) *Torstenson*, Lennart, Graf von Ortala, 1603—1651. Hervorragender Heerführer aus der Schule Gustav Adolfs; Oberbefehlshaber der schwedischen Armee im Dreißigjährigen Krieg nach Banérs Tod (1641).
- (2) *Karl V.* von Habsburg, römisch-deutscher Kaiser, König von Spanien, regierte 1519—1556; Gegner der Reformation.
- (3) *Ferdinand II.*, römisch-deutscher Kaiser 1619—1637; Hauptgegner der Protestanten im Dreißigjährigen Krieg.
- (4) *Richelieu*, Armand Jean du Plessis, Herzog von, 1585 bis 1642. Kardinal, seit 1624 allmächtiger Leiter des französischen Staates. Bricht die Macht des Adels, besiegt die Hugenotten und verschafft Frankreich durch Eingreifen in den Dreißigjährigen Krieg gegen Habsburg europäische Vormachtstellung.
- (5) *Sully*, Herzog von, Maximilian de Béthune, Baron von Rosny (Mantes), 1560—1641. Minister Heinrichs IV. von Frankreich.
- (6) *Ludwig XIV.*, König von Frankreich 1643—1715, der „Sonnenkönig“. Unumschränkter Herrscher, riß 1670 Lothringen an sich, Krieg gegen die Niederlande (Friede von Nimwegen), nahm 1681 Straßburg, hob 1685 das Edikt von Nantes auf; Zerstörung der Pfalz, Friede von Utrecht. Förderer der Kunst und Literatur, aber auch der Üppigkeit und Mätressenwirtschaft.
- (7) *Ranke*, Leopold von, 1795—1886. Historiker, 1825 Professor in Berlin; hat durch seine bedeutenden Arbeiten nicht nur auf die deutsche, sondern auch auf die ausländische Geschichtschreibung nachhaltig eingewirkt.
- (8) *Erdmannsdorffer*, Bernhard, 1833—1901. Historiker, schrieb: „Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zur Regierungszeit Friedrichs des Großen.“
- (9) *Maximilian I.*, Kurfürst von Bayern, 1573—1651; Haupt der Katholischen Liga im Dreißigjährigen Krieg, Gegner Wallensteins.
- (10) *Trauttmansdorff*, Maximilian, Graf zu, 1584—1650. Österreichischer Staatsmann, kaiserlicher Gesandter in Rom, schloß 1635 den Prager Frieden; sein größtes Werk war der Westfälische Friede.
- (11) *Wrangel*, Karl Gustav, Graf von, 1613—1676; schwedischer Reichsadmiral und Feldmarschall, Oberbefehlshaber der schwedischen Truppen im Dreißigjährigen Krieg nach dem Rücktritt Torstensons (1646).
- (12) *Turenne*, Henry de, 1611—1675, Marschall von Frankreich; 1644 und 1672 Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Deutschland; 1675 bei Sasbach gefallen.
- (13) *Ferdinand III.*, römisch-deutscher Kaiser 1637—1657, Sohn Ferdinands II.; schloß 1648 den Westfälischen Frieden.
- (14) *Mazarin*, Jules, 1602—1661. Kardinal, französischer Staatsmann, wurde 1643 Nachfolger Richelieus; brach die letzten Widerstände des Adels gegen den Hof (Fronde) und erzielte auch außenpolitische Erfolge.
- (15) *Servien*, Abel, französischer Diplomat, Vertrauensmann Mazarins; Bevollmächtigter beim Westfälischen Frieden.

- (16) *Grotius*, Hugo de Groot, 1583—1645, niederländischer Humanist, Rechtsphilosoph; Begründer des Staats- und Völkerrechts.
- (17) *Oxenstierna*, Axel, 1583—1654; Reichskanzler Gustav Adolfs und nach dessen Tode Leiter der schwedischen Politik.
- (18) *Olivarez*, Don Gasparo de Guzman, Graf von, Herzog von San Lucar, 1587—1645. Spanischer Staatsmann, leitete die spanische Politik im Krieg gegen die Niederlande und in den damit zusammenhängenden Religionskämpfen in Deutschland. Die Unmöglichkeit, Selbstständigkeitsbestrebungen in den Provinzen Katalonien und Portugal zu ersticken, führte 1643 seinen Sturz herbei.
- (19) *Schönborn*, Johann Philipp von, geboren 1605; 1647—1673 Erzbischof und Kurfürst von Mainz.
- (20) *Philipp II.*, geboren 1527, Sohn Karls V.; König von Spanien 1556—1598.
- (21) *Karl VI.*, römisch-deutscher Kaiser, zweiter Sohn Kaiser Leopolds I., der letzte Habsburger im Mannesstamm, regierte 1711—1740.
- (22) *Philipp V.*, Herzog von Anjou, Enkel Ludwigs XIV.; König von Spanien 1711—1746.
- (23) *Alberoni*, Giulio, 1664—1752; Kardinal und spanischer Staatsminister.
- (24) *Karl II.*, König von Spanien 1665—1700, der letzte Habsburger auf dem spanischen Thron, regierte lange unter der Vormundschaft seiner Mutter Maria Anna von Österreich, welche die Regierung unter dem Widerstreit der Parteien mühsam leitete. Sein Tod rief den Spanischen Erbfolgekrieg hervor.
- (25) *Marlborough*, John Churchill, Herzog von, 1650—1722; englischer Heerführer im Spanischen Erbfolgekrieg.
- (26) *Villars*, Claude Louis Hector, Herzog von, 1653—1734; Pair und Marschall von Frankreich; 1703 Sieger bei Höchstädt, 1709 bei Malplaquet von Prinz Eugen geschlagen.
- (27) *Karl XII.*, König von Schweden 1697—1718; führte den Nordischen Krieg gegen Dänemark, Polen-Sachsen (August II.) und Rußland (Peter I.).
- (28) *Leibniz*, Gottfried Wilhelm, Freiherr von, 1646—1716, Philosoph, Naturwissenschaftler, Diplomat, Historiker, Sprachforscher, Jurist, Theologe und Mathematiker. Begründer der Berliner Akademie.
- (29) *Peter I.*, der Große, Kaiser von Rußland 1682—1725; nahm, durch August II. von Polen bestimmt, am Nordischen Krieg gegen Karl XII. von Schweden teil.
- (30) *Wilczek*, Heinrich Wilhelm, Graf, 1665—1739. Diplomat und Militär; 1710—1712 Gesandter in Petersburg.
- (31) *Eugen*, Franz, Prinz von Savoyen, 1663—1736. Österreichischer Feldherr und Staatsmann, der „edle Ritter“, eigentlicher Begründer der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie; kämpfte siegreich gegen die Türken und im Spanischen Erbfolgekrieg.
- (32) *Harley*, Robert, später Graf von Oxford, 1661—1724; britischer Staatsmann, gehörte anfangs zu den Whigs, ging dann aber zu den Tories über.
- (33) *Bolingbroke*, Henry, Viscount, 1678—1751, englischer Staatsmann, trat für die vertriebenen Stuarts ein.
- (34) *Anna*, Königin von Großbritannien und Irland 1702—1714, war das letzte in England regierende Glied des Hauses Stuart; ihre Regierung erhielt außerordentliche Bedeutung für Großbritannien durch dessen Teilnahme am Spanischen Erbfolgekrieg gegen Frankreich.
- (35) *Shrewsbury*, Charles Talbot, Earl of, 1660—1717, englischer Staatsmann unter Wilhelm III. und Georg I.
- (36) *Jersey*, Edward Villiers, Earl of, 1656—1711, Gesandter in Holland und Frankreich bis zur Abberufung durch Königin Anna; darauf Rückzug aus dem politischen Leben.
- (37) *Joseph I.* von Habsburg, römisch-deutscher Kaiser 1705—1711 setzte mit Kraft und Eifer den von seinem Vater, Kaiser Leopold I., überkommenen Spanischen Erbfolgekrieg gegen Frankreich fort (Prinz Eugen).
- (38) *Kaunitz*, Wenzel Anton Dominik, Fürst von, 1711—1794, Diplomat, österreichischer Staatskanzler, stiftete 1756 das Bündnis mit Frankreich und Rußland gegen Friedrich den Großen.
- (39) *Kinsky*, Wilhelm, Graf, als Unterhändler Wallensteins mit Frankreich und Schweden in dessen Katastrophe verwickelt und am 25. Februar 1634 zu Eger ermordet.
- (40) *Torcy*, Jean Baptiste Colbert, Marquis de, 1665—1746, französischer Staatsmann, Minister des Auswärtigen in den schweren Jahren des Spanischen Erbfolgekrieges, wurde nach Ludwigs XIV. Tode 1715 aus dem Amte verdrängt.
- (41) *Strafford*, Thomas Wentworth, Graf von, 1672—1739, britischer Staatsmann und Diplomat; 1703—1711 Gesandter in Berlin, 1711—1714 im Haag.
- (42) *Napoleon I.* Bonaparte, geboren 1769 zu Ajaccio (Korsika), Kaiser der Franzosen. Offizier des französischen Heeres, 1799 Oberbefehlshaber in Italien, Eroberer der Lombardei, Friedensschluß von Campo Formio mit Österreich; 1798 Landung in Ägypten, Sieg bei den Pyramiden, Niederlage in der Seeschlacht bei Abukir. Stürzte 1799 das Direktorium und ließ sich zum Ersten Konsul auf zehn Jahre ernennen. Zwang 1801 Österreich zum Frieden von Lunéville, schloß 1802 mit Großbritannien den Frieden von Amiens. Rechtsreformer (Code Napoléon). 1802 lebenslänglicher Konsul, 1804 Kaiser. Gewann 1805 Schlacht bei Austerlitz. 1806 Gründung des Rheinbundes unter seinem Protektorat, 1807 Friede von Tilsit. 1809 Einnahme Wiens. 1812 unglücklicher Feldzug gegen Rußland. 1813 Völkerschlacht bei Leipzig. 1814 Abdankung, Internierung auf Elba. 1815 Wiedereinzug in Paris, bei Waterloo geschlagen, abermalige Abdankung und in St. Helena gefangen gehalten. Dort 1821 gestorben, 1840 im Invalidendom zu Paris beigesetzt.
- (43) *Talleyrand*, Charles Maurice, Herzog von, Fürst von Benevent, 1754—1838, Bischof von Autun, 1789 Wortführer der Reformpartei in der Nationalversammlung, 1797 Außenminister, 1804 französischer Großkammerer unter Napoleon, dann bourbonischer Ministerpräsident, 1830—1835 Botschafter in London.
- (44) *Stadion*, Johann Philipp Karl Joseph, Graf von, 1763—1824, österreichischer Staatsmann; 1787 kaiserlicher Gesandter in Stockholm, 1790—1794 in London, 1801 in Berlin, 1804 Botschafter in Petersburg, 1805—1809 Minister des Auswärtigen, 1813 Finanzminister.
- (45) *Karl*, Ludwig Johann, Erzherzog von Österreich, Herzog von Teschen, 1771—1847; kaiserlicher Generalfeldmarschall, schlägt 1796 die Franzosen, 1809 Napoleon bei Aspern.
- (46) *Metternich*, Klemens, Fürst von, 1773—1859; österreichischer Staatsmann, 1809 Außenminister, bestimmte maßgebend die österreichische Politik. Gegner freiheitlicher und nationaler Bewegungen (Karlsbader Beschlüsse), 1821 Staatskanzler, trat 1848 zurück (Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse).
- (47) *Schwarzenberg*, Karl Philipp, Fürst zu, 1771—1820; österreichischer Generalfeldmarschall, Heerführer in den Befreiungskriegen, Oberbefehlshaber der Verbündeten im Feldzug 1813/14.
- (48) *Castlereagh*, Henry Robert Stewart, Marquis von Londonderry, 1769—1822. Irischer Herkunft. Führender britischer Staatsmann zur Zeit der Befreiungskriege und in der folgenden Reaktionsperiode: 1804 Kriegs- und Kolonialminister im Kabinett Pitt, 1807 Außenminister im Ministerium Portland, trat 1809 wegen eines Duells mit Canning zurück; 1812—1822 Außenminister. Die antinapoleonische Politik, die Wiedereinsetzung der Bourbonen standen unter seinem starken Einfluß. 1822 in Anfall von Verfolgungswahn Selbstmord.
- (49) *Wellington*, Arthur Wellesley, Herzog von, Fürst von Waterloo, 1769—1852; britischer Feldherr und Staatsmann, vertrieb die Franzosen aus Spanien; siegte mit Blücher 1815 bei Waterloo über Napoleon.
- (50) *Ludwig XVIII.*, Stanislaus Xaver, 1755—1824, König von Frankreich. Bruder Ludwigs XVI., regierte 1814—1824, trug den Königstitel seit 1795. Er betätigte den alten ausgeprägten Sinn der Bourbonen für organische Außenpolitik. Die konstitutionelle Verfassung, die er am 4. Juni 1814 oktroyiert hatte, wurde nicht eingehalten.
- (51) *Friedrich Wilhelm III.*, geboren 1770, König von Preußen 1797—1840, ältester Sohn Friedrich Wilhelms II., Gatte der Königin Luise. Politisch unentschieden; 1806/07 Preußens Niederlage, Verlust der Hälfte des Landes; Reformen Steins und Hardenbergs; Befreiungskriege 1813—1815.
- (52) *Hardenberg*, Karl August, Fürst von, 1750—1822, preußischer Staatskanzler, führte die Reformen des Freiherrn vom Stein in Preußen weiter; in der auswärtigen Politik verstand er es, den Staat durch alle Gefahren sicher hindurchzuführen und ihm Zeit zur Wiederherstellung, insbesondere zur Reorganisation des Heeres, zu verschaffen. Während der Befreiungskriege führte er die äußerst schwierigen Verhandlungen mit den Verbündeten und unterzeichnete den Pariser Frieden.

- (53) *Alexander I. Pawlowitsch*, geboren 1777, Kaiser von Rußland 1801—1825; versuchte erfolglos Regierungsreformen; war Verbündeter Preußens und Österreichs im Freiheitskrieg, Stifter der „Heiligen Allianz“.
- (54) *Humboldt*, Wilhelm, Freiherr von, 1767—1835. Preußischer Staatsmann und Kultusminister, Freund Goethes und Schillers; 1810 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Wien, 1813 während des Waffenstillstandes auf dem Friedenskongreß in Prag, 1814 auf dem Kongreß zu Châtillon und bei Abschluß des ersten Pariser Friedens, den er mit Hardenberg unterzeichnete, 1814/15 auf dem Wiener Kongreß als zweiter Bevollmächtigter Preußens.
- (55) *Gentz*, Friedrich von, 1764—1832, politischer Schriftsteller, trat 1802 aus dem preußischen in den österreichischen Staatsdienst über; aus einem begeisterten Anwalt der Freiheit Europas wurde er zum einseitigen Vertreter österreichischer Interessen und mehr und mehr zum Werkzeug Metternichs.
- (56) *Saint Pierre*, Charles Irénée Castel, 1658—1743. Begleiter des Kardinals von Polignac nach Utrecht; 1713 Herausgabe des „Projet de Paix perpétuelle“.
- (57) *Lips*, Michael Alexander, 1779—1838. Professor für Geschichte und Nationalökonomie in Erlangen; veröffentlichte 1814 in Wien verschiedene politisch liberale Broschüren.
- (58) *Krause*, Karl Christian Friedrich, 1781—1832, Philosoph und freimaurerischer Schriftsteller, Begründer des Pantheismus.
- (59) *Jusserand*, Jean Jules, 1855—1932; 1890 französischer Gesandter in Kopenhagen, 1902—1925 französischer Botschafter in Washington.
- (60) *House*, Edward M., 1858—1925, Oberst, intimer Ratgeber des amerikanischen Präsidenten Wilson.
- (61) *Wilson*, Thomas Woodrow, 1856—1924; Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1912—1920, besonders hervorgetreten durch sein Friedensprogramm der „Vierzehn Punkte“ nach dem ersten Weltkrieg.
- (62) *Clemenceau*, Georges, 1841—1929, französischer Staatsmann, „der Tiger“; Führer der radikalen Linken, 1906—1909 Ministerpräsident, ebenso 1917—1920, zugleich Kriegsminister, Gegner einer Verständigung („Friede nur eine Fortsetzung des Krieges“), eigentlicher Urheber des Versailler Friedensvertrages.
- (63) *Lloyd George*, David, 1863—1945, englischer Staatsmann, Führer der Liberalen 1916—1922 Ministerpräsident, im ersten Weltkrieg Mitglied des Obersten Kriegsrats der Entente.
- (64) *Nicolson*, Arthur Lord Carnock, 1849—1928. 1895—1904 Ministerresident in Marokko, 1904—1905 Gesandter in Madrid, 1905—1910 Botschafter in Petersburg; 1906 Leiter der Konferenz von Algéciras, 1907 beim Abschluß des englisch-russischen Abkommens über Persien beteiligt; 1910—1916 ständiger Unterstaatssekretär im britischen Außenamt und rechte Hand Edward Greys.
- (65) *Churchill*, Winston, geboren 1874. 1917—1918 britischer Kriegsminister, 1924—1929 Schatzkanzler, 1940—1945 Premierminister. Teilnehmer an den großen Zusammenkünften: Atlantik-Charta, Casablanca, Moskau, Kairo, Teheran, Moskau, Jalta, Potsdam; 1947 Vorsitzender des britischen Komitees für ein vereinigtes Europa.
- (66) *Northcliffe*, Alfred Charles, Viscount, 1865—1922. Britischer Journalist, 1896 Gründer der konservativen „Daily Mail“, kaufte 1906 die „Times“. Im Weltkrieg Minister für Propaganda.
- (67) *Keynes*, John Maynard, 1883—1946, britischer Nationalökonom. Hauptwerk: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“, 1919. Entwickelte den „Keynes-Plan“ für internationale Währungsstabilisierung und forderte die Bildung eines internationalen Währungsinstituts. War 1944 Führer der britischen Abordnung auf der Wirtschaftskonferenz von Bretton Woods und Vorsitzender des Ausschusses für die Vorbereitung der Internationalen Bank; wurde Anfang 1946 Gouverneur des Internationalen Währungsfonds.
- (68) *Smuts*, Jan, geb. 1870, kämpfte im Burenkrieg gegen die britischen Truppen, 1910 Verteidigungsminister im ersten Kabinett der Südafrikanischen Union, 1916—1917 Befehlshaber der Truppen gegen Deutsch-Ostafrika, 1917—1921 Verteidigungsminister, 1919—1924 Ministerpräsident, Mitglied des britischen Kriegskabinetts, Urheber des Mandatssystems für die ehemaligen deutschen Kolonien, 1924—1933 Führer der Opposition, 1933—1939 Stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett Hertzog, seit 1939 Ministerpräsident, Mitglied des britischen Kriegskabinetts. Maßgeblich an den Arbeiten der UN beteiligt.
- (69) *Bourgeois*, Léon, 1851—1925; französischer Politiker, 1919 Vorsitzender des Völkerbundsrates, erhielt 1920 Friedensnobelpreis.
- (70) *Orlando*, Vittorio Emanuele, geb. 1860. 1903—1905 Unterrichtsminister, 1907—1909 Justizminister, 1916 Innenminister, 1917—1919 italienischer Ministerpräsident. Als solcher Führer der italienischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz nach dem ersten Weltkrieg. 1924 Versuch einer Opposition gegen Mussolini, 1925 nach Frankreich emigriert, später Professor an der Universität Buenos Aires; Rückkehr nach Rom als Rechtsanwalt. Nach dem Sturz Mussolinis erneut in der Politik tätig. 1946 als Führer der Nationaldemokratischen Union ins Parlament gewählt.
- (71) *Dmowski*, Roman, polnischer Staatsmann, 1864—1939; Gründer der polnischen demokratischen Partei 1893, organisierte 1905 Kampf gegen Sozialismus, vertrat 1919 das polnische Nationalkomitee in Paris, führte bis 1920 die nationalistische Rechte im wiederhergestellten Polen. Trat 1920 als Gegner Pilsudskis aus dem Landesverteidigungsrat aus, unterzeichnete den Versailler Vertrag für Polen.
- (72) *Ziegler*, Leopold, geboren 1881, philosophischer Schriftsteller; Werk: „Gestaltwandel der Götter“.
- (73) *Brüning*, Heinrich, geboren 1885. 1921—1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1924—1933 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1930—1932 deutscher Reichskanzler und Außenminister, erwirkte das Hoover-Moratorium (Stop der Reparationszahlungen). 1933 Berufung an den Lehrstuhl für Volkswirtschaft an der Harvard-Universität in Cambridge (USA).

Bibliographische Anmerkungen

Der Westfälische Friede (1648)

Urtext (Latein):

Ghillany, Diplomatisches Handbuch, Teil I, S. 1. Nordlingen 1855.

F. Philippi, Der Westfälische Friede. Mit kurzer Beschreibung der Lebensweise der Gesandten während der Verhandlungen, ihres Verhältnisses untereinander, zu den Stadtvätern usw. Münster 1898.

Deutsche Übersetzung:

Six, Der Westfälische Friedensvertrag, Berlin 1940.

Ghillany, Europäische Chronik, Band I, Seite 145—164. Die wichtigsten Paragraphen neben der Übersetzung im Urtext vorhanden. Leipzig 1865.

Schriften über den Westfälischen Frieden:

F. Kopp und E. Schulte, Der Westfälische Frieden. Vorgeschichte, Verhandlungen, Folgen. München 1940.

Isabelle de Brogli, Le traité de Westphalie. Vu par les contemporains. Edition de la Toison d'Or 1942.

Nimwegen (1678)

Urtext:

Schmaus, Corpus iuris gentium academicum, Tomus I.

1. Extrait du traité d'alliance entre le Roi de la Grande Bretagne, Charles II., et les Etats généraux de l'année 1678. (Französisch.)

2. Extract aus dem Niemwegischen Frieden zwischen Frankreich und Holland. (Latein.)

3. Extract aus dem Niemwegischen Frieden zwischen Spanien und Frankreich. (Latein.)

4. Extract aus dem Frieden zu Fontainebleau zwischen Frankreich und Dänemark 1679. (Latein.)

5. Extract aus dem Niemwegischen Friedenstractat zwischen Schweden und Holland. (Latein.)

Leipzig 1730.

Utrecht (1713)

Urtext (Latein):

Schmaus, Corpus iuris gentium academicum, Tomus II. Leipzig 1730.

Übersetzungen:

- Ghillany, Europäische Chronik, Band I, Seite 219—227. (Deutsche Übersetzung. Daneben die wichtigsten Paragraphen im Urtext vorhanden.) Leipzig 1865.
Strupp, Documents pour servir à l'histoire du droit des gens. Tome I, Seite 29, (Auszug, französisch.) Berlin 1923.

Bücher über Utrecht:

- O. Weber, Der Frieden von Utrecht. 1891.

Nystad (1721)

Urtext (Deutsch):

- Schmaus, Corpus iuris gentium academicum, Tomus II. Leipzig 1730.
Ghillany, Europäische Chronik, Band I, Seite 237—239, Leipzig 1865.

Der Wiener Kongreß (September 1814—Juni 1815)

Urtexte:

- Klüber, Akten des Wiener Kongresses. Erlangen 1815.
Strupp, Documents pour servir à l'histoire du droit des gens. Seite 163—204, Berlin 1923. (Zusammenstellung der wichtigsten Dokumente.)

Übersetzungen:

- Ghillany, Europäische Chronik, Band I, Seite 526—536 (Auszüge). Leipzig 1865. (Deutsche Übersetzung.)
Martens, Nouveau recueil de traités des puissances et états de l'Europe. Göttingen 1817. Réimpression Göttingen 1887. Tome I—IV.

Bücher über den Wiener Kongreß:

- Frhr. v. Bourgoins, Vom Wiener Kongreß; Zeit- und Sittenbilder. Brünn 1943.
Wertheimer, Friedenskongresse und Friedensschlüsse im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1917.
Flasson, Histoire du Congrès de Vienne. 3 Bände 1929 (deutsche Übersetzung), 2 Bände 1930, Paris.
Lehmann, Tagebuch des Frhr. v. Stein während des Wiener Kongresses. Historische Zeitschrift, 60, 88.
W. Schwarz, Die Heilige Allianz. 1935.
Weill, Les dessous du Congrès de Vienne. 2 Bände, Paris 1917.
v. Pfuel, Wiener Kongreß/Versailler Vertrag. 1934.
Näf, Zur Geschichte der Heiligen Allianz. Bern 1928.

Versailles (1919)

Text:

- Reichsgesetzblatt 1919, Seite 687 ff. (Nr. 140 v. 12. 8. 1919). Englisch, Französisch, Deutsch.

Bücher über den Versailler Vertrag:

- W. Ziegler, Versailles. Die Geschichte eines mißglückten Friedens. 1933.
v. Lersner, Als Vorsitzender der Friedensdelegation. Paris, Hamburg 1920.

- v. Türcke, Die alliierten und assoziierten Hauptmächte. Berlin 1942.

- K. Fr. Nowak, Versailles (mit Kapitel: Die Technik der Konferenz.) Berlin 1927.

- Mendelssohn-Bartholdy usw., Archiv der Friedensverträge. 2 Bände, Mannheim, Berlin, Leipzig 1923.

- H. Schnee, H. Draeger, 10 Jahre Versailles. (Die politischen Folgen des Versailler Vertrages.) 2 Bände, Berlin 1929.

- Strupp, Der Versailler Friedensvertrag. Berlin, Wien 1930.

- H. Isay, Die privaten Rechte und Interessen im Friedensvertrag. Berlin 1923.

- Materialien betreffend die Friedensverhandlungen. Herausgegeben im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Berlin 1919. 10 Bände. Textausgabe, Urkundenmaterial, ausführliches Notenmaterial über die Entstehung der Friedensverträge.

- Laun, Deutschösterreich im Friedensvertrag von Versailles. Berlin 1921.

- Hoffmannsthal, Der deutsche und österreichische Friedensvertrag. Wien, Prag, Leipzig 1920.

- Der Staatsvertrag von St. Germain samt Begleitnote vom 2. 9. 1919. Herausgg. von der H. Goldschmidt-Ges. Wien 1919.

- Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye, herausgg. von der Konstituierenden Nationalversammlung. 2 Bände, Wien 1919.

- Temperley, The history of the peace conference of Paris. 6 Bände, London 1920—1924.

- Mantoux, L'histoire de la conférence de la paix. Paris 1929.

- Bartlett, Behind the scenes of the peace conference. London 1925.

- Tardieu, La Paix. Paris 1921.

- Lansing, The big four and others of the peace conference. Boston 1921.

- Lloyd George, Peace conference 1919. London 1922.

- Lloyd George, The truth about the peace treaties. London 1938.

- Miller, My diary of the conference of Paris. 20 Bände. New York 1924, 1925, 1926.

- Nicolson, Peace Making 1919. London 1933.

- Ridell, Intimate diary of the peace conference and after. London 1933.

- Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München 1920.

- Keynes, Revision des Friedensvertrages. München 1922.

- Seymour, The intimate papers of Colonel House. 4 Bände. London 1926—1928.

- Baker, Woodrow Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles. 3 Bände, Leipzig 1923.

Hermann Hackert †

Dr. Hermann Hackert wurde am 19. März 1916 in Bochum geboren, wo er das Gymnasium besuchte und sich führend in der katholischen Jugendbewegung betätigte. Sein Studium begann in Freiburg und Königsberg mit Philosophie und Geschichte. Trotz eines Auslandsverbots seitens der NS-Studentenführung führte er Reisen und Studienaufenthalte in fast allen europäischen Ländern durch. Sein Interesse galt vor allem völkerpsychologischen Fragen und im Zusammenhang damit der vergleichenden Verfassungsgeschichte. Im Sommer 1938 promovierte er in Heidelberg mit einer Abhandlung über die Staatsauffassung der Venezianer. Bis ins zweite Kriegsjahr arbeitete er in Wiener Archiven an einer Untersuchung über den Frieden von Nimwegen und den europä-

ischen Kongreßgedanken. Anschließend diente er zwei Jahre als italienischer und spanischer Dolmetscher in der Wehrmacht, bis er aus Gesundheitsgründen wieder entlassen wurde. Ende 1942 erwarb er sich in München den Dr. habil., zu einer Dozentur kam es jedoch nicht, da seine Probevorlesung, „Die Staatensysteme der Neuzeit und der Europegedanke“, als unpädagogisch abgelehnt wurde. Ein Jahr später verlegte er seinen Wohnsitz von Wien nach Heidelberg, wo er sich mit der Grundlegung einer europäischen Geschichte befaßte. Seit August 1946 stand er mit unserer Redaktion in Verbindung. Er starb am 29. Juli 1947 in Heidelberg, wo er im Beisein seiner Freunde, Mitarbeiter und Schüler zu Grabe getragen wurde.

Die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen

In den bisherigen Berichten des Europa-Archivs ist die Entwicklung der Organisation der Vereinten Nationen nur bis zum Ende der Gründungskonferenz von San Franzisko dargestellt worden (vgl. Europa-Archiv S. 18 ff. und S. 337 ff.). Inzwischen ist die Organisation mit ihren Untergliederungen zu einem weitverzweigten Gebilde geworden, das in alle Gebiete des internationalen Lebens hineinreicht. Um diese Verbindungen einigermaßen übersichtlich darzustellen und doch den lebendigen Zusammenhang mit den Ereignissen zu wahren, sollen nun die einzelnen Organe der Vereinten Nationen für sich dargestellt und in ihrer bisherigen Tätigkeit behandelt werden. Einer späteren Darstellung soll es vorbehalten bleiben, dann eine Gesamtübersicht zu geben.

Die erste Tagung der Vollversammlung, deren erste Sitzungsperiode im Januar, deren zweite im Oktober 1946 begann, verlief neben den schwierigen Verhandlungen über die Friedensverträge mit den europäischen Verbündeten Deutschlands (vgl. Europa-Archiv S. 483 ff.). Der Versuch, die junge Weltorganisation aus den Spannungen und Wirrnissen der Nachkriegszeit herauszuhalten und ihr gleichsam die politische Unschuld zu bewahren, bis sie die Erbschaft der zwei Weltkriege ohne allzu schwere Belastungen aus den Händen der Hauptkriegführenden, der „Patenmächte“ von San Franzisko, übernehmen konnte, muß als gescheitert betrachtet werden. War die erste Sitzungsperiode noch weitgehend organisatorischen Vorarbeiten gewidmet, so stand doch die zweite schon zu Beginn im Zeichen des unbefriedigenden Ausgangs der Pariser Konferenz von 1946. Versuchte Präsident Truman in seiner Begrüßungsansprache, den Geist der Atlantik-Charta und der Konferenz von San Franzisko wieder zu erwecken, so führte doch die allgemeine Aussprache geradlinig auf das Kernproblem der weltpolitischen Struktur unserer Zeit: das Verhältnis der großen Mächte, insbesondere der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten zueinander und zu den übrigen Staaten. Es war bestimmt kein Zufall, daß gerade durch die Rede Molotows vom 29. Oktober 1946 die Einigkeit der Großmächte und damit der Begriff der „großen Mächte“ überhaupt in den Mittelpunkt der Debatte der Vollversammlung gestellt wurde. Da die Vereinigten Staaten mit solchem Nachdruck als Sprecher einer neuen universalen Ordnung auftraten, fiel ihrem großen Gesprächspartner ganz von selbst die Vertretung der politischen Antithese jeder universalen Konzeption, nämlich der Sonderinteressen souveräner Staaten zu. In der weiteren Perspektive der „Europäischen Kongresse im Wandel der Außenpolitik“, die im vorangehenden Beitrag skizziert wurde, ist diese Auseinandersetzung nur eine Fortführung des Grundthemas der europäischen Staatengeschichte, wenn auch nun im weltweiten Maßstab. Die Organisation der Vereinten Nationen wurde dadurch rascher und wohl auch anders, als von ihren Gründern vorgesehen war, zur Kampfarena der Großmachtpolitik. Was Europa zu dieser Auseinandersetzung beisteuern könnte, wäre das aus der Erfahrung vieler blutgetränkter Jahrhunderte gewonnene Wissen um die Zeitbedingtheit und Vergänglichkeit aller solchen mit dem Blick auf kommende Jahrtausende bezogenen Positionen.

Co.

Die Machtbefugnisse und Funktionen der Vollversammlung

Die Machtbefugnisse und Funktionen der Vollversammlung der Vereinten Nationen sind im wesentlichen im IV. Kapitel der Charta wie folgt umschrieben:

Die Vollversammlung kann alle Fragen oder alle Angelegenheiten erörtern, die sich im Rahmen der Charta halten oder sich auf die Machtbefugnisse und die Funktionen irgendeines in der Charta vorgesehenen Organes beziehen, und kann, außer wie in Artikel 12 vorgesehen, den Mitgliedern der Vereinten Nationen oder dem Sicherheitsrat oder beiden über solche Fragen oder Angelegenheiten Vorschläge machen (Artikel 10).

Nach Artikel 11 der Charta kann die Vollversammlung die allgemeinen Grundsätze für die Zusammenarbeit zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit einschließlich der Grundsätze, welche die Abrüstung und die Regelung der Rüstungen leiten sollen, erwägen und den Mitgliedern der Vereinten Nationen oder dem Sicherheitsrat Vorschläge dazu machen (Absatz 1). Sie kann weiterhin alle Fragen erörtern, die sich auf die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit beziehen und von einem Mitglied der Vereinten Nationen oder vom Sicherheitsrat oder (gemäß Artikel 35, Absatz 2) von einem Staat, welcher kein Mitglied der Vereinten Nationen ist, vor sie gebracht werden. Sie kann, außer wie in Artikel 12 der Charta vorgesehen, den betreffenden Staaten oder dem Sicherheitsrat oder beiden Vorschläge hinsichtlich solcher Fragen machen. Eine jede solche Frage, deren Entscheidung notwendig ist, soll von der Vollversammlung dem Sicherheitsrat entweder vor oder nach der Erörterung überwiesen werden (Absatz 2). Die Vollversammlung kann die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf Situationen lenken, die geeignet sind, den internationalen Frieden und die Sicherheit zu gefährden (Absatz 3).

Artikel 12 legt die Abgrenzung des Tätigkeitsbereiches der Vollversammlung gegenüber dem Sicherheitsrat fest und bestimmt insbesondere, daß die Vollversammlung, solange der Sicherheitsrat hinsichtlich irgendeines Streites die ihm

in der Charta zugeteilten Funktionen ausübt, keinerlei Vorschläge machen soll, wenn der Sicherheitsrat nicht darum bittet (Absatz 1). Mit Zustimmung des Sicherheitsrates soll der Generalsekretär die Vollversammlung bei jeder Tagung über alle Angelegenheiten unterrichten, die sich auf die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit beziehen und die der Sicherheitsrat behandelt. In gleicher Weise soll er die Vollversammlung oder die Mitglieder der Vereinten Nationen, wenn die Vollversammlung nicht tagt, sofort unterrichten, sobald der Sicherheitsrat die Behandlung solcher Angelegenheiten einstellt (Absatz 2).

Weitere Einzelheiten über Funktionen und Machtbefugnisse der Vollversammlung, ihr Abstimmungsverfahren und sonstige Verfahrensfragen behandelt die Charta in Artikel 13 bis 22, während die Tätigkeit des Sicherheitsrates im V. Kapitel (Artikel 23 bis 32), die friedliche Beilegung von Streitigkeiten im VI. Kapitel (Artikel 33 bis 38), das Vorgehen bei Friedensbedrohungen, Friedensbrüchen und Angriffshandlungen im VII. Kapitel (Artikel 39 bis 51) niedergelegt sind. (Vgl. dazu den Wortlaut der Charta, Europa-Archiv S. 345 ff.)

Ihren Machtbefugnissen nach ist die Vollversammlung also neben dem Sicherheitsrat das wichtigste Organ der Vereinten Nationen. Ihre Funktionen können im wesentlichen als Beratungsfunktionen, Verwaltungsfunktionen, Wahlfunktionen und Funktionen der Budgetgenehmigung und der Satzungsänderung eingeteilt werden.

Die Beratungsfunktionen sind praktisch nur durch die Reichweite der Charta der Vereinten Nationen beschränkt (vgl. Artikel 10). Die Vollversammlung kann sich also jeder Frage von internationalem Interesse zuwenden, soweit sie nicht im wesentlichen unter die Landesgerichtsbarkeit irgendeines Staates fällt (Kapitel I, Artikel 1, Absatz 7).

Die Verwaltungsfunktionen der Vollversammlung ergeben sich vor allem aus der Tätigkeit der anderen Organe der Vereinten Nationen einschließlich des Sicher-

heitsrats (vgl. dazu das Organisationsschema der Vereinten Nationen, Europa-Archiv S. 353). Ihre Jahres- und Sonderberichte, die einen Rechenschaftsbericht über die Maßnahmen einschließen sollen, die der Sicherheitsrat beschlossen oder getroffen hat, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren, sollen von der Vollversammlung erörtert werden (Kapitel IV, Artikel 15). Die Vollversammlung kann dann diesen Organen ihre Empfehlungen übermitteln. Außerdem führt die Vollversammlung die in der Charta vorgesehenen Verwaltungsfunktionen auf dem Gebiete der internationalen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit durch (Kapitel IV, Artikel 13). Zu diesem Zweck untersteht ihr der Wirtschafts- und Sozialrat mit seinen verschiedenen Unterorganen, auf dessen Tätigkeit wir an anderer Stelle zurückkommen werden. Auch hinsichtlich der Territorien, die mittels Treuhandschaftsabkommen der Autorität der Vereinten Nationen unterstellt sind, übt die Vollversammlung bestimmte Verwaltungsfunktionen aus (Kapitel IV, Artikel 16), auf die wir ebenfalls an anderer Stelle zurückkommen werden.

Die Wahlfunktionen der Vollversammlung umfassen die Wahl aller Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates, der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und jener Mitglieder des Treuhandschaftsrates, deren Wahl notwendig ist, um zu sichern, daß die Gesamtzahl der Mitglieder des Treuhandschaftsrates gleichmäßig geteilt ist zwischen Mitgliedern der Vereinten Nationen, welche Treuhandterritorien verwalten, und solchen, welche keine verwalten (Kapitel XII, Artikel 85, Absatz 1). Alle diese Wahlen müssen durch Zweidrittelmehrheit der anwesenden und ihre Stimme abgebenden Mitglieder getroffen werden (Kapitel IV, Artikel 18, Absatz 2). Außerdem wählt die Vollversammlung gemeinsam mit dem Sicherheitsrat die Richter des internationalen Gerichtshofs. Auf Vorschlag des Sicherheitsrats

ernennt sie den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen (Kapitel XV, Artikel 97), der dann seinerseits nach den von der Vollversammlung aufgestellten Richtlinien seinen Stab ernennt (Kapitel XV, Artikel 101, Absatz 1). In den Rahmen der Wahlfunktionen der Vollversammlung fällt auch die Zulassung neuer Mitglieder, wie sie in Kapitel II, Artikel 4, Absatz 2 vorgesehen ist. Danach wird die Entscheidung über die Zulassung neuer Mitglieder von der Vollversammlung auf Vorschlag des Sicherheitsrats vollzogen, und ein Mitglied, gegen welches vom Sicherheitsrat Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergriffen worden sind, kann von der Vollversammlung auf Vorschlag des Sicherheitsrates von dem Gebrauch der Rechte und Privilegien der Mitgliedschaft entoben werden.

Die Budget-Funktion der Vollversammlung ist in Kapitel IV, Artikel 17 niedergelegt. Danach soll die Vollversammlung den Etat der Organisation erörtern und genehmigen (Absatz 1). Die Ausgaben der Organisation sollen von den Mitgliedern nach Aufteilung durch die Vollversammlung getragen werden (Absatz 2). Die Vollversammlung soll alle Finanz- und Etatvereinbarungen mit Sonderorganen (vergleiche dazu Kapitel 9, Artikel 57) erörtern und genehmigen und den Verwaltungsetat dieser Organe prüfen (Absatz 3).

Die Funktion der Vollversammlung bei Satzungsänderungen ist in Kapitel XVIII, Artikel 108 festgelegt. Danach können Satzungsänderungen vorgenommen werden, wenn sie von zwei Dritteln der Mitglieder der Vollversammlung angenommen und von zwei Dritteln der Mitglieder der Vereinten Nationen einschließlich aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Prozessen ratifiziert worden sind.

Der organisatorische Aufbau der Vollversammlung während der ersten Sitzungsperiode vom 10. Januar bis 14. Februar 1946

Die erste Tagung der Vollversammlung, die am 10. Januar 1946 in der Central Hall, Westminster, London, zusammentrat, sah sich vor allem vor die Aufgabe gestellt, die organisatorischen Voraussetzungen für ihre in der Charta vorgesehene Tätigkeit zu schaffen. Hierzu lagen ins einzelne gehende Vorschläge der Vorbereitungskommission vor, welche sich seit der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen auf der Konferenz in San Franzisko (vgl. Europa-Archiv S. 337 ff.) mit diesen Fragen befaßt hatte. Der Vorsitzende der Vorbereitungskommission, Dr. Eduardo Zuleta Angel, Kolumbien, eröffnete die erste Sitzungsperiode der Vollversammlung, die bis zum 14. Februar 1946 dauerte. Die Versammlung wählte als ihren Präsidenten für die erste Tagung den belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak mit 28 Stimmen gegen 23 Stimmen, die für den norwegischen Außenminister Trygve Lie abgegeben wurden. Als Vizepräsidenten wurden die Delegationsführer Chinas, Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjet-Union, der Südafrikanischen Union, der Vereinigten Staaten und Venezuelas gewählt.

Die Plenarsitzungen der Vollversammlung waren hauptsächlich den Beratungen des Berichts der Vorbereitungskommission gewidmet. Um die Durchführung ihrer Arbeit zu erleichtern, richtete die Vollversammlung sechs Hauptausschüsse ein und wählte deren Vorsitzende:

1. Ausschuß für Politik und Sicherheit, Vorsitzender Dimitro Z. Manuiskij (Ukrainische Sowjetrepublik),
2. Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen, Vorsitzender Waclaw Kondorski (Polen),
3. Ausschuß für soziale, humanitäre und kulturelle Angelegenheiten, Vorsitzender Peter Fraser (Neuseeland),
4. Ausschuß für das Treuhandschaftswesen, Vorsitzender Roberto MacEuchen (Uruguay),

5. Ausschuß für Verwaltung und Haushalt, Vorsitzender Faris el Khoury (Syrien),

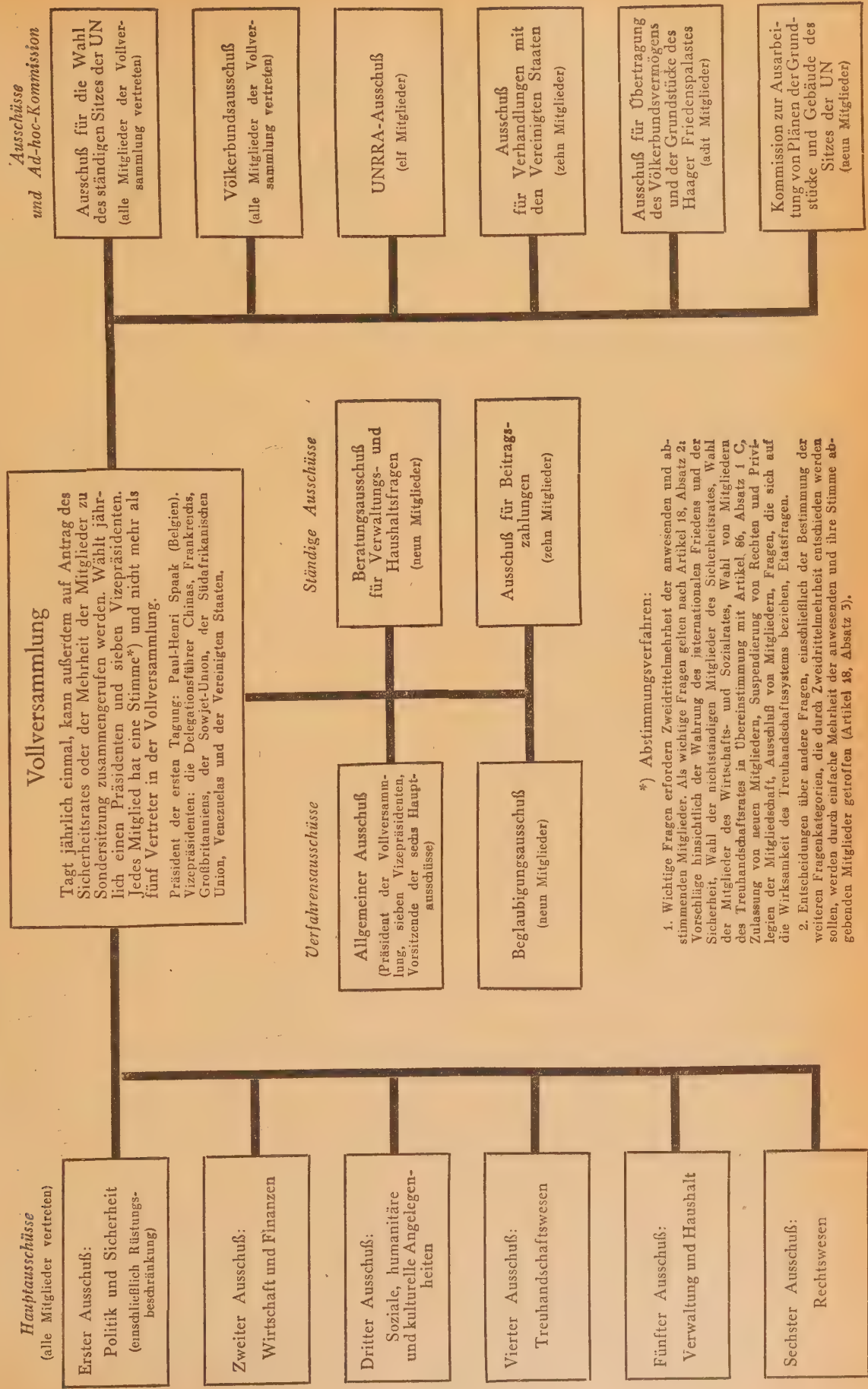
6. Ausschuß für Rechtswesen, Vorsitzender Roberto Jimenez (Panama).

Außerdem richtete die Vollversammlung zwei Verfahrensausschüsse ein: einen Beglaubigungsausschuß, der die Beglaubigungsschreiben der Delegierten zu überprüfen hat, und einen Allgemeinen Ausschuß, dem die Aufgabe obliegt, die vorläufige Tagesordnung und dazu vorgeschlagene Änderungen zu prüfen, den Präsidenten bei der Festlegung der endgültigen Tagesordnung für jede Plenarsitzung zu unterstützen und die Arbeit der Vollversammlung mit der Tätigkeit der einzelnen Ausschüsse zu koordinieren. Mitglieder dieses Allgemeinen Ausschusses sind: der Präsident, die sieben Vizepräsidenten und die Vorsitzenden der sechs Hauptausschüsse. Über die Zusammensetzung des Allgemeinen Ausschusses ergaben sich Meinungsverschiedenheiten in der Vollversammlung. Von einigen Seiten wurde vorgeschlagen, alle Delegationsführer in den Allgemeinen Ausschuß aufzunehmen und diesem einen kleineren Exekutivausschuß beizugeben. In Anbetracht der ausschließlich organisatorischen Aufgaben dieses Ausschusses wurde jedoch beschlossen, ihn nicht so weit auszubauen. Die Verfahrensordnung des Allgemeinen Ausschusses schließt die Beratung politischer Fragen aus. Dies geht schon daraus hervor, daß nicht mehr wie in San Franzisko von einem Lenkungs- oder Steuerungsausschuß (Steering Committee) die Rede ist. Wenn ein Mitglied, das nicht im Allgemeinen Ausschuß vertreten ist, die Einfügung eines zusätzlichen Punktes in die Tagesordnung verlangt, ist dieses Mitglied berechtigt, an der Sitzung des Ausschusses ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Neben diesen Verfahrensausschüssen richtete die Vollversammlung noch einige andere Ausschüsse und eine Ad-hoc-

Aufbau der Vollversammlung der Vereinten Nationen

(Stand bei Beginn der zweiten Sitzungsperiode der ersten Tagung)



Quelle: United Nations Weekly Bulletin, Band 1, Heft 12 vom 21. Oktober 1946, Seite 16/17.

Kommission ein, die sich mit vordringlichen Fragen zu befassen hatten, zum Beispiel mit der Wahl eines geeigneten Ortes für den Sitz der Vereinten Nationen und mit der Übernahme der Vermögenswerte des Völkerbundes.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Vollversammlung war die Wahl der Mitglieder für die einzelnen Hauptorgane. So wurden in der vierten und fünften Plenarsitzung am 12. Januar 1946 die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats gewählt. Australien, Brasilien und Polen wurden für die Dauer von zwei Jahren, Ägypten, Mexiko und die Niederlande für die Dauer eines Jahres gewählt. Anschließend folgte die Wahl der achtzehn Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates. Belgien, Chile, China, Frankreich, Kanada und Peru wurden für drei Jahre gewählt, Kuba, Großbritannien, Indien, Norwegen, die Sowjet-Union für zwei Jahre, Griechenland, Jugoslawien, Libanon, die Ukrainische Sowjet-Republik und die Vereinigten Staaten für ein Jahr. Neuseeland trat zugunsten Jugoslawiens zurück. Im Verlaufe einer längeren Auseinandersetzung beschloß die Vollversammlung, daß die im Januar 1946 gewählten Mitglieder ihr Amt bis zum folgenden Januar ausüben sollen, daß jedoch die Wahl ihrer Nachfolger während der zweiten Sitzungsperiode, die für September 1946 anberaumt war, erfolgen solle. Schließlich wählte die Vollversammlung aus einer Liste von 78 Kandidaten als Richter für den Internationalen Gerichtshof: Professor *Basdevant*, Dr. *Guerrero*, Dr. *Azevedo*, Sir Arnold Duncan *MacNair* und Dr. *Alvarez* für neun Jahre, Isidro *Fabela Alfaro*, Dr. *Klaestad*, Dr. *Višsner*, Green *Hackworth*, Professor *Krylov* für sechs Jahre, Dr. *Zoricic*, Mr. *Read*, M. *Winiarski*, H. E. *Badawi Pascha* und Dr. *Hsu* für drei Jahre.

Auf der zwanzigsten Plenarsitzung wurde der norwegische Außenminister Trygve *Lie*, der vom Sicherheitsrat einstimmig vorgeschlagen worden war, mit 46 gegen drei Stimmen der Vollversammlung zum Generalsekretär der UN gewählt.

Da noch keine Treuhandabkommen geschlossen worden waren, konnte der von der Charta vorgesehene Treuhandratsrat noch nicht ins Leben gerufen werden. Die Vollversammlung nahm jedoch eine Entschließung an, welche die Mandatsmächte aufforderte, Treuhandabkommen abzuschließen. Die Entschließung wies auch darauf hin, daß die Verpflichtungen, die sich aus Kapitel XI der Charta ergeben (Erklärung über Territorien ohne Selbstregierung), bereits in Kraft sind. Weiterhin befaßte sich die Vollversammlung mit der Organisation des Sekretariats, dem Bud-

get, dem Sitz der Organisation, der Vertretung von Körperschaften ohne Regierungsgewalt (non-government-bodies) im Wirtschafts- und Sozialrat, den nötigen Maßnahmen für die Einberufung des Internationalen Gerichtshofes, der Registrierung von Verträgen, den Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen und der Übernahme von Funktionen und Vermögenswerten des Völkerbundes.

Andere wichtige Beratungen in London

Wenn auch die organisatorischen Vorbereitungen einen großen Teil ihrer Zeit in Anspruch nahmen, so hatte die Vollversammlung doch auch Gelegenheit, sich während dieser ersten Sitzungsperiode ihren eigentlichen Beratungsfunktionen zuzuwenden. Den wichtigsten Diskussionspunkt bildete die Frage der Atomkontrolle. Die Vollversammlung setzte einen Ausschuß ein, der sich mit den durch die Entdeckung der Atomenergie aufgeworfenen Fragen beschäftigen soll. Dieser Ausschuß wurde dem Sicherheitsrat unterstellt. Er soll sich aus den Mitgliedern des Sicherheitsrates und Kanada, auch wenn es nicht im Sicherheitsrat vertreten ist, zusammensetzen.

Eine andere drängende Frage, der sich die Vollversammlung zuwandte, war die Weizen- und Reisknappheit der Weltversorgung. Da die Einstellung der Tätigkeit der UNRRA in Europa für den 31. Dezember 1946 und im Fernen Osten für März 1947 geplant war, war die Frage der Fortsetzung der bisher von dieser Organisation ausgeführten Tätigkeiten von vordringlicher Bedeutung.

Ein weiteres wichtiges Problem war der Wiederaufbau in den von den Kriegszerstörungen betroffenen Mitgliedstaaten. Die Vollversammlung übertrug die Bearbeitung dieser Frage ihrem Wirtschafts- und Finanzausschuß und beauftragte den Wirtschafts- und Sozialrat, sich gleichfalls damit zu befassen. Außerdem wurde das Flüchtlingsproblem diskutiert und dem Wirtschafts- und Sozialrat zur eingehenden Prüfung überwiesen, der einen besonderen Ausschuß zur Untersuchung dieser Frage ernennen sollte.

Weitere Resolutionen befaßten sich mit der Verhaftung von Kriegsverbrechern und deren Überstellung an die dafür zuständigen Gerichte und mit den Beziehungen der Mitgliedstaaten zu Spanien. Alle diese Fragen werden von uns bei der vorgesehenen Behandlung der einzelnen Organe der Organisation der Vereinten Nationen berücksichtigt werden; der vorliegende Beitrag soll nur die Tätigkeit der Vollversammlung selbst in großen Zügen umreißen.

Die zweite Sitzungsperiode vom 23. Oktober bis zum 15. Dezember 1946

Die Eröffnung der Konferenz

Die zweite Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen fand unmittelbar im Anschluß an die Pariser Konferenz von 1946 statt. Die Aufgabe dieser Konferenz, die auch als Pariser Kongreß der 21 Nationen bezeichnet wurde (vgl. Europa-Archiv S. 187 ff.), hatte in der Erörterung der vom Außenministerrat entworfenen Friedensverträge für die europäischen Verbündeten Deutschlands, Italien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland, bestanden. Im Verlaufe der Konferenz war jedoch im Kreise des Außenministerrates auch das Problem Deutschland zur Sprache gekommen. Neben den Fragen der Entmilitarisierung Deutschlands und des von Außenminister *Byrnes* vorgeschlagenen Viermächtepaktes wurde vor allem die Frage der deutschen Reparationslieferungen erörtert. Diese Aussprache unterstrich, wie aus den inzwischen bekanntgewordenen Dokumenten hervorgeht, eine bedeutsame Wandlung im Verhältnis der vier Großmächte zueinander (vgl. Europa-Archiv S. 766). Zur Fortführung dieser Besprechungen wie auch zur endgültigen Beschlußfassung der Außenminister über die Änderungsvorschläge der Pariser Friedenskonferenz zu den Verträgen mit den europäischen Verbündeten Deutschlands wurde beschlossen, die Konferenz der Außen-

minister am 4. November 1946 in New York fortzusetzen. Als daher die Vollversammlung am 23. Oktober in Flushing Meadows zusammentrat — der ursprünglich für den 3. September vorgesehene Eröffnungstermin war im Verlaufe der Pariser Konferenz verschoben worden —, standen die Delegierten noch unter dem frischen Eindruck der Pariser Besprechungen, welche tiefe Risse im Verhältnis der Weltmächte aufgedeckt hatten, und ihre Stimmung wurde von den internationalen Beobachtern der Konferenz übereinstimmend als nicht überoptimistisch bezeichnet.

Eine starke Note des Vertrauens kam nach der Eröffnungsrede des Präsidenten der Vollversammlung, Paul-Henri *Spaak*, in der Begrüßungsansprache, die der Präsident der Vereinigten Staaten, *Truman*, am 23. Oktober 1946 hielt, zum Ausdruck. Präsident *Truman* war offensichtlich bestrebt, den Blick der Versammlung über die unmittelbar drängenden Aufgaben hinauszulenken und sie zu einem Weltforum für die Diskussion der neuen Friedensordnung zu erheben, nachdem die vorangegangenen Diskussionen im Rahmen des Außenministerrates und der Pariser Konferenz so stark im Zeichen der Sonderinteressen der einzelnen Staaten und der machtpolitischen Ziele der Großmächte gestanden hatten. Präsident *Truman* erklärte:

„Für die Bevölkerung meines Landes hat diese Konferenz eine besondere historische Bedeutung. Nach dem ersten Weltkrieg weigerten sich die Vereinigten Staaten, dem Völkerbunde beizutreten, weshalb auf der ersten Tagung des Völkerbundes unser Sitz leer blieb. Diesmal sind die Vereinigten Staaten nicht nur ein Mitglied, sondern Gastgeber der Vereinten Nationen.

Ich kann Ihnen versichern, Regierung und Volk der Vereinigten Staaten sind äußerst stolz und dankbar, daß die Vereinten Nationen unser Land zum Sitz ihres Hauptquartiers gewählt haben. Das amerikanische Volk begrüßt die Delegierten und den Sekretär der Vereinten Nationen als gute Nachbarn und liebe Freunde.

Diese Tagung ist das Symbol für die Aufgabe der Isolationspolitik seitens der Vereinigten Staaten. Die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes unterstützt, ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit, die Vereinten Nationen. Es ist ihr fester Wille, daß die Vereinigten Staaten bis zur äußersten Grenze ihrer Kraft dazu beitragen sollen, einen gerechten und dauerhaften Frieden unter den Nationen der Welt zu schaffen und aufrechtzuerhalten.

Ich muß Ihnen aber sagen: Das amerikanische Volk ist darüber beunruhigt, daß es den alliierten Nationen in ihren gemeinsamen Bemühungen, einen dauerhaften Frieden zu schaffen, nicht gelungen ist, größere Fortschritte zu erzielen. Es ist von Wichtigkeit, sich daran zu erinnern, welche Aufgabe innerhalb dieses Aufgabenkreises für die Vereinten Nationen vorgesehen war. Die Vereinten Nationen — als Organisation — sollten nicht die Probleme lösen, die unmittelbar aus dem Kriege entstanden. Die Vereinten Nationen sollten die Möglichkeit bieten, den internationalen Frieden in der Zukunft aufrechtzuerhalten, sobald gerechte Lösungen gefunden wurden.

Diese gerechten Lösungen der Probleme waren mit Vorbedacht den Verhandlungen zwischen den Alliierten, also nicht denen der Vereinten Nationen, vorbehalten worden. Dies wurde festgelegt, um den Vereinten Nationen inzwischen Gelegenheit und freiere Hand für die Erfüllung ihrer langfristigen Aufgabe zu geben, geeignete Mittel für die Beilegung zukünftiger Meinungsverschiedenheiten zu finden, von denen einige aus den durch den Krieg bedingten Lösungen entstehen könnten.

Die Vereinten Nationen können jedoch ihren eigenen Verpflichtungen nicht vollständig nachkommen, ehe die Friedensregelungen getroffen sind und ehe nicht diese Regelungen eine solide Grundlage bilden, auf der ein dauernder Friede geschaffen werden kann. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese Regelungen und unsere Bemühungen zur Schaffung eines dauernden Friedens sich auf den vier grundlegenden Freiheiten aufbauen. Diese sind: die Freiheit der Rede, die Freiheit der Religion, die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht. Das sind die grundlegenden Freiheiten, auf die alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen durch die Charta verpflichtet wurden. Diese Freiheiten überall in der Welt durch freundschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen zu schaffen und zu sichern, ist das Ziel aller Bemühungen der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten.

Die vierte Freiheit, die Freiheit von Furcht — heißt vor allem anderen: Freiheit von Kriegsfurcht. Diese Freiheit ist es, die gerade jetzt erlangt werden kann. Wir alle haben in der letzten Zeit viel Gerede von einem neuen Weltkriege gehört, und überall auf Erden hat Furcht die Menschen ergriffen. Diese Furcht ist unbegründet und ungerechtfertigt. Trotzdem finden Kriegsverächter noch immer an gewissen Orten der Welt willige Ohren. Mit diesen Gerüchten muß Schluß gemacht werden, sollen sie sich nicht als hinderlich für die Ordnung der Welt erweisen.

Ein neuer Weltkrieg würde die Hoffnungen der Menschheit zunichte machen und die Zivilisation, so wie wir sie kennen, vollständig zerstören. Ich bin sicher, daß jeder Delegierte in diesem Saal sich mir anschließen wird, wenn ich dieses Gerede vom Kriege von uns weise. Keine Nation will Krieg, und jede Nation braucht den Frieden.

Um Krieg, Gerüchte und Kriegsgefahr zu vermeiden, müssen die Völker aller Länder nicht nur den Frieden als ein Ideal fördern, sondern sie müssen auch Wege finden. Konflikte zwischen den Nationen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit beizulegen.

Die Schwierigkeit liegt darin, daß es einfacher ist, Völker zu bewegen, dem Frieden als einem Ideal zuzustimmen, als ihre Zustimmung zu den Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit zu erlangen oder dazu, daß sie ihre eigenen Handlungen dem Urteil der ganzen Menschheit unterwerfen. So schwierig diese Aufgabe auch sein mag, der Weg, auf dem ein Übereinkommen mit Hoffnung auf Erfolg gesucht werden kann, ist klar vorgezeichnet.

Erstens ist jeder Mitgliedstaat der UN rechtlich und moralisch

durch die Charta gebunden, Frieden zu halten. Genauer: jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, sich in seinen internationalen Beziehungen jeder Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates zu enthalten.

Zweitens erinnere ich Sie daran, daß dreißig Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sich selbst dem Statut des Nürnberger Gerichtshofes unterworfen haben, wonach die Vorbereitung, Entfesselung oder Durchführung eines Angriffskrieges ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, für das Einzelpersonen ebenso wie Staaten vor einem internationalen Gerichtshof zur Verantwortung gezogen werden sollen.

Die grundlegenden Prinzipien, in denen wir übereinstimmen, sind weitgehend, doch nicht umfassend genug, um die Kriegsfurcht aus der Welt zu schaffen. Wir müssen daher auch zu einem Übereinkommen über die positive und aufbauende Seite unserer Maßnahmen gelangen.

Die Völker der Welt wissen, daß es keinen wirklichen Frieden geben kann, der nicht ein Friede der Gerechtigkeit für alle ist — Gerechtigkeit für kleine und für große Nationen und Gerechtigkeit für den einzelnen ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens oder der Hautfarbe — ein Friede, der die Erringung der vier Freiheiten fördert und nicht verlangsamt.

Wir werden die Freiheit von Furcht erreichen, wenn jede Handlung einer jeden Nation gegenüber jeder anderen Nation die übrigen Freiheiten — Freiheit der Rede, Freiheit der Religion und Freiheit von Not — ihrer Verwirklichung näher bringt. Auf diesem Wege können wir Gerechtigkeit für alle finden, ohne einen Unterschied zwischen den starken und schwachen Nationen zu machen und ohne einen Teil der Menschen zu benachteiligen.

Wenn wir den Frieden geschaffen haben, bin ich überzeugt, daß es den Vereinten Nationen gelingen kann und gelingen wird, einen Krieg zwischen den einzelnen Staaten zu verhindern und die Furcht vor dem Krieg zu beseitigen.

Der Krieg hat in großen Teilen der Welt Unruhen hinterlassen. Unter den Alliierten haben sich Meinungsverschiedenheiten ergeben. Es wird uns nichts helfen zu behaupten, daß dies nicht der Fall sei, aber es ist nicht notwendig, diese Meinungsverschiedenheiten zu übertreiben.

Ich für mein Teil glaube nicht, daß die Unterschiede der Interessen einer Lösung der Probleme in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen im Wege zu stehen brauchen. Vor allem dürfen wir nicht den Unterschieden des wirtschaftlichen und sozialen Systems gestatten, ein Hindernis auf dem Wege zum Frieden darzustellen. Die Vereinten Nationen infolge der verschiedenen politischen Weltanschauungen in unversöhnliche Gruppen aufspalten zu lassen, hieße die Welt in Unglück stürzen.

Was Deutschland und Japan anbetrifft, so sind die Vereinten Staaten entschlossen, diesen Staaten niemals wieder Gelegenheit zu geben, Ursache eines Krieges zu werden. Die Vereinten Staaten werden fortfahren, alle sich aus dem Krieg ergebenden Regelungen anzustreben — gerecht für alle Nationen, große und kleine —, die die Menschenrechte und die grundsätzlichen Freiheiten gewährleisten, zu denen die Charta alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet und die nicht den Keim neuer Konflikte in sich tragen. Ein Friede zwischen den Nationen, der auf der Gerechtigkeit gegründet ist, wird eine baldige Besserung der Lebensbedingungen in der ganzen Welt sowie eine schnelle Erholung von den Verwüstungen des Krieges ermöglichen. Die Welt ruft nach einem gerechten und dauerhaften Frieden mit einer Intensität, die uns veranlassen sollte, ihn so schnell wie möglich zu schaffen.

Wenn die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zusammenarbeiten sollen, um die Furcht vor dem Kriege zu beseitigen, so ist das erste Erfordernis, daß die alliierten Nationen ein Übereinkommen über die Friedensbestimmungen erzielen.

Propaganda, die dem Mißtrauen und dem Mißverstehen unter den Alliierten Vorschub leistet, wird uns nicht helfen. Vereinbarungen, die dazu bestimmt sind, die Kriegsfurcht zu beseitigen, können nur durch Zusammenarbeit der Nationen erlangt werden, indem diese die berechtigten Interessen aller Staaten achten und einander als gute Nachbarn behandeln. Dauerhafte Abkommen zwischen den Alliierten können weder durch eine Nation einseitig auferlegt, noch können sie auf Kosten der Sicherheit, Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit irgendeiner Nation erreicht werden. Alle alliierten Nationen müssen sich so einander anpassen, daß Fragen von geringerem nationalen Interesse ausgeglichen werden, um den Prinzipien der Vereinten Nationen zu dienen, die auf die Friedensregelungen angewandt werden müssen. Diese gegenseitige Anpassung soll auch die Vereinten Nationen für solche

Aufgaben vorbereiten und stärken, die nach Abschluß der Friedensregelung auftreten.

Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen — große und kleine — sind hier als gleichberechtigte Partner vertreten. Klugheit ist nicht ein Monopol der Großen und Starken. Kleine Nationen können ebensogut wie die großen durch konstruktive Gedanken und weises Urteil zur Schaffung einer Politik der Zusammenarbeit beitragen.

Die Vereinten Nationen sind die höchste beratende Körperschaft der Welt. Oberste Verpflichtung dieser Versammlung ist es, so für die Menschheit zu sprechen, daß die Einigkeit unter allen Mitgliedern gefördert wird, um eines Friedens willen, der, weil er sich auf Gerechtigkeit gründet, dauernd sein wird. Bei dem Streben nach Eintracht sollen wir uns nicht daran stoßen, unsere Meinungsverschiedenheiten offen auszudrücken. Die Vereinigten Staaten glauben, daß diese Versammlung die Bedeutung der Redefreiheit für die Sache des Friedens demonstrieren soll. Ich teile nicht die Ansicht derjenigen, die etwa die Folgen einer freien und offenen Diskussion in den UN fürchten. Die Vereinigten Staaten messen dem Grundsatz der freien Diskussion bei dieser Vollversammlung und im Sicherheitsrat große Bedeutung bei. Der freie und direkte Austausch von Argumenten und Informationen fördert das gegenseitige Verstehen und trägt deshalb schließlich dazu bei, die Furcht vor dem Kriege und einige Ursachen des Krieges zu beseitigen.

Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß die Regelung, wonach die Beschlüsse der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates einstimmig gefaßt werden müssen, diesen Staaten eine besondere Verpflichtung auferlegt. Diese Verpflichtung besteht darin, Übereinstimmung zu suchen und zu erreichen, die es ihnen und dem Sicherheitsrat ermöglicht, die Aufgaben zu erfüllen, die sie in der Charta der UN gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten und im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens übernommen haben.

Weder die Ausübung des Vetorechtes noch die Anwendung des Majoritätsprinzips kann den Frieden sichern. Es gibt keinen Ersatz für Abkommen, die für alle annehmbar sind, weil sie für alle Betroffenen gerecht sind. Der Weltsicherheitsrat soll diese Art von Abkommen fördern, und er ist auch dazu in der Lage. Da der Weltsicherheitsrat seine Tätigkeit ständig ausüben kann, stellt er eine äußerst bedeutsame Entwicklung in den internationalen Beziehungen dar — denn ihm steht dauernd die Möglichkeit offen, durch öffentliche und friedliche Methoden Streitfragen zwischen den Nationen zu regeln.

Zwei der größten Verpflichtungen, die die Vereinten Nationen zur Beseitigung der Kriegsfurcht übernommen haben, müssen noch erfüllt werden. Erstens müssen wir ein Abkommen zur Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Atomenergie zustande bringen, ein Abkommen, das den Gebrauch der Atomenergie ausschließlich zu friedlichen Zwecken garantiert. Zweitens müssen wir ein Abkommen erzielen, das die tägliche Furcht vor anderen der Massenvernichtung dienenden Waffen abwendet. Diese beiden Verpflichtungen werden schwierig zu erfüllen sein. Das höchste Maß an Beharrlichkeit und Vertrauen wird erforderlich sein, und wir können keinen Erfolg haben, wenn wir nicht grundlegende Präzedenzfälle im Völkerrecht schaffen. Jede dieser Verpflichtungen wird das wert sein, was wir an Beharrlichkeit und gutem Glauben in sie hineinlegen. Die künftige Sicherheit der Vereinten Nationen und jedes Mitgliedstaates hängt von diesem Ergebnis ab. Im Namen der Vereinigten Staaten erkläre ich, daß wir nicht entmutigt sind. Wir werden fortfahren, auf jede nur mögliche Weise ein Übereinkommen zu suchen. Gleichzeitig werden wir auf die Vorbereitung von Abkommen drängen, die dem Sicherheitsrat angemessene Streitkräfte für den Frieden zur Verfügung stellen, um Aggressionshandlungen zu verhindern.

Die Vereinten Nationen werden die Kriegsfurcht nicht beseitigen können, wenn es nicht gelingt, in den nächsten Jahren einen bedeutenden Fortschritt in der Verwirklichung einer anderen der vier Freiheiten zu erreichen. — der Freiheit von Not.

Die Charta verpflichtet die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, auf dieses Ziel hin zusammenzuarbeiten. Der Aufbau der Vereinten Nationen ist auf diesem Gebiet durch den Wirtschafts- und Sozialrat, seine Ausschüsse und durch verwandte Spezialorganisationen fast vollendet. Er verfügt über abgeschlossener und wirksamere Institutionen, als sie je vorher in der Welt bestanden haben. Zur Lösung dieser konstruktiven Aufgaben, die das Leben und das Wohlergehen der Menschen in der ganzen Welt direkt betreffen, fordern Menschlichkeit und eigenstes Interesse von uns allen engste Zusammenarbeit. Die Vereinigten Staaten haben bereits in vieler Hinsicht ihre Anteilnahme an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau bewiesen. Wir haben uns aktiv an

allen Maßnahmen der Vereinten Nationen beteiligt, die darauf hielten. Wir haben darüber hinaus besondere Maßnahmen durchgeführt, wie zum Beispiel die Gewährung von hohen Anleihen und Krediten sowie die Erneuerung unseres Programms der gegenseitigen Handelsabkommen.

Durch die Schaffung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung und des Internationalen Währungsfonds haben die Mitgliedstaaten der UN bewiesen, daß sie zu einer tatkräftigen Zusammenarbeit in Richtung auf gemeinsame wirtschaftliche Ziele fähig sind. Zusätzlich hierzu wird das internationale Arbeitsamt mit den Vereinten Nationen verknüpft.

Wir müssen jetzt dieses Bauwerk vervollständigen. Die Vereinigten Staaten messen der Schaffung einer internationalen Handelsorganisation, die jetzt von einem vorbereitenden Ausschuß in London erörtert wird, die größte Bedeutung bei. Unser Land möchte nicht nur einen raschen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, sondern auch industrielle und landwirtschaftliche Fortschritte in den weniger hoch entwickelten Gebieten der Welt sehen. Wir sind der Ansicht, daß alle Völker die Möglichkeit haben sollten, die Früchte ihrer eigenen Arbeit und ihrer eigenen natürlichen Hilfsquellen zu genießen. In vielen Teilen der Welt gibt es gewaltige Möglichkeiten für die industrielle Entwicklung und die landwirtschaftliche Modernisierung. Diese Möglichkeiten können nur durch die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der UN ausgenutzt werden.

Im Bereich des sozialen Wiederaufbaues und Fortschritts ist die Schaffung einer Charta für eine Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen ein wichtiger Schritt vorwärts.

Die Vollversammlung sieht sich nun vor die Aufgabe gestellt, die Statuten für eine weitere Körperschaft — die internationale Flüchtlingsorganisation — anzunehmen. Es ist wesentlich, daß diese Organisation rechtzeitig geschaffen wird, damit sie so bald wie möglich von der UNRRA die Aufgaben der Fürsorge, Rückführung und Wiederansiedlung von Flüchtlingen und verschleppten Personen in Europa übernehmen kann. Ähnliche gewaltige Aufgaben gibt es im Fernen Osten.

Die Vereinigten Staaten betrachten dies als eine Angelegenheit von großer Dringlichkeit für die Wiederherstellung des Friedens und die Sache der Menschlichkeit. Ich beabsichtige, den Kongreß aufzufordern, den Vereinigten Staaten die Vollmacht zu geben, die internationale Flüchtlingsorganisation finanziell zu unterstützen und gemeinsam mit anderen Nationen ihren vollen Beitrag zur Aufnahme jener Flüchtlinge zu leisten, die aus politischen oder religiösen Gründen nicht in ihre früheren Heimatgebiete zurückkehren wollen.

Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß gemeinsame Bemühungen unternommen werden müssen, um die Hindernisse zu beseitigen, die einem freien Nachrichtenaustausch zwischen den Nationen der Welt im Wege stehen. Wir sehen in der Freiheit der Äußerung und der Freiheit, Informationen zu erhalten, eines der wichtigsten Menschenrechte und eine der wesentlichsten fundamentalen Freiheiten, auf die wir gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind. Die UNESCO, die im November zusammentreten wird, erkennt diese Tatsache an. Diese Organisation ist auf der Überlegung aufgebaut, daß, da Kriege im Geist der Menschen entstehen, die Verteidigung des Friedens im menschlichen Geist verankert werden muß und daß ein freier Austausch von Gedanken und Kenntnissen zwischen Völkern zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendig ist. Die Vereinigten Staaten messen daher allen Maßnahmen große Bedeutung bei, die die Hindernisse, die einer gegenseitigen Verständigung und einer größeren Toleranz entgegenstehen, beseitigen können.

Die Vereinigten Staaten werden die Vereinten Nationen mit allen Hilfsmitteln unterstützen, die uns zur Verfügung stehen. Die Anwendung oder Androhung von Gewalt irgendwo in der Welt, um den Frieden zu brechen, geht das amerikanische Volk unmittelbar an. Die Geschichte hat uns zu einer der stärkeren Nationen in der Welt werden lassen. Sie hat uns daher die besondere Verantwortung auferlegt, unsere Stärke zu erhalten und sie richtig anzuwenden in einer Welt, in der, wie in unserer heutigen, alle Teile voneinander abhängen.

Das amerikanische Volk sieht in den Vereinten Nationen nicht einen vorübergehenden Nothelfer, sondern eine dauernde Partnerschaft zwischen den Völkern der Welt. Es muß unser aller entschiedener Vorsatz sein, danach zu trachten, daß die Vereinten Nationen in den Herzen und Hirnen aller Völker leben und gedeihen.

Der Bericht des Generalsekretärs

Auf der zweiten Plenarsitzung der zweiten Sitzungsperiode (der 35. Sitzung der ersten Tagung) am 24. Oktober 1946 stattete der Generalsekretär Trygve Lie einen Bericht über die Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen seit dem 30. Juni 1946 in Ergänzung seiner der Versammlung bereits vorliegenden schriftlichen Ausführungen. Er befaßte sich vor allem mit organisatorischen Problemen. Am 15. Oktober beschäftigte die Organisation der Vereinten Nationen 2516 Angestellte in New York und 16 Angestellte in London und Genf. Bei der Auswahl des Personalabes wurde angestrebt, möglichst alle Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Nur in den unteren Rängen wurden als vorübergehende Maßnahme vorwiegend amerikanische Staatsbürger eingestellt, um die örtliche Zusammenarbeit zu erleichtern. Von den 25 Millionen Dollar, die als Arbeitskapital der Organisation vorgesehen waren, wurden zum 15. Oktober 1946 23,5 Millionen einbezahlt. Der Generalsekretär empfahl der Vollversammlung, den Ausbau der Sonderorgane der Vereinten Nationen in Anbetracht der daraus erwachsenden finanziellen Belastungen und der Gefahr von Kompetenzstreitigkeiten und Doppelarbeit mit Vorsicht zu betreiben. Er berichtete weiterhin über die schwebenden Verhandlungen zur Frage der Privilegien und Immunitäten der Angestellten der Vereinten Nationen und erwähnte die laufenden Verhandlungen mit der Schweizer Regierung über die Einrichtung eines regionalen europäischen Büros der Vereinten Nationen, wobei er die Notwendigkeit unterstrich, ein ähnliches Büro in den pazifischen Gebieten einzurichten. Der Generalsekretär richtete weiterhin, daß er am 29. Juni 1946 die Staaten, welche Völkerbundsmandate verwalteten, nach ihrer Ansicht über den Abschluß von Treuhandabkommen befragt habe. Die Antworten aller dieser Staaten lägen nun vor. (Auf diese Frage werden wir in anderem Zusammenhang zurückkommen.) Dann wandte sich der Generalsekretär der Erörterung der Menschenrechte, insbesondere der rechtlichen Stellung der Frauen in der Welt zu und teilte mit, daß sich der Wirtschafts- und Sozialrat dieser Frage befasse. Eine besondere Abteilung des Rechtsamtes der Vereinten Nationen befasse sich mit der Überprüfung der internationalen Rechtsprechung und verleihe deren Kodifikation in Besprechungen mit Mitgliedstaaten, privaten Organisationen und bedeutenden Fachkräften auf dem Gebiete des Völkerrechts vor. Im Interesse des Friedens und zum Schutze der Menschheit gegen künftige Kriege sei es von besonderer Bedeutung, die Prinzipien, nach denen die Rechtsprechung der Nürnberger Prozesse gegen Kriegsverbrecher erfolgt sei, zu einem dauernden Bestandteil des Völkerrechtes zu machen.

Der Generalsekretär kam dann auf die spanische Frage zu sprechen. Nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß diese Frage im Sicherheitsrat erörtert worden sei, erklärte er:

„Unter diesen Umständen kann die Vollversammlung in ihrer gegenwärtigen Sitzung wertvolle Dienste leisten, indem sie den Gedanken und Mitgliedern der Vereinten Nationen umfassende Richtlinien für ihre Beziehungen zum Franco-Regime gibt. . . . Es scheint klar zu sein, daß das Franco-Regime, solange es in Spanien der Macht bleibt, eine ständige Quelle des Mißtrauens und der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Begründern der Vereinten Nationen bleiben wird.“

Der Generalsekretär erwähnte weiterhin den Bericht des wissenschaftlichen und technischen Ausschusses zur Atomenergie, in welchem die Überzeugung niedergelegt ist, daß eine wirksame Kontrolle der Atomenergie technisch nicht undurchführbar sei. Die Aufmerksamkeit der Vollversammlung müsse sich nun auf die Erörterung praktischer Maßnahmen zur Kontrolle der Atomenergie richten. In seinem Überblick über die Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialrates erwähnte der Generalsekretär insbesondere die Gründung der Weltgesundheitsorganisation und die dringende Notwendigkeit, eine Weltflüchtlingsorganisation als Nachfolgerin der UNRRA zu errichten. Er wies

weiterhin auf den Bericht des Unterausschusses für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebiete hin, welcher eine Grundlage für wirksame internationale Zusammenarbeit darstelle.

Anschließend erfolgte die Amtseinführung der acht vom Generalsekretär ernannten Stellvertreter: den Generalsekretäre: Arkady Sobolev als Generalsekretär des Amtes für die Angelegenheiten des Sicherheitsrates, Arthur David Kemp Owen als Generalsekretär des Wirtschaftsamtes, Henri Laugier als Generalsekretär des Sozialamtes, Victor Hoo-Tschai-Tsai als Generalsekretär des Amtes für Treuhandangelegenheiten und für Nachrichten aus Gebieten ohne Selbstregierung (Non-Self-Governing-Territories), Benjamin Cohen als Generalsekretär des Informationsamtes, Ivan Kerno als Generalsekretär des Rechtsamtes, Adrian Pelt als Generalsekretär des Amtes für Konferenzen und allgemeine Dienste, John B. Hutson als Generalsekretär des Amtes für Verwaltungsdienste und Finanzfragen.

Die einleitende Debatte

Nun begann die allgemeine Debatte der Vollversammlung, welche am 25., 26., 28., 29. und 30. Oktober fortgesetzt wurde und am 31. Oktober in der 43. Plenarsitzung ihren Abschluß fand. Die Versammlung beschloß, den Bericht des Generalsekretärs und die von ihm vorgelegten Berichte des Sicherheitsrates und des Wirtschafts- und Sozialrates in ihrer Gesamtheit der Aussprache zugrunde zu legen.

In den Reden der einzelnen Delegierten wurde allgemein hervorgehoben, daß die bisherige Tätigkeit der Vereinten Nationen notwendigerweise stark durch die Probleme des organisatorischen Aufbaues bestimmt waren. Darüber hinaus wurden nach allgemeiner Ansicht noch wenig greifbare Fortschritte erzielt. Wenn es auch keiner der Sprecher unterließ, sein grundsätzliches Vertrauen in die Vereinten Nationen zu unterstreichen, so kam doch übereinstimmend zum Ausdruck, daß die in San Franzisko gehegten Erwartungen noch keineswegs erfüllt worden seien. Als die wichtigsten Gründe dafür wurden der langsame Fortschritt der Verhandlungen für die Friedensverträge und der Gebrauch des Vetorechtes im Sicherheitsrat bezeichnet. Der mexikanische Delegierte Dr. Francisco Castillo Najera, welcher die Debatte eröffnete, betonte, daß die Verhandlungen über die Friedensverträge in den Tätigkeitsbereich der Vereinten Nationen fielen, die nicht darauf beschränkt werden dürften, Ereignisse von weltweiter Bedeutung, die ohne ihre Mitwirkung entschieden worden seien, zu registrieren. Der Sprecher der chinesischen Delegation betrachtete es dagegen als ein Zeichen großer staatsmännischer Klugheit, daß man die Vereinten Nationen nicht in direkten Zusammenhang mit dem nun entstehenden System der Friedensverträge gebracht habe. Der französische Delegierte Alexandre Parodi sah einen der Hauptgründe für die geringen Fortschritte der Vereinten Nationen in der Aufspaltung der Welt durch ideologische Konflikte. Die wichtigste Aufgabe sei es, Mittel zu finden, um politische Freiheit mit wirtschaftlicher Organisation und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Nach Ansicht des peruanischen Delegierten Albert Ulloa war es zur Stärkung der Organisation der Vereinten Nationen vor allem notwendig, nach und nach alle Nationen als Mitglieder aufzunehmen, deren politische Systeme nicht im Widerspruch zu den Prinzipien der neuen internationalen Gemeinschaft standen, und zu verhindern, daß bedeutende internationale Abkommen außerhalb der Vereinten Nationen abgeschlossen würden.

Die Vorverhandlungen im Allgemeinen Ausschuss

Noch während der Eröffnungsreden traten im Kreise der Konferenzteilnehmer Anzeichen auf, welche darauf schließen ließen, daß die Auseinandersetzung über das Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat bald in den Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit rücken werde.

Die Frage des Vetorechtes der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates war auf Grund von Anträgen Australiens

und Kubas in die vorläufige Tagesordnung der Vollversammlung aufgenommen worden. Australien beantragte eine Überprüfung des Artikels 27 (Abstimmungsverfahren des Sicherheitsrats), Kuba die Einberufung einer allgemeinen Konferenz der Mitglieder der Vereinten Nationen auf Grund des Artikels 109 der Charta zum Zwecke der Abschaffung des Vetorechts.

Nachdem sich der sowjetische Außenminister *Molotow* bereits vor seiner Abreise aus Paris gegen die Angriffe der kleineren Nationen auf das Vetorecht ausgesprochen hatte, verlautete am 23. Oktober aus amerikanischer Quelle, daß sich die Delegation der Vereinigten Staaten gegen den zu erwartenden Versuch der Sowjet-Union wenden werde, die Anträge Australiens und Kubas von der Tagesordnung zu streichen. Zur offenen Auseinandersetzung über diese Frage kam es am 24. Oktober in der ersten Sitzung des Allgemeinen Ausschusses, welcher an diesem Tag nach einer inoffiziellen Vorbesprechung vom 22. Oktober zur endgültigen Festlegung der Tagesordnung zusammentrat.

Zunächst wandte sich der Delegierte der Südafrikanischen Union, Marschall *Smuts*, gegen den indischen Antrag, die Frage der Behandlung der Inder in Südafrika auf die Tagesordnung zu setzen, und berief sich darauf, daß es sich dabei um eine Angelegenheit handle, welche nach Artikel 1, Absatz 7 der Charta nicht von der Organisation der Vereinten Nationen behandelt werden könne, da sie unter die Landesgerichtsbarkeit eines souveränen Staates falle. Demgegenüber bestritt der Vertreter Indiens, *Chagla*, das Recht des Allgemeinen Ausschusses, Punkte von der Tagesordnung zu streichen, und bestand darauf, daß die Frage vor der Vollversammlung erörtert werden solle. Der britische Vertreter, Sir Hartley *Shawcross*, schlug vor, diese Frage dem Rechtsausschuß zuzuleiten, während der sowjetische Vertreter *Wyschinskij* betonte, der Allgemeine Ausschuß habe zwar das Recht, der Vollversammlung die Streichung eines Punktes von der Tagesordnung zu empfehlen, dafür müsse jedoch ein schwerwiegender Grund vorliegen. Die indische Regierung habe nach seiner Ansicht allen Grund, ihre Beschwerde der Vollversammlung vorzutragen, und er könne sich daher dem Vorschlag des britischen Delegierten, die Frage dem Rechtsausschuß zu überweisen, nur dann anschließen, wenn die ganze Angelegenheit vorher in der Vollversammlung diskutiert worden sei. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Senator *Austin*, riet davon ab, daß der Allgemeine Ausschuß versuche, in Rechtsfragen Entscheidungen zu fällen, und schlug vor, die ganze Angelegenheit der Vollversammlung vorzulegen. Er wies darauf hin, daß nach der vorläufigen Verfahrensordnung der Vollversammlung eine Angelegenheit gleichzeitig zwei Hauptausschüssen zugewiesen werden könne, und riet daher, der Vollversammlung vorzuschlagen, die Frage der Behandlung der Inder in Südafrika gleichzeitig dem Ersten Ausschuß (Ausschuß für Politik und Sicherheit) und dem Sechsten Ausschuß (Rechtsausschuß) zuzuweisen. Daraufhin zog der britische Vertreter seinen Antrag zurück. Der sowjetische Vertreter schlug nun vor, die Angelegenheit einem gemeinsamen Unterausschuß des Ersten und Sechsten Ausschusses zu übertragen. Der Allgemeine Ausschuß entschied sich jedoch mit fünf gegen drei Stimmen für den Vorschlag des amerikanischen Delegierten und lehnte den sowjetischen Vorschlag mit vier gegen drei Stimmen ab.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Allgemeinen Ausschusses beantragte der sowjetische Vertreter die Streichung der australischen und der kubanischen Vorschläge zu einer Einschränkung oder Abschaffung des Vetorechts der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats. Die sowjetische Delegation betrachtete das Prinzip der Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, welches oft fälschlich als Vetorecht bezeichnet werde, als die Grundlage aller Grundlagen, auf welchen die Organisation der Vereinten Nationen ruhe. Schon die Erörterung dieser grundsätzlichen Frage könne der jungen Organisation einen schweren Schlag versetzen. Deshalb ersuche die Sowjet-Union im Geiste der

Solidarität die anderen Delegierten, sich ihrem Vorschlag anzuschließen und diese Anträge von der Tagesordnung zu streichen. Der britische Vertreter führte dazu aus, daß seine Delegation in vieler Hinsicht mit dem Standpunkt der sowjetischen Delegation übereinstimme, dem von ihr gemachte Vorschlag jedoch nicht beipflichten könne. Der Allgemeine Ausschuß habe keine Befugnis, der Vollversammlung die Streichung eines Punktes der Tagesordnung auch nur anzufordern. Seine Delegation sei zwar der Ansicht, daß der Gebrauch des Vetos in der letzten Zeit dem Ansehen des Sicherheitsrats geschadet habe, jedoch sei es noch zu früh, die Charta in dieser Hinsicht abzuändern. Eine offene und freie Aussprache über diesen Punkt könne jedoch nützlich sein und in Zukunft dazu führen, daß das Veto in einer Weise gebraucht werde, welche keine Kritik erwecke.

Der australische Sprecher, Paul *Hasluck*, betonte, es sei die Ansicht vieler Mitgliedstaaten, daß die Vetofrage im Interesse der Solidarität zur Sprache gebracht werden müsse.

Auch der Vertreter Neuseelands, Sir Carl *Berendsen*, wandte sich der Ansicht, daß eine offene Aussprache dieser Frage nützlich und förderlich sein könne.

Der kubanische Delegierte, Dr. Guillermo *Belt*, betonte die Einstimmigkeit der großen Mächte sei zwar sicherlich wichtig, noch wichtiger sei jedoch die Einstimmigkeit der großen und der kleinen Mächte. Wenn dem Hauptausschuß das Recht zukomme, die freie Aussprache in der Vollversammlung einzuschränken, so würden die Vereinten Nationen nicht mehr eine Gesellschaft von Nationen vertreten, sondern ein Treuhandsystem, in welchem ein wenig Mächte eine Kontrollposition gegenüber allen anderen hätten, die damit schon geradezu zur Rolle von Schulkindern verurteilt würden.

Der amerikanische Vertreter, Senator *Austin*, wandte sich gegen den Antrag *Wyschinskij*s. Er führte aus, das Veto sei in den Abstimmungsregeln der Charta übermäßig betont worden und man habe den Geist der Abstimmungsgrundsätze mißverstanden. Es sei Sache der Vollversammlung, alle Fragen zu erörtern, die in den Bereich der Charta fielen. Der Vertreter der Ukrainischen Sowjetrepublik, *Mamulskij*, wies darauf hin, daß der Ausdruck „Veto“ weder in der Charta noch an irgendeiner Stelle der Verfahrensordnung vorkomme. Er war der Ansicht, daß die Verwendung dieses Ausdruckes den Anschein erwecke, als würde das Veto nur von einem Staat gebraucht und alle anderen seien nur die „armen Opfer“ dieses Staates. Dadurch würde die Atmosphäre der Verhandlungen vergiftet.

Der Delegierte der Sowjet-Union, *Wyschinskij*, führte dazu weiter aus, die Anträge Australiens und Kubas seien unklar formuliert und brächten nicht die wahre Absicht der Antragsteller zum Ausdruck. Das wahre Ziel dieser Anträge sei die Untergrabung der Einigkeit der Vereinten Nationen. Der kubanische Antrag sei de facto nicht korrekt, da er den Begriff „Veto“ enthalte, welcher in den Bestimmungen der Charta nicht existiere. Die Anträge Australiens und Kubas stellten eine politische Offensive gegen die Grundprinzipien der Vereinten Nationen dar. Die sowjetische Delegation halte es für notwendig, warnend auf diese Tatsache hinzuweisen. Da jedoch die Debatte des Hauptausschusses gezeigt habe, daß die Mehrheit dafür sei, die Anträge von der Tagesordnung zu belassen, werde die Sowjet-Union nicht auf ihrem Antrag der Streichung bestehen. Der amerikanische Delegierte *Austin* beglückwünschte *Wyschinskij* zu diesem großzügigen Verhalten. Auch der französische Delegierte *Parodi* brachte den Dank des Ausschusses für das Entgegenkommen der Sowjet-Union zum Ausdruck.

Der britische Delegierte unterstrich noch einmal seine Auffassung, daß der Allgemeine Ausschuß juristisch nicht berechtigt sei, die Diskussion irgendeines Themas durch die Vollversammlung zu verhindern oder der Vollversammlung zu empfehlen, dieses Thema von der Tagesordnung zu streichen.

Die Veto-Debatte in der Vollversammlung

Nachdem die sowjetische Delegation ihren Antrag, die Erörterung des Vetorechts von der Tagesordnung zu streichen, zurückgezogen hatte, befaßten sich nahezu alle Delegierten in ihren Reden vor der Vollversammlung mit dem Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat.

Zunächst legten die Vertreter der kleineren Nationen ihren Standpunkt dar. Der norwegische Delegierte, Halvard Lange, erklärte, die Zeit sei noch nicht für eine Revision der Charta, jedoch sollten die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats alles tun, um sich zu vergewissern und das Vetorecht nur im äußersten Notfall anzuwenden. Der türkische Delegierte Baydur sprach sich dafür aus, das Vetorecht zu beschränken. Wenn man es nicht ganz abschaffen wolle, müsse man wenigstens seiner Anwendung Grenzen setzen. Der chilenische Delegierte, Donato del Rio, wies auf die Tätigkeit der Panamerikanischen Union als ein Beispiel hin, dem die Vereinten Nationen nachzueifern sollten. Chile dränge nicht auf eine Revision der Charta, es hoffe aber, daß die Großmächte sich um eine Beschränkung des Vetorechts bemühen würden. Der argentinische Delegierte, Dr. Arce, forderte die Aufgabe des Vetorechts, da es nicht die Wirkung erzielt habe, die man ihm bei seiner Einsetzung versprochen habe. Es widerspreche außerdem den Grundsätzen der Charta, da es die ernsthafte Verteidigung eines Standpunktes begünstige und konstruktive Maßnahmen lähme. Auch der neuseeländische Vertreter, Sir Carl Berendsen, kritisierte das Vetorecht und erklärte, daß Mittel gefunden werden müßten, um der Stimme jedes Mitglieds die Autorität zu geben, die ihm nach seiner Größe und seiner internationalen Stellung komme.

General Carlos Romulo, der Vertreter der Philippinen, sprach sich gleichfalls für eine Begrenzung der Anwendung des Vetorechts aus. Der niederländische Delegierte van Kleffens erklärte, die Niederlande lehnten das Vetorecht im Prinzip ab und erwarteten, daß es nur in Fällen wirklicher Nöte und klarer Notwendigkeit angewendet werde. Der bolivianische Delegierte Adolfo Costa Durels forderte die erneute Behandlung der Vetofrage. „Das Vorhandensein dieses Privilegs verwundert uns“, so erklärte er, „die wir Demokratie und Gleichheit der Nationen glauben.“ Der polnische Delegierte Rzymowski unterstrich die Notwendigkeit, die Einigkeit der Großmächte nicht zu stören, und erklärte, Polen werde sich aus diesem Grund jeder Abänderung des Abstimmungsverfahrens im Sicherheitsrat widersetzen. Andere Delegationen, so insbesondere der Vertreter Mexikos, Dr. Najera, und der Vertreter Brasiliens, Pedro Pablo Kuczynski, betonten zwar die Notwendigkeit der Einigkeit unter den Großmächten, fanden jedoch, daß gerade das Vetorecht diese Einigkeit zerstöre. Die Welt könne sich nicht mit der Vorstellung abfinden, daß man das Wohlergehen der Menschheit den Interessenkonflikten der Großmächte opfern dürfe.

Nachdem in breiter Front die Angriffe gegen den bisherigen Gebrauch des Vetorechts vorgetragen worden waren, äußerten sich die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats zu dieser Frage. Der britische Delegierte in der Vollversammlung, Philip Noel-Baker, hielt es für möglich, die Aktionsfähigkeit des Sicherheitsrats durch Verbesserungen seiner Verfahrensordnung zu heben. Er hielt es jedoch für unklug, im gegenwärtigen Augenblick eine Abänderung der Charta zu versuchen, und schlug statt dessen vor, daß die Vollversammlung die letzten Vorgänge im Sicherheitsrat nachprüfen und Wege suchen solle, „die weitverbreitete Besorgnis über die Arbeitsweise des Rates zu beseitigen.“ Zur russischen Delegation gewandt, sagte Noel-Baker:

„Können Sie uns nicht jetzt in der Versammlung in Beratung mit allen ihren Kollegen helfen, die Vorgänge im Sicherheitsrat zu untersuchen und Maßnahmen zu vereinbaren, durch die ein besserer Start ermöglicht werden könnte?“

Er führte dazu weiter aus, daß von dem Vetorecht bisher ein rücksichtsloser Gebrauch gemacht worden sei, und stellte fest, die Sowjet-Union habe ihr Veto in der kürzlich behandelten griechischen Angelegenheit benutzt, um eine Untersuchung an Ort und Stelle zu verhindern. Wenn der Sicherheitsrat wirklich funktionieren solle, so dürften die Mitglieder der Vereinten Nationen nicht „zu Gericht laufen, ehe sie unter sich versucht hätten, eine Vereinbarung zu treffen.“ Weiterhin müsse auf der Suche nach gemeinsamen Grundlagen ein gegenseitiges Geben und Nehmen stattfinden. Ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, das einen bestimmten Standpunkt einnehme, könne kaum den Grundsatz der Einstimmigkeit anrufen und verlangen, daß die vier anderen, die anderer Ansicht sind, sich mit seinem Standpunkt einverstanden erklären.

Der chinesische Delegierte Dr. Wellington Koo stellte fest, seine Regierung würde es begrüßen, wenn man einen mit Mäßigung beschreibbaren Weg finden könne, der von der Übereinstimmung der Ansichten zur praktischen Anwendung der vorgeschriebenen Einstimmigkeit führe, ohne daß die Bestimmungen der Charta abgeändert zu werden brauchen. Seine Regierung könne nur wünschen, der Sicherheitsrat hätte sich weniger mit Verfahrensfragen befaßt und dafür ein größeres Maß an Übereinstimmung in den politischen Problemen erreicht, die man dem Rat vorgelegt habe.

Der französische Delegierte Alexandre Parodi äußerte, eine Verbesserung des Abstimmungsverfahrens im Sicherheitsrat könne durch die Organisation eines Vetosystems erreicht werden. Im gegenwärtigen Augenblick hätten die ständigen Mitglieder keine Möglichkeit, ihre Stimme, sofern sie sich in der Minderheit befände, zur Geltung zu bringen, ohne daß sie sich tatsächlich als Veto auswirke. Für den Versuch einer Abänderung der Charta sei es jedoch noch zu früh. Eine Abänderung des Artikels 27 (Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat) werde das allgemeine Mißtrauen nicht beseitigen, andererseits würden aber, sobald dieses Mißtrauen sich lege, die meisten Einwendungen, die man gegen den Artikel erhebe, hinfällig.

Waren auch bisher in den Äußerungen der einzelnen Sprecher — mit Ausnahme der Rede des britischen Vertreters — keine direkten Anspielungen auf die Haltung der Sowjet-Union im Sicherheitsrat gemacht worden, so ließ doch der sowjetische Vertreter Molotow, der sich am 29. Oktober zur Vetofrage äußerte, keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjet-Union die Kritik am Gebrauch des Vetorechts als direkt auf sie gezielt betrachte. Am gleichen Tag war durch den Moskauer Rundfunk der Wortlaut eines Interviews bekanntgegeben worden, welches Marschall Stalin dem Direktor der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press, Hugh Bailie, gewährt hatte. Marschall Stalin äußerte sich darin auch zu den allgemeinen Fragen der Friedensordnung. Auf die Frage: „Was ist gegenwärtig Ihrer Ansicht nach die ernsteste Gefahr für den Frieden in der ganzen Welt?“ hatte Stalin geantwortet: „Die Brandstifter eines neuen Krieges, vor allem Churchill und seine Gesinnungsgenossen in England und den Vereinigten Staaten“, und auf die Frage, welche Schritte die Völker der Welt zur Vermeidung eines neuen Krieges unternehmen müßten: „Man muß die Brandstifter eines neuen Krieges entlarven und zügel.“ Zur Frage: „Ist die Organisation der Vereinten Nationen eine Garantie für die Integrität der kleinen Länder?“ war die Antwort Stalins: „Das ist vorläufig schwer zu sagen.“ Zur Frage: „Ist Rußland noch immer daran interessiert, eine Anleihe von den Vereinigten Staaten zu bekommen?“ antwortete Stalin mit „Ja“. In dem gleichen Interview gab Stalin die Höhe der in Europa stationierten Truppenkontingente mit insgesamt 60 Divisionen an, die sich jedoch bald auf 40 Divisionen verringern würden. Weiterhin äußerte er sich für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, die Erhöhung des Deutschland zu belassenden Industrieniveaus und die Wiederherstellung des deutschen Handels. Er betonte, daß die Sowjet-Union die neue Westgrenze Polens als endgültig

betrachte. Zur Anwesenheit amerikanischer Kriegsschiffe im Mittelmeer verhalte sich die Regierung der Sowjet-Union gleichgültig. Die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland betrachte sie als unnötig. Sie sei der Ansicht, daß bei den Verhandlungen der vier Außenminister und bei den Zusammenkünften des Sicherheitsrats mit dem Veto kein Mißbrauch getrieben worden sei. (Vgl. Europa-Archiv S. 185.)

Man wird kaum fehlgehen, wenn man die Äußerungen Stalins und Molotows zusammen als die Antwort der Sowjet-Union auf die Eröffnungsrede betrachtet, die Präsident Truman am 23. Oktober in der Vollversammlung gehalten hatte. In diesem weiteren Zusammenhang gesehen, decken sich Inhalt und Ton der beiden sowjetischen Erklärungen in allen wesentlichen Punkten.

Der sowjetische Außenminister begann seine Ausführungen in der Vollversammlung damit, daß er betonte, die Organisation der Vereinten Nationen habe gerade erst angefangen, ihre Prinzipien anzuwenden. Es sei daher im Interesse der Vereinten Nationen, die bestehenden Unzulänglichkeiten nicht zu vertuschen, sondern sie von Anfang an bloßzulegen. Dies betreffe natürlicherweise in erster Linie die Tätigkeit des Sicherheitsrates, da dieser sich täglich mit den schwierigsten Fragen zu befassen habe.

Molotow streifte dann die spanische Frage, die Frage der Beziehungen zum Weltgewerkschaftskongreß, die Frage der Treuhandschaftsabkommen und die Frage der Anwesenheit alliierter Truppen in Ländern, die nicht zu den Feindstaaten rechnen. Die Art, wie der Sicherheitsrat diese und manche andere Fragen behandelt habe, lasse erkennen, daß noch schwerwiegende Unzulänglichkeiten in der Organisation der Vereinten Nationen bestünden. Es herrsche ein gewisses Streben, diese Unzulänglichkeiten fälschlich dem Gebrauch des sogenannten „Vetos“ zuzuschreiben.

„Der Tumult, der um diese Frage geschaffen wird, ist offensichtlich notwendig, um unsere Aufmerksamkeit von den wichtigen Unzulänglichkeiten in der Arbeit der Vereinten Nationen abzulenken und somit die Schuld vor die falsche Tür zu legen.“

Die Vollversammlung sei nicht zusammengetreten, um an den wesentlichen Entwicklungslinien der internationalen Beziehungen in unserer Zeit vorbeizusehen. Das wichtigste sei, zu erkennen, in welcher Richtung sich diese Beziehungen entwickelten. Die Organisation der Vereinten Nationen sei inmitten des Brandes des zweiten Weltkrieges erwachsen, geschaffen von einer Koalition, an deren Spitze die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjet-Union standen. Diese Mächte, die das Schwergewicht des Kampfes gegen den Nationalsozialismus trugen, hätten sich bemüht, eine wirksame internationale Organisation zu schaffen und dabei die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. In erster Linie sei es darum gegangen, die neue Organisation vor der Ohnmacht und dem Versagen zu bewahren, die den Völkerbund gekennzeichnet hätten. Der Völkerbund sei auf dem Prinzip der Einstimmigkeit aller Mitglieder aufgebaut gewesen. Dies habe es jedem Mitglied ermöglicht, jede Entscheidung zu hintertreiben. Deshalb sei der Völkerbund gegenüber den Aggressoren ohnmächtig geblieben.

Die Charta der Vereinten Nationen habe demgegenüber ein neues System geschaffen. Danach treffe die Vollversammlung ihre Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit. Die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens trage der Sicherheitsrat. Die Entscheidung von Fragen dieser Art erfordere nicht nur eine Mehrheit von mindestens sieben der elf Mitglieder des Sicherheitsrats, sondern setze auch die Einstimmigkeit der fünf großen Mächte, die ihm als ständige Mitglieder angehören, voraus. Molotow betonte, die Einstimmigkeit dieser Mächte sei sozusagen eine Garantie für die Einstimmigkeit der Vereinten Nationen im ganzen.

„Das Prinzip der Einstimmigkeit der großen Mächte wurde nicht zufällig angenommen, sondern nach ausführlicher Diskussion. In der Anerkennung dieses Prinzips spiegelt sich der Wunsch der Vereinten Nationen, abgestimmte Bemühungen und Einheit des Handelns der großen Mächte in der Abwehr jeder möglichen

neuen Aggression sicherzustellen. Vor dem zweiten Weltkrieg waren die großen Mächte nicht von diesem Wunsch nach Handlungseinheit in der Verteidigung von Frieden und Sicherheit beiseit, und darin lag das größte Unglück für die ganze Menschheit. Die Vereinigten Staaten standen sozusagen abseits von der großen Straße.

Die Hauptmächte, Mitglieder des Völkerbundes, verfolgten eine ganz kurzsichtige erreaktionäre Politik gegenüber der Sowjet-Union. Die harten Prüfungen des Krieges brachten die Regierungen der großen westlichen Mächte zu der Überzeugung, daß gegen ihren gemeinsamen Feind während des Krieges harmonisch zusammenarbeiten sollten, und zur Anerkennung der Notwendigkeit, eine internationale Organisation für die Behandlung der Nachkriegsprobleme zu schaffen, welche das sehr fortschrittliche, im Kriege geschmiedete Prinzip der Einheit der großen Mächte, die sich unter ihren Fahnen als demokratische Staaten vereint hatten, bewahren würde. Daraus ergibt sich, daß das Prinzip der Einstimmigkeit der großen Mächte in den Fragen, die sich auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit beziehen, tief verwurzelt ist und daß dieses Prinzip von den Vereinten Nationen anerkannt wurde, die selbst auf der Grundlage des Wunsches nach einer verlässlichen Verteidigung der Interessen der großen wie auch der kleinen friedliebenden Staaten zusammengetreten sind.

In letzter Zeit wurde gegen die Anerkennung dieses Prinzips ein breit angelegter Feldzug lanciert. Alles nur Denkbare geschieht, um dieses Prinzip auf jede nur mögliche Weise zu untergraben, während die Frage der Notwendigkeit der Einheit unter den großen Mächten mit allen möglichen Mitteln verdunkelt und dauernd auf den Sonderfall der Anwendung des sogenannten Vetos in den Entscheidungen des Sicherheitsrates reduziert wird. Was bedeutet dieser Feldzug gegen das Veto, das heißt gegen das Recht der fünf Großmächte, sich der Annahme einer Entscheidung im Sicherheitsrat zu widersetzen, welche sie im Lichte der Interessen der Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit für unerwünscht halten? Was würde die Ablehnung des Prinzips der Einstimmigkeit der großen Mächte in der Lösung von Fragen dieser Art bedeuten?

Es ist leicht, die Resultate einer solchen Ablehnung voraussehen. Niemand wird heute vorschlagen, daß wir zu dem bankrotten Völkerbund mit seiner Einstimmigkeit aller Mitglieder bei der Annahme von Entscheidungen zurückkehren sollten. Daher besteht der Wunsch, den Widerruf dieses Prinzips auszunützen, um ein System aufzudrängen, in welchem die Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß gefaßt würden. Vorschläge dieser Art sind bereits hier in der Vollversammlung lautgeworden. Es gibt solche Leute, die ein solches Verfahren für die Annahme von Entscheidungen in einer internationalen Organisation als das allerdenkbarste empfehlen. Als ob die beste Demokratie, die der allgemeinen Anerkennung wert wäre, darin bestünde, daß man innerhalb einer internationalen Organisation die Stimme von Honduras der der Vereinigten Staaten gleichstellt oder die Stimme von Haiti der der Sowjet-Union, die eine Föderation von sechs Republiken repräsentiert. Es ist offensichtlich nicht der Mühe wert, sich mit den Argumenten für eine »Demokratie« dieser Art näher zu befassen.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Attacke, welche unter Tarnung eines Kampfes gegen das Veto geführt wird, ignoriert werden könnte. Es wäre außerordentlich kurzsichtig, diese Attacke als eine zufällige und unbedeutende Angelegenheit anzusehen. Es wäre auch naiv, die Tatsache zu übersehen, daß dieser Feldzug einen Charakter angenommen hat, welcher der Sowjet-Union gegenüber ausgesprochen feindlich ist. Es gibt unter uns keine Blindgeborenen, der nicht erkennen würde, daß die Erreaktionäre bereits aus diesem Feldzug Kapital schlagen. Die Erörterungen über das Veto und die ganze gegenwärtige Diskussion machen es notwendig, offen über die Widersprüche und die hauptsächlichsten politischen Tendenzen in internationalen Angelegenheiten unserer Zeit zu sprechen. Zwei Grundtendenzen kämpfen innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen, um Einfluß in die allgemeine Richtung ihres Verfahrens zu gewinnen. Die eine Richtung beruht auf den Hauptgrundzügen der Organisation der Vereinten Nationen und auf dem Respekt für die Prinzipien, denen diese Organisation aufgebaut ist, die andere beabsichtigt im Gegenteil, die Grundlagen der Organisation zu erschüttern und den Weg für die Verfechter eines anderen Kurses zu öffnen. Von dieser Seite nun kommen alle möglichen Angriffe sowohl in der Form direkter Attacken als auch in der Form von Flankenmanövern.“

In seinen weiteren Ausführungen bekräftigte Molotow das unerschütterte Eintreten der Sowjet-Union für die Organisation der Vereinten Nationen und wandte sich darauf

marf gegen den steigenden Einfluß aggressiver imperialistischer Kreise in bestimmten Ländern. Er bezeichnete Churchill als den Propheten dieser Imperialisten in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten. Dazu führte er aus:

„Es ist natürlich, daß die regulären Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit von diesen imperialistischen Kreisen keineswegs in Betracht gezogen werden. Sie glauben auf lange Sicht nur an die extremen Methoden des Druckes und der Gewalttätigkeit. Sie haben eine völlig andere und in ihrer Substanz hoffnungslos reaktionäre Politik. Wir müssen erkennen, daß die Politik dieser Kreise mit dem Ziel der Erringung der Weltherrschaft in diametralem Gegensatz zur Politik der internationalen Zusammenarbeit und des friedlichen Wettbewerbs sozialer Systeme steht. Wir müssen auch die Tatsache in Rechnung stellen, daß die Verfechter dieser imperialistischen und stark reaktionären Politik das größte Hindernis für die Verwirklichung ihrer expansionistischen Pläne in der Sowjet-Union sehen, gegen welche sie in ihrer ohnmächtigen Wut alle Hunde loszulassen bereit wären. Wir müssen daher mit zwei entgegengesetzten Tendenzen in der Entwicklung der internationalen Beziehungen rechnen. Es ist leicht zuzusehen, daß das Prinzip der Einstimmigkeit der großen Mächte, wie es in der Organisation der Vereinten Nationen niedergelegt ist, in jeder Hinsicht zur Stärkung der normalen Zusammenarbeit und der allumfassenden Entwicklung der Formen dieser Zusammenarbeit und des Wettbewerbs beiträgt, während jene auf Weltherrschaft abzielende Politik auf der anderen Seite, welche mit dem Wunsch nach Expansion und Aggression Hand in Hand geht, sich nicht mit der Aufrechterhaltung dieses Prinzips vertragen läßt. Der Zusammenprall und der Kampf zwischen diesen beiden politischen Richtungen sind jetzt, so kann man sagen, im Anfangsstadium. Dies beginnt jedoch bereits zur Aufspaltung der Vereinten Nationen zu führen. . . . Es ist ganz offensichtlich, daß das Aufgeben des Prinzips der Einstimmigkeit aller großen Mächte — und das ist in der Tat der Inhalt dieses Vorschlags für die Abschaffung des Vetos — in der Praxis die Liquidierung der Organisation der Vereinten Nationen bedeuten würde, denn dieses Prinzip ist der Grundpfeiler dieser Organisation. Vielleicht sind sich nicht alle Teilnehmer an diesem lärmenden Feldzug hinreichend klar darüber, wohin dies führt. Aber im Maße, wie die Organisation der Vereinten Nationen auf dem Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte beruht, wird die Abschaffung dieses Prinzips zum Zusammenbruch des ganzen Gebäudes der Vereinten Nationen führen. Das ist jedoch nicht die einzige Frage, um die es hier geht. Gelänge dieser Feldzug, so würde dies den Sieg jener Politik bedeuten, welche die Erreichung der Herrschaft einer Gruppe von Staaten unter Führung der stärksten der Mächte über andere Mächte bezweckt, die sich dann der Minderheit befinden würden. Die Politik, die dann triumphiert würde, wäre nicht die der internationalen Zusammenarbeit im Geist der demokratischen Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen, sondern die Politik neuer Anwärter auf die Weltherrschaft, vertreten durch einen entsprechenden Block, wenn Sie wollen, durch ein Konzert von Mächten, denen die Aufrechterhaltung des Prinzips der Einstimmigkeit der großen Mächte bereits unbequem zu sein scheint. . . .

Wir wissen, daß es eine ganze Reihe von Methoden gibt, durch die stärkere Mächte Druck auf andere Staaten ausüben können. Es ist gut bekannt, daß Geschwader von Kriegsschiffen und Kampflugzeugen manchmal in Gewässern und an Orten erscheinen, wo sie sich vorher nicht befanden, sobald man das für notwendig hält, um den größtmöglichen Erfolg in diplomatischen Verhandlungen zu erzielen¹⁾.

Man weiß auch, daß Dollars und Pfunde nicht immer auf den Ausgebrauch beschränkt werden, besonders wenn es notwendig ist, »Dollardiplomatie« zu betreiben, wenn auch nur, sagen wir einmal, um der »Dollardemokratie« den nötigen Respekt zu erteilen. Wie wir wissen, schreiben heute manche Leute sogar

¹⁾ Am 5. September 1946 berichtete der *Wiesbadener Kurier*, daß britische, amerikanische und türkische Seestreitkräfte nach unbestätigten Meldungen gemeinsame Manöver in der Ägäis durchführen werden. Das „Franklin D. Roosevelt“-Geschwader soll um Erlaubnis gebeten haben, den türkischen Hafen anzulaufen. Nach Meldungen von DPD Reuter vom 1. Oktober 1946 verließ dieses Geschwader am 1. Oktober 1946 das Mittelmeer, um in seinen Heimathafen zurückzukehren.

Der amerikanische Marineminister, James Forrestal, erklärte dazu, daß die amerikanischen Flotteneinheiten im Mittelmeer seien, „um amerikanische Interessen und die amerikanische Politik in den dortigen Räumen zu sichern“. Am 9. November 1946 kündete DPD den Besuch des 27 000-Tonnen-Flugzeugträgers „Randolph“ und des Flaggschiffs der USA-Seestreitkräfte im Mittelmeer, des 10 000-Tonnen-Kreuzers „Fargo“, im Rahmen von öffentlichen Besuchen der amerikanischen Flotteneinheiten in Levantehäfen in Smyrna an. Für den 9. Dezember 1946 wurde der Besuch dieser beiden Kriegsschiffe im griechischen Hafen Piräus vorgesehen. Der Kommandant der amerikanischen Mittelmeerflotte, Vizeadmiral Bernard H. Bieri, stattete mit vier Einheiten der Mittelmeerflotte am 1. Dezember 1946 dem Präsidenten der Libanesischen Republik für drei Tage einen Besuch ab.

über »Atomdiplomatie«. Es ist ein offenes Geheimnis, daß verschiedene Kombinationen dieser und anderer Mittel oft angewandt werden, um andere, insbesondere kleine Länder zu beeinflussen. Es gibt jedoch Leute und ganze einflußreiche Gruppen, die mit alledem noch nicht zufrieden sind. Sowie daher alle Hindernisse überwunden sein werden, einschließlich der Liquidierung des Prinzips der Einstimmigkeit der großen Mächte in der Organisation der Vereinten Nationen, wird auch der Weg vollständig geebnet sein für diese Leute und Gruppen, die mit nicht weniger zufrieden sein werden als mit der Unterwerfung aller Völker unter ihr Diktat und unter ihren Geldsack.“

In diesem Zusammenhang kam der sowjetische Außenminister auch auf die militärische Verwendung der Atomkraft zu sprechen und warnte davor, sich irgendwelchen Illusionen in dieser außerordentlich ernstesten Angelegenheit hinzugeben²⁾. Einen besonders scharfen Angriff richtete Molotow gegen den Vertreter der Vereinigten Staaten im Ausschuss für Atomfragen, Bernard M. Baruch:

„Sie haben vielleicht neulich die Rede von Mr. Baruch in der New Yorker Zeitung gelesen, der ziemlich offen seine Ansichten über Krieg und Frieden geäußert hat. Er sagte am 12. Oktober im College der Stadt New York: »Der Friede erscheint sehr schön während der Schlächtereie des Krieges, aber er wird beinahe hasSENSwert, wenn der Krieg vorüber ist«³⁾. Im weiteren Verlauf seiner Rede sparte Baruch nicht mit Ausdrücken seiner Liebe zur »Freiheit«. Man kann jedoch leicht erraten, daß seine Vorstellung von Freiheit weit entfernt ist von den Wünschen der Völker nach Freiheit, Wohlergehen und dauerhaftem Frieden. Er hätte gerne, daß alle Leute sich mit jener Freiheit zufriedengeben, unter welcher nur die Glücklichen die Güter des Lebens genießen können, und zwar nicht nur in Zeiten des Wohlstandes und des Friedens, sondern auch unter der Geißel des Krieges. Seine Ansichten sind jenen fremd, die sich in schwerer täglicher Arbeit mühen oder mit ihren eigenen Händen und unter Aufopferung ihres Lebens Freiheit und Zukunft ihrer Heimat verteidigen. . . . Weitreichende Pläne im Zusammenhang mit der Atombombe werden vielleicht durch die gleiche Philosophie bestimmt, die in den folgenden Worten Ausdruck findet: »Der Friede wird beinahe hasSENSwert, wenn der Krieg vorbei ist.«“

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte der sowjetische Außenminister, daß das sowjetische Volk sich nach einem dauerhaften Frieden sehne und daß nur unter den Bedingungen des Friedens ein wirtschaftliches Aufblühen für die Zukunft garantiert werden könne. In diesem Zusammenhang erwähnte Molotow das oben wiedergegebene Stalin-Interview über internationale Beziehungen.

„Die heutigen Zeitungen veröffentlichen die Antworten, die J. W. Stalin auf die wichtigsten Fragen zu internationalen Beziehungen gegeben hat. Aus diesen Antworten werden Sie die weise Voraussicht und den unbeugsamen Willen der Sowjet-Union nach Stärkung der Freundschaft zwischen den Völkern gemäß den demokratischen Prinzipien der Zusammenarbeit herausfühlen.

Es bleibt mir überlassen, gewisse Schlußfolgerungen zu ziehen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Die Schaffung der Organisation der Vereinten Nationen war ein großes historisches Werk. Es ist aber noch wichtiger, dieser Organisation die rechte Anleitung bei ihrer Arbeit zu geben. Um das zu erreichen, sollte die Respektierung der Prinzipien dieser Organisation unter den Völkern gestärkt werden. Dazu ist es weiter notwendig, daß Angriffe und Kampagnen gegen diese Grundsätze die erforderliche Abfuhr erhalten. Auf diese Weise werden die bestehenden Unzulänglichkeiten in der Tätigkeit der Vereinten Nationen überwunden werden. Dann wird die Organisation der Vereinten Nationen ihre Hauptaufgaben, die sich mit der Verteidigung des Friedens und der Sicherheit der Nationen und der Entwicklung internationaler Zusammenarbeit auf gerechter demokratischer Grundlage befassen, erfolgreich durchführen.“

²⁾ Auf den Text der Ausführungen Molotows zur Frage der Atomkontrolle werden wir bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes zurückkommen.

³⁾ Der von Außenminister Molotow nur im Auszug zitierte Absatz der Rede von Bernard M. Baruch wurde in der amerikanischen Presse wie folgt wiedergegeben:

„Der Friede erscheint sehr schön während der Schlächtereie des Krieges, aber er wird beinahe hasSENSwert, wenn der Krieg vorüber ist. Jeder Verhandlungspartner verlangt einen Frieden, der seinen eigenen Vorstellungen entspricht, an Stelle eines Friedens, der für alle annehmbar ist. Es gibt aber einige Dinge, die kostbarer sind als selbst der Friede, und das größte dieser Dinge ist die Freiheit. . . . Wir dürfen niemals vergessen, daß wir durch das Festhalten an der Freiheit das tiefste und das dauerhafteste Bestreben unseres Geistes bewahren werden.“

kung und zur Herabsetzung der Ausgaben für militärische Zwecke habe. Nichtsdestoweniger wuchsen aber solche Ausgaben ohne genügende Rechtfertigung in einigen Fällen ständig an. In diesem Zusammenhang berief sich Molotow auf den Artikel 11 der Charta der Vereinten Nationen, der die Vollversammlung der Vereinten Nationen bevollmächtigt, die allgemeinen Prinzipien der Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit, einschließlich der Fragen der Rüstungsbeschränkung, zu behandeln. Hinsichtlich der Ausführungsbestimmungen über die Vollmachten des Sicherheitsrats erklärte Molotow, dieser sei für die Formulierung der Pläne zur Rüstungsbeschränkung im Hinblick auf die Aufrichtung und Wahrung des internationalen Friedens verantwortlich (Artikel 26 und 47.)

Der sowjetische Außenminister hielt den Zeitpunkt für gekommen, endgültige Entscheidungen zu treffen, um die vorgenannten Verpflichtungen der Vereinten Nationen zu erfüllen. Er unterbreitete darauf folgende Vorschläge:

„In Übereinstimmung mit Artikel 11 der Charta der Vereinten Nationen unterbreitet die sowjetische Delegation der Vollversammlung folgenden Vorschlag zur Beratung:

1. Im Interesse einer Festigung des internationalen Friedens und der Sicherheit in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen hält die Vollversammlung eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen für notwendig.

2. Die nähere Auslegung der Entscheidung über die Abrüstung soll als eines der Hauptziele das Verbot der Erzeugung und der Anwendung der Atomkraft für militärische Zwecke einschließen.

3. Die Vollversammlung ruft die Regierungen aller Staaten auf, den Sicherheitsrat bei dieser verantwortlichen Aufgabe zu unterstützen. Die Erfüllung dieser Aufgabe kommt der Herbeiführung eines dauerhaften Friedens und internationaler Sicherheit gleich und dient auch den Interessen der Völker, indem ihnen die schwere wirtschaftliche Bürde übermäßiger Ausgaben für Reparationen, die nicht den friedlichen Nachkriegsbedingungen entsprechen, erleichtert wird.

Die Annahme der Entscheidung über eine allgemeine Rüstungsbeschränkung und das Verbot der Herstellung und des Gebrauchs der Atomenergie für militärische Zwecke wird in der Tat den friedfertigen Bestrebungen unserer Völker entsprechen und zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit beitragen.“

(Fortsetzung folgt)

Der Präsident und die sieben Vizepräsidenten der ersten Vollversammlung der Vereinten Nationen

Paul-Henri
SPAAK,
Präsident

Paul-Henri Spaak, der belgische Außenminister, wurde am 16. Januar 1946 zum Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen ernannt und hat dieses

Amt für die Dauer der ersten Vollversammlung inne. Als Führer der belgischen Abordnung nahm er an der Konferenz von San Francisco teil. Von der Vorbereitenden Kommission der Vereinten Nationen wurde er zum Vizepräsidenten gewählt.

Paul-Henri Spaak wurde 1889 in Brüssel geboren. Von Beruf Rechtsanwalt, hat er sich schon frühzeitig als aktiver Sozialist betätigt, wurde 1932 sozialistischer Abgeordneter, 1935 Minister für Verkehr, Post- und Telegraphenwesen und von 1936 bis 1939 Außenminister Belgiens. Vom Mai 1938 bis Februar 1939 war er gleichzeitig Ministerpräsident. Während des Krieges blieb er bei dem Kabinett, das nach London ins Exil ging. Von diesem Kabinett ist er der einzige Minister, der noch im Amt geblieben ist. Er vertrat Belgien auf der Pariser Friedenskonferenz von 1946 und bei den Verhandlungen in Brüssel, die im August 1947 zur Benelux-Zollunion führten.

Sein Amt als Präsident endete mit dem Beginn der zweiten Vollversammlung der UN in New York am 16. September 1947.

Jan Christian
SMUTS,
Vizepräsident

Feldmarschall Smuts wurde 1870 in Kapland geboren, kämpfte noch im Burenkrieg gegen die britischen Truppen, wurde aber 1910 im ersten Kabinett der Südafrika-

nischen Union Verteidigungsminister und war während des ersten und zweiten Weltkriegs Mitglied des britischen Kriegskabinetts. Von 1919 bis 1924 war er Ministerpräsident und von 1924 bis 1933 Führer der Oppositionspartei. Von 1933 bis 1939 war er Stellvertretender Ministerpräsident im Koalitionskabinett Hertzog und wurde bei Ausbruch des Krieges wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. Er war an der Bildung des Völkerbundes wie am Zusammenschluß der Vereinten Nationen maßgebend beteiligt und hat selbst den ersten Entwurf zur Präambel der Charta der Vereinten Nationen geschrieben.

Wjatscheslaw
Michailowitsch
MOLOTOW,
Vizepräsident

Der sowjetische Außenminister Molotow wurde 1800 in Nolinsk geboren. 1906 trat er der kommunistischen Partei bei. 1915 wurde er nach Sibirien verbannt, konnte aber 1917 nach Moskau zurückkehren. Seit der kommunistischen Partei, und seit 1939 bekleidet er das Amt des Außenministers. Er nahm an der Jalta-Konferenz im Januar 1945 teil und vertrat die Sowjet-Union auf der Pariser Friedenskonferenz von 1946 und den verschiedenen Außenministerkonferenzen der Nachkriegszeit.

Carlos Eduardo
STOLK,
Vizepräsident

Dr. Stolk, der Führer der Delegation Venezuelas auf der ersten Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, wurde 1912 geboren. Er erwarb das Doktorat für Politik und Sozialwissenschaften an der Zentraluniversität von Venezuela und bekleidete später eine Professur an dieser Universität. Abgesehen von verschiedenen anderen juristischen

Funktionen, vertrat er sein Land im Interamerikanischen Neutralitätssausschuß und war Berater der Delegation Venezuelas auf der Interamerikanischen Konferenz über Kriegs- und Friedensprobleme.

Ernest
BEVIN,
Vizepräsident

Der britische Außenminister Ernest Bevin wurde 1881 geboren und hatte eine harte, arbeitsreiche Jugend. Er befaßte sich frühzeitig mit sozialen Problemen und wurde

1911 Vorsitzender einer Dockarbeitergewerkschaft. Seit es ihm 1922 gelungen war, eine Reihe von unbedeutenden Gewerkschaften zu *Transport and General Workers Union* zusammenzuschließen, nahm er als Generalsekretär dieser Gewerkschaft eine Schlüsselstellung in der britischen Arbeiterbewegung ein. Im Mai 1940 übernahm er in der Koalitionsregierung Churchills das Amt des Arbeitsministers und organisierte die totale Mobilmachung der britischen Arbeitskräfte für den Krieg. Seit 1945 ist er Außenminister und hat seitdem auf allen wichtigen internationalen Konferenzen die Regierung seines Landes vertreten.

Alexandre
PARODI,
Vizepräsident

Parodi wurde 1901 in Paris geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Literatur an der Pariser Universität. Von 1938 bis 1940 war er Generaldirektor des Arbeits-

ministeriums. 1942 trat er der Untergrundbewegung bei, wurde im Herbst 1943 Präsident der Pressekommission und im März 1944 Generalabgeordneter des französischen Ausschusses für die nationale Befreiung und Mitglied des Finanz- und Sozialrates der Widerstandsbewegung. Nach der Befreiung wurde er Arbeitsminister in der Regierung *de Gaulles*. Im Oktober 1945 wurde er zum Präsidenten der Internationalen Arbeitskonferenz und im Dezember 1945 zum Botschafter in Rom ernannt. Seit Juni 1946 ist er ständiger französischer Delegierter im Sicherheitsrat, im Ausschuss für Atomenergie und im Wirtschafts- und Sozialrat der UN.

V. K. Wellington
KOO,
Vizepräsident

Dr. Wellington Koo, der ständige Abgeordnete Chinas bei den Vereinten Nationen, wurde 1888 in Shanghai geboren. Er wurde in den Vereinigten Staaten erzogen

und promovierte 1912 in Staatswissenschaften. Seit dreißig Jahren hat er als Vertreter Chinas an allen wichtigen internationalen Konferenzen teilgenommen. In China hatte er verschiedene öffentliche Ämter inne, darunter das des Außenministers 1922, 1923 und 1931, das des Finanzministers 1931 und das des Ministerpräsidenten 1927. Er war mehrere Jahre hindurch chinesischer Botschafter in Frankreich und Großbritannien.

Warren R.
AUSTIN,
Vizepräsident

Austin wurde 1877 im Staate Vermont geboren. Er ist von Beruf Rechtsanwalt. 1931 wurde er Mitglied des Senats der Vereinigten Staaten. Auf der Interamerikanischen Konferenz über Kriegs- und Friedensprobleme in Mexiko 1945 diente er als Ratgeber der Delegation der Vereinigten Staaten und gilt als der Urheber des Vertrages von Chapultepec. Seit Ablauf seines Senatorenamtes im Januar 1947 ist er ständiger Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen und Vertreter im Sicherheitsrat.

Der gegenwärtige Lebensstandard in Deutschland*)

Von Wilhelm Bauer

Die Bestimmungen der Berliner Konferenz

Es ist gewiß das erste Mal in der Geschichte und ein Kennzeichen des „ökonomischen Zeitalters“, in dem wir leben, daß ein Statut, das die Grundsätze für die Behandlung eines Krieges besiegten Volkes festlegt, im Rahmen der wirtschaftlichen Bestimmungen eine Begrenzung des künftigen Lebensstandards vorsieht, wie dies in den bekannten Grundsätzen der Berliner Konferenz vom Sommer 1945 geschehen

In Punkt 15 der Bestimmungen der Berliner Konferenz und die Richtlinien für die künftige Kontrolle der deutschen Wirtschaft folgendermaßen formuliert:

„Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

- a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;
- b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig und die wesentlich sind für die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Sowjet-Union).“

Maßgebend für diese Formulierung war bei den Alliierten offenbar der Gedanke, für den materiellen Wohlstand des deutschen Volkes eine Norm festzulegen, die keineswegs über liegen soll als der Durchschnitt der europäischen Länder, von denen viele durch die deutsche Besetzung schweren materiellen Schaden und große Verluste an Menschenleben litten haben. Großbritannien und die Sowjet-Union sind in dieser Formulierung des europäischen Durchschnitts ausdrücklich ausgenommen worden; es geschah dies wohl aus der Erwägung heraus, daß das besiegte Deutschland keineswegs an dem hohen Lebensstandard — das gilt vor allem für Großbritannien — und an dem wirtschaftlichen Aufstieg der Siegermächte nach dem Kriege teilhaben soll.

Wie der Gedanke zu verwirklichen sei, für Deutschlands Lebensstandard mit dem Durchschnitt der europäischen Länder eine Grenze nach oben zu setzen, auf welche Weise ein Maß dafür gewonnen werden kann, wieviel an Industrieausrüstung und sonstigem Produktivkapital Deutschlands verbleiben habe und wieviel daher entnommen werden kann, darüber besagen die Bestimmungen der Berliner Konferenz selbst nichts.

Der erste Schritt zu der Verwirklichung ist jedoch bereits geschehen. Der sogenannte Industrieplan, der im Frühjahr 1946 von den Alliierten bekanntgegeben wurde und durch den das künftige Niveau der industriellen Produktion Deutschlands festgelegt wurde, ist gewissermaßen als Ausführungsbestimmung zu den Potsdamer Beschlüssen zu betrachten. Er soll nicht nur das wirtschaftliche Kriegspotential zerschlagen, sondern auch dem Gedanken des mittleren europäischen Lebensstandards gerecht werden. Schon die

Formulierung des Industrieplans, vor allem aber die internationale Diskussion, die sich daran angeschlossen hat und die heute noch über die Frage der Reparationen geführt wird, zeigen, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind, wenn es gilt, diese Idee in gerechte, objektive Zahlengrößen und praktische Maßnahmen umzusetzen¹⁾.

Elend und Hunger haben — begreiflicherweise — dazu geführt, daß die deutsche Öffentlichkeit gegenwärtig diesen Fragen wenig Interesse entgegenbringt. Der Begriff des Lebensstandards ist dem Denken der breiten Öffentlichkeit (und auch der Wissenschaft) in Deutschland weniger vertraut als in den angelsächsischen Ländern. Meist verbindet man damit die Vorstellung von einer Tagesration von 3 000 Kalorien — eine Vorstellung, die heute wie ein unerreichbarer Wunschtraum vor Millionen Deutschen stehen mag. In einer solchen Situation bedeutet die Zukunft wenig.

Diese Gleichgültigkeit sollte jedoch nicht davon abhalten, sich mit den Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse und allen Problemen unseres künftigen Lebensstandards auch in der heutigen Situation grundsätzlich auseinanderzusetzen. Denn es geht hier um eine der zentralen Fragen der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands, in der alle Einzelfragen, die heute so eifrig erörtert werden: Demontage, Stahlproduktion, Industrialisierung, Außenhandel und so weiter ausmünden.

Die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse gehen von der Vorstellung aus, es bestehe ein bestimmter Zusammenhang zwischen dem Bestand an Produktionsmitteln eines Landes und seinem Lebensstandard, und zwar ein Zusammenhang, der rechnerisch zu ermitteln sei, so daß man aus dem Bestand an Produktionsmitteln auf die Höhe des Lebensstandards quantitativ formulierte Schlüsse ziehen und — umgekehrt — auch angeben könnte, welche Mengen an Produktionsmitteln notwendig seien, damit in einem Lande ein zahlenmäßig fixierter Lebensstandard erreicht werde.

Daß reiche Länder, das heißt Länder mit einem großen Bestand an Produktionskapital, einen höheren Lebensstandard haben als arme Länder, ist eine Banalität. Daß dieser Zusammenhang in eine quantitative, allgemeinverbindliche und jede subjektive Beurteilung ausschließende Gesetzmäßigkeit gebracht werden könne, die wie eine mathematische Formel anzuwenden sei, ist ein Trugschluß, der die Aussagekraft der Statistik und der Wirtschaftswissenschaft (und damit auch deren Bedeutung für politische Entscheidungen) weit überschätzt.

Der Verbrauch, der in seiner Gesamtheit den Lebensstandard eines Volkes bestimmt, ist der letzte Zweck des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses. In einer modernen Volkswirtschaft — ganz gleich, welchen Wirtschaftssystems — wirken in der Produktion infolge ihrer starken Differenzierung und der modernen Produktionstechnik Produktionsfaktoren in ungeheurer, nicht überschbarer Mannigfaltigkeit zusammen. Der Produktionserfolg ist keineswegs allein von der Menge der Industrieausrüstung und bestimmter Rohstoffe abhängig (die nach den Potsdamer Beschlüssen festge-

*) Wir entnehmen diesen Beitrag dem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) „Die Deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch“, Berlin 1947, S. 159 ff.

1) Vgl. „Die deutsche Wirtschaft seit Potsdam“, Europa-Archiv, Dokumente, 1. Band, und Europa-Archiv S. 759–767.

legt werden sollen). Die Effizienz der einzelnen Produktionsfaktoren: welche Werte beispielsweise aus einer Tonne Stahl oder aus 1000 Kilowattstunden Strom hergestellt werden können oder: wieviel Paar Schuhe eine Maschine in der Schuhindustrie oder: was ein Arbeiter in der Textilindustrie in einem Jahr erzeugen kann, ist keine feststehende Größe. Sie hängt einmal von der Qualität der Produktionsfaktoren ab. Eine moderne Maschine leistet mehr als eine alte; ein junger, gesunder, wohlgenährter Arbeiter mehr als ein alter, verbrauchter und schlecht ernährter. Die Effizienz der Produktionsfaktoren wechselt ferner je nach der Kombination, in der sie verwendet werden. Gewiß bemüht sich jeder Produzent, der in einer freien Verkehrswirtschaft an einer Maximierung des Produktionsertrages interessiert ist, um die günstigste Verwendung der ihm zur Verfügung stehenden Produktionsmittel. Aber er ist dabei von vielen „zufälligen“ Bedingungen abhängig. In der Wirklichkeit kommt es bei der Durchführung eines bestimmten Produktionsprogramms immer darauf an, daß alle erforderlichen Produktionsmittel in der richtigen Menge zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle vorhanden sind. Das alles bestimmt die Produktivität des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses, die für die Höhe des Sozialprodukts ebenso entscheidend ist wie die Menge der Produktionsmittel.

Sowenig es also möglich ist, im voraus zu berechnen, wie groß das Sozialprodukt Deutschlands etwa im Jahr 1950 bei einem gegebenen Bestand an Maschinen und Rohstoffen sein wird, ebensowenig kann man in umgekehrter Richtung genau berechnen, welcher Aufwand an Produktionsmitteln erforderlich ist, damit ein bestimmter Lebensstandard erreicht werde.

Gewiß sind Wirtschaftsstatistik und empirische Wirtschaftsforschung dauernd bemüht, die Zusammenhänge zwi-

schen volkswirtschaftlichem Produktionsaufwand und Produktionserfolg quantitativ zu erfassen. Alle diese Untersuchungen, so wertvoll sie sein mögen, können grundsätzlich Definitives nur über die Vergangenheit aussagen. Sie können niemals auch nur annähernd alle Faktoren berücksichtigen, die auf den Produktionserfolg einwirken. Jede Aussage über die Zukunft gilt daher — ausgesprochen oder unausgesprochen — nur unter der Annahme, daß alle jene Faktoren, die nicht in die Rechnung eingesetzt werden, in gleicher Weise wirksam sind wie bisher.

Gerade die Faktoren aber, von denen diese Methoden annehmen müssen, sie seien weiterhin in der gleichen Stärke wie bisher wirksam, können sich in der Zukunft entscheidend verändern. Das gilt vor allem für eine Volkswirtschaft wie die deutsche in ihrer heutigen und künftigen Lage. Auf fast allen Gebieten ist die Kontinuität unterbrochen. Übersteht die Produktion vor neuen, zunächst noch unbekannten Bedingungen. Jedes „*ceteris paribus*“ trägt daher die Gefahr sehr großer Rechenfehler in sich.

Diese „Unberechenbarkeit“ der volkswirtschaftlichen Produktion¹⁾ macht es daher unmöglich, daß die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse über den künftigen deutschen Lebensstandard, die Reduktion des deutschen Industrieapparates und die „erlaubte“ Einfuhr auch nur einigermaßen weitgetreu durchgerechnet und auf Grund dieser Rechnung entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Es bleibt bei Schätzungen, die subjektivem Urteil weiten Spielraum lassen. Das hat sich bereits bei dem Zustandekommen der Ziffern des Industriepfandes erwiesen. Die Meinungen der Alliierten gingen dabei selbst wenn sie alle das gleiche Ziel vor Augen hätten, im Grundsätzlichen wie in den Einzelheiten auseinander, so daß die endgültig veröffentlichten Zahlen alle Zeichen des Kompromisses tragen²⁾.

Der mittlere europäische Lebensstandard

Diese grundsätzliche Schwierigkeit hat dazu geführt, daß die naheliegende Frage, was man unter dem mittleren europäischen Lebensstandard zu verstehen habe und wie er zu ermitteln sei, wie es scheint, noch nicht eingehender erörtert worden ist. Auch hier geht es darum, daß handgreifliche objektive Zahlen gefunden werden müssen, da sie ja — die Möglichkeit der Umrechnung dieser Zahlen in den erforderlichen Produktionsmittelaufwand einmal vorausgesetzt — als Ausgangspunkt für die Einschränkung und den Umbau des deutschen industriellen Produktionsapparates dienen sollen.

Verbrauchsstatistik als Maßstab

Für die Ermittlung eines mittleren europäischen Lebensstandards drängen sich zwei Methoden auf. Am nächsten liegt die Methode der Einzelberechnung. Danach werden für die verschiedenen Gebiete des Verbrauchs, also für die einzelnen Nahrungs- und Genußmittel, für Bekleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, den Kultur- und Luxusbedarf, die Dienstleistungen, kurz für alles, was in seiner Gesamtheit den Verbrauch einer Volkswirtschaft ausmacht, aus den Zahlen der einzelnen Länder je Kopf oder je Verbrauchseinheit Durchschnitte für ganz Europa (ohne Großbritannien und die Sowjet-Union) gebildet. Die Methode ist außerordentlich bestechend, da sie auf einzelnen Gebieten anscheinend sehr schnell zu greifbaren Ergebnissen führt.

Schon der erste Schritt bei dieser Methode, die Berechnung der Verbrauchszahlen je Kopf oder je Verbrauchseinheit, ist jedoch nicht ohne Problematik und unter Umständen von recht beträchtlicher Wirkung auf das Ergebnis.

Aus vielen Gründen bestehen heute im Altersaufbau der Bevölkerung zwischen den einzelnen europäischen Ländern erhebliche Unterschiede. Die einfache Rechnung „je Kopf“ nimmt davon keine Notiz. Sie geht stillschweigend von der Annahme aus, der Altersaufbau sei überall einheitlich und daher vergleichbar.

Wie groß die Unterschiede sind, geht aus der folgenden

Übersicht hervor. Die Tabelle zeigt zugleich auch, wie die Unterschiede im Altersaufbau auf die Zahl der Vollverbraucher im Verhältnis zur Bevölkerungszahl auswirken.

Die Zahl der Vollverbraucher wird dabei so errechnet, daß als Einheit der erwachsene Mann gilt, Frauen und Kinder dagegen niedriger bewertet werden. Um wieviel, hängt von der Fragestellung ab. Für Nahrungsmittel ist eine andere Skala richtig als für Genußmittel, für Bekleidung eine andere als für Hausrat. Die Skala, die in der Tabelle Seite 875 angewendet wurde, geht von den Zahlen aus, die die frühere Statistische Reichsamt bei seinen Umrechnungen des Volkseinkommens „je Vollperson“ benutzt hat. Sie ist gewissermaßen eine Einheitsskala für alle Bedürfnisse. Jedoch ist die Willkür des Berechners ausgesetzt; ihre Wirkung beeinflusst aber das Ergebnis unter Umständen stark.

Schon die rohe Skala, die hier zugrunde liegt, zeigt hinreichend deutlich, welchen Einfluß der Altersaufbau auf den internationalen Vergleich des Lebensstandards haben kann. In Schweden betrug die Zahl der Vollverbraucher je 100 Einwohner 83,0, in Rumänien 74,8, in Deutschland 81,5. Der Durchschnitt der europäischen Länder 79,5 und, wenn man Deutschland aus diesem Durchschnitt ausschließt, 78,9. So der Verbrauch je Vollverbraucher in Deutschland ebenso hoch sein wie im Durchschnitt der übrigen europäischen Länder, dann wäre je Kopf der Bevölkerung für Deutschland ein im Verhältnis: 78,9 zu 81,5, das heißt ein um 3,3 v. H. höherer Verbrauch „richtig“.

1) Diese „Unberechenbarkeit“ des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses gilt nicht nur im System freier Verkehrswirtschaft. Sie gilt eben sehr, wenn nicht in noch höherem Maße, wenn dieses System, wie hier in Deutschland, mit Elementen staatlicher Wirtschaftslenkung durchsetzt ist. Sie gilt grundsätzlich auch für ein System vollkommener Planwirtschaft, da auch in einem solchen System niemals alle Produktionsbedingungen „geplant“ werden können, teils weil es sich um Bedingungen handelt, außerhalb des Systems liegen (Wetter, Lage auf den Weltmärkten und weiter), teils weil sie sich praktisch der Planung entziehen. Dafür sprechen die großen Abweichungen, die häufig zwischen „Planziffern“ und „Erfolgsziffern“ auftreten.

2) Man vergleiche dazu die Erörterungen im *Economist*, 1946.

Zahl der Vollverbraucher in den europäischen Ländern (ohne Großbritannien und Sowjet-Union)

Länder	Zahl der Voll- verbraucher in v. H. der Gesamtbe- völkerung ¹⁾	Länder	Zahl der Voll- verbraucher in v. H. der Gesamtbe- völkerung ¹⁾
Norwegen	81,9	Polen	77,2
Schweden	83,0	Litauen	78,0
Dänemark	81,1	Lettland	81,0
Finnland	80,4	Estland	82,3
Nordeuropa	81,8	Osteuropa und Randstaaten	77,6
Holland	79,1	Ungarn	79,9
Belgien	82,3	Rumänien	74,8
Frankreich	82,0	Bulgarien	77,1
Schweiz	82,1	Jugoslawien	75,0
Westeuropa	81,6	Griechenland	75,8
Portugal	77,2	Südosteuropa	76,0
Spanien	78,3		
Italien	78,6		
Mittelmeerländer	78,4		
Deutschland	81,5	Europa	79,5
Österreich	82,8	Europa ohne Deutschland	78,9
Tschechoslowakei	81,0		
Mitteleuropa	81,5		

Die statistischen Schwierigkeiten wachsen aber noch gewaltig, sobald man von den Massengütern des Verbrauchs, den Nahrungs- und Genussmitteln, zu den industriell und handwerklich erzeugten Verbrauchsgütern, den Nutzungen der Dauergüter und den Dienstleistungen übergeht. Da die Qualitäten, Produktionsmethoden und Verbrauchsgewohnheiten in den einzelnen Ländern auf diesen Gebieten sehr verschieden sind, ist es hier nicht möglich, wie bei dem Verbrauch an Fleisch, Milch oder Brot durch Gewichtsmengen zu international vergleichbaren Ergebnissen zu kommen. Wie will man etwa den Wohnungsstandard, wie den Verbrauch an Bekleidung, an Möbeln und Elektrogeräten international vergleichen und zu einem Durchschnitt zusammenfassen?

Man hat früher schon öfter versucht, für die Zwecke des internationalen Reallohnvergleichs solche Berechnungen durchzuführen. Sie gingen von viel einfacheren Voraussetzungen aus. Sie sollten nur die Lebenshaltung der Industriearbeiter vergleichen, für die in den meisten Ländern Haushaltsrechnungen vorlagen. Trotzdem waren die Ergebnisse der Untersuchungen niemals sehr ermutigend. Sie ließen immer einen weiten Spielraum frei, für den nur festgestellt werden konnte, daß Vergleiche nicht möglich seien.

Hier geht es aber nicht um den Vergleich der Lebenshaltung einer bestimmten sozialen Schicht, sondern um den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung. Und der Zweck des statistischen Vergleichs ist nicht die Aufstellung mehr oder weniger unverbindlicher Tabellen, sondern die Schaffung objektiver Unterlagen für politische Maßnahmen von großer Tragweite. Die Anforderungen, die an die Genauigkeit und Objektivität der Ergebnisse gestellt werden, sind daher unvergleichlich höher.

Aber selbst wenn diese statistischen Bedenken nicht beständen, selbst wenn sich alle statistischen Probleme zufriedenstellend lösen ließen, selbst dann würde sich herausstellen, daß die so naheliegende Methode der Einzelberechnung zu keinem Erfolg führen kann. Die durchschnittlichen Verbrauchszahlen auf den einzelnen Gebieten ergeben in ihrer Gesamtheit einen fiktiven Lebensstandard, der niemals als Richtschnur für ein bestimmtes Land dienen kann.

¹⁾ Zahlen für den Altersaufbau der Bevölkerung nach Notestein: The Future Population of Europe and the Soviet Union, für 1940 ohne Kriegsverluste. Als Währungszahlen sind die Ziffern zugrunde gelegt, die als frühere Statistische Reichsamt bei der Berechnung des Volkseinkommens verwendet hat.

Der volkswirtschaftliche Verbrauch eines Landes ist in seiner Zusammensetzung eine individuelle Größe, deren Struktur von unzähligen wirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird. Wirtschaftsstruktur, Klima, Bodenbeschaffenheit, Siedlungsform, geistige und moralische Eigentümlichkeiten der Bevölkerung und politische Geschichte geben dem Lebensstandard jedes Landes ein ganz bestimmtes Gepräge. In den durchschnittlichen Verbrauchszahlen für Europa spiegeln sich nun ebensosehr die spezifischen Verbrauchsverhältnisse der nordwesteuropäischen Industrieländer wie die der ost- und südosteuropäischen Agrarländer, die der skandinavischen Länder wie die der Länder des Mittelmeerraumes. Solche Durchschnittsgrößen zu einem Lebensstandard zusammengefaßt ergeben ebenso wenig eine sinnvolle Realität, wie das Übereinanderkopieren von Porträts ein Menschenantlitz durchschnittlicher Prägung entstehen läßt.

Vor allem aber: Deutschland entspricht weder in den außerökonomischen Voraussetzungen noch hinsichtlich seiner Wirtschaftsstruktur auch nur annähernd einem Europa im kleinen.

Man wird einwenden, daß es möglich sei, die Durchschnitte hinsichtlich der außerökonomischen Bedingungen den deutschen Verhältnissen anzupassen. Gewiß; aber in der Praxis doch nur durch recht willkürliche Schätzungen, die die Objektivität der Zahlen stark beeinträchtigen. Wie will man etwa feststellen, wie weit der hohe Fett- und Zuckerverbrauch und der hohe Verbrauch an Hausbrand in den nordischen Ländern und in Deutschland gegenüber den süd- und südosteuropäischen Ländern klimabedingt, wie weit er wohlstandsbedingt ist? Soweit er klimabedingt ist, müßte er außer Betracht bleiben, soweit er wohlstandsbedingt ist, dagegen einbezogen werden, da der künftige deutsche Lebensstandard ja den durchschnittlichen europäischen Wohlstandsverhältnissen angepaßt werden soll.

Die Methode der Einzelberechnung kann, wie gesagt, zu keinen praktisch verwertbaren Ergebnissen führen. Daraus ergibt sich eine wichtige Folgerung: Wenn eine Methode im ganzen undurchführbar ist, dann verlieren auch Einzelaussagen auf Grund dieser Methode ihre Berechtigung. Feststellungen der Art: der künftige deutsche Schuhverbrauch oder der künftige deutsche Verbrauch an Schreibpapier oder der künftige deutsche Verbrauch an Seife dürfe nicht höher sein als der mittlere europäische Verbrauch an diesen Produkten, oder umgekehrt: auf diesem oder jenem Gebiet werde (in Zukunft) der mittlere europäische Durchschnitt nicht erreicht, gehen an dem Sinn der Potsdamer Beschlüsse vorbei. Denn sie führen in letzter Konsequenz, das heißt auf alle Gebiete des Verbrauchs angewandt, zu Ergebnissen, die sich praktisch nicht verwirklichen lassen.

Das Sozialprodukt als Maßstab

Die Fehler der Methode der Einzelberechnung werden vermieden durch die zweite Methode: die Berechnung des mittleren europäischen Lebensstandards über die Zahlen des Sozialprodukts. Sie läßt die individuelle Struktur der Lebenshaltung des einzelnen Landes ganz außer Betracht und fragt nur nach dem Realwert des Gesamtverbrauchs (einschließlich der Ersparnisse), ausgedrückt in Geldeinheiten.

Freilich ist auch diese Methode bei näherer Prüfung für die praktische Durchführung der Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse nicht ohne Problematik.

Das Sozialprodukt ist die Summe der wirtschaftlichen Leistungen, ausgedrückt in Geldeinheiten, die ein Land im Laufe eines Jahres hervorbringt und die für den Verbrauch und die Erweiterung des volkswirtschaftlichen Vermögensbestandes zur Verfügung stehen.

Auf die vielen Fragen, die eine solche Definition des Sozialprodukts aufwirft, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Nur auf einen Punkt sei besonders hingewiesen, da er für die gegenwärtige und künftige Situation Deutschlands von erheblicher Bedeutung ist. Wenn zur Bemessung des deutschen Lebensstandards die Höhe des Sozialprodukts als Maßstab dienen soll, so muß bei der Berechnung besonderer

Nachdruck darauf gelegt werden, daß sie nur die Leistungen einbezieht, die tatsächlich für den Verbrauch und die Erweiterung des volkswirtschaftlichen Vermögensbestandes verwendet werden. Nicht einzubeziehen sind daher (bei dieser Art der Betrachtung) die Leistungen, die für die Besatzungsmächte vollbracht werden, sei es nun unmittelbar für die Bedürfnisse der Besatzungstreitkräfte und der Besatzungsverwaltungen, sei es für die Zwecke der Reparationen¹⁾.

Drei unvermeidliche Schwächen jeder Berechnung des Sozialprodukts machen sich bei dem internationalen Vergleich und daher auch bei der Bildung eines internationalen Durchschnitts besonders störend bemerkbar:

1. Die Berechnung des Sozialprodukts für ein Land muß sich auf die wirtschaftlichen Leistungen beschränken, die sich in Geld ausdrücken lassen, das heißt in der Praxis auf die Leistungen, die innerhalb der Erwerbssphäre liegen. Das sind keineswegs alle wirtschaftlichen Leistungen, die eine Volkswirtschaft hervorbringt und die für den Wohlstand eines Landes ausschlaggebend sind. Die ganze Sphäre der Hauswirtschaft bleibt außer Betracht. Nun spielen sich in Ländern mit primitiven Wirtschaftsformen große Teile der Produktion im Rahmen der Hauswirtschaft ab; das gilt vor allem von der bäuerlichen Landwirtschaft, in der Wirtschaftsbetrieb und Hauswirtschaft ein unteilbares Ganzes bilden. Die Statistik zieht mehr oder weniger willkürlich einen Trennungsstrich zwischen Betrieb und Hauswirtschaft und läßt dabei notwendigerweise viele Leistungen unberücksichtigt. Das ist ein Grund — wenn auch nicht der einzige —, weshalb die Zahlen des Sozialprodukts zwischen Industrieländern und Agrarländern praktisch nicht oder nur unter großen Einschränkungen vergleichbar sind. Die Zahlen für die Agrarländer sind immer viel niedriger, als es dem tatsächlichen Wohlstand entspricht. Da Deutschland, wie sich seine künftige Wirtschaftsstruktur auch immer gestalten mag, stärker industrialisiert sein wird als der Durchschnitt der europäischen Länder, ist der Durchschnitt der europäischen Zahlen des Sozialprodukts für Deutschland aus diesem rein statistischen Grund zu niedrig.

2. Auch äußere, nichtökonomische Bedingungen beeinflussen die Höhe des statistisch erfaßten Sozialprodukts. Sie tragen daher Unterschiede in die Zahlen des Sozialprodukts hinein, die mit den Unterschieden im Wohlstand dieser Länder offensichtlich nichts zu tun haben. Bei der Erörterung der einzelnen Verbrauchszahlen ist darauf bereits hingewiesen worden. Das Klima der mittel- und nordeuropäischen Länder etwa zwingt dazu, daß in diesen Ländern ein Teil, und zwar ein nicht unbeträchtlicher Teil der wirtschaftlichen Leistungen für den Kampf gegen die Kälte und die ungünstige Witterung ausgegeben wird, so für Heizung, warme Kleidung, bessere Wohnung und so weiter — Ausgaben, die den südlichen Ländern mit günstigerem Klima erspart bleiben. Der volkswirtschaftliche Kreislauf und damit das statistisch ermittelte Sozialprodukt ist in den von der Natur benachteiligten Ländern um diese Beträge größer, ohne daß deshalb diese Länder auch entsprechend wohlhabender wären als die Länder, die mit Wärme und günstigem Klima von der Natur besser bedacht worden sind.

Auch dieser Punkt wirkt sich bei der Berechnung des mittleren europäischen Durchschnitts zuungunsten Deutschlands aus, da die klimatisch bevorzugten Länder mit ihren zum Teil allein aus diesem Grund niedrigeren Zahlen den Durchschnitt nach unten drücken.

3. Das Sozialprodukt umfaßt sowohl die Leistungen, die über den Markt gehen und dort einen bestimmten Preis erzielen, wie die Leistungen, die vom Erzeuger selbst verbraucht werden, für die also unmittelbar keine Preise ge-

¹⁾ Man könnte sich natürlich auch auf den Standpunkt stellen, daß die Besatzungsmächte mit ihrem Verwaltungsapparat einen Teil der Verwaltungsfunktionen erfüllen, die von deutschen Behörden üblicherweise zu erfüllen wären. In dem Umfang, in dem dies der Fall ist, könnte man auch die Leistungen für die Besatzungsmächte in das verfügbare Sozialprodukt einbeziehen. Die Auffassung, die oben im Text vertreten wird, scheint aber doch den tatsächlichen Verhältnissen besser gerecht zu werden, da die Aufgaben des Reiches meist auf die Länderverwaltungen übergegangen sind. Kein Zweifel besteht aber darüber, daß die Leistungen für die Besatzungstreitkräfte und die Reparationen aus der laufenden Produktion nicht zum verfügbaren Sozialprodukt gehören.

zahlt werden. Der Eigenverbrauch spielt in den Agrarländern mit bäuerlicher Struktur eine sehr große Rolle. Er macht dort auch heute noch zum Teil über die Hälfte des Sozialprodukts aus. Es ist bereits schwierig, diesen Eigenverbrauch seiner Menge nach richtig zu erfassen. Meist wird er zu niedrig ermittelt, da es nicht möglich ist, in alle Einzelheiten einzudringen; man muß sich daher auf die Hauptprodukte beschränken. Noch schwieriger ist es aber, den Eigenverbrauch richtig zu bewerten, das heißt für ihn die richtigen Preise zu finden. Allgemein werden für ihn die Erzeugerpreise angesetzt, die selbstverständlich niedriger sind als die Einzelhandelspreise, mit denen der Verbrauch der Bevölkerung in den städtisch-industriellen Bezirken im Sozialprodukt erscheint. Der Unterschied zwischen den Erzeugerpreisen und den Einzelhandelspreisen entspricht der Verteilung notwendig sind. Auch diese Leistungen erhöhen zwar die Zahlen des Sozialprodukts der Industrieländer wie zum Beispiel Deutschlands, bedeuten aber keineswegs auch einen entsprechend höheren Wohlstand.

Diese drei Punkte zeigen, daß die Zahlen des Sozialprodukts über die Unterschiede im Wohlstand nur etwas aussagen, wenn sich der Vergleich auf Länder mit annähernd gleicher Wirtschaftsstruktur und annähernd gleichen äußeren ökonomischen Bedingungen beschränkt.

Für die konkrete Fragestellung: wie weit die europäischen Zahlen des Sozialprodukts ein richtiger Maßstab für die Bemessung des künftigen deutschen Lebensstandards sein können, ist es entscheidend, daß die Methode für Deutschland zu recht ungünstigen Resultaten führen muß, wenn in den europäischen Durchschnitt auch die Agrarländer und vor allem die süd- und südosteuropäischen Länder einbezogen werden, ohne daß für die offensichtlichen Mängel entsprechende Korrekturen angebracht werden. Selbstverständlich sind solche Korrekturen möglich. Aber mit ihnen wird auf einem statistisch an sich schon recht unsicheren Gebiet, wie es die Berechnung des Sozialprodukts darstellt, der Bereich der willkürlichen subjektiven Bewertung noch weiter ausgedehnt.

In der folgenden Tabelle sind, um die großen Unterschiede zu zeigen, die zwischen den Zahlen des Sozialprodukts der einzelnen europäischen Länder bestehen, die von Colin Clark errechneten Zahlen zusammengestellt und zu einem Durchschnitt zusammengefaßt worden²⁾. Abweichend von Colin Clark, der seine Berechnungen hauptsächlich auf die Unterschiede in der Produktivität der einzelnen Volkswirtschaften abstellt und daher die Summe des Sozialprodukts auf die Zahl der Arbeitskräfte bezieht, ist hier für den Wohlstandsvergleich die Zahl je Kopf der Bevölkerung berechnet worden. Die Zahlen sind in der von Clark für diesen Zweck errechneten fiktiven Währungseinheit „international unit \$“ ausgedrückt, die als die Summe der Güter- und Dienstleistungen definiert wird, die mit einem Dollar in den Vereinigten Staaten im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1934 gekauft werden konnten.

Deutschland lag nach diesen Zahlen um etwa 39 vom Hundert über dem europäischen Durchschnitt, in den Deutschland selbst einbezogen ist, und um 54 vom Hundert über dem Durchschnitt der europäischen Länder ohne Deutschland. Der europäische Durchschnitt ergibt sich nun keineswegs aus einer engen gleichmäßigen Streuung um den Mittelwert, sondern aus sehr hohen Werten für die nordischen Länder (mit Ausnahme Finnlands), die westeuropäischen Industrieländer und Mitteleuropa auf der einen Seite und sehr niedrigeren Werten für die Mittelmeerländer, die osteuropäischen und südosteuropäischen Länder auf der anderen Seite. Das statistisch erfaßte Sozialprodukt dieser Länder ist, je Kopf der

²⁾ Colin Clark: *The Condition of Economic Progress*, London 1940, S. 40. Dieses Buch ist mit seiner Fülle an internationalem Material eine der bedeutendsten Leistungen der empirischen Richtung der Nationalökonomie in den angelsächsischen Ländern. Der Wert der Clarkschen Arbeit wird nicht herabgesetzt, wenn man gegen Einzelheiten seiner Berechnungen Einwendungen erhebt, so gegen die Art, wie die indirekten Steuern in der Berechnung des Volkseinkommens behandelt werden. Sie sind hier, da es nur auf das Grundsätzliche der internationalen Unterschiede in der Höhe des Sozialprodukts ankommt, ohne Bedeutung und können daher vernachlässigt werden.

evölkerung berechnet, nur halb oder ein Drittel so hoch wie as Deutschlands. Dieses Ergebnis entspricht keineswegs en tatsächlichen Wohlstandsunterschieden, sondern ist zu nem guten Teil eben durch die unvermeidlichen „Fehler“ er Sozialproduktberechnung bedingt. (Zu ihnen ist auch die ben dargelegte Wirkung der Rechnung je Kopf infolge der ounterschiede im Altersaufbau zu zählen.)

Volkseinkommen in den europäischen Ländern
(ohne Großbritannien und Sowjet-Union)
n Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1934, nach Colin Clark

Volkseinkommen in internat. unit Dollar				
Länder	Bevöl- kerung um 1930 in 1000	in Millionen Dollar	in Dollar je Kopf der Be- völke- rung	im Verh. z. euro- päischen Durch- schnitt (= 100)
orwegen	2 814	607	216	111
chweden	6 251	1 731	277	143
änemark	3 551	1 008	284	146
nnland	3 667	473	129	66
ordeuropa	16 283	3 819	235	121
olland	7 936	2 624	331	171
elgien	8 092	2 033	251	129
r frankreich	41 835	12 480	298	154
chweiz	4 066	1 917	471	243
Westeuropa	61 929	19 054	308	159
ortugal	6 826	839	123	63
anien	23 907	2 940 ¹⁾	123 ¹⁾	63
alien	41 177	5 320	129	66
Mittelmeerländer	71 910	9 099	127	65
eutschland	65 092	17 580	270	139
sterreich	6 760	1 613	239	123
schechoslowakei	14 730	2 680	182	94
Mittleuropa	86 582	21 873	253	130
olen	32 107	3 428	107	55
itauen	2 202	190	86	44
ettland	1 900	249	131	68
stland	1 126	142	126	65
steuropa und Randstaaten	37 335	4 009	107	55
ngarn	8 688	1 205	139	72
umänien	18 053	1 471	81	42
ulgarien	6 078	524	86	44
agoslawien	13 934	1 352	97	50
riechenland	6 205	922	149	77
idosteuropa	52 958	5 474	103	53
uropa zusammen	326 997	63 328	194	100
uropa ohne Deutschland	261 905	45 748	175	—

Das zweite große Problem, das bei jedem internationalen ergleich von Zahlen des Sozialprodukts wie von Wert-ahlen überhaupt auftaucht, ist die Frage, wie die Einflüsse er Preisbewegung in den einzelnen Ländern auszuschalten nd wie die Nominalzahlen, die zunächst in den Währungs-nheiten der verschiedenen Länder anfallen, auf eine Wert-nheit umzurechnen sind. Denn nur Realwerte, ausgedrückt i einheitlicher Währung, können sinngemäß miteinander erglichen werden.

geschätzt.

Clark hat in seiner Untersuchung das Problem durch die Umrechnung aller Zahlen auf international unit Dollar ge-löst²⁾. Das Sozialprodukt aller Länder ist dabei — im Prin-zip — mit einheitlichen Preisen bewertet. Das Verfahren von Clark ist für wissenschaftliche Zwecke sehr brauchbar und verdienstlich; es ist bisher noch durch keine andere Berech-nung übertroffen worden. Für eine Rechnung, die die Grundlage für weitreichende politische Maßnahmen bilden soll, würde jedoch eine so verhältnismäßig primitive Me-thode nicht ausreichen.

Die zu berechnenden Umrechnungskurse müssen die Kauf-kraftparitäten der Währungen untereinander genau oder doch annähernd genau wiedergeben. Denn ihre Höhe beein-flußt, was man sich nicht immer klarmacht, das Ergebnis des internationalen Vergleichs oder der internationalen Durchschnittsbildung ebenso stark wie die Höhe der Zah-len, die damit umgerechnet werden. Internationale Kauf-kraftparitäten sind einwandfrei nur zu berechnen, wenn für alle Länder methodisch und sachlich einheitliche Preisindizes zur Verfügung stehen — eine Forderung, die für alle euro-päischen Länder heute wenig Aussicht auf Erfüllung haben kann.

So einleuchtend und „richtig“ im Prinzip die Methode der Gesamtberechnung an Hand der Zahlen des Sozialprodukts ist, vor allem wenn es gelänge, die groben systematischen Fehler zu korrigieren, so große praktische Schwierigkeiten stehen der Anwendung für die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse im Wege. Es handelt sich ja nicht darum, an Zahlen aus der Zeit vor dem Kriege die Unterschiede zwis-chen Deutschland und dem Durchschnitt der europäischen Länder aufzuzeigen, sondern um den laufenden Vergleich, für den heute schon möglichst aktuelle Ergebnisse vorliegen sollen, da die Alliierten heute bereits ihre Entschlüsse be-züglich der Reparationsentnahmen zu fassen haben. Wie aber will man bei dem heutigen Zustand der Wirtschaft in vielen europäischen Ländern, bei den großen Schwierigkei-ten, mit denen allenthalben der statistische Dienst zu kämp-fen hat, einigermaßen fundierte aktuelle Berechnungen des Sozialprodukts und der notwendigen Preisindizes durch-führen?

Das Jahr 1932 als Orientierungspunkt

Bei der Aufstellung des Industrieplanes hat man aus die-sen Gründen auf jede Berechnung des mittleren europäi-schen Lebensstandards überhaupt verzichtet und — in sehr lockerer Auslegung der Potsdamer Beschlüsse — als Orien-tierungspunkt für die Produktionszumessungen die Verhält-nisse des Jahres 1932, des Tiefpunktjahres der letzten gro-ßen Krise, zugrunde gelegt.

Aus der Perspektive des heutigen Lebensstandards mögen die Verhältnisse des Jahres 1932 ungewöhnlich günstig er-scheinen, obwohl damals in Deutschland sechs oder sieben Millionen Menschen arbeitslos waren. Und selbst als Richt-punkt für den zukünftigen Lebensstandard wäre das Jahr 1932 keine allzu ungünstige Basis, wenn als Vergleichsmaß-stab der tatsächliche Verbrauch dieses Jahres und nicht die Höhe der damaligen Produktion dienen würde. Das Jahr 1932 muß im Gesamtzusammenhang der Konjunktur ge-sehen werden. Bei einer solchen Betrachtung stellt sich näm-lich heraus, daß — wie immer in Krisenzeiten — Produk-tion und Verbrauch stark voneinander abweichen. Der tat-sächliche Verbrauch, der Lebensstandard der Bevölkerung, sinkt in Krisenzeiten bei weitem nicht so stark wie die volks-wirtschaftliche Produktion, vor allem die industrielle Pro-duktion. Der Verbrauch greift in solchen Zeiten auf die volkswirtschaftlichen Lagerbestände in der Industrie und im Handel zurück (die zu reduzieren ja eine der „reinigenden“

2) Das Verfahren ist in dem Aufsatz von Colin Clark: Internatio-naler Vergleich des Volkseinkommens; Weltwirtschaftliches Archiv, 47. Band, Heft 1, Januar 1938, ausführlich beschrieben. Dabei sind in allen Ländern alle Leistungen grundsätzlich mit Einzelhandelspreisen bewertet, so daß die relative Unterbewertung des Sozialprodukts der Agrarländer zum größten Teil ausgeglichen ist. — Zur Diskussion der Untersuchungen von Clark vgl. Paul Joslock: Wieweit sind Volkseinkommen international vergleichbar? Weltwirtschaftliches Archiv, 49. Band, Heft 2, März 1939.

'Aufgaben der Krise ist). Bei den Dauergütern des Verbrauchs, den Gebrauchsgütern wie Möbeln, Hausrat, Textilien und so weiter, erlauben ferner die Bestände der Haushaltungen einen Lebensstandard aufrecht zu erhalten, der weit höher liegt, als Produktion und Umsätze erkennen lassen, da hier ja der Verbrauch nicht in dem Kauf dieser Dinge besteht, sondern in den Nutzungen, die sie gewähren. Und schließlich sinkt der Verbrauch an Dienstleistungen aller Art bei weitem nicht so stark wie die industrielle Produktion. Der Lebensstandard im ganzen ist also in einem Jahr der Krise wie 1932 wesentlich höher, als die Zahlen der industriellen Produktion dies anzeigen.

Soll daher der Lebensstandard des Jahres 1932 Richtschnur für die künftige deutsche Lebenshaltung sein, so müßte die industrielle Produktion erheblich höher bemessen werden, als sie 1932 war. Legt man die Industrieproduktion des Jahres 1932 zugrunde, so stabilisiert man damit einen wesentlich niedrigeren Lebensstandard, als er 1932 bestand¹⁾.

Aus allen diesen Überlegungen ergibt sich: weder theoretisch noch in der Praxis ist bisher die Frage gelöst worden, durch welche Eingriffe in die Substanz der deutschen Wirtschaft, ja durch welche Maßnahmen überhaupt die Forderung der Potsdamer Beschlüsse nach Begrenzung des künftigen deutschen Lebensstandards auf dem europäischen Durchschnitt verwirklicht werden kann, oder konkret ausgedrückt: wieweit die Industriausrüstung Deutschlands durch Reparationsentnahmen reduziert werden kann und

welche Einfuhren Deutschland mindestens gestattet werden müssen, damit die Bevölkerung in Deutschland erträglich, aber keineswegs besser leben kann als in den übrigen europäischen Ländern.

Die ganze Fragestellung ist gegenwärtig in der Tat nicht allzu aktuell. Die gegenwärtige Ernährungskrise und die Produktionskrise, die damit im Zusammenhang steht, lassen jede Frage, um wieviel der künftige deutsche Lebensstandard unter oder über dem europäischen Durchschnitt liegen mag, als überflüssig erscheinen. Im Vordergrund stehen jetzt bei den internationalen Erörterungen in erster Linie die politischen und wirtschaftlichen Folgen, die sich aus einer langanhaltenden oder dauernden Verelendung Deutschlands für die übrige Welt ergeben können. Das Reparationsproblem und das Deutschlandproblem überhaupt sind Gegenstand der großen internationalen Politik der vier Großmächte geworden, wobei die rein wirtschaftlichen Argumente an Gewicht verloren haben.

Ganz unabhängig davon haben sich in Deutschland in den zwei Jahren seit dem Ende des Krieges Entwicklungen angebahnt, die es als sicher erscheinen lassen, daß in absehbarer Zeit selbst bei günstigsten Voraussetzungen der deutsche Lebensstandard das durchschnittliche Niveau der übrigen europäischen Länder bei weitem nicht erreichen wird. Die Zeichen dafür sind so deutlich, daß diese Prognose auch dann gewagt werden kann, wenn man die These von der „Unberechenbarkeit“ des Lebensstandards vertritt.

Der gegenwärtige deutsche Lebensstandard

Versucht man sich über den gegenwärtigen Lebensstandard in Deutschland zu informieren, so steht man einem fast vollkommenen Vakuum an statistischem Material gegenüber, das über die Verbrauchsverhältnisse Auskunft geben könnte. Nur in groben Umrissen ist einiges aus Zahlen der allgemeinen Marktversorgung und aus verstreutem Einzelmaterial zu erschließen. Dabei muß man sich darüber im klaren sein, daß solche Angaben nur einen ganz undeutlichen Eindruck von dem gegenwärtigen Niveau und der tatsächlichen Senkung des Lebensstandards geben können, die gegenüber der Zeit vor dem Kriege eingetreten ist; viele Umstände, die den Lebensstandard eines Landes bestimmen, lassen sich in Zahlen überhaupt nicht oder nur ganz unzureichend ausdrücken.

Ernährung

Noch am besten ist man über die Ernährungslage unterrichtet. Die Ernährung dürfte gegenwärtig im Gesamtdurchschnitt für alle Zonen und Berlin auf 1800 bis 2000 Kalorien je Kopf und Tag gesunken sein. Das sind rund ein Drittel weniger als vor dem Krieg, da man damals für den Durchschnitt mit rund 3000 Kalorien rechnen konnte. Die Zahl von 1800 bis 2000 Kalorien ist aus Produktion und Einfuhr berechnet, umfaßt also sowohl die Ernährung im Rahmen der Bewirtschaftung wie auch alles das, was sich der Bewirtschaftung entzieht.

Dieser Durchschnittswert besagt freilich nur wenig über die wirkliche Lage, ja er täuscht über die Schwere der akuten Ernährungskrise hinweg, weil er die großen Unterschiede verbirgt, die heute vor allem zwischen Stadt und Land, das heißt zwischen Kartenempfängern und Selbstversorgern, bestehen. Für die Selbstversorger wird man die tägliche Kalorienzahl nicht viel geringer als vor dem Krieg anzusetzen haben. Der auf ihre Rationen angewiesenen Bevölkerung dürften dagegen im Durchschnitt nicht mehr als 1500 Kalorien je Tag zur Verfügung stehen, und das auch

nur unter der Voraussetzung, daß die Rationen voll ausgegeben werden können, was bekanntlich häufig nicht der Fall ist. Wochenlang blieb der Kalorienwert der tatsächlich an die Bevölkerung verteilten Lebensmittel in einer Reihe von Städten unter 1000 je Tag. Zu den Rationen kommt jedoch, was sich der einzelne je nach Glück und Möglichkeit legal oder illegal zusätzlich an Nahrungsmitteln beschaffen kann. Schwarzhandel, Tauschgeschäfte, Geschenke auf Grund verwandtschaftlicher Beziehungen, Pakete aus dem Ausland, Kinderspeisung und Spenden aller Art, eigene Erzeugung im Garten und so weiter lockern in Wirklichkeit die trostlose Uniformität der Kartenrationen etwas auf. Wieviel dies zusammen ausmacht, ist auch nicht annähernd zu schätzen. Bei allen Menschen, die allein auf die Rationen angewiesen sind, besteht unausweichlich die Gefahr schwerer gesundheitlicher Schäden, die sich je nach der körperlichen Konstitution des einzelnen in dieser oder jener Form früher oder später bemerkbar machen werden.

Die Unterschiede im Ernährungsstandard sind heute nicht zum geringsten Teil bedingt durch Unterschiede im Einkommen. Selbst noch so hohe legale Einkommen reichen nicht aus, um die Ernährung einer Familie durch Käufe am Schwarzen Markt mit seinen um das hundert- bis dreihundertfache überhöhten Preisen nachhaltig zu verbessern. Umgekehrt sind die Möglichkeiten, sich auf irgendwelche Art „zusätzlich“ zu versorgen, nicht allein an das Einkommen gebunden. Alle Schichten nehmen daran teil. Bei einer Enquete im Rhein-Ruhr-Gebiet im Jahr 1946 gaben über 60 vom Hundert der befragten Arbeiterhaushaltungen zu, am Schwarzen Markt zu kaufen, allerdings, wie es in dem Bericht heißt, teilweise zu erheblich niedrigeren Preisen als die „offiziellen“ Kurse²⁾.

Der Rückgang des Nahrungsmittelverbrauchs um ein Drittel oder — bei den auf die Lebensmittelrationen Angewiesenen — um die Hälfte (oder mehr) gegenüber der Zeit vor dem Krieg mag dem gering erscheinen, der sich nicht der ernährungsphysiologischen Vorgänge klarmacht, die ein langanhaltender Unterverbrauch auslöst. Darüber ist viel geschrieben und gesprochen worden. Man darf nicht vergessen, daß bei der Einschränkung der Ernährung die Prozentrechnung täuscht. Der Einschränkungsspielraum reicht

¹⁾ Eine schematische Kopie der industriellen Produktionsverhältnisse des Jahres 1932 verzerrt auch die Industriestruktur krisenhaft und führt damit zu starken Disproportionalitäten. Es liegt im Wesen der konjunkturellen Krise, daß sie die Produktion der Investitionsgüterindustrien sehr viel schärfer drosselt als die Produktion der Verbrauchsgüterindustrien. Das war 1932 in starkem Maße der Fall. Für den künftigen Bestand der Industrien können also die konjunkturellen Relationen des Jahres 1932 nicht maßgebend sein. Hält man daran fest, dann ist eine Unterversorgung mit Investitionsgütern mit allen ihren Folgen unausbleiblich.

²⁾ Wirtschaftszeitung 1946 Nr. 19 vom 13. September 1946, S. 7

ier nicht wie bei anderen Gebieten des Verbrauchs von 0 is 100 vom Hundert, da der Mensch nicht, auch nicht vorübergehend, auf die Ernährung ganz verzichten kann so ie etwa auf den Verbrauch von Genußmitteln, auf Dienstleistungen oder Dinge des Luxusverbrauchs. Schon bei einer anhaltenden Ernährung mit 1000 oder 1500 Kalorien, vor allem, wenn sie einseitig aus Kohlehydraten besteht, treten schwere gesundheitliche Schäden auf.

Weitere Einzelheiten zum gegenwärtigen Ernährungsproblem sind an anderer Stelle ausführlich dargestellt, so vor allem das Eiweiß- und Fettproblem, das heißt die Tatsache, daß auf die Dauer eine Mindestversorgung mit Eiweiß und Fett mindestens so wichtig ist wie die ausreichende Zahl von Kalorien überhaupt.

Versorgung mit Industrieerzeugnissen

Auch die Versorgung mit industriell erzeugten Verbrauchsgütern ist nur recht vage aus den (noch unvollkommenen) Indexziffern der industriellen Produktion zu erschließen. Ihrem Realwert nach dürfte die industrielle Produktion an Verbrauchsgütern (Textilien, Hausrat, Wohnbedarf und so weiter), soweit sie für den inneren Markt bestimmt sind, also bezüglich der Reparationsentnahmen, gegenwärtig je Kopf der Bevölkerung rund ein Viertel des Standes von 1938 betragen. Eine solche Angabe über den Rückgang der verfügbaren Mengen sagt dabei nur die halbe Wahrheit; denn sie gibt nicht Auskunft über die Qualitätsverschlechterungen, die sich in kürzerer Lebensdauer der Gebrauchsgüter, erhöhtem Aufwand an Reparaturen, in unzuverlässigen Sortimenten und so weiter äußern, und sie besagt nichts über den Wegfall vieler Leistungen des Handels (Kundendienst, Verpackung und so weiter), die man früher als selbstverständliche Bestandteile des Lebensstandards betrachtet hat.

Auch die Verteilung der industriellen Verbrauchsgüter vollzieht sich heute in großen Bereichen nicht mehr marktwirtschaftlich, sondern ganz unabhängig von dem Zusammenspiel von Einkommen und Preisen. Die lebenswichtigen

Verbrauchsgüter, Textilien, Schuhe, Hausrat und Küchengeräte, sind ganz oder teilweise durch ein Bezugssystem rationiert, wobei der Bedarf der Flüchtlinge, der heimkehrenden Kriegsgefangenen und der Ausgebombten an erster Stelle steht. Gelegentlich wird auch der allerdringendste laufende Bedarf der gesamten Bevölkerung bedacht (so durch die Verteilung von Kinderschuh in der US-Zone und so weiter). Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Erzeugnisse entzieht sich aus den bekannten Gründen der Bewirtschaftung und versickert auf unkontrollierbaren Wegen. Bei den rationierungsfreien Waren entscheiden über die Verteilung vornehmlich Zufall, alte Kundenbeziehungen, Tauschtransaktionen. Ein eigentlicher „Markt“, auf dem Preise und Kaufkraft wirksam sind, besteht nur für einen kleinen Bereich.

Die Wohnungsverhältnisse

Zerstörungen durch den Krieg, Beschlagnahmen durch die Besatzungsmächte, Wegfall von Reparaturen und Instandhaltung, der Ausfall entscheidender Nebenleistungen (Zentralheizung, Warmwasserversorgung und so weiter) und auf der anderen Seite die durch die Zunahme der Bevölkerung bedingte Überfüllung haben den Wohnungsstandard ganz erheblich absinken lassen. Auch hier geben die Statistiken nur ein ganz unzureichendes Bild von der Wirklichkeit.

Man schätzt, daß von dem gesamten Wohnungsbestand, der in Deutschland vor dem Krieg auf dem Gebiet der vier Besatzungszonen einschließlich Berlin etwa 15,8 Millionen betragen hat, 4 bis 5 Millionen zerstört oder so stark beschädigt worden sind, daß sie zunächst nicht bewohnt werden können. Ganz von Kriegeinwirkungen verschont geblieben ist nur ein Drittel des Wohnungsbestandes. Da die Bevölkerung um 10 vom Hundert zugenommen hat, hätte sich der Wohnraum je Kopf im Gesamtdurchschnitt für alle vier Zonen einschließlich Berlin um rund ein Drittel vermindert.

Für einzelne Gebiete liegen genauere Angaben vor, die einen Vergleich mit der Vorkriegszeit gestatten:

Zahl der Einwohner, Zahl der Wohnungen und Wohndichte in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin 1939 und 1946

	Sowjetische Besatzungszone			Berlin		
	1939	1946	Veränderung in v. H.	1939	1946	Veränderung in v. H.
Einwohnerzahl in 1000 ¹⁾	15 157	17 333	+14,4	4339	3180	—26,7
Zahl der Wohnungen in 1000 ²⁾	4 591	4 061 ³⁾	—11,5	1544	937 ²⁾	—39,3
Personen je Wohnung	3,3	4,3	+30,3	2,8	3,4	+21,4

So hat sich in der sowjetischen Besatzungszone die Wohndichte, das heißt die Zahl der Personen, die in einer Wohnung leben, von 3,3 vor dem Krieg auf 4,3 im Jahr 1946, in Berlin von 2,8 auf 3,4 erhöht. Der für 100 Einwohner verfügbare Wohnraum ist heute in der sowjetischen Besatzungszone um 23 vom Hundert, in Berlin um 17 vom Hundert geringer als vor dem Krieg.

In Bayern ist die Wohndichte, das heißt die Zahl der Personen je Wohnung, von 3,9 im Jahre 1939 auf 4,9 Ende 1945 gestiegen. Bis Ende 1946 dürfte sich die Zahl auf etwa 5,9 erhöht haben, da inzwischen die Bevölkerung durch das Einströmen der Flüchtlinge ganz erheblich gewachsen ist, der verfügbare Wohnraum aber etwas abgenommen hat. An der Zahl der Wohnungen gemessen ist demnach auch nach diesen Zahlen der Wohnraum je 100 Menschen heute um ein Drittel geringer als vor dem Krieg.

Am besten verdeutlicht die tatsächlichen Verhältnisse die Wohndichtezahl, die angibt, wieviel Menschen in einem Wohnraum leben müssen, die Küchen dabei als Wohnräume

nicht mitgezählt. Nach dieser Untersuchung für Bayern waren es dort Ende 1946: 1,82 Menschen³⁾.

Zahl der Einwohner, Zahl der Wohnungen und Wohndichte in Bayern Mitte 1939 und 1945⁴⁾

	1939	1945	Veränderung in v. H.
Einwohnerzahl	6 899 590 ⁵⁾	7 685 330 ⁶⁾	+11,4
Zahl der Wohnungen	1 765 952	1 552 809	—12,1
Personen je Wohnung	3,9	4,9	+25,6

Auch in der Senkung des Wohnungsstandards bestehen große Unterschiede, da die Kriegszerstörungen die einzelnen Städte und Bezirke sehr verschieden stark getroffen haben. Anders als bei der Ernährung sind aber auf dem Gebiet des Wohnraums die Verhältnisse in den Großstädten vielfach nicht schlechter als in den kleinen Städten und auf dem flachen Land, da dorthin der Hauptstrom der Flüchtlinge

1) Quelle: Statistische Praxis, Jahrgang 1947, Heft 3.

2) Benutzbare Wohnungen einschließlich der leicht und mittelschwer beschädigten Wohnungen.

3) In einzelnen Kreisen Bayerns liegt die Zahl weit über 2.

4) Bayern rechts des Rheins, Gebietsstand 1945. Quelle: Statistisches Handbuch für Bayern, München 1946.

5) Ständige Bevölkerung nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939.

6) Nahrungsmittelbevölkerung ohne Gemeinschaftsverpflegung nach der 78. Zuteilungsperiode (23. Juli bis 19. August 1943).

und Evakuierten gelenkt worden ist, mit denen nun der dort vorhandene Wohnraum geteilt werden muß.

Für die Verteilung des Wohnraums ist heute ebenfalls Bewirtschaftung (und Zufall) maßgebend. Die einkommens- und vermögensbedingten sozialen Abstufungen sind weitgehend geschwunden.

Dienstleistungen

Nur schwer oder gar nicht festzulegen ist der Rückgang des Verbrauchs an Dienstleistungen aller Art. Auf einzelnen Gebieten scheint die „Menge“ der Leistungen kaum geringer zu sein als vor dem Krieg, etwa auf dem Gebiet des Theaters und so weiter. Andere Gebiete, etwa Erholungsreisen, sind ganz oder nahezu ganz ausgefallen. Auch hier sind durchweg „Qualitätsverschlechterungen“ eingetreten, über die keine Statistik aussagt, etwa über den Rückgang im Reisekomfort, in der Ausstattung der Kinoräume und so weiter. Auch so entscheidende Dinge wie die Unterbringung in Krankenhäusern, der Ausfall der Telephone, der verkürzte Fahrplan auf allen Verkehrsmitteln und vieles andere gehören hierher. Der Hauptgrund für die Verschlechterung der Qualität der Dienstleistungen liegt in der Zerstörung oder Abnutzung der Kapitalausstattung aller Dienstleistungsgewerbe, wofür die Verkehrsmittel das beste Beispiel bieten, und in dem Mangel an berufsgewohntem Personal, das durch den Krieg verlorengegangen ist.

Der Rückgang des Lebensstandards gegenüber der Vorkriegszeit

Faßt man alle über den Verbrauch zur Verfügung stehenden Zahlenangaben zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Lebensstandard in Deutschland heute um etwa die Hälfte niedriger sein mag als vor dem Krieg (so weit sich ein so scharfer und radikaler Sturz des allgemeinen Lebensstandards überhaupt in Zahlen ausdrücken läßt.) Was bei der Erörterung der gegenwärtigen Ernährungslage gesagt wurde, gilt auch hier: eine Einschränkung des Verbrauchs auf rund die Hälfte wiegt sehr viel schwerer, als diese Zahl besagt. Der Verbrauch kann niemals auf Null sinken. Der ökonomische Nullpunkt des Verbrauchs, das sogenannte Existenzminimum, liegt immer über dem rechnerischen Nullpunkt¹⁾.

An anderer Stelle wird das Sozialprodukt für 1946 in Realwerten (das heißt in Preisen des Jahres 1936) auf etwa 32 Mrd. RM geschätzt, gegenüber 66 Mrd. RM im Jahr 1936 und 81,5 Mrd. RM im Jahr 1938. Setzt man die Leistungen ab, die nicht der deutschen Versorgung dienen, also Reparationen und so weiter, so kommt man je Kopf der Bevölkerung auf einen Betrag, der um etwa 60 vom Hundert niedriger ist als 1938²⁾.

Beide Berechnungen scheinen sich zu widersprechen; in Wirklichkeit bestätigen sie sich gegenseitig. Die Differenz weist auf einen der wesentlichen Punkte der heutigen Lage hin: der gegenwärtige Verbrauch ist zu einem großen Teil auf Vermögensverzehr aufgebaut; er ist trotz aller Einschränkungen noch wesentlich größer als die laufende Produktion. Der Vermögensverzehr spielt sich in den verschiedensten Formen ab: Verzehr der Lagerbestände, Verschleiß der Produktions- und Verkehrsanlagen und nicht zuletzt Abnutzung und Verschleiß der Bestände an Gebrauchsgütern in den Haushaltungen. Er hält sich sicher in der Größenordnung von Milliardenbeträgen; ihn in seiner Größe näher zu bestimmen, ist heute jedoch noch nicht möglich.

Über das gegenwärtige Niveau des Lebensstandards in den übrigen europäischen Ländern ist sehr wenig bekannt. Wenn man die Clark'schen Berechnungen bis zum Jahr 1938 fortführen würde, käme man wahrscheinlich für den

Durchschnitt der europäischen Länder ohne Deutschland: ein Sozialprodukt je Kopf der Bevölkerung in internationalen Einheiten von 190 bis 200.

Es dürfte heute nicht wesentlich geringer sein. Gewissen noch eine Reihe von Ländern schwer unter den Wirkungen des Krieges. Dafür haben andere Länder, vor allem die Schweiz und Schweden, ohne Zweifel einen höheren Lebensstandard als vor dem Krieg. Man wird daher keine großen Fehler begehen, wenn man für den Durchschnitt der europäischen Länder auch für heute mit einem Durchschnitt von etwa 190 internationalen Einheiten Dollar je Kopf rechnet.

In Deutschland dürfte der Realwert des Sozialprodukts 1938 auf etwa 353 internationalen Einheiten Dollar je Kopf der Bevölkerung gestiegen sein. Freilich: ein recht beträchtlicher Teil vielleicht ein Achtel des Sozialprodukts bestand 1938 aus Rüstungsausgaben, diente also weder dem Verbrauch noch der Erweiterung des volkswirtschaftlichen Kapitalbestandes (wenn man beide Begriffe auf das Ökonomische beschränkt). Das Sozialprodukt im echten Sinne, das den Lebensstandard repräsentiert, mag daher 1938 in Deutschland nur etwa über 300 internationalen Einheiten Dollar je Kopf betragen haben³⁾. Dieser Betrag heute um die Hälfte niedriger, so würde damit der deutsche Lebensstandard um rund ein Fünftel unter den gegenwärtigen europäischen Mittel liegen. Dabei ist Auge zu behalten, was über den Aussagewert eines solchen Vergleichs zwischen Deutschland und dem Durchschnitt der übrigen Europa gesagt wurde. Vor allem wird man sich daran erinnern müssen, daß der Verbrauch in Deutschland gegenwärtig zu einem erheblichen Teil auf Substanzverzehr beruht.

Qualitative Senkung des Lebensstandards

Bei der Feststellung, daß der Lebensstandard heute mehr als halb so hoch ist wie vor dem Krieg, sind alle Qualitätssenkungen nicht berücksichtigt, die den Lebensstandard erheblich beeinträchtigen und auf die verschiedentlich bereits hingewiesen wurde. Nichts sagt außerdem eine solche Zahl über alle Imponderabilien aus, die sich einer zahlenmäßigen Bewertung überhaupt entziehen, aber als wesentliche Einschränkung des Lebensstandards gelten müssen.

Hierher gehören vor allem die Nachteile des Konsumzwangs, den die Rationierung an die Stelle der Konsumfreiheit gesetzt hat. Der Konsumzwang wirkt sich besonders im Lebensstandard der unteren Einkommensschichten aus. Die Haushaltungen haben in einem System, das ihnen freie Konsumwahl gewährt, die Möglichkeit, aus dem nach Qualität und Preis sehr breit gestreuten Angebot diejenigen Verbrauchsgüter auszuwählen, die ihnen bei ihrem Einkommen den höchsten Nutzeffekt bringen. Sie handeln auch entsprechend. Die Haushaltungen mit niedrigem Einkommen wählen dabei vornehmlich die billigeren Qualitäten, etwa Fleisch, Fett, Mehl und so weiter, die ihrem Nährwert nach den gleichen Nutzen bringen wie die teureren Qualitäten. Heute sind die Hausfrauen auf ganz wenige Qualitäten festgelegt. Die billigen Qualitäten sind vom Markt verschwunden. Um möglichst rationell zu wirtschaften, muß die Hausfrau außerdem die Möglichkeit haben, dann einzukaufen, wenn es für ihre Wirtschaftsführung am zweckmäßigsten ist. Heute ist sie in ihrem Einkauf an die Fälligkeit der Rationsabschnitte und die Belieferung der Geschäfte gebunden. Alles dies macht Sparsamkeit und rationelle Haushaltsführung weitgehend unmöglich und bedeutet daher für alle Haushaltungen, besonders aber für die der unteren Einkommensschichten, eine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung (über die keine Indexziffer Auskunft geben kann).

Welche Auswahlmöglichkeiten in einem System freier Konsumwahl im Fleisch-, Fisch- und Fettverbrauch bestanden, ergibt sich beispielsweise daraus, daß die Statistik d

1) Die Höhe des Existenzminimums ist von so vielen Bedingungen abhängig, daß sie sich jeder zahlenmäßigen Fixierung entzieht. Alle Maßstäbe (auch der physiologische), die dabei zugrunde zu legen sind, sind relativ. Es gibt mit anderen Worten kein Kriterium dafür, ob und wann das Existenzminimum erreicht ist. Für eine Volkswirtschaft im ganzen spielt außerdem die Frage der Verteilung eine große Rolle.

2) Vgl. „Versuch einer volkswirtschaftlichen Bilanz des Krieges für Deutschland“ von Siegfried Rentrop, Europa-Archiv S. 795 ff.

3) Selbst dieser Realwert von 300 Dollar je Kopf im Jahr 1938 war damals noch politisch „überhöht“ durch die kostspielige Autarkieproduktion und die kostspieligen Autarkieinvestitionen.

Einzelhandelspreise in Berlin im Jahr 1938 45 Sorten von Fleisch und Fleischwaren, 8 Fettsorten und 7 Fischarten aufgezählt hat. Sie hat sich dabei sicher nur auf eine Auswahl beschränkt; in Wirklichkeit war das Angebot qualitativ noch viel reichhaltiger.

Die Statistik für Juli 1946 bringt dagegen nur die Preise für 10 Sorten von Fleisch und Fleischwaren, 4 Fettsorten und 3 Fischarten. Dabei täuscht die Aufzählung für die Gegenwart noch insofern, als die von der Preisstatistik erfaßten Waren niemals alle gleichzeitig in allen Geschäften angeboten werden.

Zu den zahlenmäßig nicht erfassbaren Beeinträchtigungen des Lebensstandards gehört ferner die Tatsache, daß Haushaltsführung und Verbrauch ganz allgemein sehr viel mühseliger geworden sind, das heißt wesentlich mehr physische Kräfte und Zeit beanspruchen, als dies sonst der Fall war. Ein erheblicher Teil der volkswirtschaftlichen Produktion ist wieder in den Haushalt verlagert worden und muß nun nach höchst unrationellen Verfahren erledigt werden. Man denke an die Hausbrandversorgung, an die mühselige Bestellung der Gärten, an die Reparaturen, die selbst vorgenommen werden, an die Beseitigung der Kriegsschäden durch Selbsthilfe, nicht zuletzt an das Schlängestehen und alle Bewohnnisse, die sich bei einer so knappen Versorgung einfach daraus ergeben, daß die Verteilung nicht laufend, sondern stoßweise vor sich geht (wobei sich erweist, daß die Rationierung, so notwendig sie ist, die unrationellste aller Verteilungsweisen darstellt). Freilich: meßbar sind diese Rückkehr zur Primitivität, die damit verbundene zusätzliche physische Belastung und der Ausfall an Muße und Ruhezeit durch keine Statistik, und so wird dieser Punkt heute allzu leicht übersehen. Daß dadurch andere Bereiche des menschlichen Lebens: kulturelle, religiöse oder politische Betätigung, Kindererziehung und Familienleben beeinträchtigt werden, daß sich dies auf den Gesundheitszustand und das Wohlbefinden der Menschen und damit auf die gegenwärtige und künftige volkswirtschaftliche Arbeitsleistung nachteilig auswirken wird, steht außer Zweifel.

Und schließlich verbirgt eine Prozentzahl, die den Rückgang des allgemeinen Lebensstandards angibt, vor allem auch die großen sozialen Umschichtungen, die Hand in Hand damit vor sich gehen.

Ausschaltung der geldwirtschaftlichen Verteilung

Rationierung, Preispolitik und andere Maßnahmen haben den marktwirtschaftlichen Mechanismus auf den Verbrauchsgütermärkten weitgehend ausgeschaltet. Nur auf wenigen legalen freien Marktbereichen und auf den Schwarzen und Grauen Märkten besteht heute noch freie Preisbildung, auf der Angebot und Nachfrage die Höhe der Preise und diese damit die Verteilung bestimmen. Dieser Zustand hatte sich in schwachen Ansätzen schon vor dem Kriege angebahnt, im Kriege immer stärker entwickelt, in den letzten Jahren aber erst voll entfaltet. Für alle gebundenen Bereiche ist die soziale Differenzierung des Lebensstandards nach der Höhe des Einkommens beseitigt.

An die Stelle des Einkommens sind die direkten Verfügungsmöglichkeiten über die Waren selbst getreten. Diese Verfügungsmöglichkeiten bestehen (von den Rationierungsdokumenten abgesehen) in Sachvermögensbeständen, die mit ihren Nutzungen dem eigenen Verbrauch dienen oder als hochbegehrte „Zahlungsmittel“ direkt oder indirekt verwendet werden; sie bestehen ferner in Zugriffsmöglichkeiten zu jenen Teilen der Produktion, die legal oder illegal der Bewirtschaftung entzogen werden können. Die am Geldeinkommen orientierte soziale Differenzierung der Lebenshaltung ist mit anderen Worten weitgehend durchkreuzt und überdeckt durch eine Differenzierung nach den effektiv greifbaren Verbrauchsmöglichkeiten.

Je länger dieser Zustand anhält, zu desto tieferen sozialen Umschichtungen muß er führen. Dabei dringt die Be-

vorzugung derjenigen, die direkte Zugriffsmöglichkeiten zur Produktion haben, immer stärker durch. Denn die Vorzugstellung des Sachvermögensbesitzers, die daneben heute noch eine Rolle spielt, schwindet im Lauf der Zeit in dem Umfang, in dem die Bestände aufgebraucht werden. Der höhere Bekleidungsstandard des Mittelstandes und der oberen Schichten etwa wird im Lauf der Jahre immer stärker eingegeben, je mehr die Bestände an Kleidung und Wäsche ihrem natürlichen Ende entgegengehen.

Auch der Staat greift heute in die (vom Geldeinkommen unabhängige) Abstufung der Realeinkommen und des Lebensstandards gestaltend ein. Daß man der Landwirtschaft einen höheren Ernährungsstandard zubilligt als etwa der industriellen Arbeiterschaft, die körperlich ebenso anstrengende Arbeit leistet, hängt nicht nur damit zusammen, daß man in Millionen von bäuerlichen Betrieben die Verteilung der Produktion auf Eigenverbrauch und Ablieferung praktisch nicht kontrollieren kann. Bewußt (aber unausgesprochen) soll der lebenswichtige Produzent auch prämiert werden. Das gleiche geschieht durch das Punktsystem bei den Bergarbeitern, die heute für die volkswirtschaftliche Produktion ebenso wichtig sind wie die Landwirte. Auch sie sind durch höheres Realeinkommen ausgezeichnet und damit in der sozialen Stufenleiter des Lebensstandards gegenüber ihrer früheren Position und gegenüber den Arbeitern mit gleichem Geldeinkommen um wesentliches nach oben geklettert. Die Naturalprämien, die in der Ostzone zum Beispiel an Beamte verteilt werden, liegen ebenfalls auf dieser Ebene.

Das geldwirtschaftliche Verteilungsprinzip ist mit anderen Worten in breiter Front durch andere Verteilungsmethoden ersetzt worden. Es ist zwar noch nicht vollkommen beseitigt, aber doch in seiner Wirkungsbreite eingeengt und in seiner Wirkungsintensität beeinträchtigt und geschwächt. Demzufolge ist auch die auf der Abstufung der Geldeinkommen aufgebaute Differenzierung des Lebensstandards auf wenige Gebiete beschränkt und im ganzen nur noch bedingt wirksam.

Der Vermögensverzehr und seine Folgen

Der Sachvermögensbesitz, der heute so entscheidend für den Lebensstandard geworden ist, gibt den sozial gehobeneren Schichten, soweit sie von Bombenschäden und anderen Kriegsschäden verschont geblieben sind, immer noch ein gewisses Übergewicht, da sie naturgemäß über höhere Bestände verfügen als die unteren Schichten. Soweit heute noch die „alten“ sozialen Unterschiede bestehen, so beruhen sie vornehmlich auf den Unterschieden in den Beständen an Sachvermögen, an Kleidern, Hausrat, Schmuck, Photoapparaten, Radios und so weiter. Auf den Gebieten, wo der Verbrauch in der Nutzung dieser Verbrauchsvermögen besteht, können daher die gehobenen Schichten immer noch in gewissem Umfang ihren alten Lebensstandard aufrecht erhalten. Freilich gehen große Teile dieser Bestände in Tauschaktionen ein, um Nahrungsmittel und so weiter zu beschaffen. In allen Fällen, in denen — aus welchen Gründen auch immer — die Geldeinkommen weggefallen sind, bilden Veräußerungen und Tausch des Sachvermögensbesitzes heute die einzige Quelle für die „Finanzierung“ des Verbrauchs. Das spielt vor allem in der Ostzone und in Berlin eine sehr große Rolle, weil hier der Rückgriff auf die Geldersparnisse nicht möglich ist. Im Osten ist daher der Verzehr der Bestände an Sachvermögen schon sehr viel weiter fortgeschritten als im Westen. Auch dort nimmt er aber immer mehr zu; die Geldvermögensbestände des einzelnen vermindern sich, und die zusätzliche Versorgung außerhalb der Bewirtschaftung geht immer mehr zum Naturaltausch über. Dafür ist nicht allein maßgebend, daß heute für Geld „nichts zu kaufen“ ist, sondern auch die Erwartung der künftigen Geldreform, die Geldersparnisse so wenig anziehend macht.

Der Vermögensverzehr des einzelnen vermindert den volkswirtschaftlichen Sachvermögensbestand nur insoweit, als das

Gebrauchsvermögen sich im Lauf der Zeit abnutzt und als Teile des Vermögens direkt oder auf verschlungenen Wegen und so weiter zur „Finanzierung“ einer unsichtbaren Einfuhr an Nahrungsmitteln, Zigaretten, Kaffee, Seidenstrümpfen und so weiter ins Ausland abwandern¹⁾. Soweit das Sachvermögen dagegen im Inneren „vertauscht“ wird, verändert sich nur seine Verteilung. Neue Gebrauchsvermögen entstehen vor allem auf dem Lande; sie sind nicht immer rational aufgebaut, weil sie in verhältnismäßig kurzer Zeit angesammelt werden und dabei nicht die Möglichkeit besteht, frei zu wählen: viele Bauersfrauen würden sich wahrscheinlich normalerweise andere Stoffe, Strümpfe und Schuhe und andere Nähmaschinen anschaffen, als sie gegenwärtig als „Geschenke“ erhalten.

In welchem Umfang heute die Arbeiterschaft gezwungen ist, von ihren Reserven zu leben, geht aus der schon einmal erwähnten Erhebung von Haushaltsrechnungen im Rhein-Ruhr-Gebiet hervor. 40 vom Hundert der Ausgaben der dort erfaßten Arbeiterhaushaltungen, die im Durchschnitt 303 Reichsmark im Monat betragen, mußten durch den Rückgriff auf Rücklagen gedeckt werden. 27 vom Hundert der Ausgaben wurden für die Beschaffung zusätzlicher Lebensmittel verwandt. Dabei ist in der Position „Verbrauch von Rücklagen“ nur der Verzehr von Geldreserven, nicht aber der Verzehr des Sachvermögens erfaßt. Die Erhebung besagt nichts darüber, um wieviel sich die Bestände des Haushalts durch Tauschaktionen und „Geschenke“ vermindert haben. Und nicht zum Ausdruck kommt in solchen Haushaltsrechnungen auch der Verschleiß des Hausrats und der Kleidung (soweit er über die Reparaturen hinausgeht), so daß der gesamte Vermögensverzehr noch erheblich größer ist, als die 40 vom Hundert der Ausgaben vermuten lassen. Nicht nur, um sich zusätzlich Nahrungsmittel zu beschaffen, greifen nach diesen Erfahrungen die Arbeiterhaushaltungen auf ihre Ersparnisse zurück. Da der gesamte „Verbrauch von Rücklagen“ (40 vom Hundert) den Ausgabenposten „Beschaffung von zusätzlichen Lebensmitteln“ (27 vom Hundert) übersteigt, zeigt sich, daß die laufenden Einkommen auch nicht ausreichen, um die Ausgaben für die ra-

tionierten Lebensmittel und alle übrigen „legalen“ Bedürfnisse zu bestreiten.

Der heutige Vermögensbesitz ist in großem Umfang zufallsbedingt. Die Vermögensverteilung ist nicht mehr wie früher im großen und ganzen ein Spiegelbild der Einkommensgliederung, sondern das Ergebnis der rein zufälligen „Auslese“, die in den letzten vier Jahren durch Bombenkrieg, Zerstörungen bei den Kampfhandlungen auf der Erde, Plünderung, Beschlagnahme durch die Besatzungsmächte und nicht zuletzt durch die Ausweisung der Bevölkerung aus den Ostgebieten vor sich gegangen ist. Haben Bewirtschaftung und Preispolitik die Abstufung des Lebensstandards nach der Höhe der Geldeinkommen weitgehend außer Kurs gesetzt, so sind die Unterschiede im Vermögensbesitz durch die zufälligen Vermögensvernichtungen erheblich verzerrt worden. So kommt es, daß Flüchtlinge, die allen Besitz verloren haben, durch Arbeit, Geschick und Glück sich aber bereits wieder ein gewisses Einkommen sichern konnten, einen geringeren Lebensstandard haben als „Eingesessene“ mit niedrigerem Einkommen, denen der Zufall ihren gesamten Besitz erhalten hat. Von zwei Seiten her, vom Einkommen und vom Vermögensbesitz, wird also die bisherige Sozialstruktur ausgehöhlt.

Ein lang anhaltender Vermögensverzehr trägt neben den hier angedeuteten sozialen Problemen noch die Tendenz in sich, daß sich der Lebensstandard in allen Schichten automatisch senkt. In dem Maße, in dem die Bestände abnehmen, werden die Möglichkeiten des künftigen Verzehrs geringer. Ein immer größerer Teil des Gebrauchsvermögens geht seinem natürlichen Ende entgegen, für die Lebenshaltung immer wichtigere Teile des Hausrats müssen veräußert werden — bis für eine immer größere Zahl von Haushaltungen der Nullpunkt erreicht ist. Selbst wenn die Produktion nicht zurückgeht, schreitet mit anderen Worten der Prozeß der progressiven Verelendung weiter fort. Er hält so lange an, bis die laufende Produktion wieder ausreicht, den laufenden Verbrauch zu decken, und es erlaubt, die natürliche Abnutzung des Gebrauchsvermögens auszugleichen.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann man über den künftigen deutschen Lebensstandard sagen: er wird dem Typus nach vorwiegend der Lebensstandard eines Industrielandes sein, so wie er es bisher gewesen ist, da die Struktur der deutschen Wirtschaft sich eher noch in der Richtung zunehmender Industrialisierung entwickeln wird. Da eine Beschäftigung der industriellen Überschußbevölkerung in der Landwirtschaft nicht möglich ist, sogar mit einem Überschuß an landwirtschaftlicher Bevölkerung zu rechnen ist, wird eine verdeckte oder offene Arbeitslosigkeit entstehen und eine Abwanderung der Menschen zu Berufen und Gewerben einsetzen, die mit geringem Kapitalaufwand irgendeine Existenzmöglichkeit bieten. Die Wirtschaftsordnung nach außen und nach innen, soweit sie der deutschen Entscheidung überhaupt überlassen ist, wird sich nach dem Maß der staatlichen Eingriffe richten, die zur Regelung der großen sozialen Probleme notwendig sein werden.

Der dem Typus nach auf diese Weise festgelegte Lebensstandard wird sich auf lange Zeit hinaus infolge der strukturell bedingten Produktivitätsverluste auf sehr niedrigem Niveau halten. Er wird der Lebensstandard eines verarmten Industrielandes sein und sicher weit unter dem Durchschnitt

der Länder liegen, die ihrem Typus nach mit Deutschland in dieser Hinsicht vergleichbar sind.

Da der künftige Lebensstandard auf lange Zeit hinaus erheblich niedriger sein wird als früher, wird sich auch die Sozialstruktur durchgreifend ändern; die Entwicklung ist heute bereits in vollem Gang. Denn es ist für die Verteilung zweierlei, ob ein bestimmtes durchschnittliches Niveau des Lebensstandards im Laufe der Aufwärtsentwicklung durch wachsende Intensivierung der volkswirtschaftlichen Produktion erreicht wird oder ob es am Ende eines radikalen Abstiegs steht. Der Lebensstandard der unteren Einkommensschichten wird zwar auch in Zukunft unter dem früheren Standard liegen. Er läßt sich aber bei weitem nicht so stark einschränken, wie es der Rückgang des Sozialprodukts erfordern wird. Der Druck zur Senkung wird daher in erster Linie die mittleren und oberen Einkommensschichten treffen. Daraus werden sich die Tendenz zu einer sozialen Nivellierung des Lebensstandards und eine Einengung der sozialen Differenzierung ergeben. Kein Mensch und keine soziale Schicht nehmen ohne Widerstand und ohne Ressentiment eine Senkung des Lebensstandards und eine soziale Deklassierung hin. Wenn erst die akute Not des Hungers überwunden ist, wird dieser soziale Kampf den Hauptgegenstand der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen bilden.

¹⁾ Dem Verzehr an Geldvermögen steht volkswirtschaftlich der Rückgang der Lagerbestände und die Abnutzung der Investitionen gegenüber.

Der Weg des deutschen Binnenhandels

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Bearbeitet von Robert Nieschlag

(Schluß)

Renaissance der Genossenschaften

Die Gründung von Genossenschaften war seit dem Zusammenbruch so lebhaft, daß schon die Frage gestellt worden ist, ob wir einem Zeitalter der Genossenschaften entgegengehen. Es ist vielleicht nicht falsch, wenn darauf hingewiesen wird, daß die deutsche Wirtschaft durch die besichtigte Erhöhung des Anteils der mittleren und kleinen Betriebe und andere Änderungen ihrer Struktur ausgebaut „genossenschaftsgünstig“ würde. Die Genossenschaften sollen als Einkaufs- oder Bezugsgenossenschaft, als Absatz-, Kredit- oder sonstige Wirtschaftsgenossenschaft kleineren und mittleren Betrieben die Vorteile verschaffen, die im allgemeinen die größeren und die großen Betriebe (und häufig nur diese) verfügen, und als Konsumgenossenschaften sollen sie der zusammengeschlossenen Verbraucherschaft die Vorteile einer leistungsfähigen Warenverteilungsorganisation (teilweise unter Einschluß der Erzeugung) sichern. Noch ein anderer Faktor ist für die „Genossenschaftsfreudigkeit“ unserer Zeit anzuführen: Nach den letzten Jahrzehnten gewonnenen Erfahrungen hat sich in weiten Schichten die Anschauung durchgesetzt, daß die Stelle der freien Konkurrenz- und Marktwirtschaft die Bedarfsdeckungswirtschaft treten müsse, und in einer solchen würden Genossenschaften aller Art in der Tat eine große Rolle zu spielen haben.

Die Renaissance des Genossenschaftswesens erstreckt sich über ganz Deutschland. Jedoch ist der Wiederaufstieg in der Sowjetzone besonders lebhaft. Die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften sollen den Friedensstand bereits im vergangenen Jahr wieder etwa erreicht haben. Die hier in erster Linie interessierenden Konsumgenossenschaften haben die Position, die sie vor 1933 innehatten, weit überschritten und sind unbestreitbar zu großer Bedeutung gelangt. Schon im Jahre 1945 wurden die Konsumgenossenschaften in der Ostzone wieder ins Leben gerufen. Es wurde ihnen nicht nur das frühere Vermögen, soweit es noch erhalten war, zurückgegeben, sondern sie wurden auch in vielfacher Weise gefördert. Die Errichtung von Verkaufsstellen wurde erheblich erleichtert und der Verkauf an Nichtmitglieder freigegeben. Ferner wurden den Konsumgenossenschaften viele enteignete Einzelhandelsbetriebe (Filialunternehmungen, Waren- und Kaufhäuser und andere) sowie eine Reihe von Produktionsbetrieben übergeben¹. Auch als Treuhänder wurden die Konsumgenossenschaften und ihre Verbände eingesetzt. In der Sowjetzone liegende Fabriken der Hamburger GEG wurden, wie berichtet wird, den Landesverbänden der Konsumgenossenschaften übertragen. Dazu trat — das war für die Entwicklung der Mitglieder- und Kundenzahlen sowie der Umsätze besonders wichtig — eine Bevorzugung bei der Warenbelieferung. Das gilt nicht nur für die traditionellen Arbeitsgebiete der Konsumgenossenschaften, also Nahrungsmittel und Genußmittel, Haushaltswaren und ähnliches, sondern auch für andere Erzeugnisse, mit denen sich die Konsumgenossenschaften früher wenig oder gar nicht beschäftigt hatten, Textilien, Schuhe und andere Verbrauchsgüter. Überauschenderweise werden zum Beispiel auch Schreibmaschinen,

wissenschaftliche Lehrmittel über die Konsumgenossenschaften abgesetzt — Erzeugnisse, die ihnen recht fern liegen dürften. Für den Wettbewerb zwischen den Genossenschaften und anderen Teilen des Einzelhandels ist die Tatsache besonders wichtig, daß die Verteilungsstellen der Konsumvereine oft früher als der übrige Einzelhandel mit den rationierten Lebensmitteln beliefert, Gemüse und sogenannte freie Waren häufig ausschließlich oder zum größten Teil über die Genossenschaften verkauft werden. Teilweise wird der gesamte Einzelhandel eines Ortes über die Genossenschaften beliefert; auch Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels sind mit ihren Einrichtungen zur Belieferung aller Gruppen des Einzelhandels herangezogen oder auf die Konsumgenossenschaften überführt worden. Aus den zahlreichen und oft schwer zu übersehenden Nachkriegerscheinungen im Einzelhandel der Ostzone verdient wohl auch die Gründung von Konsumgenossenschaften auf betrieblicher Basis (für große Werke) erwähnt zu werden, da sie für Deutschland ein Novum darstellen. Sie treten gewissermaßen an die Stelle der früher lebhaft umstrittenen, im ganzen aber wenig bedeutungsvollen Werkskonsumanstalten.

Entwicklung der Konsumgenossenschaften in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone nach dem Stande etwa vom August 1946

Land oder Provinz	Zahl der		
	Konsumgenossenschaften	Verteilungsstellen	Mitglieder
Sachsen	57	1589	335 000
Sachsen-Anhalt	36	1056	192 000
Thüringen	41	823	157 000
Mark Brandenburg	76	666	180 000
Mecklenburg-Vorpommern	31	240	45 000
Sowjetische Zone	241	4374	929 000
Sowjetischer Sektor Berlins	8	206	103 200

In Berlin waren Konsumgenossenschaften zuerst in den acht Verwaltungsbezirken des Sowjetsektors gegründet worden. Sie wurden ähnlich wie die Genossenschaften der Zone gefördert und haben sich lebhaft entwickelt. Gegen Ende des ersten Vierteljahres 1947 dürften sie etwa 25 vom Hundert der Bevölkerung dieses Teils der Stadt mit Lebensmitteln versorgt haben². Beim Absatz von Textilwaren und Bekleidung hat die zuständige Militärverwaltung verlangt, daß 50 vom Hundert der Soll-Lieferungen über die Konsumgenossenschaften zum Verkauf gelangen. Wird das Soll nicht erreicht, liegt der konsumgenossenschaftliche Anteil entsprechend höher. Daß die Genossenschaften ihren Verkaufsapparat diesen Aufgaben anpassen, versteht sich von selbst. Sie haben Spezialverteilungsstellen für Textilwaren und Schuhe eingerichtet (obwohl es genug Ladengeschäfte dieser Art ohne Waren gibt), sie sind im Begriff, soge-

² Ende März 1947 betrug die Zahl der Verteilungsstellen im Sowjetsektor 230, die Zahl der Mitglieder rund 131 000 und die Zahl der Kunden (für den Lebensmittelbezug eingetragen) knapp 220 000. — Im Frühjahr 1947 sind im französischen Sektor Berlins (Verwaltungsbezirke Wedding und Reinickendorf) 2 Konsumgenossenschaften entstanden, die sich dem Verband Berliner Konsumgenossenschaften angeschlossen haben. 2 neuere Gründungen im britischen Sektor der Stadt sind ihm bisher ferngeblieben. Im amerikanischen Sektor sind noch keine Konsumvereine zugelassen worden.

¹ Den brandenburgischen Konsumgenossenschaften wurden von der Regierung der Mark Brandenburg 159 Handelsbetriebe zugewiesen, die unter Enteignung fielen. Die Konsumgenossenschaften kamen dadurch in den Besitz von Kaufhäusern und Lagerhäusern. Bei der Übergabe der Urkunden sprach Vizepräsident Rau die Erwartung aus, daß die Konsumgenossenschaften besser arbeiten werden als die früheren Geschäftsinhaber.

nannte Kleinwarenhäuser zu eröffnen, und haben — was übrigens im Rahmen ihrer traditionellen Aufgaben liegt — neuerdings die ersten Spezialverkaufsstellen für Fleisch und Wurst aufgemacht¹⁾. Der Einfluß der Berliner Konsumgenossenschaften im Bereiche der Produktion ist ungleich größer als früher. Neben die eigenen, den Genossenschaften schon früher gehörenden Betriebe ist eine Anzahl unter Sequenter stehender Fabriken getreten, die dem Verband Berliner Konsumgenossenschaften zur treuhänderischen Verwaltung übergeben worden sind; es handelt sich dabei um Brauereien, Spirituosen-, Süßwaren-, Nahrungsmittel- und Fleischwarenfabriken, Großwäschereien und einige andere recht bedeutende Objekte. Mit dieser bewußten Förderung „von oben“ haben die Konsumgenossenschaften ihre alte ideologische Basis weitgehend verlassen und ihren Charakter erheblich verändert. Sie waren einst als Selbsthilfe-Einrichtungen der Verbraucher ins Leben gerufen worden; es war ihr Stolz, daß sie sich aus eigener Kraft entwickelt und im Wettbewerb mit dem übrigen Einzelhandel durchgesetzt hatten, eine Leistung, die auch ihren Gegnern imponierte und von ihnen anerkannt wurde²⁾. Allerdings wird von den Konsumgenossenschaften in der Ostzone immer wieder erklärt, daß sie keine Monopolstellung anstreben oder fordern; Genossenschaften und privater Handel sollen vielmehr nebeneinander bestehen. Bei der Förderung, die ihnen bisher zuteil geworden sei, handele es sich um einen Akt der Wiedergutmachung; denn sie seien viele Jahre ihrer Existenz und ihres Vermögens beraubt gewesen. Gegen die „Aufblähung“ bestehen sicherlich im eigenen Lager manche Bedenken, und man weiß, daß unwirtschaftlich arbeitende Betriebe den deutschen Konsumgenossenschaften schon einmal schwer zu schaffen gemacht haben, daß das, was heute als eine zu begründende Ausdehnung des eigenen Bereichs und als großer Erfolg erscheint, morgen eine schwere Last sein kann. Unter den gegebenen Umständen wird es aber schwerfallen, die anderen Gruppen des Einzelhandels von der Notwendigkeit der Herstellung eines gleichen Starts für alle zu überzeugen. Die Maßnahmen, die der selbständige Handel zur Verteidigung seiner Position ergriffen hat (Errichtung von Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels, genossenschaftliche und andere Zusammenschlüsse des Großhandels), haben die Lage bisher nicht wesentlich ändern können.

Im Vergleich zu dem stürmischen Aufstieg der Konsumgenossenschaften im Osten Deutschlands ist die Entwicklung im Westen und Süden des Landes sehr viel langsamer verlaufen. Dort wird im wesentlichen an die frühere ideologische, materielle und organisatorische Überlieferung wieder angeknüpft. Der Gedanke der Selbsthilfe, der Verkürzung des Weges der Ware vom Hersteller zum Verbraucher und andere wohlbekannte, aber auch heute noch wichtige Ziele stehen im Vordergrund — Ziele, die im Wege eines echten Wettbewerbs mit anderen Gruppen der Wirtschaft, also vor allem des Einzelhandels, erreicht werden sollen.

Auf der Ende März 1947 in Hamburg abgehaltenen ersten Nachkriegstagung des wiedererstandenen Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften ist über den Stand der Entwicklung im Westen im wesentlichen Auskunft gegeben

1) Am 2. Mai 1947 gab es 4 Geschäfte dieser Art in Berlin gegenüber 70 vor 1933.

2) Vor 1933 gehörte Deutschland zu den Ländern mit machtvollen konsumgenossenschaftlichen Organisationen. In den Konsumvereinen der beiden Richtungen, von denen die eine ideologisch den freien, die andere den christlichen Gewerkschaften nahestand, waren um 1930 nahezu 4 Millionen (bei insgesamt etwa 17 Millionen) Haushaltungen organisiert. Zu dieser Zeit wurde ein Jahresumsatz von 1,4 Milliarden Reichsmark erreicht, was einem Anteil von allerdings nur etwa 4,5 v. H. am gesamten Einzelhandelsumsatz, jedoch einem Anteil von 10 v. H. am Umsatz des Einzelhandels in Nahrungs- und Genußmitteln entsprach. Unter dem früheren Regime wurden die deutschen Konsumgenossenschaften teils liquidiert, teils von der früheren Arbeitsfront übernommen und in ganz anderer Form (einer Art Massenfilialunternehmen) weitergeführt. Zu der Liquidation eines Teiles der Genossenschaften boten finanzielle Schwierigkeiten, mit denen auch die Konsumvereine in der schweren Wirtschaftskrise von 1932 zu kämpfen hatten und die nach 1933 durch offenen und stillen Boykott verlängert und vergrößert worden waren, willkommenen Anlaß. Die Weiterführung der von der Liquidation verschonten Genossenschaften erfolgte als sogenannte Versorgungsringe. Es wurde ihnen damit das Charakteristische genommen, nämlich die Mitwirkung breiter Verbraucherschichten, vor allem der wirtschaftlich schwächeren, an der Warenversorgung. Durch die Konsumgenossenschaften war nämlich die Möglichkeit geschaffen, gewissermaßen als „Richtungsflügel“ das Preisniveau und damit die Leistungen des gesamten Handels nachhaltig zu beeinflussen, das heißt Preise und Spannen nach Möglichkeit zu senken.

worden. Die Rückübertragung des früheren Eigentums ist noch nicht überall durchgeführt; das gilt vor allem für die amerikanische und die französische Zone. Gefordert werden ferner die Beseitigung der konsumvereinsfeindlichen Gesetzesvorschriften aus der Vergangenheit, die Möglichkeit der Privatisierung von Läden und anderen Betrieben, die früher den Genossenschaften gehörten, durch Rückübertragung rückgängig zu machen, die Beschlagnahme der GEG und der Versicherungsgesellschaften „Volksfürsorge“ und „Eigenhilfe“ aufzuheben und einen unbeschränkten Wirtschaftsverkehr zwischen der Zentrale der GEG in Hamburg, ihren Betrieben in den verschiedenen Teilen Deutschlands und ihren Abnehmern, den Konsumgenossenschaften, zuzulassen. Geplant ist die Gründung einer selbständigen Bank der GEG (an Stelle der früheren Bankabteilung), die die freien Mittel der Genossenschaften und die Spargelder ihrer Mitglieder verwalten soll. Nach den ungünstigen Erfahrungen, die zwischen den beiden Kriegen gemacht worden sind, sollen die einzelnen Genossenschaften nicht mehr selbst die Spargeschäfte pflegen, sondern nur noch Annahmestellen für Spargelder sein, notwendige Kredite für den Ausbau und weiter dagegen bei der Hamburger Bank nehmen.

Die Entwicklung in Süddeutschland wird durch einen kürzlich vom Länderrat der US-Zone verabschiedeten Gesetzentwurf über die Wiederherstellung von Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine) gekennzeichnet. Dieser Entwurf, über dessen Annahme die Landtage der drei Länder zu entscheiden haben, sieht vor, daß den Konsumgenossenschaften bis zur Erreichung der früheren Mitgliederzahl eine Anlaufzeit eingeräumt werden soll, innerhalb der sie auch an Nichtmitglieder verkaufen dürfen. Diese Frist soll aber nur bis zum Ende dieses Jahres reichen; es scheint äußerst fraglich, ob es den Genossenschaften unter den im Westen gegebenen Verhältnissen gelingt, in dieser kurzen Spanne den früheren Mitgliederbestand wiederzugewinnen. Nach dem Gesetzentwurf kann ferner der Anspruch auf Rückübertragung des früheren Eigentums nur von einer Konsumgenossenschaft geltend gemacht werden, die an die Stelle einer Vorgängerin tritt, die mindestens bis 31. 12. 1935 einen Geschäftsbetrieb unterhalten hat und deren wirtschaftliche Lebensfähigkeit gesichert erscheint.

Über den Umsatz der Konsumgenossenschaften in den drei Westzonen liegen für 1946 folgende Angaben vor; dabei sind die Umsätze der bestehenden Versorgungsringe der früheren DAF (in der amerikanischen und in der französischen Zone damals noch nicht umgewandelt) einbezogen; man hat sie also für die Zahlenübersicht so behandelt, als seien sie wieder auf neugegründete Genossenschaften übertragen.

Vergleich zwischen den Umsätzen der Konsumgenossenschaften beziehungsweise der Versorgungsringe der drei Westzonen in den Jahren 1930 und 1946

Zone	Umsatz in Mill. RM		1946 in v. H. des Standes von 1930
	1946	1930	
Britische Zone	170	531	32
Amerikanische Zone	148	222	67
Französische Zone	40	64	63

Die Ergebnisse sind im Vergleich zur Ostzone bescheiden. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die Umsätze im Jahre 1930, das hier zum Vergleich gewählt ist, noch erheblich über denen des schweren Krisenjahres 1932 lagen, das zur Kennzeichnung der Entwicklung in der Ostzone herangezogen worden ist. Leider fehlen zur Zeit die Unterlagen für eine Umrechnung auf eine gemeinsame Bezugsbasis. Wie dem aber auch immer sei — die Bedingungen unter denen die Konsumgenossenschaften im Westen und im Osten arbeiten, sind zu verschieden, als daß man die Ergebnisse ernsthaft miteinander vergleichen könnte. Im Westen fehlen die großen äußeren Vorteile, die die Genossenschaften im Osten ihren Mitgliedern und Kunden zu bieten vermögen. Nur allmählich läßt sich im Westen der m

terielle Wiederaufbau durchführen, also beispielsweise der Mangel an Verteilungsstellen beseitigen und — was noch wichtiger ist — lassen sich die Verbraucher, vor allem die jüngere Generation, für den Gedanken der Konsumgenossenschaft interessieren und gewinnen.

Bedauerlicherweise wird in der konsumgenossenschaftlichen Diskussion der letzten beiden Jahre — gleichgültig in welcher Zone —, soweit wir sehen, der Rationalisierung der Warenverteilung und dem Beitrag, den die Konsumgenossenschaften dabei zu leisten haben, nur wenig Beachtung geschenkt. Nur gelegentlich wird gesagt, daß die Handelsaufschläge gesenkt werden müssen, die Konsumgenossenschaften hohe Leistungen zu erreichen und mit niedrigen Spannen auszukommen haben. Man hat aber nicht den Eindruck, daß man sich bei dieser knappen Forderung der Unsumme der Einzelleistungen auf dem Gebiete der Organisation, der Warenwirtschaft, der Kosten, der Werbung und so weiter bewußt ist, die notwendig sind, um dem Verbraucher auf die Dauer größere Vorteile bieten zu können als andere Gruppen des Einzelhandels.

Die Handelskontore der Sowjetzone

Die Umgestaltung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone ist durch eine starke Zentralisierung nicht nur der Industrie¹, sondern auch des Handels gekennzeichnet. Im Bereiche des Einzelhandels bedient man sich dabei der Konsumgenossenschaften, über deren Entwicklung im vorhergehenden Abschnitt berichtet wurde; im Bereiche des Großhandels sind die sogenannten Industrie- und Handelskontore geschaffen worden. Freilich scheint der Ausbau dieser Organisationen in den verschiedenen Ländern und Provinzen der Zone derzeit nicht den gleichen Stand erreicht zu haben. Am weitesten vorgeschritten ist ohne Zweifel das Land Sachsen, das zuerst den Gedanken aufgegriffen hat und gewissermaßen als Experimentierfeld dient. Dort liegen auch die meisten Erfahrungen mit dieser neuen Gestaltung des Großhandels vor, die offenbar selbst die Initiatoren und Schrittmacher bisher noch nicht restlos befriedigt haben.

Worum handelt es sich? Der Gedanke der Handelskontore ist, soweit man sehen kann, zum ersten Male von Walter Ulbricht und von Bruno Leuschner geäußert worden. Das erklärte Ziel ist eine Reorganisation und stärkere Kontrolle des Großhandels durch gemischtwirtschaftliche Organe, deren Kapital zu 51 vom Hundert vom Lande beziehungsweise der Provinz, zu 49 vom Hundert von ausgewählten privaten Firmen und den Konsumgenossenschaften eingebracht wird. Man macht geltend, daß eine planmäßige Produktion und Versorgung eine planmäßige Verteilung der Güter (der Roh- und Hilfsstoffe, der Produktionsmittel, der Halbfabrikate und der Fertigwaren) erforderlich mache und daß man sich daher des Handels annehmen und die Warenbewegung kontrollieren müsse. Die Organe für den planmäßigen Ein- und Verkauf sind die Handelskontore. Für jedes Land beziehungsweise jede Provinz der Sowjetzone sind zwei Großhandelskontore vorgesehen: ein sogenanntes Industriekontor² zur Beschaffung und Belieferung der Industrie mit Rohstoffen, Hilfsmaterialien, Produktionsmitteln und so weiter und ein sogenanntes Handelskontor. Dieses übernimmt die Fertigerzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrie und hat sie — den Verteilungsplänen entsprechend — an den Einzelhandel des eigenen Landes (der Provinz), an die anderen Länder und Provinzen der Zone sowie — im Rahmen der Interzonenabmachungen — an andere Teile Deutschlands weiterzuleiten. Auf Grund der Wirtschaftspläne der Länder und Provinzen erhalten die Kontore Beschaffungsaufträge und Verteilungsschlüssel. Ihnen ist ferner die Kontrolle der Handelsspannen und der Qualität der Waren zur Aufgabe gemacht.

Die Kontore sind in der üblichen Weise nach Branchen gegliedert worden und unterhalten Zweigstellen an wichtigen Plätzen ihres Landes. Sie können einen großen Teil

ihrer Aufgaben an ausgewählte Großhandelsfirmen übertragen, die die Geschäfte zwar unter Kontrolle der Kontore, aber auf eigene Rechnung und Gefahr betreiben sollen. Mit der Beauftragung nur eines ausgewählten Kreises von Großhändlern will man gleichzeitig die Übersetzung des Großhandels beseitigen, mindestens aber mildern, und den Schwarzhandel bekämpfen.

Diese auf ein öffentliches (das heißt durch die Landesverwaltung kontrolliertes) Großhandelsmonopol gerichteten Pläne werden mit folgenden Argumenten begründet: Es heißt, daß man den Großhandel besser als bisher an seine volkswirtschaftlichen Aufgaben heranzuführen und ihn in die planmäßige Versorgung einschalten wolle. Oder: Die Planung in der Verteilung mache den Handel nicht überflüssig, sondern führe ihn auf seine eigenen Aufgaben zurück. Seine Betätigungsmöglichkeiten sollten nicht eingeschränkt werden; vielmehr solle die schöpferische Unternehmerinitiative erhalten bleiben, ja sogar gefördert werden. Gleichzeitig wird zugunsten der neuen Gestaltung angeführt, daß die Kontrolle des Warenweges eine Konzentration des Umsatzes bei wenigen großen Betrieben notwendig mache und daß gute Beziehungen zwischen Lieferanten und Abnehmern — solche Beziehungen stehen im Verdacht, die Basis der Schwarzmarktgeschäfte zu sein — keine Rolle mehr spielen sollen. Die rasche und reibungslose Verteilung der Waren könne von der Verwaltung ebensogut, wenn nicht sogar besser durchgeführt werden als vom freien Großhandel; die Verwaltung habe die gleichen Erfahrungen wie die Großhändler, da viele Kräfte aus dem Handel in den neuen Organen tätig seien. Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit diese Erwägungen mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Größerem Interesse begegnet es wahrscheinlich, einen Blick auf die beiden Handelskontore im Lande Sachsen, das Sächsische Industrie-Kontor G. m. b. H. (für Industrierohstoffe und so weiter) und die Sächsische Zentralhandelsgesellschaft m. b. H. (für industriell erzeugte Verbrauchsgüter), beide mit dem Sitz in Dresden, zu werfen.

Das Industriekontor: Grund für die Errichtung des Industriekontors war die Lage des Großhandels nach dem Zusammenbruch. Es wird geltend gemacht, daß er nicht mehr voll in der Lage gewesen sei, seine Aufgabe bei der Beschaffung und Verteilung der Roh- und Hilfsstoffe, der Halbfabrikate und Produktionsmittel aus eigener Initiative und ohne die Hilfe der Selbstverwaltung zu erfüllen; andererseits brauchte die Verwaltung die Erfahrungen, die Verbindungen, die Organisation und die Einrichtungen des Handels. Das Industriekontor ist eine Dachgesellschaft, in der sich gewissermaßen die öffentliche Hand und die private Initiative vereinigen und an der eine beschränkte Zahl von Handelsfirmen aller Geschäftszweige beteiligt ist. Das Kontor soll im wesentlichen keine Geschäfte auf eigene Rechnung abschließen, sondern diese von den Handelsfirmen — seien sie nun beteiligt oder nicht — durchführen lassen. Ihm müssen alle Waren zur Verfügung gestellt werden, die in die Zuständigkeit des Kontors fallen. Die Abwicklung erfolgt — kurz angedeutet — so, daß die Verbraucher dieser Waren (Be- und Verarbeiter) Lieferanweisungen erhalten, die sie dem Kontor zugehen lassen und auf Grund deren die Lieferung erfolgt. Geplant ist die Errichtung von Bezirkskontoren in den Bezirkshauptstädten Chemnitz, Leipzig, Zwickau und Bautzen. Die Lieferungen des Kontors erfolgen nicht nur an das Land Sachsen, sondern den Verteilungsplänen entsprechend auch an andere Länder und Provinzen der Zone; außerdem soll das Kontor — wie erwähnt — am Interzonenhandel teilnehmen.

Nicht zuständig ist das Industriekontor für die Verteilung der Kohle. Dafür ist eine eigene Organisation geschaffen: unter Aufsicht der Deutschen Zentralverwaltung für die Brennstoffindustrie arbeiten für feste Brennstoffe das Ostelbische Verkaufskontor in Senftenberg, das Mitteldeutsche Verkaufskontor in Leipzig und das Sächsische Verkaufskontor in Zwickau. Ihnen nachgeordnet sind Kohlenkontore der Länder und Provinzen, denen etwa die Aufgaben des früheren Kohlengroßhandels erster Hand übertragen sind.

¹ Die landeseigenen Betriebe sind branchenweise in sogenannten Industrieverwaltungen zusammengefaßt. Auch die Verwaltung der in sowjetischen Besitz überführten Betriebe erfolgt durch zentrale Instanzen.

² Nicht zu verwechseln mit den eben erwähnten Industrieverwaltungen.

Die Zentralhandelsgesellschaft: Dieses Organ ist ganz ähnlich aufgebaut wie das Industriekontor. Die Gesellschaft soll sämtliche bewirtschafteten gewerblichen Verbrauchsgüter — durch tägliche Meldungen der Hersteller über ihre Produktion — lückenlos erfassen und den Plänen gemäß an den Einzelhandel zur Verteilung an die Bevölkerung weiterleiten, wobei man wissen muß, daß die Bewirtschaftung inzwischen auf nahezu alle gewerblichen Fertigwaren ausgedehnt worden ist. Die Kontore sind also für die gewerblichen Güter das Gegenstück zu den von der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung geschaffenen Länder- und Kreisorganen für die Ablieferung und Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Der Warenkreis der Sächsischen Zentralhandelsgesellschaft umfaßte zuerst — außer Textil- und Schuhwaren — Waschmittel, Zündhölzer, Tabakwaren, Uhren, Radioempfänger sowie Näh- und Schreibmaschinen und ist inzwischen sicher auf andere Erzeugnisse ausgedehnt worden.

Die Gesellschaft soll — wie es heißt — ähnlich dem Industriekontor im wesentlichen Großhandelsfirmen mit der Abwicklung der Geschäfte, der Durchführung der Warenbewegung, beauftragen; allerdings erfolgen die Käufe und Verkäufe im Namen und auf Rechnung der Zentralhandelsgesellschaft. Partner für die Einkäufer aus Sachsen selbst sowie aus anderen Ländern und Provinzen ist allein die Zentralhandelsgesellschaft. Die Besuche der Einkäufer bei den Herstellern sollen sich daher künftig erübrigen. An deren Stelle soll eine Musterschau in Dresden treten. Die sächsische Fertigwarenindustrie hat also nur noch einen Abnehmer — die Zentralhandelsgesellschaft. Damit ist nicht nur auch auf diesem Gebiete ein Handelsmonopol begründet, sondern es wird auch eine genaue Kontrolle über die nicht enteigneten Betriebe der Verbrauchsgüterindustrie (so weit ihre Erzeugnisse unter die Bewirtschaftung fallen) ausgeübt.

Nach der Errichtung der Kontore wurde darauf hingewiesen, daß sich an ihrer Organisation noch manches ändern könne, etwa durch stärkeren Übergang zum Eigengeschäft, durch Übernahme eigener Lagerhäuser und eigener Transportmittel, durch Zusammenschluß der in den Bezirken für das Handelskontor tätigen Großhandelsfirmen zu Bezirks-handelsgesellschaften oder Gruppenempfängern¹⁾.

So weit das Programm! In der Praxis haben das Industriekontor und die Zentralhandelsgesellschaft mindestens anfangs mit gewissen Reibungsverlusten gearbeitet. Die Kritik am Industriekontor machte geltend, daß es zwar den Produktionsbetrieben die Materialien zuleiten soll, es aber keine Verfügungsgewalt über die anfallenden Stoffe habe, die erforderlichen Freigabescheine vielmehr ausschließlich von der Landesverwaltung ausgegeben würden. Es hat zeitweise offenbar eine Verwirrung über die Zuständigkeiten geherrscht, um die sich die Abteilung Wirtschaft und Arbeit der Landesverwaltung, die Wirtschaftsämter bei den lokalen Verwaltungsstellen, die oben behandelten Kontore und schließlich die Industrie- und Handelskammern stritten. Ähnlich soll es im Bereiche der Zentralhandelsgesellschaft gewesen sein, wobei man sich freilich darüber klar sein muß, daß eine Zentralisierung des Absatzes bei dem außerordentlich ausgedehnten und weitverzweigten Sortiment gerade der sächsischen Verbrauchsgüterindustrie, der Unzahl von Artikeln und so weiter besonders schwierig ist und die Lösung zahlreicher organisatorischer Probleme verlangt.

Das Außenhandelskontor: Eine solche Zentralisierung des Großhandels, wie sie vorstehend für Sachsen geschildert wurde, macht ein weiteres Organ, das Außenhandelskontor, erforderlich, dessen Gründung im Land Sachsen und in anderen Ländern und Provinzen der Ostzone inzwischen erfolgt ist. Das Sächsische Außenhandelskontor

ist zum alleinigen Träger des sächsischen Außenhandels vor allem des Exportes bestimmt, der zunächst von den Industrie- und Handelskammern mit Unterstützung und im Auftrag der sowjetischen Militäradministration betrieben wurde. Dieses Kontor ist nicht mit Einkaufsbüros für deutsche Waren zu verwechseln, wie sie von den Besatzungsmächten unterhalten werden²⁾. Es braucht wohl kaum besonders darauf hingewiesen zu werden, daß bei der außerordentlichen Vielgestaltigkeit der sächsischen Produktion die Zentralisierung des Exportes vielleicht noch problematischer ist als die des binnenländischen Absatzes, zumal da nach dem Abbau der Produktionsmittelindustrien die Erzeugung von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern künftig noch mehr in Vordergrund stehen wird als früher. Dieses Warensortiment würde selbst nach einer empfehlenswerten und notwendigen Standardisierung noch außerordentlich breit sein. Nach bisheriger Erfahrung ist in diesem Falle die individuelle Bearbeitung der ausländischen Abnehmer kaum zu entbehren — in gewissem Gegensatz zu Massengüter, Grund- und Rohstoffen oder Halbwaren, bei denen sich kollektive oder monopolistische Formen des Außenhandels leichter durchführen lassen³⁾.

Die Zentralisierung des Großhandels in Berlin

Auch in Berlin ist nach dem Zusammenbruch eine starke Zentralisierung des Handels und der Handelstätigkeit zu beobachten. Die frühere Stadtverwaltung hat darauf hingewiesen, daß nach dem Ende der Kampfhandlungen ein Lebensmittelgroßhandel nicht vorhanden war. Ihm fehlten die Geschäfts- und Lagerräume, die finanziellen Mittel und vor allem die Fahrzeuge. Der Magistrat sei daher gezwungen gewesen, selbst die Aufgaben des Lebensmittelgroßhandels (Einkauf, Transport, Lagerung, Verteilung) zu übernehmen, doch sei dies nur als vorübergehende Maßnahme gedacht, bis die Voraussetzungen für die Arbeit des Großhandels wieder gegeben sind. Zur Zeit betreibt die Stadt Berlin das größte Lebensmittelgroßhandelsgeschäft in Deutschland. Die Belieferung des Einzelhandels erfolgt über magistrats-eigene Zentral- und Bezirkslager mit einem Umsatz zwischen 400 und 600 Millionen Reichsmark und einer Kontrolle über einen Umsatz von 900 Millionen Reichsmark. Bei einzelnen Waren (bei Obst und Gemüse schon im November 1945) und später in verschiedenen Verwaltungsbezirken generell ist der Lebensmittelgroßhandel eingeschaltet worden. Es ist das erklärte Ziel auch der gegenwärtigen Stadtverwaltung, daß eine Kommunalisierung oder Sozialisierung dieses Handelszweiges nicht beabsichtigt sei und daß sie sich so bald wie möglich aus dem Lebensmittelgeschäft wieder zurückziehen wolle. Vorläufig sei dies aber wegen der ganz ungewöhnlichen Versorgungslage der von vier Mächten besetzten Stadt (Lieferungen aus den vier Zonen), der noch außerordentlich schwierigen Transportverhältnisse, der teilweise unübersehbaren Risiken und Kosten, der rasch wechselnden Anordnungen und der zeitweise außerordentlich hohen finanziellen Anforderungen nicht möglich, wenn man den bisher leider noch recht unregelmäßigen Fluß der Zufuhren nicht noch mehr gefährden wolle.

Bestrebungen zur Zentralisierung oder besser Kommunalisierung des Lebensmittelgroßhandels sind auch in anderen Großstädten zu beobachten. So wurde beispielsweise im Sommer 1946 aus Halle von einem „Gemüse-Kontor“ berichtet, das die täglich aus der Umgebung der Stadt angelieferten Gemüsemengen übernehmen und an den Einzelhandel gerecht verteilen soll. In Düsseldorf ist für diese Aufgabe im Mai 1946 ein Einkaufsring des Großhandels in Leben gerufen worden.

²⁾ Zum Beispiel von den Russen in Potsdam, Leipzig und anderen Städten den Briten in Minden, den Franzosen in Baden-Baden.

¹⁾ In diesem Zusammenhang verdient die Nachricht Interesse, daß die Zahl der Leipziger Großhändler, die den Einzelhandel der Stadt beliefern, von 180 auf 20 reduziert wird; zur besseren Ausnutzung der Transportmöglichkeiten werden die verbleibenden Firmen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die — wie es heißt — auch Nordwestdeutschland betreuen soll. Allerdings handelt es sich dabei offenbar auch um den Nahrungs- und Genussmittelhandel, der außerhalb des Warenkreises steht, mit dem es die Zentralhandelsgesellschaft zu tun hat.

³⁾ Etwas anderes sind die während der beiden letzten Jahre im Westland entstandenen Einfuhrkontore (für Baumwolle, Wolle, Seide, Haare und Faserstoffe, Zellulose, Schwefel, Magnesium, Superphosphate, Thomasmehl, Kalk und anderes). Es handelt sich nicht um amtliche Instanzen, sondern private Gründungen, die an der Einfuhr beteiligten Handelsfirmen zur Verteilung der importierten Rohstoffe. Maßgebend für die Errichtung war der Wunsch der Militärregierungen, es bei der Einfuhr nur mit einem Partner zu tun zu haben. Die Rohstoffe werden also im ganzen importiert und von den Einfuhrkontoren an deren Mitglieder, die Firmen, verteilt. Die Kontore sollen die Geschäftsabwicklung selbst, also die Weiterleitung an die verarbeitende Industrie, möglichst den Firmen überlassen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich innerhalb des wieder zugelassenen Obst- und Gemüsegroßhandels selbst Tendenzen zu einer Zentralisierung gezeigt haben: es kam zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft des Großhandels, die später in die Form einer Genossenschaft überführt worden ist. Von etwa 400—500 Berliner Obst- und Gemüsegroßhändlern war aber nur eine zahlenmäßig kleine Gruppe in dieser Organisation beteiligt, der man vorwarf, daß sie die Verteilung der anfallenden Ware in die Hand zu bekommen und damit den Berliner Obst- und Gemüsemarkt zu beherrschen suchte. Wie leicht verständlich, waren scharfe Auseinandersetzungen — sei es mit den opponierenden Großhändlern, sei es mit den politischen Instanzen — die unvermeidliche Folge; letztere erblickten in diesen Bestrebungen die Auferstehung monopolistischer Organisationen und Positionen in der Privatwirtschaft.

Wohl noch stärker als der Lebensmittelgroßhandel ist der Baustoffhandel in Berlin zentralisiert worden. Die Baustoffe werden durch die Baubeschaffungs-G. m. b. H., an der die Stadt Berlin zu 60 vom Hundert, die Baufirmen zu 40 vom Hundert beteiligt sind, nach Weisung des städtischen Hauptamtes für Aufbaudurchführung an die Verwaltungsbezirke und von diesen an die Baufirmen verteilt. Die Notwendigkeit dieser Organisation begründete der Magistrat damit, daß er nur auf diese Weise den Schwarzhandel mit Baustoffen wirkungsvoll bekämpfen und den notwendigen Überblick über die Baustoffversorgung Berlins erlangen könne. Der Baustoffhandel beklagt sich aber bitter über eine Ausschaltung, zumal das Handelsvolumen in Baustoffen infolge der unzureichenden Versorgung Berlins auf ein Minimum bewege und das Ziel — die Bekämpfung des Schwarzhandels — nicht erreicht worden sei.

Interesse verdient in diesem Zusammenhang auch das von der Berliner Stadtverwaltung ins Leben gerufene „Handelskontor“, das die Verbindung mit der Sowjetzone aufrecht erhalten soll. In den Verteilungsplänen¹⁾ für die Industrieerzeugnisse der Zone sind bestimmte Quoten für Berlin (das heißt den sowjetischen Sektor der Stadt) festgelegt, die das Handelskontor hereinholen soll und die durch das Zentralverteilungsamt des Magistrats über die Verwaltungsbezirke an Verarbeiter, Einzelhandel und Verbraucher weitergeleitet werden. Ferner ist dem Handelskontor der Stadt Berlin die Durchführung des Wirtschaftsverkehrs mit den Westzonen Deutschlands — also das Berliner Interzonen-Geschäft — übertragen worden, und schließlich soll es Vorbereitungen treffen für die Wiederaufnahme des Wirtschaftsverkehrs zwischen Berlin und dem Ausland.

Die „freien Märkte“

Zu den neuen Handelsformen, die im Osten Deutschlands aufgekommen sind, gehören nicht zuletzt die sogenannten „freien Märkte“. Infolge des geringen Warenangebots ist ihre tatsächliche Bedeutung vorläufig noch nicht sehr groß. Doch ohne Zweifel die Idee, die dieser Einrichtung zugrunde liegt, die bisherige Entwicklung und die geplante Organisation von großem Interesse.

Der Gedanke der „freien Märkte“ oder „freien Bauernmärkte“ stammt aus dem sowjetischen Bewirtschaftungs-, Ablieferungs- und Absatzsystem für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Soweit die Produktion die staatlich festgesetzten Ablieferungen, sonstige staatliche Einkäufe sowie den Eigenbedarf der Kolchoswirtschaften und der Bauern übersteigt, kann sie auf den sogenannten Kolchosmärkten abgesetzt werden, und zwar zu Preisen, die höher sind als die für die staatlichen Ablieferungen und Einkäufe gewährten. Dadurch ist für die Bauern beziehungsweise die Kolchoswirtschaften ein Anreiz zur Produktionssteigerung gegeben. Im Laufe der letzten zwölf Jahre ist der Kolchosmarkthandel — neben dem Staatshandel und den Konsumgenossenschaften, die allerdings beide bedeutender sind — zur dritten großen Säule des sowjetischen Einzelhandels aufgestiegen.

Als Begründung für die Einführung der „freien Märkte“ in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wird an-

geführt, daß das frühere deutsche Erfassungssystem für Agrarprodukte, das mit dem Namen des Reichsnährstandes verbunden ist und eine restlose Ablieferung der Erzeugung vorsah, falsch gewesen sei. Denn dadurch würde der Bauer veranlaßt, entweder einen Teil der Erzeugung zurückzuhalten oder die Produktion zu drosseln. Daher sei es zweckmäßiger, vernünftig bemessene Ablieferungsquoten vorzuschreiben, die verhältnismäßig leicht erfüllt werden können; auf diese Weise bleibe dem Bauern — außer seinem Eigenbedarf — ein freier Überschuss, eine sogenannte freie Spitze, die er auf den „freien Märkten“ zu „freien Preisen“ verkaufen könne und solle. Unter „freien Preisen“ sollen grundsätzlich solche verstanden werden, die sich aus Angebot und Nachfrage bilden. Da aber das Mißverhältnis zwischen den Marktfaktoren gegenwärtig noch zu groß ist, werden die sogenannten freien Preise vorläufig noch festgesetzt, und zwar so, daß sie erheblich über den Ablieferungspreisen liegen. Mit Hilfe der „freien Märkte“ will man das Interesse der landwirtschaftlichen Erzeuger an einer Produktionssteigerung wecken, zumal da von den Städten gewissermaßen als Gegenleistung Industriewaren (landwirtschaftliche Geräte und Bedarfsartikel sowie Verbrauchsgüter) zur Verfügung gestellt werden sollen, so daß der Bauer für die Erlöse am „freien Markt“ Waren kaufen kann, die er braucht. Durch die „freien Märkte“ will man ferner die Zwangswirtschaft lockern, ohne den Schutz des Verbrauchers aufzuheben.

Die ersten „freien Märkte“ wurden nach der Ernte im Herbst 1945 eingeführt, aber auf Veranlassung der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung bald wieder abgeschafft, da bei der angespannten Versorgungslage praktisch nur ganz geringe Überschüsse zur Verfügung standen, die auf den „freien Märkten“ hätten verkauft werden können. Damals waren übrigens die „freien Märkte“ im wesentlichen lokale Einrichtungen nach der Art von Wochenmärkten, auf denen ausschließlich Erzeuger der näheren oder weiteren Umgebung die Waren anbieten und letzte Verbraucher als Käufer auftreten durften. Der Bauer mußte also selbst zum Markte fahren; er durfte höchstens die Erzeugnisse seiner Nachbarn zum Verkaufe mitnehmen, ohne daß er dafür eine Gegenleistung erhalten oder fordern durfte. Der Kauf zum Zwecke des Wiederverkaufs sowie Großeinkäufe waren verboten und strafbar. Auch für die Stadt Berlin waren keine Einkäufe möglich. Die Mengen, die an den einzelnen Käufer abgegeben werden durften, wurden — das gilt auch heute noch — begrenzt, wenn die Nachfrage das Angebot überstieg. Angesichts dieser zahlreichen Schranken für Käufer und Verkäufer erscheint die Feststellung nicht unberechtigt, daß die Bezeichnung „freie Märkte“ vorerst ein noch ziemlich weit entferntes Ziel ankündigt.

Als die ersten Erzeugnisse aus der Ernte des Jahres 1946 reiften, wurde die Frage der Zulassung von „freien Märkten“ wieder akut. Damals hatte man bereits zweierlei erkannt: Wenn der Geschäftsverkehr ausschließlich zwischen Erzeugern und letzten Verbrauchern stattfinden soll, können die freien Überschüsse nicht an die Orte des dringendsten Bedarfs (also in die Großstädte und Industriezentren) gebracht werden, sondern bleiben im wesentlichen in den Erzeugergebieten, wo bei leicht verderblichen Produkten sehr rasch ein schwer verwertbares Überangebot entstehen kann. Außerdem entsteht bei dieser Regelung für den Bauern ein empfindlicher Zeitverlust durch die Marktbesuche. Aus diesen Gründen hat die SMA (Sowjetische Militär-Administration) im Mai 1946 erlaubt, daß sogenanntes freies Gemüse²⁾ auch von Genossenschaften und ausgewählten privaten Großhändlern aufgekauft werden darf; auf der gleichen Linie lag ein im September 1946 erlassener Befehl, nach welchem die Lieferung freier Überschüsse an Großstädte und Industriezentren mit Hilfe landwirtschaftlicher Absatzgenossenschaften, ausgewählter privater Händler, Molkereien, sonstiger Verarbeiter und so weiter (aber nur durch einheimische Betriebe) ausdrücklich erlaubt beziehungsweise gefordert

¹⁾ Die Verteilungspläne bauen auf den (sehr viel bekannteren) Produktionsplänen auf.

²⁾ Das ist Gemüse, das entweder der Pflichtablieferung nicht unterliegt (wie Spinat, Mangold, Salat aller Art, Radieschen, Porree, Rosenkohl, Grünkohl) oder dessen Erzeugung die Pflichtabgabe übersteigt (einschließlich Kartoffeln).

wurde. Daneben wird die ursprüngliche Form der „freien Märkte“ nach der Art der Wochenmärkte beibehalten.

Die Preise für die freien Überschüsse waren im vorigen Jahr folgendermaßen geregelt:

Für Gemüse durfte der doppelte Preis gefordert werden wie bei der Pflichtabgabe. Milch wurde mit 0,60 RM je Liter vergütet; für 1 kg Bauernbutter wurden 10.— RM, für 1 kg ausgelassene Schlachtfette 12.— RM bezahlt. Für den vollen Geldbetrag konnten Tabakwaren oder an Stelle von 100 Zigaretten 1 kg Zucker bezogen werden. Die Großaufkäufe sollen in erster Linie Betriebsküchen, Volksgaststätten, Krankenhäusern und anderen Großverbrauchern zugute kommen. Den Verbrauchszentren (Großstädte, Industriezentren) wurden gewisse Gebiete zugewiesen, in denen sie aufkaufen durften. Der Bauer kann jedoch die sogenannten überschüssigen Nahrungsmittel nach freiem Ermessen verkaufen. Später sollen die freien Verkäufe auch für die „freien Spitzen“ von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten zugelassen werden, um die Großverbraucher, Städte und Industriegebiete besser versorgen zu können.

Um die Produktion weiterhin anzuregen, ist beabsichtigt, in absehbarer Zeit den Bauern als Gegenleistung auch zusätzliche Düngemittel, Arbeitskleidung und landwirtschaftliche Geräte durch die gleichen Handelsorganisationen, denen sie ihre Produkte überlassen, zur Verfügung zu stellen.

Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Warenangebot auf den „freien Märkten“ oder — allgemeiner ausgedrückt — der Umfang der „freien Verkäufe“ (außer vielleicht bei Gemüse) bisher unbefriedigend war. Dazu sind die Ernteerträge in weiten Teilen der Sowjetzone (infolge Düngermangel und aus vielen anderen Gründen) teilweise zu stark gesunken und die Pflichtablieferungen im Vergleich dazu zu hoch. Außerdem dürfte der „freie“ Markt im Wettbewerb mit Hamsterei und Schwarzmarkt hoffnungslos unterlegen sein. Ursprünglich wollte man diese Erscheinungen mit Hilfe der „freien Verkäufe“ bekämpfen. Ob sich aber dieses Ziel erreichen läßt, muß bezweifelt werden; denn Hamsterei und Schwarzmarkt bewegen sich auf einer unvergleichlich höheren Preisebene, als sie für die „freien Verkäufe“ vorgesehen ist, oder die Lebensmittel werden gegen Waren, die der Bauer braucht oder die ihm wertvoll erscheinen, getauscht. Der Verkauf kleiner Mengen an private Käufer auf dem Bauernhof ist zwar grundsätzlich verboten, und man setzt sich auch für eine Verschärfung dieses Verbotes ein. Praktisch ist er doch erlaubt; denn man hat eine wichtige Ausnahme zugunsten der ortsansässigen Bevölkerung gemacht — eine Regelung, die vor allem der auf dem Lande wohnenden Industriearbeiterschaft zugute kommen soll, sich aber wohl kaum auf diese beschränken lassen dürfte. Zudem hat die Erfahrung gelehrt, daß die Not

der auf die Lebensmittelrationen angewiesenen Bevölkerung derartige Verbote sprengt. Im vorigen Jahr wurde geschätzt, daß 80 vom Hundert der „freien Überschüsse“ dem Schwarzhandel beziehungsweise der Hamsterei zufließen und nicht auf die „freien Märkte“ kommen.

Moderne Bestrebungen zur „Ausschaltung“ des Handels

Zu den geschilderten Wandlungen in der Organisation und den Formen des Handels tritt — wie in allen Epochen starker wirtschaftlicher Dynamik und hoher sozialer Spannungen — das Streben nach gänzlicher „Ausschaltung“ dieser Wirtschaftsstufe. Bei derartigen Versuchen ist in der Vergangenheit freilich stets schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit entdeckt worden, daß sich nun an anderer Stelle ähnliche Aufgaben und Arbeiten ergeben, wie der Handel sie zu bewältigen hat. Es werden ferner ähnliche Einrichtungen wie im Handel benötigt, und, sobald man sich entschließt, die Kosten vollständig zu berechnen, ergibt sich zur großen Enttäuschung der „Handelsfeinde“, daß sich die entstandenen Kosten nicht wesentlich von denen des Handels unterscheiden. Es erweist sich nämlich, daß mit der Versuchen „Ausschaltung“ des Handels die Handelsfunktionen nicht beseitigt werden können; die sonst vom Handel erfüllten Leistungen wachsen zunächst unmerklich, nach kurzer Zeit aber deutlich spürbar an anderer Stelle zu. Schließlich bleibt die entscheidende Frage, ob mit einer sogenannten Ausschaltung des Handels die Interessen der Verbraucher besser gewahrt werden, als es ein leistungsfähiger Handel vermag.

Alle diese so oft durchdachten und erörterten Gesichtspunkte gelten auch für die gegenwärtigen Bestrebungen, die auf den Handel und vor allem den Einzelhandel verzichten wollen, — Bestrebungen übrigens, die in allen Teilen Deutschlands zu verzeichnen sind, deren Bedeutung aber bisher nicht hoch veranschlagt zu werden braucht.

Im Westen ist zum Beispiel innerhalb des Systems der Warenbewirtschaftung die Zahl der sogenannten Sonderkontingentsträger ständig gestiegen; bei der Belieferung dieser Verbraucherkategorien wird der Handel häufig nicht herangezogen, sondern man wählt eine rein bürokratische Verteilung der Waren an die Empfangsberechtigten. Auch die „Warenkompensation“ (Hergabe von Fertigwaren an solche Betriebe, die Rohstoffe, Teile und so weiter liefern) führt zu einer Güterverteilung, die den Handel nicht in Anspruch nimmt. Im Osten Deutschlands und in Berlin wird beispielsweise Gemüse über die Gewerkschaften an die Betriebe verteilt, da man diese Lieferungen nur den Werktätigen zukommen lassen will. Wie eingangs dargelegt, kann es nach den früher gewonnenen Erfahrungen als unwahrscheinlich gelten, daß es sich dabei um bleibende Formen der Warenverteilung handelt. Es sind im wesentlichen „Kinder der Not“.

Ausblick

Die kurze Zeitspanne, die seit dem Zusammenbruch vergangen ist, hat gelehrt, daß auch im Handel — ähnlich wie in anderen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens — fast alle wichtigen Probleme wieder zur Diskussion stehen und nach einer Lösung verlangen. Das gilt für die Fragen der Übersetzung, der Betriebsformen und des Wettbewerbs ebenso wie für das eng damit zusammenhängende Schicksal der mittelständischen Existenzen und für viele andere Fragen. Allem voran aber steht die Tatsache, daß der Handel in der Ostzone in das Kraftfeld einer im Entstehen begriffenen neuen Wirtschaftsverfassung geraten ist, während er im Westen und Süden Deutschlands weitgehend an die Vergangenheit anknüpfen konnte.

Als Ganzes hängen Groß- und Einzelhandel vom Umfang der künftigen Verbrauchsgüterproduktion und der Konsumkraft der Bevölkerung ab. Ob der Handel die Höhe seiner früheren Umsätze in absehbarer Zeit wird erreichen können, ob die Warensortimente die frühere Breite wieder erlangen werden und es zu der aus früherer Zeit bekannten Spezialisierung der Handelsbetriebe, vor allem der Einzelhandelsgeschäfte kommen wird, muß man als sehr zweifel-

haft ansehen. Wahrscheinlich werden viele Waren noch auf lange Zeit fehlen. Das Warenangebot wird auch bei einer Erhöhung der Verbrauchsgüterproduktion längst nicht so stark differenziert sein wie einst; man wird vielmehr den Weg zu einer Standardisierung und Typisierung viel stärker als früher verfolgen müssen. Für den Handel wäre damit die wohl wichtigste Voraussetzung für eine durchgreifende Rationalisierung, für eine Steigerung seiner Leistungen und eine Senkung von Kosten, Spannen und Preisen gegeben, die er im allseitigen Interesse — besonders in seinem eigenen — freudig begrüßen sollte. Aus diesen Fortschritten werden sich auch überaus fruchtbare Gesichtspunkte für eine dauerhafte Lösung der übrigen Lebensfragen des Handels (auch der Übersetzung) ergeben. Auch die Klein- und Mittelbetriebe sollten sich mit ganzer Kraft in den Dienst dieser großen Aufgabe stellen. Eine Zukunft für mittelständische Existenzen — vor allem im Einzelhandel — wird nur dann gegeben sein, wenn es diesen Betrieben gelingt, sich von dem Vorwurf des ewig Gestrigen zu befreien, den diese Gruppe nicht zu Unrecht seit langem ausgesetzt ist.

Memorandum des Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas

Ziel und Programm der Arbeiten für den Entwurf einer Antwort an Außenminister Marshall

Der von der britischen Delegation in Paris vorgelegte Plan wurde in der folgenden revidierten Fassung am 19. Juli 1947 vom Komitee zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas angenommen.

Einleitung

Der Zweck des vorliegenden Memorandums ist es, einen Arbeitsplan aufzustellen und in großen Linien aufzuzeigen, welche Art Informationen für die Abfassung eines Gesamtberichtes erforderlich sind. Bei der Abgabe der Informationen sollten die folgenden Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

1. die Anstrengungen, die von den verschiedenen europäischen Nationen gemacht wurden oder beabsichtigt sind, um die durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten zu überwinden;

2. die Unterstützung, die sie sich gegenseitig gewährt haben oder zu gewähren beabsichtigen, um den wirtschaftlichen Wohlstand Europas wiederherzustellen und mit all ihren Hilfsquellen der Entwicklung des Welthandels teilzunehmen;

3. das Minimum an Hilfe von außen, das sie brauchen, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Abschnitte I, II und III befassen sich mit einer Analyse durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten, der schon zur Überwindung gemachten Anstrengungen und des Beitrages, den jedes Land bis jetzt zum Wiederaufbau anderer europäischer Länder geleistet hat.

Abschnitt IV betrifft die Anstrengungen, die jedes Land im Laufe der vorgesehenen Zeitspanne zu machen gedenkt, um die Ausnutzung seiner Produktionskapazität und seiner wichtigen Ressourcen zu fördern.

Die Abschnitte V, VI und VII sollen eine Aufstellung der Bedürfnisse und Hilfsquellen Europas ermöglichen, und zwar unter Berücksichtigung der oben erwähnten Anstrengungen zur Produktionssteigerung. Die Bilanz stellt das Ausmaß der erforderlichen Zuwendungen von außen dar, soweit es sich um Produkte handelt, für jedes Teilnehmerland lebenswichtig sind, wie zum Beispiel: Brennstoffe und Energie, Stahl, Nahrungsmittel und Transportmittel, sowie Zahlungsmittel.

Abschnitt VIII bezieht sich auf die Maßnahmen, die die Teilnehmerländer anwenden wollen, um diese Hilfe von außen auf ein Minimum herabzusetzen und zu bewirken, daß Europa bei der Wiederanknüpfung internationaler wechselseitiger Beziehungen die Förderung des allgemeinen Wohlstandes in der Welt eine Rolle wieder übernimmt.

Im Abschnitt IX wird betont, daß die volle Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazität in den Teilnehmerländern so schnell wie möglich gewährleistet werden muß.

Die Abschnitte X und XI befassen sich mit den Grundsätzen und dem Verfahren, die auf die Wertberechnungen anzuwenden sind. Abschnitt XII ist der Behandlung der Überseegebiete gewidmet.

I. Kriegsbedingte Schwierigkeiten

Es würde sich empfehlen, eine Aufstellung der Schwierigkeiten zu machen, denen sich die verschiedenen Länder gegenübergestellt haben, und zwar beispielsweise:

1. Zerstörungen und kriegsbedingte Schwierigkeiten, Mangel an Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Ausrüstungsgegenständen und Transportmitteln;

2. Störungen der normalen Beziehungen zwischen den verschiedenen Gebieten der Volkswirtschaft, insbesondere Schwierigkeiten im Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen Stadt und Land;

3. Umwälzungen der traditionellen internationalen Handelsbeziehungen und insbesondere die Tatsache, daß es für viele Länder unmöglich ist, sich Kohlen und Rohstoffe in ausreichender Menge zu beschaffen.

II. Analyse der bisher gemachten Anstrengungen

Es wäre angebracht, das aufzuzeigen, was jedes Land für seinen eigenen Wiederaufbau und für die Förderung seiner lebensnotwendigen Produktionszweige geleistet hat. Zu diesem Zwecke wären genauer anzugeben:

1. die gesteckten Ziele,
2. die bis zum 1. Juli erreichten Ergebnisse,
3. die angewandten Methoden und Mittel,
4. die aufgetretenen Schwierigkeiten

auf den entsprechenden Arbeitsgebieten der vier technischen Ausschüsse sowie auf anderen wichtigen Gebieten, die das Komitee für Zusammenarbeit noch angeben mag.

III. Der bis jetzt von jedem Lande geleistete Beitrag zum Wiederaufbau anderer Länder

Hierbei sind die folgenden Rubriken einzuhalten: Zuwendungen für die UNRRA und zur Unterstützung der zivilen Bevölkerung, vereinbarte und empfangene Kredite und andere Unterstützungen, Ausfuhr von Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Energie und wichtigen Rohstoffen und Ausrüstungsgegenständen nach anderen europäischen Ländern, Wiederaufbau des internationalen Transportwesens, Auswanderung und Erleichterungen für den Personenverkehr.

IV. Darlegung der nationalen Programme für die Zeit von 1947 bis 1951

Diese sind auf die von den vier technischen Ausschüssen bearbeiteten Gebiete und auf alle diejenigen wichtigen Fragen zu beschränken, die das Komitee für Zusammenarbeit noch etwa aufführen wird. Unter die letzteren wäre die Frage des Nutzholzes einzureihen, das besonders in Bezug auf den Wohnungsbau unter die Grundstoffe zu rechnen ist. Die Aufstellung müßte genaue Angaben enthalten über:

1. die Ziele und Aktionspläne für die kommenden Jahre bis zum Ende des Jahres 1951;
2. die dazu notwendigen Mittel;
3. die grundlegenden Schwierigkeiten, die es dabei zu überwinden gilt.

Die Angaben und Aktionspläne, die unter den oben genannten Punkt 1 fallen, müssen für die Jahre 1948 und 1949, soweit möglich, besonders vollständig und ausführlich behandelt werden. Es ist einleuchtend, daß sie für die letzten Jahre der Periode weniger genau ausfallen werden. In gewissen Fällen können die Angaben unvollständig sein, wenn nicht über 1951 hinausgegangen wird.

V. Defizite und Überschüsse an Nahrungsmitteln und Rohstoffen

Für jedes Land wird eine Bilanz der Hilfsquellen und Bedürfnisse bezüglich derjenigen lebenswichtigen Produkte aufzustellen sein, die durch die technischen Ausschüsse und durch die Unterausschüsse (einschließlich Holz) bearbeitet werden, die von dem Komitee für Zusammenarbeit noch gebildet werden können. Soweit die technischen Ausschüsse und Unterausschüsse es für angebracht halten, sollen diese lebenswichtigen Produkte auch die Produktionsmittel umfassen. Das ist in der folgenden Begriffsbestimmung mitgehalten:

a) Defizite, die durch Einfuhr zu decken sind;

b) ausföhrbare Überschüsse, wobei möglichst die Mengen angegeben sind, die in jedem der Teilnehmerländer dem Komitee für Zusammenarbeit zur Ausfuhr in andere Teilnehmerländer zur Verfügung stehen.

Im allgemeinen muß es genügen, wenn jedes Land eine umfassende Aufstellung über seinen Bedarf für jedes lebenswichtige Produkt macht; aber es könnte erforderlich sein, daß die Länder, wie zum Beispiel im Falle der Kohle, gewisse Angaben über die vorgesehenen Verwendungszwecke machen. Es muß ferner Rechenschaft abgelegt werden über die in jedem Lande zur Verfügung

stehenden Arbeitskräfte und über die verfolgte Ein- und Auswanderungspolitik.

VI. Einfuhrbedarf und Ausfuhrmöglichkeiten für Ausrüstungsgegenstände

Es wird notwendig sein, den Einfuhrbedarf an Ausrüstungsgegenständen genau anzuführen, der unerlässlich ist, wenn die im Abschnitt IV behandelten Ziele erreicht werden sollen, und die Zuwendungen zu bestimmen, die aus den Hilfsquellen der Mitglieder des Komitees für Zusammenarbeit zur Deckung dieses Bedarfs zur Verfügung stehen. Den zuständigen Ausschüssen wird es obliegen, die so angeführten Kategorien von Ausrüstungsgegenständen zu bestimmen.

VII. Zahlungsbilanzen

Ein Sachverständigenausschuß ist mit der Prüfung derjenigen Fragen zu beauftragen, die sich auf die Zahlungsbilanzen und andere Probleme der auswärtigen Finanzlage eines jeden Landes beziehen und die in dem Schlußbericht zu untersuchen sind.

Dieser Ausschuß wird die Ergebnisse seiner Arbeit dem Komitee für Zusammenarbeit vorlegen, von dem er Anweisungen für die Ausarbeitung des entsprechenden Abschnitts für den Schlußbericht erhalten wird.

VIII. Europäische Zusammenarbeit

Das Ziel der Untersuchungen wird entsprechend den vorangegangenen Abschnitten darin liegen, die Anstrengungen aufzuzeigen, die die Länder zu machen beabsichtigen, um die von außerhalb erforderlichen Hilfsleistungen auf ein Minimum zu beschränken und um Europa in die Lage zu versetzen, die ihm zukommende Rolle bei der Wiederherstellung internationaler Beziehungen und bei der Förderung des Wohlstandes in der ganzen Welt wieder zu übernehmen.

IX. Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazität

Bei der Behandlung der Probleme, die sich auf den von den technischen Ausschüssen und Unterausschüssen bearbeiteten Gebieten ergeben, und bei der Prüfung der ihnen vorgelegten Angaben soll besondere Rücksicht genommen werden auf die hervorragende Bedeutung, die der Ausnutzung der in den Teilnehmerländern vorhandenen Produktionskapazität zukommt, sowie auf die Dringlichkeit, mit der diese Produktion zu behandeln ist.

X. Grundsätze, die bei der Aufstellung der Angaben anzuwenden sind

Bei der Ausarbeitung der Angaben bezüglich der Produktion, des Verbrauchs, der Einfuhr und Ausfuhr (Abschnitte IV, V, VI und VII oben) sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

- Unter Vorbehalt der Absätze b) und c) unten ist anzugeben, daß das Einfuhrvolumen weder begrenzt wird durch Devisenmangel noch durch die Möglichkeit eines Zahlungsausgleichs der Teilnehmerländer untereinander in einer annehmbaren Währung.
- Bezweckt wird, bis zum Ablauf des in Betracht gezogenen Zeitraums für jedes interessierte Land eine annähernd ausgeglichene Wirtschaft zu schaffen, und zwar ohne daß letztes Endes eine besondere Unterstützung von außen notwendig ist.
- Obgleich es angebracht ist, das Verbrauchsniveau während der vorgesehenen Periode unter Berücksichtigung seiner Auswirkung auf das Produktionsniveau und seiner Rolle als Anreizmittel festzusetzen, darf es doch nicht die Höhe überschreiten, die jedes Land in der Folge ohne besondere Hilfe von außen einhalten können.
- Produktion und Verbrauch müssen ein Niveau erreichen, das mit der Aufrechterhaltung eines hohen und gefestigten Beschäftigungsstandes vereinbar ist.

XI. Verfahren

Für die Zusammenstellung der in den Abschnitten II, IV, V und VI vorgesehenen informatorischen Angaben wird folgendes Verfahren vorgeschlagen: Von den zuständigen technischen Ausschüssen und Unterausschüssen werden im Einklang mit den in diesem Memorandum festgelegten Grundsätzen Fragebogen entworfen. Mit Billigung des Exekutivausschusses und des Komitees für Zusammenarbeit, die dafür Sorge tragen werden, daß die Vorschläge insgesamt diesen Grundsätzen entsprechen, werden sie von den technischen Ausschüssen herausgegeben werden.

Bei der Ausarbeitung der Fragebogen werden die technischen Ausschüsse der Notwendigkeit Rechnung tragen, daß mindestens die im Anhang erwähnten Auskünfte eingebracht werden müssen. Es bleibt ihnen aber anheimgestellt, alle zusätzlichen Informationen anzufordern, die sie für notwendig halten.

Der Exekutivausschuß wird dafür zu sorgen haben, daß die erforderlichen Informationen über diejenigen Fragen eingeholt werden, die noch nicht auf dem Arbeitsprogramm der technischen Ausschüsse und Unterausschüsse aufgeführt sind.

Es wird von qualifizierten Fachleuten zu untersuchen sein, welcher Form die erforderlichen Informationen über den Zahlungsausgleich zu bringen sind und welches Verfahren anzuwenden ist, um sie miteinander zu vereinbaren.

XII. Überseegebiete

Was die Bestimmungen des Abschnitts V anbetrifft, so wird angebracht sein, in gleicher Weise die Hilfsquellen der zu verschiedenen europäischen Ländern gehörigen Überseegebiete berücksichtigen, soweit es sich um Produkte handelt, die für den Wiederaufbau Europas von wesentlicher Bedeutung sind: Fein Nutzholz, Mineralien und so weiter. Dasselbe gilt von Waren jeder Art (einschließlich der Produkte für den laufenden Verbrauch der einheimischen Bevölkerung), die für eine Produktionssteigerung unerlässlich sind. Ebenso wird es notwendig sein, zuzugeben, welche Anstrengungen jedes Land zu diesem Zwecke machen bereit ist. Außerdem sind in der Zahlungsbilanz Ausgange und Eingang ausländischer Devisen entsprechend den auswärtigen Zahlungen anzugeben, und zwar für das Gebiet des Landes selbst wie für die oben genannten Überseegebiete.

ANHANG

Allgemeine Anweisungen für die technischen Ausschüsse

I. Die behandelte Zeitspanne

- Eine Vergleichsperiode aus der Vorkriegszeit, auf die Bezug genommen werden kann, und zwar entweder ein bestimmtes, geeignetes Jahr oder ein Durchschnitt mehrerer Jahre (es ist erwünscht, daß die Informationen über Transportwesen, Stahl, Brennstoffe und Energie in jedem Fall für das Jahr 1938 angegeben werden).
- 1945, 1946 und Voraussagen für 1947.

c) Schätzungen für jedes einzelne Jahr von 1948 bis 1951 (um Bezugnahme auf den letzten Absatz des Abschnitts IV des allgemeinen Fragebogens).

(Was die Landwirtschaft und Ernährung anbetrifft, so werden der zuständige technische Ausschuß eine geeignete Zeitspanne wählen, und zwar nicht unbedingt das Kalenderjahr.)

II. Art der abzugebenden Informationen

- Produktion.
 - Bedarf für den inländischen Verbrauch und für die Verarbeitung zum Zwecke der Ausfuhr.
 - Defizit (Einfuhrbedarf).
 - Überschuß für die Ausfuhr, berechnet nach den in Abschnitt Va) gegebenen Richtlinien.
- Es sind Angaben darüber zu machen, auf welche Weise die Bedarf geschätzt wurde.

III. Produktionsmittel

Die Informationen des Abschnitts II müssen auf der Annahme begründet sein, daß die erforderlichen Produktionsmittel den Betracht kommenden Produktionszweigen zur Verfügung gestellt worden sind.

Die einzuführenden Materialien und Ausrüstungsgegenstände müssen genau bezeichnet und aufgeführt werden (landwirtschaftliches Material, Dünger, Saatgut, Bergwerksausrüstungen, Material für das Transportwesen, für die Metallverarbeitung und weiter, sowie diejenigen Ausrüstungsgegenstände, die notwendig sind, damit jedes Land zur Lieferung dieser Produktionsmittel beitragen kann).

IV. Arbeitskräfte

Die vermutliche Stärke der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, wie sie für die Schätzungen des Abschnitts II sowie die Einwanderung und Auswanderung angegeben wird, ist nachzuweisen.

V. Überseegebiete

- Die ausführbaren Überschüsse der Überseegebiete sollen unter die in Abschnitt IIa) angegebene Produktion des Mutterlandes fallen und je nach der Zweckmäßigkeit als Überseeproduktion gekennzeichnet werden.
- Der Einfuhrbedarf dieser Gebiete soll in den Zahlen Rubrik des Abschnitts IIc) enthalten sein und, wo es zweckmäßig erscheint, besonders gekennzeichnet werden.
- Die Auskünfte des Abschnitts III, die die Produktionsmittel betreffen, müssen für die Überseegebiete erteilt werden. Im übrigen sind Hinweise über diejenigen Verbrauchsgüter zu geben, die notwendig sind, um die Produktion in diesen Gebieten zu steigern.

VI. Einheiten

Es sind metrische Einheiten zu verwenden.

Für die im Abschnitt III erwähnten Maße und Gewichte sind die Werte nach dem gegenwärtig in den Vereinigten Staaten gültigen Preis anzusetzen.

Zur Struktur der europäischen Kulturwirtschaft

Der deutsche Buchhandel bis 1930

Eine Studie von Ernst Umlauff

Einführung

Zum Lebensstandard eines Volkes gehören auch die Aufwendungen, die es sich jeweils zur Befriedigung kultureller Bedürfnisse leisten kann, oder, anders ausgedrückt, diejenigen Teile des Sozialproduktes, die man als kulturelle Güter spricht. In den einschlägigen Statistiken wird ja meist auch eine Rubrik „Kultur- und Luxusbedarf“ geführt (eine Zusammenstellung, die uns wenig glücklich zu sein scheint). Ist wohl berechtigt, von einem „kulturellen Lebensstandard“ zu sprechen, sofern man sich dabei der Tatsache bewußt bleibt, daß das Kulturniveau eines Volkes zu den Faktoren gehört, die den Typus des Lebensstandards bestimmen, während der kulturelle Lebensstandard dem hier gemeinten Sinne nur die konkreten, in der Form von wirtschaftlichen Gütern in den Verkehr eintretenden Kulturgüter beziehungsweise die für kulturelle Zwecken getätigten Aufwendungen umfaßt. So ist es vielleicht vorzuziehen, wenn man von einem „kulturwirtschaftlichen Lebensstandard“ statt von einem „kulturellen“ schlechthin sprechen würde. Unter Kulturwirtschaft verstehen wir dabei nach G. Menz („Kulturwirtschaft“, siehe Quellennachweis) den Inbegriff derjenigen wirtschaftlichen Veranstaltungen, die erforderlich sind, damit „Kultur wirtschaftlich möglich werde und möglichst bleibe“. Der Umkreis dessen, was zum kulturwirtschaftlichen Lebensstandard gehört, ist so groß, daß er umfaßt so vielgestaltig, nach seiner Dringlichkeitseinstufung so stark abgestuft und außerdem so verschiedenartig soziale Verhältnisse gebunden, daß es aussichtslos erscheint, alles ziffernmäßig, statistisch zu erfassen. Immerhin lassen sich einzelne Teile statistisch so weit beschreiben, daß man ein Bild ihrer Bedeutung im Rahmen der Gesamtwirtschaft und speziell ihrer Rolle im Lebensstandard westlichen in großen Umrissen wohl gewinnen kann. In dieser Hinsicht sind in einigen weiteren Abhandlungen soll dies für ein bestimmtes Gebiet der Kulturwirtschaft, für den Buchhandel als den wirtschaftlichen Träger der Kulturererscheinung, untersucht werden; dabei wird das Zeitschriftenwesen, das ja in vieler Hinsicht trotz aller strukturellen Verschiedenheiten vom Buchwesen nicht zu trennen ist, in den Kreis der Betrachtung einbezogen. Zunächst wird festzustellen sein, in welchen Größenordnungen der Buchhandel in der Zeit, in der der deutsche Lebensstandard in geradliniger Entwicklung eine ansehnliche Höhe erreicht hatte, sich bewegte und wie er die nahe an einen Entwicklungsbruch heraufführende Katastrophe des ersten Weltkrieges überstanden hat; damit wird man ein Bild davon gewinnen, wie die Kulturercheinung Buchwesen in ihrem früheren Umfang „wirtschaftlich möglich“ wurde. Sodann soll versucht werden, einiges zur klaren Erkenntnis der Problematik beizutragen, das sich jetzt nach dem im Gefolge des zweiten Weltkrieges sächlich eingetretenen Entwicklungsbruch im Zusammenhang mit der Frage ergibt: „Wie bleibt die Kulturercheinung Buchwesen wirtschaftlich möglich?“, und zwar insbesondere unter den Gesichtspunkten, die sich aus dem Begriff des kulturwirtschaftlichen Lebensstandards herleiten lassen.

Die Schwierigkeit der Abgrenzung des kulturwirtschaftlichen gegenüber dem allgemeinen Lebensstandard zeigt sich deutlich gerade am Buch- und Zeitschriftenwesen. Buch und Zeitschrift sind im Laufe einer fast stürmisch zu nennenden Entwicklung innerhalb weniger Jahrzehnte in zahllose Bezirke des täglichen Lebens eingedrungen, wo sie nun als Handwerkszeug für fast alle praktischen Berufsbetätigungen eine Rolle spielen, die zwar das Beiwort „unentbehrlich“ wenigstens in vielen Fällen verdient, aber weit eher in den Bereich der ungeheuer kompliziert gewordenen Technik der Lebensbewältigung als in den des eigentlichen kulturellen Lebens gehört. Auch innerhalb des nach einer — praktisch natürlich nie durchführbaren — Abtrennung dieser Art von Erscheinungen verbleibenden Bereichs gibt es eine umfangreiche Gruppe von Erzeugnissen, die einem primitiven, in mehr industrieller Weise zu befriedigenden Unterhaltungsbedürfnis dienen und von den kulturellen Ursprüngen des Buchwesens mindestens ebenso weit entfernt sind wie jene.

Zur Klarstellung der kulturwirtschaftlichen Funktion des Buchhandels sei folgendes gesagt. Im Buch — und in der dem Buch nahestehenden Zeitschrift — sucht gedanklich-geistiger Inhalt die seinem jeweiligen Charakter nach Richtung und Weite entsprechende Verbreitung; im Buch findet das Bedürfnis nach gedanklich-geistigen Mitteilungen seine Befriedigung. Der Buchhandel organisiert diesen gedanklich-geistigen Austausch von Frage und Antwort, Darbietung und Inempfangnahme wirtschaftlich („Büchermarkt“). Er hat also dem Verbreitung suchenden Wort die materielle Form des Buches zu geben und hat die Bücher so zu verbreiten, daß alle Träger der entsprechenden Bedürfnisse ihrer habhaft werden können, und zwar hat er diese Aufgabe nach den Gesetzen der Ökonomie durchzuführen. Trotz seiner immer wieder — oft in einem gänzlich verkehrten Sinne — betonten Sonderstellung gegenüber anderen Wirtschaftszweigen ist der Buchhandel in erster Linie „Handel“, also ein Glied der Wirtschaft, und muß es bleiben. Daß infolge der Besonderheiten der „Ware Buch“ im Buchhandel irrationale Momente eine wesentliche Rolle spielen und daß insbesondere dem Buchgeschäft ein stark spekulativer Charakter innewohnt, kann hier nur angedeutet werden. Das spekulative, risikohafte Moment aus dem Buchhandel auszuschalten, ist nicht möglich, solange Freiheit des Gedankenaustauschs oberstes Gesetz ist; der Buchhandel muß also bereit und in der Lage sein, Risiken zu übernehmen. Prinzipiell sollte der Buchhandel imstande sein, jedes Wort, das es verdient, mit seinen Mitteln zu Gehör zu bringen; also müssen die unvermeidlichen Grenzen dessen, was er produzierend und vertreibend zu leisten vermag, möglichst weit hinausgerückt sein. Wie weit diese Forderung verwirklicht werden kann, hängt nicht nur vom Umfang des buchhändlerischen Apparates, seiner Ausstattung und seiner Organisation ab, sondern, da der Buchhandel eben ein Glied der Wirtschaft ist, auch von vielfachen wirtschaftlichen Momenten außerhalb seiner selbst. Nur in einer gesunden Wirtschaft kann auch der Buchhandel gesund sein. Gesund aber muß er sein, um

seine kulturwirtschaftliche Aufgabe in befriedigendem Maße erfüllen zu können. — Kulturwirtschaft ist Wirtschaft um eines außer-wirtschaftlichen Zweckes willen, nämlich des Zweckes „Kultur“. Demnach liegt auch die Sinnerfüllung des Buchhandels nicht darin, daß es ihm wirtschaftlich „gut geht“, das heißt, daß er die in ihm Beschäftigten auskömmlich ernährt und die in ihm eingesetzten Kräfte und Mittel lohnt, sondern darin, daß er in möglichst hohem Grade dem Kulturfaktor Buchwesen, der Verbreitung des Gedankenträgers „Wort“ mit den Mitteln Buch und Zeitschrift dient. Kann auch die Leistung des Buchhandels letztlich nicht vom Quantitativen, statistisch Erfassbaren her bewertet werden, sondern nur vom Qualitativen, statistisch Nichtfaßbaren, also nicht nach der Zahl der hergestellten und verbreiteten Veröffentlichungen schlechthin, sondern beispielsweise danach, in welchem Umfange der Buchhandel auch Veröffentlichungen unternimmt und durchzusetzen vermag, die ihrem Wesen nach nicht in der Richtung des geringsten Widerstandes und der größten beziehungsweise sichersten Erfolgsaussichten liegen, so bleibt doch, wie bei jedem kulturwirtschaftlichen Gebilde, das Quantitative wichtig genug. Der Buchhandel muß großemäßig „in Ordnung“ sein, das heißt, seine Größenordnungen müssen mit seiner Umwelt, wie sie von der Wirtschafts- und von der Kulturstatistik beschrieben wird, im Einklang stehen, damit der Buchhandel einerseits überhaupt wirkungsvoll arbeiten kann und andererseits vor Übersteigerungen, die seine wirtschaftliche Gesundheit und damit auch wieder die Erfüllung seiner Funktion gefährden würden, bewahrt bleibt.

Der Lebensstandard eines Volkes ist bedingt durch Größenordnungen und Verhältnisse oder er ist der Ausdruck von Größenordnungen und Verhältnissen, die durch eine auf naturgegebener Grundlage sich aufbauende geschichtliche Entwicklung entstanden sind und als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Tatbestände, einander bedingend und durchdringend, die Ganzheit des Volkslebens darstellen. Erfährt diese Entwicklung, wie es bei uns durch die deutsche Katastrophe jetzt geschehen ist, einen Bruch, so treten die schwersten Gefahren für den Bestand des Ganzen ein, wenn es nicht gelingt, einen zwar unvermeidlich niedriger liegenden, aber wenigstens in der Ausgeglichenheit seiner Größenordnungen dem früheren entsprechenden Lebensstandard wieder aufzubauen. Ein Zusammenbruch des kulturwirtschaftlichen Lebensstandards würde auf die Dauer zu einem Absinken des kulturellen Niveaus führen müssen und damit, da das geschichtlich gewordene kulturelle Niveau ja einer der den Lebensstandard mitbestimmenden und erhaltenden Faktoren ist, die Wiedererreichung eines erträglichen Lebensstandards unmöglich, die Verelendung endgültig machen. Damit rechtfertigt es sich, dem Buchhandel als einem Teilbereich des kulturwirtschaftlichen Lebensstandards eine eingehende Untersuchung zu widmen. Nicht das wirtschaftliche Gewicht des Buchhandels, wie es sich im Vergleich mit anderen Erwerbszweigen im Rahmen der Gesamtwirtschaft darstellt, sondern das Gewicht seiner der Erhaltung unserer Kultur dienenden Leistung macht diese Untersuchung notwendig.

Für die das erste Kapitel bildende Darstellung des Buchhandels, wie er gewesen ist, wurde der Zeitraum von 1900 bis 1930 gewählt, also eine Epoche, in der auf volle wirtschaftliche Entfaltung schwere Not- und Krisenzeit und auf diese wieder Jahre neuer Entfaltung unter veränderten Verhältnissen folgten. Soweit es zweckdienlich erschien, wurde jedoch auch auf die vor 1900 liegende Entwicklung zurückgegriffen.

Die verlegerische Produktion

Eine genügend ausgebaute Statistik über die verlegerische Produktion würde das beste Mittel zur Beurteilung des Umfangs, der Tätigkeit und der wirtschaftlichen Leistung des Buchhandels abgeben. Sie würde nicht nur die Angebotsseite des Büchermarktes zur Darstellung bringen, sondern zugleich den Umfang der Buchhandelstätigkeit überhaupt abzugrenzen ermöglichen. Nun gibt es seit über hundert Jahren Quellen, die eine statistische Erfassung der Produktion an Büchern und Zeitschriften wohl ermöglichen, nämlich

die zunächst von Buchhändlern, dann vom Buchhandel selbst herausgegebenen bibliographischen Veröffentlichungen, die denn auch seit je zu statistischen Zwecken ausgenutzt worden sind. Jedoch können sie nicht voll befriedigen: sie zählen wohl die Titel der Erscheinungen, also die „Sorten“, aber sie geben bei den Büchern gar nicht, bei den Zeitschriften nicht lückenlos die auf den Markt kommenden Stückzahlen, die Auflagenhöhe, an. Es ist zwar interessant und wichtig genug, zu beobachten, wieviel Druckschriften überhaupt in jedem Jahr erscheinen, wie sie sich auf verschiedene Arten, Stoffgebiete, Verwendungszwecke und so weiter verteilen, aber für eine kulturwirtschaftliche Untersuchung des Buchhandels genügt das nicht, solange man nicht die Auflagenhöhe kennt; gibt es doch Bücher, die nur in einigen hundert Exemplaren auf den Markt kommen, und Verlage, die Verlagswerke, deren Auflage in die Hunderttausende geht. Eine bloße Zählung und Gruppierung der Titel kann man zu einer restlosen Durchleuchtung der Buchhandelswirtschaft zum Zwecke der Erkenntnis ihrer grundlegenden Tatbestände führen. Diesen Vorbehalt müssen wir gegenüber der „bibliographischen“ Statistik neben einigen anderen, mehr technischen, aus ihrem Wesen sich ergebenden, hier aber nicht zu erörternden Vorbehalten machen; vor allem aber muß betont werden, daß — wie bei den meisten über längere Zeiträume sich erstreckenden Statistiken — auch bei ihr die Erhebungs- und Zählmethoden im Laufe der Zeit Änderungen erfahren haben, worunter die Vergleichbarkeit der Ergebnisse manchmal leidet (der Leser möge dies aus bei den anderen langzeitigen Statistiken, die angeführt werden, im Auge behalten). Ferner ist zu beachten, daß die Statistik alle Veröffentlichungen im deutschen Sprachgebiet zählt, nicht nur die innerhalb des Reichsgebiets erschienenen (der Anteil der außerhalb der Reichsgrenzen erschienenen, aber auf den deutschen Markt gekommenen Bücher betrug 1908 rund 15 Prozent, 1910 17 Prozent und 1930 14 Prozent; in den zwanziger Jahren war er zeitweise wesentlich höher — eine Folge der Nachkriegsverhältnisse).

Um die Produktionsziffern für den Beobachtungszeitraum 1900—1930 richtig würdigen zu können, wird in Tabelle Spalten Ia—f (linke Hälfte) die Gesamtentwicklung der Bücher- und Zeitschriftenproduktion von 1800 an wieder gegeben, soweit sie zu rekonstruieren war, und es werden dazu (Spalten b und e) die Indexzahlen auf der Basis 1826 = 100 beigelegt, aus denen die Zunahme der Produktion sinnfällig hervortritt. Die Gesamtproduktion hat sich von 1826 bis 1913 versiebenfacht; in den zwanziger Jahren des neuen Jahrhunderts ist der Index sogar über 750 gestiegen, was freilich auf das vorübergehend verstärkte Einströmen von Veröffentlichungen außerhalb des Reichsgebiets (siehe oben) zurückzuführen sein wird. Weit größer noch war die Vermehrung der Zeitschriften allein; sie betrug 1913 das Achtzehnfache der Zahl von 1826 und stieg nach dem Kriege noch höher. Man müßte, um die Ausweitung der Verlagsproduktion vom Standpunkt der im gleichen Zeitraum erfolgten allgemeinen wirtschaftlichen Ausweitung normal, über- oder unterdurchschnittlich bewerten zu können, Vergleiche mit der Produktionsentwicklung in anderen Wirtschaftszweigen anstellen, doch hätte dies nur dann einen Sinn, wenn man nicht nur die Zahl der auf den Büchermarkt gekommenen „Sorten“, sondern die wirkliche Büchermenge kennen würde. Bei Berücksichtigung der Auflagenhöhe würde sich jedenfalls ein noch steilerer Anstieg der Produktionskurve ergeben. Bei den Zeitschriften kann man wohl auf Grund von Untersuchungen, die G. Menckens („Die Zeitschrift . . .“) angestellt hat, mit einer Verzehnfachung der Durchschnittsauflagen von 1850 bis 1927 rechnen; die Zahl der Zeitschriftentitel hat sich im gleichen Zeitraum ebenfalls etwa verzehnfacht, so daß also etwa die hundertfache Menge an Zeitschriften-Exemplaren auf den Markt gekommen ist, eine Steigerung, die wohl weit über dem Durchschnitt der allgemeinen Produktionsausweitung liegt. Bei den Büchern ist die Steigerung nicht so groß gewesen, doch hat sie zweifellos die allgemeine Ausweitung ebenfalls eher überstiegen, als daß sie hinter ihr zurück-

QUARTALWEISE ENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS 1900 BIS 1930

Jahr	I. Produktionsstatistik						II. Firmenstatistik							
	Biblio- graphische Statistik	Index 1826 = 100	Bücher allein	Zeit- schriften	Index 1826 = 100	Z : B a)	Adress- buch insgesamt	Index 1839 = 100	Firmen im Reich	Reiner Verlag	Index 1938 = 100	Sortiment	Index 1939 = 100	Mitglieder des Börsen- vereins
	a	b	c	d	e	f	a	b	c	d	e	f	g	h
1800	3 906													
1811	3 176									(332)		(300)		
1821				305						(378)				
										(419)				
1826	(5 000)	100				1:13,5								
1831	7 617			371	100					(580)				
1839	(10 000)	200					1 348	100		252	100	874	100	708
1840	10 808													
1843	13 664	272												
1848	(9 925)	199	(9 237)	688	186	1:14,4								
1850	9 053											1 247		699
1856														
1858	(8 680)		(7 735)	(845)	228	1:10,2	2 215	164		525	208	1 315	150	
1860	11 120	221								668	265	1 963	225	775
1865			(9 445)	(1 218)	328	1: 8,1								
1868	10 663													
1870	10 108													
1875	12 516	250	(10 561)	(1 955)	528	1: 6,3	4 614		3 473	(866)	345	(2 254)	306	991
1880	14 986						5 652		4 376			2 670		1 226
1885	16 305													1 435
1885	16 305											3 884		1 549
1890	18 875	378	(15 714)	(3 161)	854	1: 5,9	7 474		(1 340)		660	4 526	515	2 310
1890	18 875											4 984		2 632
1895	23 607		19 574	4 033	1 090	1: 5,8	8 245		6 414					
1900	24 792	492	(19 727)	(5 065)	1 365	1: 4,9	9 360							
1905	28 886		(23 171)	5 715	1 540	1: 5,0	10 980	695	7 288	2 192	865	5 405	620	2 829
1908	30 317	606	24 474	5 843	1 722	1: 5,2	12 001	890	8 502	3 207	1 275	6 480		3 240
1910	31 281		25 298	5 983			12 650		9 327			7 012	800	3 426
1913	34 871	700	28 182	6 689	1 807	1: 5,3	12 412	923	9 832			7 408		
						1: 5,0			9 525	(2 806)				3 552
1920	32 345	645	27 793	4 552	1 225	1: 7,2	12 475							
1921	34 252		29 285	4 967		1: 6,4	13 049	925	9 544					
1925	37 722	755	31 595	6 127	1 600	1: 6,2	13 706	1 018	9 901	(2 624)	1 340	5 994	865	
									10 563	3 380		8 136	930	4 912
1927	37 886		31 026	6 860		1: 4,6	12 222			(3 991)				
1928	34 910		27 794	7 116		1: 4,1	11 619		9 635					
1929	34 305		27 002	7 303		1: 3,9	11 762		9 045					5 643
1930	34 264	685	26 961	7 303	1 970	1: 3,8	11 763	873	9 159	(3 711)				5 541

*) Z : B bedeutet: auf 1 Zeitschrift entfallen ... Bücher.

Quellenangabe:

Spalte I a und c: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel.

Spalte I d und f: Menz, „Die Zeitschrift“.

Spalte II a, e, d, f und h: Adressbuch des Deutschen Buchhandels.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1909, Bd. 3, Artikel „Buchhandel“ von K. Dzatzko und Pietschmann.

Eingeklammerte Zahlen sind geschätzt, errechnet oder vereinzelt anderen Quellen entnommen.

geblieben wäre.)* Das „technische Jahrhundert“ hat nicht nur durch entscheidende Fortschritte in Papiererzeugung und Vervielfältigungsindustrie die technischen Voraussetzungen der Verlagsproduktion völlig umgestaltet und durch Schaffung der modernen Verkehrsmittel die Verbreitungsmöglichkeiten erweitert, es hat darüber hinaus auch neue Bedarfsgebiete für Buch und Zeitschrift eröffnet. Gleichzeitig steigerten die Verschärfung des Lebenskampfes und die Erhöhung der Leistungsansprüche den Bedarf an Mitteln, Ausbildung und Kenntnisse zu erweitern. Zunehmende Wohlhabenheit ermöglichte auch der Unterhaltungsliteratur und derjenigen, die der Pflege persönlicher Interessen dient, erweiterte Verbreitung, und schließlich führte die Bevölkerungszunahme allein schon zu größerem stückzahlmäßigen Bedarf. So wird man dem Buch und der Zeitschrift eine überdurchschnittliche Erweiterung des Produktionsumfanges zubilligen müssen, ohne darin etwa eine Überspannung zu erblicken. Andererseits ist nicht zu vergessen, daß andere, völlig neu entstandene Produktionszweige, mit Null beginnend, in kürzester Zeit noch viel stärkere Ausweitungen erfahren haben (zum Beispiel Fahrrad, Automobil, Schreibmaschine, die gesamte Elektroindustrie, Fernsprecher und Rundfunk).

Eine Gegenüberstellung der deutschen bibliographischen Statistik mit entsprechenden Zahlen für einige andere Länder zeigt Tabelle 2. In Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Entwicklung ähnlich wie in Deutschland verlaufen, die Ausweitung ist sogar in beiden Ländern, vor allem aber in den Vereinigten Staaten, noch stärker gewesen; freilich lagen die Ausgangszahlen in beiden Ländern (1890) in einer so viel niedrigeren Größenordnung, daß die absoluten Zahlen trotz stärkeren Anstiegs der Indexpfiffern auch 1930 noch weit hinter den deutschen zurückbleiben. In Frankreich und Italien dagegen, wo die Zahlen von 1890 ungefähr der gleichen Größenordnung angehören wie die deutschen, ist bis 1913 schon keine Steigerung mehr festzustellen, während nach dem Kriege die Vorkriegsziffern überhaupt nicht mehr erreicht werden. Auf die augenfälligen Unterschiede in der Nachkriegsentwicklung zwischen Deutschland und den angelsächsischen Ländern einerseits, Frankreich und Italien andererseits möchten wir besonders hinweisen, ohne sie jedoch hier im einzelnen zu erörtern.

Tabelle 2

Internationale Statistik der Buchproduktion					
Jahr	Deutschland	Frankreich	Italien	Großbritannien	Vereinigte Staaten von Amerika
1890	15 714	13 643	10 339	5 735	4 559
	= 100	= 100	= 100	= 100	= 100
1900	24 792	13 362	9 975	7 149	6 356
	= 158	= 98	= 96	= 125	= 139
1913	28 182		9 292	12 379	12 230
	= 181		= 89	= 216	= 269
1922	30 804	9 432	5 561	10 842	8 638
	= 196	= 69	= 53	= 189	= 189
1927	31 026	11 922	5 687	13 820	10 153
	= 198	= 88	= 55	= 241	= 222
1930	26 961	9 176	9 426	15 393	10 026
	= 172	= 65	= 91	= 269	= 210

Quelle: „Droit d'Auteur“, zitiert nach Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel.

(Wieweit die Zahlen der Tabelle von Unterschieden in der Erhebungsweise und von Änderungen derselben während des Berichtszeitraumes etwa beeinflusst sind, ist nicht leicht festzustellen, doch muß auf solche Möglichkeiten hingewiesen werden.) — Das Fehlen der Auflagenziffern bedeutet bei diesem internationalen Vergleich wiederum eine Quelle von Trugschlüssen: ist auch die literarische Produktion in

*) Der Verfasser hat früher einmal (siehe Umlauf, „Beiträge . . .“) einen nach der Titelzahl der Gesamtbuchproduktion errechneten Index für 1875–1913 mit dem vom Institut für Konjunkturforschung mitgeteilten Index der industriellen Verbrauchsgüterproduktion verglichen und festgestellt, daß beide Indexkurven sich im Gesamtverlauf decken.

Deutschland, Frankreich und Italien in weit stärkerem Grad differenziert gewesen als in den beiden angelsächsischen Ländern (höhere Titelzahlen!), so kann dagegen in diese eine höhere Durchschnittsauflage erzielt worden sein, so daß die Zahl der auf den Markt gekommenen Buchexemplare nicht so weit hinter den deutschen Ziffern zurückgeblieben zu sein braucht, wie die Tabelle auf den ersten Blick vermuten läßt. — Die Entwicklung der Zeitschriftenproduktion dürfte in den drei europäischen Vergleichsländern ähnlich verlaufen sein wie in Deutschland, in den Vereinigten Staaten war sie noch weit stürmischer. Voll vergleichbare Unterlagen stehen leider nicht zur Verfügung.

Die Zahlen der Produktionsstatistik gewinnen Anschaulichkeit und Leben, wenn man die Gesamtproduktion nach Wissens- oder Verwendungsgebieten gliedert. Unsere auf der Bibliographie beruhende Statistik teilt die Produktion nach bibliographischen Systemgruppen, also im wesentlichen nach den literarischen Ursprungsgebieten ein; so kommt es, daß leider in den einzelnen Gruppen vielfach Publikationen zusammengefaßt sind, die ganz verschiedenen Zwecken dienen und sich an verschiedenartige Leserkreise wenden, wodurch der Erkenntniswert der Statistik beeinträchtigt wird. In Tabelle 3 wird die vollständige Gliederung der Buchproduktion für 1930 nach den damals geltenden Systemgruppen wiedergegeben und daneben die Zeitschriftenproduktion in einer dem Schema der Bücherstatistik angepaßten Gliederung aufgezeigt (nach der Statistik in Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch umgerechnet). Bei den Büchern beansprucht die Schöne Literatur (Unterhaltung) den höchsten Anteil mit 15,3 Prozent, während unter den Zeitschriften die Gruppe Technik und Handwerk mit sogar 18,8 Prozent an erster Stelle steht, was die für den Aufbau des Zeitschriftenwesens charakteristische Rolle der „Fach“-Zeitschrift erkennen läßt.

Tabelle 3

Literaturgebiet	Bücher		Zeitschriften	
	Gesamtzahl	Anteil v. H.	Gesamtzahl	Anteil v. H.
Allgemeines, Buch- und Schriftwesen, Hochschulkunde . . .	566	2,1	209	2,9
Religion, Theologie . . .	2 293	8,5	611	8,4
Philosophie, Weltanschauung . . .	489	1,8	95	1,3
Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Statistik, Politik, Verwaltung . . .	4 009	14,9	993	13,5
Sprach- und Literaturwissenschaft . . .	843	3,1	68	0,9
Schöne Literatur . . .	4 123	15,3	357 ¹⁾	4,9
Jugendschriften . . .	1 342	5,0	156	2,2
Pädagogik, Jugendbewegung . . .	921	3,4	465 ²⁾	6,4
Schulbücher . . .	1 883	7,0	—	—
Kunst, Kunstgewerbe . . .	639	2,4	65	0,9
Musik, Theater, Tanz . . .	494	1,8	208	2,8
Geschichte, Kulturgeschichte, Volkskunde . . .	1 442	5,4	307 ³⁾	4,2
Kriegswissenschaft . . .	181	0,6	48	0,7
Erd- und Völkerkunde, Atlanten . . .	814	3,0	— ³⁾	—
Medizin . . .	1 150	4,3	407	5,6
Mathematik, Naturwissenschaften . . .	1 201	4,5	269	3,7
Technik, Handwerk . . .	1 556	5,8	1 373	18,8
Handel und Verkehr . . .	1 071	3,9	374	5,2
Land-, Forst- und Hauswirtschaft . . .	907	3,4	505	6,9
Turnen, Sport, Spiele . . .	476	1,7	399	5,5
Verschiedenes . . .	561	2,1	371 ⁴⁾	5,2
insgesamt	26 961	100,0	7 280	100,0

1) Umfaßt die Gruppen „Unterhaltungsblätter“ und „Literaturblätter“ der Zeitschriftenstatistik.

2) Einschließlich Zeitschriften für Stenographie.

3) Erd- und Völkerkunde in Gruppe Geschichte und so weiter enthalten.

4) Umfaßt die Gruppen „Verschiedenes“, „Frauen-, Haus- und Modeblätter“ sowie „Reise- und Badeblätter“ der Zeitschriftenstatistik.

Quellen: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel; Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch.

a) = absolute Zahlen; b) = Hundertsatz der Jahresgesamtproduktion

Literaturgebiet	1890			1900			1908			1920			1930		
	Buch- erschei- nungen insgesamt	Buch- erschei- nungen insgesamt	Durch- schnitts- preis M	Buch- erschei- nungen insgesamt	Laden- preis- summe M	Durch- schnitts- preis M	Neu- er- schein- ungen	Neu- auf- lagen	Buch- erschei- nungen insgesamt	Umfang		Ladenpreis- summe RM	Durch- schnitts- preis RM		
										Seiten- summe	Durch- schnitt				
I. Geistes- wissenschaften	4 808 25,4%	5 853 23,4%	4,09	6 312 22,3%	25 848,79	4,09	3 862	2 149	6 011 21,6%	5 226	974	6 200 23,4%	54 682,89	8,82	
A. Religion, Theo- logie	1 763 9,3%	2 218 8,9%	2,06	2 181 7,7%	4 495,92	2,06	1 319	532	1 851 6,7%	1 825	468	2 293 8,5%	9 448,49	4,29	
B. Philosophie	152 0,8%	384 1,5%	3,58	585 2,1%	2 106,15	3,58	376	222	598 2,1%	396	93	489 1,8%	3 740,94	7,89	
C. Geschichte, Kul- turgeschichte	874 4,6%	1 090 4,4%	5,25	1 163 4,1%	6 105,36	5,25	939	256	1 195 4,3%	1 300	142	805 424 6,9%	12 843,79	8,90	
D. Sprach- und Altertumswissen- schaft	1 228 6,5%	1 427 5,7%	3,76	1 648 5,8%	6 198,61	3,76	733	941	1 674 6,0%	689	154	155 892 3,1%	6 450,82	7,61	
E. Kunstwissen- schaft, Musik usw.	787 4,2%	735 2,9%	9,22	735 2,6%	6 942,75	9,22	495	198	693 2,5%	1 016	117	142 748 3,2%	22 198,85	19,75	
II. Rechts- u. a) Wirtschaftswissen- schaft, Politik	1 638 8,7%	2 599 10,5%	3,55	2 698 9,5%	9 619,66	3,55	3 203	466	3 669 13,2%	3 408	601	681 812 14,9%	18 979,—	4,72	
III. Naturwissen- schaften	2 477 13,2%	3 035 12,2%	6,43	2 890 10,2%	18 557,65	6,43	1 706	661	2 367 8,5%	1 957	394	415 251 9,4%	26 620,34	11,32	
A. Heilwissenschaft	1 353 7,2%	1 645 6,6%	6,06	1 334 4,7%	8 093,66	6,06	854	335	1 189 4,3%	921	229	1 150 4,3%	12 125,85	11,03	
B. Naturwissenschaft, a) Mathematik	1 124 6,0%	1 390 5,6%	6,72	1 556 5,5%	10 463,99	6,72	852	326	1 178 4,2%	1 036	165	1 201 4,5%	14 494,49	12,03	
IV. Angewandte Wis- senschaften	1 939 10,3%	3 161 12,5%	4,48	3 430 12,2%	15 354,50	4,48	1 676	999	2 675 9,6%	2 862	672	3 534 12,3%	23 199,05	6,57	
A. Technik, In- genieurwesen	446 2,4%	739 2,9%	5,81	959 3,4%	5 330,20	5,81	503	248	751 2,7%	1 225	531	1 556 5,8%	11 982,23	7,90	
B. Handel und Verkehr	929 4,9%	1 548 6,2%	4,70	1 640 3,8%	7 712,71	4,70	746	746	1 237 4,4%	908	163	331 962 7,6%	7 441,58	7,90	
C. Gewerbe, Hand- werk	564 3,0%	854 3,4%	2,75	838 3,0%	2 311,59	2,75	427	260	687 2,5%	729	178	907 3,4%	3 775,24	4,36	
D. Land- und Forst- wirtschaft	1 731 9,2%	2 935 11,8%	2,22	4 045 14,2%	9 000,85	2,22	4 910	1 605	6 515 23,4%	3 250	873	784 423 17,9%	11 334,89	2,85	
V. Schöne Literatur	2 653 14,0%	3 697 14,9%	1,48	4 391 15,5%	6 518,80	1,48	1 995	2 230	4 225 15,2%	3 321	825	4 146 15,4%	9 630,35	2,32	
VI. Jugendliteratur	554 2,9%	893 3,2%	1,46	893 3,2%	1 307,48	1,46	879	475	1 354 4,9%	984	358	1 342 5,0%	2 572,64	2,00	
A. Jugendschriften	3 697 14,9%	3 498 12,3%	1,49	3 498 12,3%	5 211,32	1,49	1 116	1 755	2 871 10,3%	1 068	275	1 883 7,0%	3 568,06	1,94	
B. Schulbücher	2 099 11,1%									729	192	921 3,4%	3 489,65	3,93	
C. Pädagogik, Jugendbewegung															
Gesamt-Produktion	18 875	24 792	3,52	28 403	99 026,12	3,52	19 078	8 715	27 793	22 138	4 823	26 961	160 095,30	6,26	

Quelle: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel.

An zweiter Stelle steht in beiden Rubriken die Gruppe der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften mit 14,9 beziehungsweise 13,5 Prozent; den dritten Platz behauptet die religiöse Literatur mit 8,5 und 8,4 Prozent. Von da an zeigen die beiden Rubriken der Tabelle nicht unerhebliche Abweichungen, die sich aus den grundsätzlichen Strukturverschiedenheiten von Buch und Zeitschrift ergeben.

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Produktionsgruppen von 1890 bis 1930. Die Schwankungen der Anteilsziffern der einzelnen Gruppen sind nicht bedeutend; der Aufbau der Gesamtproduktion war also 1890 bereits im wesentlichen abgeschlossen, und die nachfolgende Ausweitung hat alle Zweige der Produktion ziemlich gleichmäßig betroffen. Auffällig ist immerhin die Zunahme des Anteils der Schönen Literatur von 9,2 Prozent auf 15,3 Prozent, die größte Verschiebung in der Zusammensetzung der Gesamtproduktion; die weiteren, zum Teil recht interessanten Verschiebungen der absoluten und der Anteilsziffern der einzelnen Gruppen ausführlich zu besprechen, fehlt hier der Raum; der Leser möge sie selbst aus der Tabelle ablesen, wobei zum Vergleich auch die Tabelle 5, welche die entsprechende Entwicklung innerhalb des Zeitschriftenwesens darstellt, heranzuziehen wäre.

Neben der Zahl der Publikationen in den einzelnen Literaturen sind auch der Gesamt-Seitenumfang der Produktion in den Gruppen sowie der Durchschnittsumfang je Veröffentlichung von Bedeutung; diese Daten sind für 1930 in Tabelle 4 aufgeführt. Im ganzen hat der Umfang der Gesamtproduktion abgenommen: 1908 betrug die Gesamt-Seitensumme etwa 5,17 Millionen Seiten, 1930 nur noch 4,38 Millionen, was einer Verminderung des Durchschnittsumfangs je Erscheinung von 182 auf 162 Seiten gleichkommt. Die in der Jahresproduktion gebotene Menge des „Lese-stoffs“ hat sich also noch stärker verringert, als der Rückgang der titelmäßigen Produktionsziffer allein anzeigt. Am stärksten war die Umfangsverminderung bei den Gruppen Jugendschriften, Rechts- und Staatswissenschaften und Landwirtschaft, unterdurchschnittlich bei der Schönen Literatur, am geringsten bei den Naturwissenschaften; gestiegen ist der Umfang je Erscheinung bei Philosophie, Kriegswissenschaft und Handel und Verkehr (der auffallend hohe Durchschnittsumfang dieser Gruppe dürfte durch die in ihr enthaltenen Adreß- und ähnlichen Bücher bedingt sein).

Der Umfang der Bücher ist auch von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Preise. Tabelle 4 gibt für 1908 und 1930 die „Ladenpreis-Summe“, das heißt den Betrag an, den ein Käufer anlegen mußte, wenn er die gesamte Produktion einer Gruppe in je einem Stück erwerben wollte, sowie den Durchschnittspreis je Erscheinung in jeder Gruppe, ferner den Anteil der Gruppen an dem Gesamtpreis der Jahresproduktion. Der Durchschnittspreis der Gesamtproduktion hat sich von 3,52 Mark im Jahre 1908 um fast 80 Prozent auf 6,26 RM erhöht. Schaltet man den Einfluß der Umfangsverminderung aus, indem man einen durchschnittlichen Bogenpreis (das heißt den Preis für je 16 Seiten) errechnet, so ergibt sich eine genaue Verdoppelung: 0,31 Mark 1908 gegen 0,62 RM 1930. Am niedrigsten war 1930 der Bogenpreis bei der Schönen Literatur (0,25 RM), den Schulbüchern und den Jugendschriften, sowie bei der Gruppe Handel und Verkehr (Einfluß der Adreßbücher!); über dem Durchschnitt lag der Bogenpreis zum Beispiel bei den Gruppen Geschichtswissenschaft (0,72 RM), Technik und Handwerk (0,75 RM), Medizin (0,85 RM), Naturwissenschaften (1,32 RM) und am höchsten bei den kunstwissenschaftlichen Büchern (4,30 RM). Von maßgebendem Einfluß auf das Zustandekommen des Bogenpreises und damit des Verkaufs-(Laden-)preises der Bücher ist neben der Art des Satzes (durch den Charakter des Buches bestimmt), der Bebilderung und der sonstigen Ausstattung die Auflagenhöhe: je höher die Auflage, desto niedriger der Preis. Da wir die Auflagenhöhe nicht kennen, fehlt uns leider der Schlüssel zu einer klaren Erkenntnis der Preisentwicklung; wir beschränken uns hier auf den Hinweis, daß die Preisbildung für die einzelnen Produktionsgruppen durchaus verschiedenartigen

Gesetzen unterliegt, zum Beispiel bei einem Roman ganz anders zu beurteilen ist als bei einer wissenschaftlichen Monographie. Auf die kulturwirtschaftliche Bedeutung der Preisentwicklung wird an anderer Stelle zurückzukommen sein.

Die bibliographische Statistik unterscheidet — leider erst seit 1920 — zwischen Neu-(Erst-)erscheinungen und Neuauflagen bereits ein- oder mehrmals erschienener Bücher und gibt damit Aufschluß über einen für die Beurteilung der literarischen Produktion wichtigen Punkt, nämlich über die Lebensdauer der Publikationen. Diese Lebensdauer ist abhängig einerseits von Art und Qualität des Buches, andererseits von dem Grad der Beharrlichkeit des Leserpublikums; sie ist wichtig für den Verleger, der sich naturgemäß eine möglichst hohe Lebensdauer seiner Erzeugnisse wünscht (die relativ verminderten Kosten einer Neuauflage ermöglichen höheren Gewinn, den er braucht, um das Risiko für schwer absetzbare oder neu einzuführende Bücher zu tragen), und für den Sortimenter (ein „gut eingeführtes“ Buch ist mit geringeren Vertriebskosten belastet und ermöglicht ihm dadurch, sich für den kostspieligeren Vertrieb schwer absetzbarer Bücher einzusetzen). Die Wichtigkeit dieses Umstandes für die gesamte Buchwirtschaft rechtfertigt ein näheres Eingehen auf das Verhältnis „NE:NA“; deshalb geben wir in Tabelle 4 für die Jahre 1920 und 1930 die Ziffern der Neuerscheinungen und Neuauflagen an. Die für die Eigenart der einzelnen Gruppen charakteristischen Abweichungen des Verhältnisses zu erörtern, würde zu viel Raum kosten. Interessant ist jedoch die nachstehende Gegenüberstellung der Verhältniszahlen für die Gesamtproduktion in einigen Ländern:

Auf eine Neuauflage kamen an Neuerscheinungen

im Jahre	in Deutschland	in Großbritannien	in den Vereinigten Staaten
1920	2,90	3,85	7,09
1924	3,54	2,98	6,78
1925	3,32	3,09	5,41
1926	3,77	3,55	5,49
1927	4,03	2,97	6,01
1928	4,74	2,80	5,63
1929	4,58	2,77	4,52
1930	4,59	3,06	4,29

Am günstigsten ist also das Verhältnis in Großbritannien gewesen, während in Deutschland, nachdem unmittelbar nach dem Kriege ein starkes Bedürfnis nach Herstellung der während des Krieges unterbliebenen Neuauflagen geherrscht zu haben scheint, dann bald die Neuerscheinungen wieder stärker in den Vordergrund traten. Umgekehrt verlief die Entwicklung in Amerika, wo erst allmählich eine größere Beharrlichkeit im Sinne des Bedürfnisses nach Neuauflagen sich durchgesetzt zu haben scheint (auch eine andere Deutung ist freilich möglich: Verringerung der Auflagenziffer bei Neuerscheinungen zwecks Risikoverminderung, dafür dann häufigere Neuauflagen des gleichen Titels).

Eine weitere Unterscheidung wäre angesichts gewisser Eigenarten der deutschen Verlegertätigkeit erwünscht, ist jedoch statistisch noch nicht durchgeführt: die Unterscheidung zwischen Ersterscheinungen und Neuausgaben (Neuauflagen!) „klassischer“ oder „zur Weltliteratur gehörender“ Werke, also zwischen der Erstausgabe eines neuen Bücherverkes und der hundertundsovielten Faustausgabe, die sich nur durch eine geschmackliche Nuance der Ausstattung von ihren unzähligen Vorgängern unterscheidet. Die Neigung zu einer solchen, in mehr als einem Sinne „billigen“ Ausweitung der Verlagsproduktion ist seit langer Gegenstand heftiger Kritik am deutschen Verlagswesen gewesen, denn sie führt zu einer Minderung des kulturwirtschaftlichen Nutzeffekts des eingesetzten Gesamtaufwandes. Es wird später bei der Untersuchung der gegenwärtigen Buchproduktion auf diese Erscheinung zurückzukommen sein, deshalb sei sie schon hier erwähnt.

Gegen die bisher betrachtete bibliographische Statistik ann der Einwand erhoben werden, daß sie vielerlei Verägerscheinungen zählt, die für den Vertrieb durch den Buchhandel nicht eigentlich in Frage kommen, daß sie also in falsches Bild des Büchermarktes gibt. Neben der Bibliographie, auf die sich unsere Statistik stützt, gibt es zwar weitere bibliographische Veröffentlichungen, die nur die außerhalb des Buchhandels erscheinenden¹⁾ Publikationen enthalten (seit 1931 „Deutsche Nationalbibliographie, Reihe“, enthaltend insbesondere die amtlichen Veröffentlichungen der Behörden, Schul- und Hochschulschriften, Schriften der Vereine, Gesellschaften, Industrie- und Handelsverbände und ähnliches); trotzdem geht in die Bibliographie, die der Statistik des Büchermarktes zugrunde liegt, vielerlei ein, was nicht im engeren Sinne als Gegenstand des Buchhandels betrachtet werden kann (die zunehmend besser werdende bibliographische Erfassung gerade dieses Teils der Produktion in den Jahren 1920 bis 1930 hat zweifellos zum Anachsen der Produktionsziffern in der bibliographischen Statistik und damit zu einer gewissen Verfälschung des Bildes — vom Standpunkt der reinen Buchhandelswirtschaft aus — geführt). Das wird bewiesen durch einen Vergleich der bibliographischen mit einer anderen Statistik, die auf der Auszählung der im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“, dem Zentralorgan der Buchhändler, „erstmalig angezeigten Neuigkeiten“, also derjenigen Erscheinungen beruht, auf deren Vertrieb durch den Buchhandel der Verleger überhaupt Wert legt. Diese Statistik, die im übrigen ebenfalls über die Reichsgrenzen hinaus das ganze Sprachgebiet umfaßt, gibt folgendes Bild der Produktionsziffern (die eingeklammert beigesetzten Prozentzahlen geben das Verhältnis zu den in Tabelle 1, Spalte Ic enthaltenen Buchproduktionszahlen an):

1913: 15 229 (54%)	1926: 13 602 (45%)
1914: 11 584	1927: 14 814 (47%)
1921: 16 862 (57%)	1928: 14 009 (50%)
1922: 16 910 (55%)	1929: 13 617 (48%)
1924: 16 092 (69%)	1930: 13 317 (49%)

Das also wäre demnach der Teil der Buchproduktion, der eigentlich den Buchhandel angeht. Leider fehlt dieser Statistik der Neuigkeiten jede Unterteilung, so daß man nicht ermitteln kann, wie sich der Unterschied gegenüber der bibliographischen Statistik auf die einzelnen Gruppen verteilt. Auch diese Produktionsziffern sind noch hoch genug, aber sie zeigen doch, wie falsch es ist, wenn bei kritischen Auseinandersetzungen über Fragen des Bücherwesens der Öffentlichkeit immer wieder die Zahlen der bibliographischen Statistik ohne ausreichende Vorbehalte vorgerechnet werden, wie es leider oft geschehen ist. Den tatsächlichen Beitrag des Verlagswesens zum kulturwirtschaftlichen Lebensstandard sollte man jedenfalls eher in der Größenordnung dieser Neuigkeiten-Statistik suchen als in der der bibliographischen Statistik.

Die Statistik der Zeitschriftenproduktion beruht im wesentlichen seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf *Sperlings* Zeitschriften-Adreßbuch und baut sich für die spätere Zeit auf Zeitungskataloge, Postverzeichnisse und so weiter auf. Die Darstellung stützt sich im wesentlichen auf *Menz*, „Die Zeitschrift“. — In Tabelle 1, Spalten Id und e ist die Gesamtentwicklung dargestellt, auf die oben bereits kurz hingewiesen wurde. In Spalte f sind für eine Reihe von Jahren Verhältniszahlen angegeben, die zeigen, auf wieviel Bucherscheinungen jeweils eine Zeitschrift entfallen ist; das Verhältnis Z : B hat sich zunehmend günstiger in der Zeitschriften entwickelt; um die Jahrhundertwende war ein Gleichgewichtszustand erreicht, der dann aber in der Nachkriegszeit erheblich erschüttert wurde — das große Zeitschriftensterben, dem dann jedoch ein sehr rascher Wiederaufbau folgte. Zu Ende der zwanziger Jahre wurde eine in der Zeitschriften günstigere Verhältniszahl erreicht als je.

Es lohnt, das Verhältnis Z : B, das recht wichtige Richtschnur geben kann, noch etwas weiter zu verfolgen, nämlich wie sich die Relation für die einzelnen Produktionsgruppen entwickelt hat. Es werden zu diesem Zweck wenigstens für

einige wichtige Gruppen die für 1908 vom Börsenverein veröffentlichten Zahlen mit denen zusammengestellt, die für 1930 auf Grund der Vergleichstabelle 3 errechnet wurden (infolge der verschiedenen Herkunft der Zahlen ist es möglich, daß die Abweichungen zwischen den Jahresreihen zum Teil auch die Folge der verschiedenen Zählweise sein können):

Literaturgebiet	1908	1930
Schöne Literatur	1 : 14,4	1 : 11,6
Sprach- und Literaturwissenschaft	1 : 14,2	1 : 12,4
Philosophie	1 : 10,5	1 : 5,2
Geschichte, Kulturgeschichte	1 : 9,6	1 : 4,7
Erziehung, Unterricht, Jugendschriften	1 : 7,7	1 : 8,6
Naturwissenschaften, Mathematik	1 : 7,3	1 : 4,5
Rechts- und Staatswissenschaften, Politik	1 : 3,9	1 : 4,0
Heilwissenschaft	1 : 3,4	1 : 2,8
Religion, Theologie	1 : 2,8	1 : 3,7
Bau- und Ingenieurwissenschaft	1 : 2,8	1 : 1,5
Handel, Gewerbe, Verkehr	1 : 1,1	
Haus-, Land- und Forstwirtschaft	1 : 1,4	1 : 1,8

Die Rangordnung, von der günstigsten zur ungünstigsten Relation absteigend, hat sich im wesentlichen erhalten, doch sind immerhin einige auffallende Verschiebungen eingetreten, und zwar gerade bei Gebieten, auf denen man es nicht erwarten sollte, zum Beispiel Philosophie. Da das Gesamtverhältnis günstiger für die Zeitschriften geworden ist — 1908 1 : 5,2, 1930 1 : 3,8 —, ist naturgemäß die Zahl der Gruppen, in denen die Relation sich verbessert hat, größer als die, bei denen sie ungünstiger geworden ist.

Um noch einen etwas tieferen Einblick in die Entwicklung der Zeitschriftenproduktion zu geben, wird in Tabelle 5 der Anteil der Gruppen an der Gesamtproduktion für einen längeren Zeitraum, 1850 bis 1928, zusammengestellt. Dabei ergibt sich eine entscheidende Abnahme des Anteils der Geisteswissenschaften, der Naturwissenschaften einschließlich der Medizin, sowie der Schönen Literatur und Kunst, während Rechts- und Staatswissenschaften eine Verdoppelung — sie waren um 1850 freilich auch besonders gedrosselt! — erfahren haben und bei den Angewandten Wissenschaften ebenfalls eine beträchtliche Zunahme zu verzeichnen ist.

Tabelle 5

Literaturgebiet	Zeitschriften Anteil der wichtigsten Literaturgebiete in Hundertsätzen				
	1850	1874	1914	1923	1928
Theologie, Philosophie, Freimaurerei	16,2	13,3	14,4	11,7	10,3
Pädagogik, Jugendschriften	7,6	8,3	6,0	5,3	7,1
Rechts- und Staatswissenschaften	7,0	11,2	10,9	10,6	14,1
Philologie, Literaturwissenschaft	4,8	4,3	2,5	3,7	3,1
Geschichte, Erdkunde	6,6	6,1	3,6	4,7	4,1
Medizin	7,8	7,1	7,9	6,6	5,4
Naturwissenschaften	4,5	5,2	2,4	4,2	3,1
Angewandte Wissenschaften*)	23,1	25,4	35,3	35,7	38,1
Schöne Literatur, Kunst	8,7	2,8	5,9	6,7	4,3
Populäre und vermischte Schriften	13,7	16,3	11,1	10,8	10,4

*) Mathematik, Mechanik, Technologie, Kriegswissenschaft, Berg- und Hüttenkunde, Haus-, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Gewerbe.

Quelle: *Menz*, „Die Zeitschrift“.

Bei den Zeitschriften ist es noch weit schwieriger als bei den Büchern, zu einer Vorstellung davon zu gelangen, was die Ziffern einer nur die Titel zählenden Produktionsstatistik eigentlich bedeuten. Neben dem Umfang der Einzelnummer muß bei der Zeitschrift auch die Erscheinungsweise berücksichtigt werden. Die Verteilung auf verschiedene Formate ist eine andere als bei den Büchern und fällt stärker ins Gewicht. Die Voraussetzungen der Preisgestaltung weichen wesentlich von denen des Buches ab, wie ja überhaupt ein Teil der Zeitschriften auf ganz anderen Existenzbedingungen beruht als das Buch. Schließlich tritt bei der Zeitschrift wenigstens in vielen Gruppen neben der sachlichen eine regionale Differenzierung stark hervor. Dies alles kompliziert eine weitere Analyse des Zeitschriftenwesens so sehr,

daß ein Eingehen darauf hier nicht möglich ist; es muß der Hinweis auf die ausführliche Darstellung bei G. Menz („Die Zeitschrift . . .“) genügen.

Die Darstellung der Buch- und Zeitschriftenproduktion kann nicht abgeschlossen werden, ohne daß die Frage nach dem Gesamtwert der Verlagsproduktion wenigstens gestreift wird. Eine präzise Antwort auf diese so wichtige Frage ist leider nicht zu geben. Jede genaue Ermittlung des Produktionswertes und damit der wertmäßigen Leistung des Buchhandels scheitert an der fehlenden Kenntnis der Auflageziffern (Stückzahlen). So können nur Schätzungen auf Grund der statistisch ermittelten Ladenpreissummen beziehungsweise der Durchschnittsladenpreise und angenommenen Durchschnitts-Auflageziffern gegeben werden, und diese Schätzungen, die sich in der Literatur an verschiedenen Stellen finden, weichen zum Teil außerordentlich stark voneinander ab. Eine ausführliche Erörterung des ganzen Problems würde den zur Verfügung stehenden Raum weit überschreiten; es muß hier ein Gesamtergebnis genügen, das sich hauptsächlich auf die Angaben von G. Menz („Kulturwirtschaft“) stützt*. Für die Buchproduktion der Vergangenheit gibt Menz unter anderem die folgenden Schätzungen wieder:

Jahr	Gesamtwert	Durchschnitts-Kilopreis des Buchhandels
um 1830	15,75 Millionen Mark	rund 9 Mark
1865	25 Millionen Mark	
1875	55 Millionen Mark	rund 3 Mark
1913	500 Millionen Mark	rund 4 Mark

Für die Jahre 1927/30 wird der Wert der Buchproduktion in der Größenordnung zwischen 450 und 650 Millionen Reichsmark zu suchen sein bei einem Durchschnittspreis für 1 kg Buchware von etwa 6,50 RM. Das deckt sich ungefähr mit den Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung für den Gesamtumsatz des Einzelhandels mit Büchern und Musikalien (1927: 606 Millionen, 1929: 649 Millionen, 1930: 603 Millionen Reichsmark; für die nachfolgenden Krisenjahre gibt das Institut die folgenden, stark rückläufigen Zahlen an: 1931: 483 Millionen, 1932: 375 Millionen Reichsmark. An diesem Rückgang ist die gleichzeitige Preissenkung mit nur etwa 20 Prozent beteiligt).

Für die Zeitschriftenproduktion gibt Menz („Die Zeitschrift . . .“), ausgehend von rund 7000 Zeitschriften (laut Sperling) und einer angenommenen Durchschnittsauflage von 8000 sowie einem Durchschnittspreis von 10 Reichsmark jährlich, einen Gesamtwert von 500 bis 600 Millionen Reichsmark an. Eine ältere Schätzung für 1910 lautet — wohl zu niedrig — auf 232 Millionen Mark. Man geht also wohl nicht allzuweit fehl, wenn man den Gesamtwert der Buch- und Zeitschriftenproduktion mit rund 1 Milliarde Reichsmark für die Zeit von 1927/29 annimmt, zu welchem Betrage auch andere Schätzungen gelangt sind. — Für die Wirtschaft des Zeitschriftenverlages ist das Anzeigengeschäft von erheblicher Bedeutung; es spielt für viele Zeitschriften eine ausschlaggebende Rolle bei der Finanzierung und verleiht außerdem dem Verlagsgewerbe eine wirtschaftliche Bedeutung, die weit über die hinausgeht, die sich aus den obigen, nur das Verkaufsgeschäft berücksichtigenden Zahlen ergibt. Das Anzeigen- und das Verkaufsgeschäft bilden praktisch ein unteilbares Ganzes, doch muß bei der vorliegenden Untersuchung, die doch in erster Linie auf den Buchhandel abgestellt ist, das Anzeigengeschäft wohl oder übel beiseitegelassen werden.

Die Folgerungen, die sich unter dem Gesichtspunkt des kulturwirtschaftlichen Lebensstandards und bei der Fragestellung, inwieweit der Buchhandel seine kulturwirtschaftliche Aufgabe erfüllt hat, aus der Darstellung der Verlagsproduktion ergeben, sollen später gezogen werden. Zunächst ist der Träger der verlegerischen und buchhändlerischen Tätigkeit statistisch zu untersuchen.

* Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Beitrag des Europa-Archivs von Ludwig Delp: „Die materiellen Voraussetzungen der deutschen Buchproduktion“, S. 537 f.

Der Buchhandel als Gewerbe

Für die Untersuchung des buchhändlerischen „Apparates“ stehen in der Hauptsache zwei Quellen zur Verfügung, deren zum Teil nicht unwesentlich voneinander abweichende Aussagen sich aus der Verschiedenheit ihrer Art und Herkunft erklären: 1. die gewerblichen Betriebszählungen des Statistischen Reichsamts (im folgenden kurz Gewerbestatistik bezeichnet), 2. die durch Auszählung des „Adreßbuchs für den Deutschen Buchhandel“ entstandene Statistik (abgekürzt Adreßbuchstatistik). Die erstgenannte erfaßt Betriebe und Personen in verschiedenen Gruppen, die zweite nur die Firmen, und zwar nur diejenigen, die „dem Gesamtbuchhandel angeschlossen“ sind, also im Sinne des Buchhandels selbst „dazugehören“; leicht trennt diese Statistik erst seit 1875 die Firmen des Reichsgebiets von denen des Sprachgebiets und sonstigen angeschlossenen Auslandsfirmen.

Einen Gesamtüberblick über die Entwicklung nach der Adreßbuchstatistik seit 1839 (dem Entstehungsjahr des Adreßbuchs) gibt Tabelle 1, Spalten II a — h. Wie die Indexziffern zeigen, ist die Ausweitung des Apparates noch rascher vor sich gegangen als die der Produktion, sowie diese nach den oben gemachten Einschränkungen erfaßt ist. Zur Ergänzung wird in Tabelle 6 für den Zeitraum 1875 bis 1925 der Buchhandel im Rahmen der Gesamtwirtschaft nach der amtlichen Gewerbestatistik gezeigt. Für die Produktion ergibt sich für den gleichen Zeitraum eine Steigerung des Index (1875 = 100) auf 300, für die Zahl der Buchhandelsbetriebe jedoch wird die Indexziffer 32 für die beschäftigten Personen sogar 610 erreicht; die Größe der Betriebe hat also fast doppelt so stark zugenommen wie ihre Zahl. Keine der in der Tabelle zum Vergleich angeführten Gewerbegruppen weist eine ähnlich starke Steigerung auf. Die Entwicklung des Buchhandels ist also überdurchschnittlich und stellt auch insofern eine Besonderheit dar, als sie an der sichtbar werdenden allgemeinen Tendenz zur Konzentration (Verringerung der Betriebszahl bei wachsender Betriebsgröße) nicht teilnimmt, was freilich auch für das Vervielfältigungsgewerbe zutrifft. — Bei der weiteren Betrachtung muß man, um zu fruchtbaren Ergebnissen zu kommen, den erzeugenden Buchhandel (Verlag) vom vertreibenden (im wesentlichen Sortimentsbuchhandel) trennen.

Der Verlag: Die Angaben über die Zahl der Verlage weisen in den beiden Quellen erhebliche Verschiedenheiten auf, über deren Ursache man nur Vermutungen haben kann. Die Adreßbuchstatistik zählt wesentlich mehr Verlagsbetriebe als die Gewerbestatistik; dabei sind im Adreßbuch noch zahlreiche Sortimentsfirmen enthalten, die auch Verlag betreiben, aber ihrem Hauptgeschäftszweig nach zum vertreibenden Buchhandel gehören. Die in Tabelle 1, Spalte II d gezählten Verlagsgesellschaften enthalten auch außerdeutschen Firmen, deren deutschsprachige Produktion auf den deutschen Büchermarkt gelangt; der Anteil dieser Firmen schwankt. An der von der bibliographischen Statistik erfaßten Produktion waren beteiligt (laut Buchhändler-Börsenblatt):

1913:	2806 reichsdeutsche Verleger mit 23 163 Erscheinungen
1920:	2624 „ „ „ 26 554 „
1922:	3117 „ „ „ 21 569 „
1927:	3991 „ „ „ 27 558 „
1930:	3711 „ „ „ 23 727 „

Dabei sind die nichtgewerblichen Verleger (Selbstverleger, Behörden, Vereine und so weiter) mitgezählt. Für 1913 haben wir die Auszählung seinerzeit selbst vorgenommene, die für dieses Jahr angeführten Zahlen sind also mit den der früheren Jahre nicht vorbehaltlos zu vergleichen. Für 1930 wurde dabei folgende Aufteilung festgestellt:

deutsche Firmen, die im Adreßbuch verzeichnet sind:
1894 = 39,9% mit 20 212 Erscheinungen = 72,9%
verschiedene andere deutsche Produzenten
1817 = 38,3% mit 3 515 Erscheinungen = 12,6%
außerdeutsche Produzenten
1036 = 21,8% mit 4 045 Erscheinungen = 14,5%

Tabelle 6

Der Buchhandel in der Gesamtentwicklung seit 1875 nach der amtlichen Gewerbestatistik

a) absolute Zahlen
b) Index 1875 = 100

Jahr	Gesamtbevölkerung	Erwerbstätige insgesamt	Industrie und Handwerk		Handel und Verkehr		Buchhandel insgesamt		Papierherzeugung und -veredelung		Diversifiktätigungsgewerbe	
			Betriebe	Erwerbstätige	Betriebe	Erwerbstätige	Betriebe	Erwerbstätige	Betriebe	Erwerbstätige	Betriebe	Erwerbstätige
1875 a)	42 700 000		2 334 143	5 437 582	831 187	1 041 175	4 654	10 947	1 460	41 216	5 960	51 338
1875 b)	100		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1882 a)		17 632 000	2 517 392	5 861 936	997 378	1 334 427	5 949	14 891	1 325	46 678	7 164	63 817
1882 b)			108	107	120	128	128	136	91	113	120	124
1885 a)	46 900 000											
1885 b)	110											
1895 a)	52 300 000	20 770 000	2 377 334	7 904 882	1 169 104	2 160 640	10 189	25 059	1 915	74 233	10 127	115 966
1895 b)	123		102	144	141	207	256	229	131	180	170	226
1905 a)	60 600 000											
1905 b)	142											
1907 a)		26 085 000	2 251 098	10 701 770	1 628 823	3 311 117	14 577	43 909	1 966	104 434	12 928	191 147
1907 b)			96,5	196	196	318	318	400	135	254	217	372
1910 a)	64 900 000											
1910 b)	153											
1925 a)	63 200 000	32 009 000	1 921 968	12 626 776	1 590 679	5 439 183	15 473	66 804	1 875	122 337	14 223	238 394
1925 b)	148		82,5	231	191	522	333	610	128	297	239	465
1929 a)	64 600 000											
1929 b)	152											

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, verschiedene Jahrgänge

Die Vermehrung der Produzenten ist stärker gewesen als die der Erscheinungen, was zum Teil auf zunehmende Vollständigkeit der Erfassung der nichtgewerblichen Verleger, ferner auf den Rückgang der Produktionstätigkeit der großen gewerblichen Verleger zurückzuführen sein dürfte. Ver-

leger mit mehr als 100 Erscheinungen im Jahr gab es 1941, 1930 nur noch 29. Für 1930 wurden die an der Produktion beteiligten deutschen gewerblichen Verleger nach ihrem Anteil an der Produktion eingeteilt:

Größenklasse (Erscheinungen 1930)	Produzenten		Erscheinungen		Ladenpreiswert der Produktion Mill. RM	Herstellungsaufwand einschließlich Honorare Mill. RM
	Anzahl	%	Anzahl	%		
1	575	30,3	575	2,8	12,9	4,3
2 — 10	892	47,1	3 982	19,7	90,6	30,2
11 — 30	291	15,4	5 177	25,6	117,7	39,2
31 — 100	107	5,7	5 256	26,0	120,0	40,0
über 100	29	1,5	5 222	25,9	118,6	39,5
insgesamt	1 894	100,0	20 212	100,0	459,8	153,2

Beachtlich ist insbesondere die letzte Spalte dieser Tabelle, die ein wenn auch nur auf Schätzungen beruhendes Bild von der kapitalmäßigen Leistung des Verlagsgewerbes gibt (Durchschnittsladenpreis 6,50 Reichsmark, Durchschnittsauflage 3500, Herstellungsaufwand = ein Drittel des Ladenpreises).

Eine Größenklassifizierung der gewerblichen Verlage nach der Beschäftigtenzahl kann nur auf Grund der Gewerbestatistik, die, wie oben schon betont, von der Adreßbuchstatistik erheblich abweicht, vorgenommen werden; für 1930 sieht sie folgendermaßen aus:

Größenklasse (Personen)	Betriebe		Personen		Größenklasse	Anteil der	
	Zahl	%	Zahl	%		Betriebe %	Personen %
Alleinbetriebe	405	16,3	405	2,2	} Kleinbetriebe	77,0	13,8
bis 3	542	21,7	1 147	6,3			
4 — 5	972	39,0	972	5,3			
6 — 10	271	10,9	2 064	11,5	} Mittelbetriebe	21,0	41,4
11 — 50	252	10,1	5 472	29,9			
51 — 200	38	1,5	3 125	17,1	} Großbetriebe	2,0	44,8
über 200	14	0,5	5 064	27,7			
insgesamt	2 494	100,0	18 249	100,0	insgesamt	100,0	100,0

Im Großhandel, dem ja der Verlag seiner Struktur nach nahesteht, entfallen auf die

Kleinbetriebe

79,3% der Unternehmungen mit 30,6% der Personen

Mittelbetriebe

19,9% „ „ „ 53,3% „ „

Großbetriebe

0,8% „ „ „ 16,1% „ „

Damit stimmen die Ziffern für das Verlagsgewerbe hinsichtlich der Zahl der Betriebe weitgehend überein, nicht jedoch hinsichtlich des Anteils der beschäftigten Personen; hier dürfte das Bild jedoch dadurch verschoben sein, daß unter den Großbetrieben der höchsten Klasse sich einige solche befinden, die neben dem Verlag auch andere Zweige des Buchgewerbes betreiben und auf die ein wesentlicher Anteil der Personen entfällt. In Wirklichkeit wird wohl auch beim Verlagsgewerbe der Schwerpunkt der Beschäftigtenzahl bei den Mittelbetrieben liegen. Die übliche Einteilungsweise wird übrigens der Struktur des Verlages nicht ganz gerecht: zwischen Verlagen mit 11 oder 15 Personen und solchen mit 40 oder 50 bestehen sehr wesentliche Unterschiede, ebenso verhält es sich innerhalb der Klasse 51 bis 200 Personen. Vergleicht man die nach der Beschäftigtenzahl gebildeten Größenklassen mit den oben wiedergegebenen Größenklassen nach der Zahl der Verlagserscheinungen, so

findet man eine gewisse Übereinstimmung, wenn man die Verlage mit 1 bis 10 Erscheinungen als Klein-, mit 11 bis 100 als Mittel- und mit über 100 als Großbetriebe nimmt. Wogegen freilich einzuwenden wäre, daß Verlage, deren Produktionsziffer nahe bei 100 liegt, doch meist schon den Charakter von Groß-, nicht aber von Mittelbetrieben haben.

Die Untersuchung des Verlagsgewerbes sei abgeschlossen mit einem Blick auf die Verteilung nach Standorten, soweit darüber Unterlagen zur Verfügung stehen. Da das Buch grundsätzlich seine Verbreitung über das ganze Ursprungsland und darüber hinaus über das ganze Sprachgebiet sucht, ist die Standortwahl des Verlages meist nicht, wie beim vertreibenden Buchhandel, nach dem Absatz orientiert, sondern entweder nach der Seite der Autorenverbindungen (zum Beispiel Universitätsstadt) oder nach günstigen Herstellungsmöglichkeiten und Verkehrsbedingungen. In vielen Fällen sind auch rein persönliche Motive des Verlegers entscheidend.

Einer Statistik für das Jahr 1913 (Buchhändler-Börsenblatt) entnehmen wir folgende Angaben: Die an der Gesamtproduktion 1913 beteiligten 2806 gewerblichen und nichtgewerblichen Verleger verteilten sich auf 485 Orte; unter diesen befanden sich 147 Orte (= 30%), an denen nur je eine Publikation erschien, die also auch nur einen Verleger beherbergten, während an 38 Orten (= 8%) meh-

100 Publikationen erschienen, die zusammen rund 84% Gesamtproduktion darstellten. 200 und mehr Erscheinungen kamen heraus in

rlin	6787	Hamburg	491	Hannover	254
ipzig	5725	Jena	424	Straßburg	253
inchen	1692	Frankfurt/M.	390	Köln	247
uttgart	1627	Freiburg/Br.	335	Münster i. W.	212
esden	637	Heidelberg	331	Wiesbaden	200
eslau	541	Bonn	291		
alle	503	Paderborn	281		

Jahre 1930 erschienen bei annähernd gleicher Gesamtproduktion in Berlin 6600 Publikationen, also etwa ebenfalls wie 1913, in Leipzig jedoch nur 3629; der Anteil Leipzigs, des weltbekannten Vororts des deutschen Buchhandels, ist also stark zurückgegangen. Immerhin steht Leipzig auch 1930 noch an zweiter Stelle unter allen deutschen Verlagsorten, weit vor den beiden anderen Hauptplätzen inchen und Stuttgart (über den Anteil der vier Hauptplätze an den Verlagen auf Grund der Adreßbuchstatistik siehe weiter unten bei der Darstellung des Sortiments).

Über den Zeitschriftenverlag führt G. Menz („Die Zeitschrift . . .“, S. 37 f.) aus: „Die rund 6900 gegenwärtig (ist 1928) in Deutschland erscheinenden Zeitschriften teilen sich nach Sperlings Adreßbuch auf etwa 4230 Verleger. Von diesen geben rund 80 Prozent nur je eine Zeitschrift heraus. Sie verlegen damit nicht ganz 50 Prozent der gesamten Zeitschriftenproduktion. Nimmt man noch die Verleger, die bis höchstens vier Zeitschriften herausbringen, hinzu, so stellen sie insgesamt annähernd 95 Prozent des ganzen deutschen Zeitschriftenverlags dar, und sie vertreten zusammen etwa 75 Prozent der ganzen deutschen Zeitschriftenproduktion. Der Rest der Verlegerschaft — nur 5 Prozent — vereinigt seinerseits zusammen also rund 25 Prozent aller deutschen Zeitschriften in seinen Betrieben.“ Der darin zum Ausdruck kommenden betrieblichen Konzentration des Zeitschriftenwesens steht eine starke örtliche Dezentralisation gegenüber: die 184 größten Zeitschriftenverlage verteilen sich auf 64 Orte; für die Hauptplätze des Buchhandels stellt Menz jedoch eine zunehmende Konzentration der Zeitschriften fest¹⁾.

Von den 4230 Zeitschriftenverlegern waren nur 40 Prozent gewerbliche Verlagsunternehmen, 29,1 Prozent Vereine und Gesellschaften, 9,8 Prozent amtliche Stellen, 2,6 Prozent Privatpersonen, alle im Deutschen Reich; der Rest von 18,5 Prozent entfiel auf das Ausland. Die rund 1700 deutschen gewerblichen Zeitschriftenverleger dürften zum großen Teil dem Gesamtbuchhandel angeschlossen gewesen sein, zumal da eine große Zahl von ihnen gleichzeitig Buchverleger waren; wieviel Zeitschriftenverleger außerhalb des Buchhandels standen und demzufolge, wollte man eine Gesamtzahl der Verleger ermitteln, zu den Adreßbuchfirmen noch hinzugezählt werden müßten, ist noch nicht untersucht worden.

Insgesamt ist die Zahl der Verlage, wie wir feststellten, stärker gestiegen als die Zahl der Erscheinungen, also verlagte sich früher die Produktion auf weniger Unternehmungen als in den Jahren kurz vor und nach dem ersten Weltkriege. Der Durchschnittsanteil des einzelnen Verlages an der Gesamtproduktion ist somit im Verlaufe der letzten hundert Jahre geringer geworden, eine Tatsache, die in einem gewissen Widerspruch zu den gerade im letzten Abschnitt dieser Epoche in der ganzen Wirtschaft wirksamen Konzentrationsbestrebungen steht. Doch Durchschnittsberechnungen bleiben meist an der Oberfläche, statt in die Tiefe zu dringen. In Wirklichkeit hat es auch im Buchhandel an solchen Konzentrationserscheinungen nicht gefehlt, die schon frühzeitig zur Entstehung von Großverlagen führten. Daneben jedoch die Zahl der mittleren und kleinen Verlagsfirmen durch — vielfach recht kurzlebige — Neugründungen laud so stark vermehrt worden, daß neben der Konzentration eine immer weitere Zersplitterung der Verlagsproduk-

tion zu verzeichnen gewesen ist, der das deutsche Verlagswesen seine außerordentliche Vielfältigkeit zu verdanken hatte. Wieweit dies im kulturwirtschaftlichen Interesse einer Gesunderhaltung des Verlagswesens gelegen ist, wird noch zu untersuchen sein.

Der Sortimentsbuchhandel: Den wesentlichen Teil des buchhändlerischen Verteilungsapparates stellt der Sortimentsbuchhandel dar, das heißt der mittels des offenen Ladengeschäfts betriebene Einzelhandel mit Büchern und Zeitschriften. Die anderen Arten von Vertriebsfirmen, vor allem die Reise- und Versandbuchhandlungen, nehmen neben dem Sortiment, wenigstens nach der Zahl der Betriebe, nur einen kleinen Raum ein; die kulturwirtschaftliche Bedeutung der anderen Vertriebsformen zu untersuchen, würde eine lohnende und interessante Sonderaufgabe sein²⁾.

Die genaue Feststellung, wieviel Sortimentsbuchhandlungen es gegeben hat, stößt auf gewisse Schwierigkeiten. Die Adreßbuchstatistik trennt erst seit 1932 die Firmen im Reichsgebiet von denen außerhalb der Reichsgrenzen, außerdem führt sie die anderen Formen des vertreibenden Buchhandels nicht gesondert auf. Die Abweichungen der Adreßbuchstatistik von der Gewerbestatistik sind auch für den vertreibenden Buchhandel bedeutend, doch weist die Gewerbestatistik — im Gegensatz zu den Verhältnissen beim Verlag — hier ein erhebliches Mehr gegenüber jener auf, das heißt, das Adreßbuch umfaßt bei weitem nicht den gesamten Verteilungsapparat; freilich darf man wohl die „dem Gesamtbuchhandel angeschlossen“, also die im Adreßbuch aufgeführten Firmen als die Kerntruppe des Buchhandels ansehen. (Wir werden weiter unten noch auf diese Frage zurückkommen.)

Die Entwicklung des Sortimentsbuchhandels nach der Adreßbuchstatistik ist in Tabelle 1, Spalten II f und g dargestellt (einschließlich der Auslandsfirmen, ferner des Musikalien- und des Kunsthandels sowie des Antiquariats und der übrigen Vertriebsfirmen). Für 1925 haben wir selbst seinerzeit 7183 Firmen dieser Kategorien im Reichsgebiet gezählt (1933 waren es laut Adreßbuch noch 5656); die Zahlen der Tabelle sind also insgesamt zu hoch. Immerhin zeigen sie ziemlich zutreffend den Gang der Entwicklung: der Sortimentsbuchhandel hat sich in rund neunzig Jahren etwa verzehnfacht, und zwar in ziemlich gleichmäßigem Tempo. Der Verlag dagegen hat sich, wie wir sahen, im gleichen Zeitraum etwa verdreizehnfach.

Wichtiger fast als die absolute Zahl der Firmen ist beim Sortiment als dem Vertriebs- und Verteilungsapparat des Buchhandels seine standortliche und — eng damit verknüpft — seine großemäßige Gliederung. Die Adreßbuchstatistik gibt in dieser Richtung keine befriedigende Antwort. Ihr sind zwar die jeweiligen Zahlen der „Buchhandelsorte“ im Reichsgebiet zu entnehmen, aber dabei ist keine Unterscheidung zwischen dem herstellenden und dem vertreibenden Buchhandel gemacht. Freilich mag es nur wenige Orte geben, an denen wohl ein Verlag, nicht aber eine Sortimentsbuchhandlung zu finden ist. So mögen die Ortszahlen der Adreßbuchstatistik immerhin entwicklungsmäßig einen Anhalt geben:

1875:	3473 Firmen in	786 Orten
1895:	6412	1 256
1900:	7288	1 382
1910:	9832	1 708
1913:	9525	1 675
1919:	9462	1 712
1925:	10563	1 681
1928:	9045	1 602
1929:	9159	1 619
1930:	9145	1 601

Von diesen Firmen entfallen etwa 29 Prozent auf den Verlag. Die Zahl der Buchhandelsorte hat sich also von 1875 bis 1910 mehr als verdoppelt und ist — trotz der Gebietsverluste nach dem Kriege — nicht wesentlich gesunken. Eine

¹⁾ Der Anteil der vier Hauptplätze an der Gesamt-Zeitschriftenproduktion betrug 1850 27,9 Prozent, 1908 37,0 Prozent.

²⁾ Gleiches gilt für das Antiquariat, dem zweifellos für die Zukunft eine besondere Bedeutung zukommen wird.

für 1929 vorgenommene Auszählung ergibt für die Verteilung der Firmen auf die Orte folgendes Bild:

Anzahl der Firmen am Orte	Anzahl der Orte absolut	v. H.	Anzahl der Firmen absolut	v. H.
1	735	45,6	735	7,7
2	333	20,7	666	6,9
3 — 5	340	21,1	1 229	12,9
6 — 10	109	6,8	785	8,2
11 — 20	48	2,9	694	7,3
über 20	47	2,9	5 449	57,0
insgesamt:	1 612	100,0	9 558	100,0

Über die Hälfte aller Firmen ist also auf 47 größere Städte konzentriert (unter denen sich jedoch nur 34 Großstädte befinden). Die Konzentration in den vier Hauptplätzen des Buchhandels ist beim Verlag stärker als beim Sortiment, wie nachstehende, ebenfalls für 1929 geltende Übersicht zeigt:

Buchhandlungen	Berlin	Leipzig	München	Stutt- gart	zusam- men
reine Verlagsbuch- handlungen	870	562	169	125	1 276
Verlags- und Sorti- mentshandlungen	217	139	42	34	432
reine Sortiments- handlungen	524	347	140	75	1 086
insgesamt:	1 611	1 048	351	234	3 244

In den vier Hauptplätzen dürften mehr als die Hälfte aller Verlagsbuchhandlungen, jedoch nur etwa ein Fünftel der Sortimentsfirmen ansässig gewesen sein.

Wesentlich weiter als die Adreßbuchstatistik, die vor allem über die Größe der Firmen nichts aussagt, führt uns eine für das Jahr 1927 vorliegende Umsatzsteuerstatistik (siehe Buchhändler-Börsenblatt 1927, 1931 und 1932). Sie erfaßt 9657 Betriebe, und zwar ausschließlich typische Sortimentsbetriebe, nicht Verlagssortimente, Warenhäuser, Papierhandlungen und so weiter. Das sind freilich wesentlich mehr als die Sortimentsbetriebe des Adreßbuchs (1927: 7183), dagegen entspricht die Zahl etwa den Wirtschaftseinheiten der amtlichen Gewerbestatistik von 1925. Es werden von dieser Statistik also rund 1500 Betriebe mehr erfaßt, als „dem Gesamtbuchhandel angeschlossen“ sind; dabei wird es sich im wesentlichen um solche Betriebe handeln, die vom Buchhandel als Auchbuchhändler, heute meist Buchverkaufsstellen genannt, bezeichnet werden und die wohl durchweg in die unterste Betriebsgrößenklasse gehören. — Der Gesamtumsatz der zur Umsatzsteuer veranlagten Firmen betrug 368,3 Millionen Reichsmark, wozu weitere 30,6 Millionen kommen, die umsatzsteuerfrei blieben. Auf den einzelnen Veranlagungsfall kommt ein Durchschnittsumsatz von 38 100 Reichsmark.

Das Gesamtergebnis der Umsatzsteuerstatistik zeigt die folgende Übersicht:

Umsatzgrößen- klasse	Zahl der Veranlagten absolut	v. H.	Umsatz in Mill. RM	v. H.
bis 5 000 RM	3 063	31,7	6,9	1,8
5 000 — 20 000 RM	3 223	33,3	36,2	9,8
20 000 — 50 000 RM	1 882	19,5	59,7	16,2
50 000 — 100 000 RM	844	8,8	59,5	16,2
100 000 — 500 000 RM	569	5,9	109,6	29,8
500 000 — 1 Million RM	47	0,5	32,4	8,8
über 1 Million RM	29	0,3	64,0	17,4
insgesamt:	9 657	100,0	368,3	100,0

Wir lassen hier gleich die Größenklassen-Übersicht des Sortimentsbuchhandels folgen, wie sie sich aus der amtlichen Gewerbestatistik für 1925 ergibt:

Größenklasse Personen	Betriebe Zahl	v. H.	beschäftigte Personen Zahl	v. H.
Alleinbetriebe	3925	43,5	3925	11,9
0 — 3	2975	33,0	6353	19,3
4 — 5	908	10,0	3982	12,1
6 — 10	728	8,1	5353	16,2
11 — 50	454	5,1	8662	26,1
51 — 200	33	0,3	4684	14,4
über 200				
insgesamt:	9023	100,0	32 959	100,0

Bei der Zusammenfassung nach Kleinbetrieben (bis 50 000 RM Umsatz, bis 5 Personen), Mittelbetrieben (50 000 bis 500 000 RM Umsatz, 6—50 Personen) und Großbetrieben (über 500 000 RM Umsatz, über 50 Personen) ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

Größenklasse	Hundertatz der Betriebe nach dem Umsatz nach der Personenzahl	
Kleinbetriebe	84,5	86,5
Mittelbetriebe	14,7	13,2
Großbetriebe	0,8	0,3
insgesamt:	100,0	100,0

Die Ergebnisse der Einteilung nach den drei Klassen decken sich also fast vollkommen. Wie beim Verlag ist jedoch auch hier festzustellen, daß innerhalb der Klasse der Mittelbetriebe erhebliche Unterschiede bestehen, denn ein Sortiment mit 6—10 Beschäftigten und einem Umsatz von 50 000 RM hat betriebswirtschaftlich und funktionsmäßig ganz anderen Charakter als ein solches mit 500 000 RM Umsatz und gegen 40—50 Beschäftigten; dieses würde nach den Maßstäben des Buchhandels schon zu den Großbetrieben zu zählen sein.

Der Sortimentsbuchhandel gehört zum Einzelhandel; deshalb sei ein Vergleich mit dem Größenaufbau dieser Wirtschaftsguppe vorgenommen:

Größenklasse	Buchhandel		Einzelhandel insgesamt	
	Betriebe v. H.	Personen v. H.	Betriebe v. H.	Personen v. H.
Kleinbetriebe	86,5	43,3	95,6	70,9
Mittelbetriebe	13,2	42,3	4,3	20,2
Großbetriebe	0,3	14,4	0,1	8,9
insgesamt:	100,0	100,0	100,0	100,0

Im Buchhandel spielen also die Mittelbetriebe eine größere Rolle als im Einzelhandel im allgemeinen, insbesondere zeigt die Schichtung der Beschäftigten diese Schwerpunktverschiebung.

Der ausführliche Bericht über die Umsatzsteuerstatistik von Dr. W. Siegmund (Buchhändler-Börsenblatt, siehe oben) bietet eine reiche Quelle der Erkenntnis sowohl über die Umsatzverteilung als auch über die Gliederung des Sortiments nach Standorten und Betriebsgrößen, auf deren ausführliche Auswertung leider hier aus Raumgründen verzichtet werden muß. Es müssen einige Andeutungen genügen. Vor allem läßt die Statistik erkennen, wie sich die 1927 zur Umsatzsteuer veranlagten 9657 Sortimentsbetriebe regional verteilt, indem sie angibt, wieviel Betriebe in den einzelnen Teilen des Reichs und in den Großstädten auf je 100 000 Einwohner entfielen; sie bietet also ein Bild von der „Buchhandelsdichte“, von der Eng- oder Weitmaschigkeit des Vertriebsnetzes in den Landesteilen. Der Reichsdurchschnitt betrug 15,4 Betriebe auf 100 000 Einwohner; die geringste Dichte ergab sich in Ostpreußen (7,4, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß sich in Königsberg die größte Buchhandlung Europas befand, die das Hinterland weithin überschattet haben mag); dann folgten die anderen

n landwirtschaftlichen, aber auch einige stark industrialisierte Landesteile mit unterdurchschnittlicher Dichte. Die höchste Dichte wiesen, wenn man von einigen Sonderfällen abgesehen, Sachsen und Thüringen auf. — 9 — Einfluß von Leipzig! — beziehungsweise 18,9). Unter den Großstädten stand, wie nicht anders zu erwarten, Leipzig mit 65,2 an der Spitze, dann folgten Stuttgart (45,3), Wiesbaden (39,1), München (38,1), Halle (33,8), Braunschweig (32,7), Dresden (31,8), Hamburg (31,5), Berlin (24,4); unter dem Reichsdurchschnitt lagen nur Königsberg, Posen, Essen und einige andere hochindustrielle Großstädte. — Weiterhin zeigt Siegmund, wie unterschiedlich der Durchschnittsumsatz war. Im Reichsdurchschnitt betrug er 38 100 RM, die Höchstzahl wurde in Lippe (!) erreicht mit 54 900 RM; überdurchschnittlich waren die Umsetzungen ferner unter anderem in Sachsen und im Rheinland, am niedrigsten in Mecklenburg-Strelitz, Brandenburg ohne Berlin und Thüringen. Unter den Großstädten erreichte die niedrigsten Durchschnittsumsätze Düsseldorf (117 100 RM), dann folgten Halle, Leipzig (79 600 RM), Dresden, München und Stuttgart, am niedrigsten lagen Mannheim, Harburg und Wiesbaden. — Aufschlußreich, aber nur mit Vorsicht auszuwerten ist die Berechnung des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Umsatzes, also des durchschnittlichen Aufwandes je Kopf für Buchhandelswaren, der im Reichsdurchschnitt 5,89 RM betrug. Am niedrigsten war er wiederum in den vorwiegend agrarischen Gebieten, unterdurchschnittlich auch in den rein industriellen Gegenden, überdurchschnittlich in den Großstädten Leipzig (51,98 RM), Halle, Stuttgart, München (24,25 RM), in Hamburg betrug 15,82 RM, in Berlin 14,07 RM. Wie alle Kopf-Berechnungen geben auch diese Zahlen leicht Anlaß zu Täuschungen, wenn man nämlich die jeweiligen Sonderverhältnisse, wie sie zum Beispiel in Leipzig bestehen, aber auch in anderen mit starkem Fremdenverkehr oder sonstigen Besonderheiten, außer acht läßt. — Die regionale beziehungsweise örtliche Verteilung der Betriebe auf die Größenklassen ist nach dem Anteil der Klassen an der Anzahl der Betriebe und am Umsatz keine allzu großen Abweichungen von der oben angegebenen Verteilung im Reichsdurchschnitt zu erwarten.

Zur Standortfrage sei noch vermerkt, daß von den 9657 in der Umsatzsteuer erfaßten Betrieben 4471 = 46,3% ihren Sitz in den 1927 vorhandenen 47 Großstädten hatten und mit 235,05 Millionen Reichsmark 64% des versteuerten Gesamtumsatzes in Anspruch nahmen. Dagegen betrug der Anteil dieser 47 Städte an der Gesamtbevölkerung nur 8%. Die Konzentration des Buchhandels ist also 1927 beträchtlich weit fortgeschritten gewesen; leider liegen aus früheren Jahren keine vergleichbaren Zahlenangaben vor.

Auf die vier Haupt-Buchhandelsplätze entfielen 1927:

Ort	Betriebe		Umsatz	
	Zahl	v. H.	Mill. RM	v. H.
Berlin	1226	12,7	56,625	15,4
Leipzig	443	4,6	35,307	9,7
München	260	2,7	16,512	4,5
Stuttgart	155	1,6	9,562	2,6
insgesamt:	2084	21,6	118,006	32,2

Welche Bedeutung die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik für die Beurteilung des Zustandes des Buchhandels haben, soll im letzten Abschnitt dieser Darstellung untersucht werden.

Hier sei noch ein Blick auf den Zeitschriftenhandel geworfen. Die Zeitschrift bildet in einem nicht zu überschätzenden Umfange auch ein Vertriebsobjekt des Buchhandels und ist insoweit auch an den hier wiedergegebenen Umsatzziffern beteiligt. Insbesondere ist es der Kolportage- und Reisebuchhandel, der sich stark mit dem Zeitschriftenvertrieb in der Form der Abonentengewinnung

befaßt hat. Nach Menz („Die Zeitschrift...“) gab es unter den dem Börsenverein angeschlossenen Betrieben

1869:	219	Kolportage-Buchhandlungen
1875:	589	„ „
1880:	634	„ „
1885:	690	„ „
1890:	988	„ „

Sie stellten damals rund 13 Prozent aller buchhändlerischen Vertriebsunternehmen dar; ihre zahlenmäßige Vermehrung war sogar im Zeitraum 1875—1890 etwas rascher als die des Sortiments. 1914 hatte allein der Zentralverein deutscher Buch- und Zeitschriftenhändler, in dem der Kolportage- und Reisebuchhandel zusammengeschlossen war, außer den angeschlossenen Verlegern und Grossisten 738 Mitgliedsfirmen mit über 2000 Reisenden, 4000 Boten und über 1000 sonstigen Angestellten. Der Kolportage- und Reisebuchhandel hatte einen nach Millionen zählenden Bestand an Zeitschriften-Abonnements, der für 1913 auf über 30 Millionen Reichsmark geschätzt wurde und damit etwa ein Achtel der Auflagenziffern oder ein Sechstel des Wertes der gesamten Zeitschriftenproduktion ausgemacht haben dürfte. — Der Gesamtumsatz des Versand-Buch- und Zeitschriftenhandels wird für rund 200 Betriebe im Durchschnitt der Jahre 1924—1927 mit 140 Millionen Reichsmark jährlich, für 1930 mit 110 Millionen Reichsmark angegeben. Diese 200 Betriebe beschäftigten im Innenbetrieb 2400, im Außendienst 3—5000 Personen.

Der weitaus größere Teil der Zeitschriftenproduktion wird jedoch nicht über den Buchhandel abgesetzt. Er geht zum Teil über eine dem Buchhandel nicht unähnliche Verteilungs- und Vertriebsorganisation, zum Teil jedoch auch über völlig andere Wege.

Kulturwirtschaftliche Bedeutung der Statistik

Die Untersuchung ist nun so weit fortgeschritten, daß der Buchhandel als Gebilde der gewerblichen Wirtschaft und der Gegenstand seiner Tätigkeit, die Verlagsproduktion, im Spiegel der Statistik wenigstens in Umrissen überblickt werden können. Dieses Zahlenbild des Buchhandels, wie er sich in der Zeit kurz vor und nach dem ersten Weltkriege entwickelt hat, muß nun jedoch von der kulturwirtschaftlichen Fragestellung aus: „Wie wird und wie bleibt Kultur — hier also das Buchwesen als Teilgebiet des kulturellen Lebens — möglich?“ einer grundlegenden Korrektur unterzogen werden.

Der deutsche Buchhandel hat aus der Einstellung auf seine kulturwirtschaftliche Aufgabe heraus besondere Formen für das Zusammenwirken seiner Glieder in einem ihm eigentümlichen System interner Verflechtungen entwickelt, das insbesondere durch die Art und Weise charakterisiert ist, in der sich die Verteilung von Leistungen, Lasten und Risiken regelt. Dieses System nun bringt es mit sich, daß Betriebe des herstellenden wie des vertreibenden Buchhandels erst von einer bestimmten Größe an überhaupt an dem Zusammenwirken teilnehmen und damit an der kulturwirtschaftlichen Aufgabe mittragen; ferner, daß auch bestimmte Teile der Verlagsproduktion außerhalb der Verflechtung bleiben. (Die Begründung dieser These werden spätere Untersuchungen bringen.)

So werde also diese Korrektur beim Sortimentsbuchhandel begonnen. Bei der Untersuchung der Umsatzgrößenklassen auf Grund der Umsatzsteuerstatistik für 1927 ergab sich, daß 3063 Betriebe (= 31,7 Prozent) nicht über je 5000 RM Umsatz kamen und von dem Gesamtumsatz nur 1,8 Prozent repräsentierten. Zieht man diese von der Gesamtzahl der veranlagten Betriebe ab, so verbleiben rund 6600 Betriebe, das ist nur wenig mehr, als das Adreßbuch des Buchhandels an reichsdeutschen Sortimentsbetrieben für 1927 enthalten haben dürfte. Die unterste Umsatzgrößenklasse war also „dem Gesamtbuchhandel nicht angeschlossen“. Die zweite Umsatzgrößenklasse (5—20 000 Reichsmark) war dagegen zum größten Teile angeschlossen; von dieser Klasse werden

etwa 60 Prozent, das sind rund 2000 Betriebe, höchstens je 12 000 Reichsmark umgesetzt und damit zusammen etwa 5 Prozent zum Gesamtumsatz beigetragen haben. Ein Jahresumsatz von 12 000 Reichsmark dürfte unter den damaligen Verhältnissen wohl die Grenze gewesen sein, von der ab ein Sortimentsbetrieb überhaupt erst kulturwirtschaftlich mittragend werden konnte; die unterhalb dieser Grenze liegenden Betriebe leisteten für die Erfüllung der kulturwirtschaftlichen Aufgabe noch weniger, als ihr geringer Anteil an dem Gesamtumsatz — 6,9 Prozent — vermuten läßt, nämlich so gut wie nichts. Die Zahl der im kulturwirtschaftlichen Sinne zusammenwirkenden Buchhandlungen reduziert sich auf maximal 4500 gegenüber etwa 6500 in der Adreßbuchstatistik zu zählenden Betrieben.

Ähnliche Überlegungen führen beim Verlag dazu, daß mindestens die rund 30 Prozent der an der Gesamtproduktion von 1930 beteiligten Verlage mit nur je einer Erscheinung im Jahr, deren Anteil an der Jahresproduktion nur 2,8 Prozent ausmachten, abgesetzt werden müssen. Von den rund 3200 reichsdeutschen Verlagen im Adreßbuch 1930, von denen ohnehin nur rund 1900 an der Jahresproduktion beteiligt waren, bleiben als kulturwirtschaftlich tragend nur etwa 1300 übrig.

Schließlich muß auch der Umfang der Verlagsproduktion, ausgedrückt durch die Zahl der von der bibliographischen Statistik erfaßten Erscheinungen, wesentlich reduziert werden. Oben wurde bereits der bibliographischen Statistik die Statistik der „erstmalig angezeigten Neuigkeiten“ gegenübergestellt, die noch nicht ganz 50 Prozent der von jener erfaßten Bucherscheinungen zählt. An anderer Stelle wurde gezeigt, daß nur 72,9 Prozent der Jahresproduktion von 1930 von reichsdeutschen, im Adreßbuch verzeichneten Verlegern stammten. Die Differenz zwischen diesen beiden Prozentsätzen erklärt sich zum Teil daraus, daß auch die Produktion der gewerblichen Verleger noch eine ziemlich bedeutende Zahl von Titeln enthält, die zum Beispiel wegen rein lokaler Bedeutung und aus anderen Gründen für den Vertrieb durch den Gesamtbuchhandel nicht in Frage kommen, und andererseits daraus, daß die Neuigkeitenstatistik die unveränderten Neuauflagen größtenteils nicht mitzählt. Auf Grund dieser und einiger weiterer Erwägungen ist der Umfang der an der kulturwirtschaftlichen Aufgabe mittragenden Verlagsproduktion auf rund 60 Prozent der in der Bibliographie gezählten Erscheinungen zu schätzen, was eher noch zu hoch als zu niedrig sein dürfte und für 1930 etwa 16 500 Publikationen ausmachen würde; G. Menz („Kulturwirtschaft“) geht bei seiner Schätzung des Wertes der Buchproduktion, soweit sie den Buchhandel überhaupt angeht, von 15 000 Titeln aus.

Auch beim Zeitschriftenwesen werden von dem hier vertretenen Standpunkt aus erhebliche Abstriche gemacht werden müssen, doch fehlen, um zu einigermaßen begründeten Schätzungen zu kommen, vorerst noch die Grundlagen.

Das soeben angewandte Verfahren wird mit Recht als mindestens sehr summarisch bezeichnet werden. Ist es aber wenigstens mit den Grundsätzen der Statistik vereinbar? Die Fehler, die bei den vorgenommenen Schätzungen unterlaufen sein können, bleiben doch wohl innerhalb der Größenordnung derjenigen Ungenauigkeiten, die den verfügbaren Statistiken ohnehin anhaften, zum Beispiel schon allein dadurch, daß die Abgrenzung zwischen Reichsgebiet und Sprachgebiet nicht konsequent und mit genügender Genauigkeit durchgeführt ist. Wenn ferner ganze Klassen von Betrieben nach einer scheinbar willkürlich gesetzten Grenze ausgeschlossen wurden, so könnte damit zweifellos einer gewissen Anzahl von einzelnen Betrieben Unrecht geschehen sein; dafür liegen aber auf der anderen Seite der Grenze

ebenso sicher eine Anzahl von Betrieben, die sich bei genauerer Untersuchung auch als kulturwirtschaftlich unwirksam erweisen würden, so daß also etwaige Fehler sich mehr oder weniger aufheben würden. — Bei der Auswertung seines Materials muß der Statistiker die Zahlen wägen; um ein solches Wägen, nicht aber um ein Werten handelt es sich, wenn man in einer Untersuchung, die unter dem Aspekt der kulturwirtschaftlichen Fragestellung vorgenommen wird, den Begriff „kulturwirtschaftlich mittragend“ einführt.

Seit langer Zeit ist dem deutschen Buchhandel von Kritikern innerhalb und außerhalb seiner Reihen vorgeworfen worden, er treibe Überproduktion und sein Firmenbestand in Verlag und Sortiment sei übersetzt. Der Kampf um diese Meinungen ist insbesondere um die Jahrhundertwende mit Erbitterung und vor einer breiteren Öffentlichkeit geführt worden; nach dem ersten Weltkrieg lebte er erneut auf. Dabei wurde meist von Zahlen ausgegangen, die nicht in den Sinne bereinigt waren, wie das hier geschehen ist, und deshalb schossen die Kritiken meist erheblich über das Ziel hinaus. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Kritiker von vornherein im Unrecht gewesen wären. Mindestens muß es doch auffallen, daß der Buchhandel nach Weltkrieg und Inflation trotz der einschneidenden Substanzverluste und tiefgehenden sozialen Umschichtungen, die vor sich gegangen waren, nach kurzer Zeit seine alten Größenordnungen wieder erreichte. Wenn der Buchhandel vor dem Jahre 1914 auch gesund im Sinne unserer einleitenden Ausführungen war, so muß man sich doch fragen, ob dies auch später noch zutraf, nachdem sich die Voraussetzungen des kulturwirtschaftlichen Lebensstandards so offensichtlich verschoben hatten. Heute stellt sich ein ähnliches Problem, nur noch bedeutend verschärft; seiner Erkenntnis sollen ja die Untersuchungen über den deutschen Buchhandel dienen. Um dieses Erkenntnis näherzukommen, muß man jedoch den Buchhandel — und überhaupt die Grundlagen des kulturwirtschaftlichen Lebensstandards — noch von der Seite des Konsums her betrachten; dazu wird man sich vor allem der kulturellen und der soziographischen Statistik bedienen müssen. Das soll das Thema einer weiteren Abhandlung sein.

Nachweis der hauptsächlich benutzten Quellen

- Adreßbuch* des Deutschen Buchhandels und der mit ihm verkehrenden ausländischen buchhändlerischen Firmen. Leipzig, Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. (Verschiedene Jahrgänge).
- Börsenblatt* für den Deutschen Buchhandel. Leipzig, Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. (Jahrgänge 1890—1935).
- Handwörterbuch* der Staatswissenschaften. Jena 1909. Band 3. Artikel „Buchhandel“ von K. Dziatzko und Pietschmann.
- Menz, Prof. Dr. G., *Kulturwirtschaft*. Leipzig 1933.
- Menz, Prof. Dr. G., *Die Zeitschrift, ihre Entwicklung und ihre Lebensbedingungen*. Stuttgart 1928.
- Sperlings* Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch. Leipzig, Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. (Jahrgänge 1910—1930).
- Statistisches Archiv*, Allgemeines, München. 14. Band, 1923/24.
- Statistisches Jahrbuch* für das Deutsche Reich. Berlin (verschiedene Jahrgänge).
- Umlauff, Ernst, *Beiträge zur Statistik des Deutschen Buchhandels*. Leipzig 1934.
- Winterhoff, Dr. E., *Die Krisis im deutschen Buchhandel als Folge seiner Kartellierung*. Karlsruhe 1927.

Die gegenwärtige Lage der jüdischen Orthodoxie

Von Winfried Martini

Abgrenzung der Orthodoxie

Der Begriff der jüdischen Orthodoxie ist neuen Datums. Er wurde erst möglich, seit es auch ein anderes Judentum gibt, das eben nicht orthodox ist, sondern „konservativ“ oder „liberal“ oder — was heute die Regel sein dürfte — am eigentlichen Judaismus gar nicht mehr oder doch in einer sehr beiläufigen Weise interessiert ist. Dieser Verhalt aber datiert erst seit der Aufklärung, insbesondere seit der Emanzipation. Erst seit dieser Zeit also gibt es eine „Orthodoxie“ im Sinne einer besonderen Gruppe innerhalb des Judentums. Vorher dagegen war das Judentum selbstverständlich „orthodox“, und es wäre ihm nie in den Sinn gekommen, über sich selbst zu reflektieren. Religionen und, daraus resultierend, Unterscheidungen waren innerhalb der Orthodoxie möglich, die als solche gar nicht in Frage stand. Ihr gegenüber gab es nur den Abfall vom Judentum, wobei weder die Treugebliebenen in den Regaten eine neue jüdische „Richtung“ zu sehen vermochten, noch die Renegaten ihrerseits derartiges anstrebten. So blieben zum Beispiel die Anhänger des jüdischen Pseudosabbatai Z'wi (1626—1676) nach seinem Tode teils als Judentum als heimliche Sekte, teils traten sie in Nachahmung des Vorbildes ihres Meisters zum Islam über. Dies geschah jedoch nur nach außen hin, während sie sich innerlich nach wie vor als Juden fühlten (die sogenannten „Dönme“). Bei diesem Abfall, der das gesamte Judentum im neunzehnten Jahrhundert außerordentlich erregt hat, war es das Entscheidende ist, nicht eine Divergenz der Auffassungen über den Gehalt des Judaismus der Anlaß gewesen, sondern nur der Fehlschlag der Weissagung des Sabbatai Z'wi, daß 1666 das „messianische Reich“ anbrechen werde. Es war also weniger ein Streit um eine Differenz in der Lehre als um eine Persönlichkeit gewesen, die dem Exodos der „Dönmeh“ geführt hatte. Eher noch konnte die Abspaltung der Karäer (von „b'ne miqrah“ — „ohne der Schrift“, das heißt der Bibel) als eine Ausnahme von dem oben Gesagten gelten. Diese Sekte entstand im zehnten Jahrhundert und löste sich aus dem Judentum, weil Zweifel entstanden waren, ob der Talmud und das rabbinische Gesetz den „wahren“ Judaismus repräsentierten. Die Karäer wollten sozusagen zum „Urjudaismus“ zurückkehren, das „Gesetz“, wie es im Alten Testament, besonders im Pentateuch niedergelegt war, und bestritten daher die Verbindlichkeit der Interpretation durch die im Talmud fixierte mündliche Überlieferung und durch den Rabbismus. Aber auch die Karäer fühlten sich als die „wahren“ Juden, und so fern unterschied sich ihre Bewegung grundsätzlich von der im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert in Westeuropa entstandenen Bewegungen des Liberalismus und „Reformjudentums“. Diese bezogen ihre Ideen und Motive nicht auf den Judaismus, sondern aus der Ideologie der Aufklärung und dem politischen Streben nach der eigenen Einordnung in die bürgerliche Welt, und das bedeutete nichts anderes als einen verdeckten Abfall vom historisch gewordenen Judentum. Nun erst war eine „Orthodoxie“, die sich selbst als solche empfand und von außen her so empfunden wurde, möglich geworden. Sie bezeichnete jene Gruppe, die entlassen war, den Massenabfall vom Judaismus nicht mitzumachen.

Eine ähnliche Entwicklung war schon einmal im nachchristlichen Judentum des dreizehnten und vierzehnten Jahrhunderts aufgetreten, als die jüdisch-arabische Blütezeit, zuletzt unter dem verführerischen Einfluß des jüdischen Philosophen Maimonides (1135—1204), viele Ideen

der späteren Aufklärung vorwegnahm und den reinen Judaismus in Frage stellte. Dieser gefährlichen Richtung geboten damals allerdings die „Reconquista“ und die Inquisition Einhalt, wobei sich, wie nicht selten in der jüdischen Geschichte, der paradoxe Tatbestand ergab, daß eine blutige Verfolgung zwar zahllose jüdische Individuen vernichtete, gleichzeitig aber den von innen her drohenden Verfallsprozeß des Judaismus aufhielt und so zur Rettung seiner Substanz beitrug.

Wir dürfen also zusammenfassend davon ausgehen, daß die Orthodoxie und nicht die überwältigende Mehrheit der liberalen und indifferenten Juden den eigentlichen Judaismus repräsentiert.

Die Bedeutung des „Gesetzes“

Man hat die jüdische Religion eine „Gesetzes-Religion“ genannt und wollte damit andeuten, es käme nur auf die Erfüllung einer Unzahl von Vorschriften an, während im übrigen der Judaismus eines metaphysischen Gehaltes so gut wie ganz entbehre. Eine solche Vorstellung ist trotz der überragenden Stellung des „Gesetzes“ abwegig. Jedem, der auch nur flüchtig das Alte Testament kennt, das doch die Grundlage des Judaismus bildet, sind die ideellen und ethischen Inhalte des Judentums vertraut. Der Irrtum konnte wohl vor allem deshalb entstehen, weil jene metaphysischen und ethischen Vorstellungen zum größten Teil vom Christentum übernommen wurden, so daß bei dieser weitgehenden Identität dem oberflächlichen Betrachter das „Gesetz“ als einziges oder jedenfalls wesentliches Unterscheidungsmerkmal des Judaismus übrigzubleiben scheint. Übrigens haben nicht wenige jüdische Schriftsteller zur Verbreitung dieses Irrtums beigetragen, so etwa Moses Mendelssohn (1729—1786), der das Judentum als „geoffenbartes Gesetz“ definierte und alles, was sonst vom Judaismus übrig bleibe, nur als eine „allgemeine Vernunftreligion“ und eigentlich nichts spezifisch Jüdisches bezeichnete.

So wenig also das „Gesetz“ das Wesen des Judaismus erschöpft, so sehr ist es doch notwendig, es hier zu erläutern. Denn während wir an dieser Stelle auf eine Darstellung der anderen Komponenten des Judaismus verzichten können, da sie zu einem großen Teil über das Christentum bekanntgeworden sind, kann ohne jene notwendige Erläuterung das Wesen der Orthodoxie nicht verstanden werden.

Der Ursprung des „Gesetzes“ liegt in den vielfachen Vorschriften, die von Gott in der „Thorah“ (dem Pentateuch) niedergelegt sind, weswegen „Thorah“ auch häufig synonym für das „Gesetz“ erscheint. Aber schon früh hatte die mündliche Überlieferung diese Vorschriften zu interpretieren begonnen und auf dem Wege logischer Differenzierung neue hinzugewonnen. Die Triebfeder war die Sorge, daß man Gottes Willen vielleicht nicht ganz erfüllen könnte, daß es daher gelte, die biblischen Vorschriften auf ihren Sinngehalt hin auf das genaueste zu prüfen.

Nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil (537 v. Chr.) trat durch die Reformen von Esra und Nehemia das „Gesetz“ in den Vordergrund. Denn nun wurde ihm angesichts der in Palästina lebenden heidnischen Völker und der Samaritaner eine überragende nationale Funktion in zweifacher Weise zugewiesen: einmal die Disziplinierung der Juden und zum anderen die Erschwerung des gesellschaftlichen Umgangs mit den Nichtjuden, von dem mit Recht eine Auflösung der Substanz des Judaismus befürchtet werden mußte, vor allem, wenn dieser Umgang auch das Con-

nubium einschloß. So galt es, einen „Zaun um die Thorah“ (hebräisch: „gader ssaviv lathorah“) zu ziehen.

Im Judentum haben seit der Zeit der Propheten das universalistische und das national-partikularistische Prinzip die beiden antagonistischen Brennpunkte gebildet, um die sich die Ellipse des Denkens und der Religion Israels zog. Allein schon die monotheistische Idee begründet den universalistischen Zug der jüdischen Religion, den die Propheten dann in so großartiger Weise weiteten. Auf der anderen Seite war darauf Bedacht zu nehmen, daß inmitten einer heidnischen Umwelt diese Idee von dem einen Gott nicht dadurch unterging, daß das jüdische Volk als ihr auserwählter Träger durch Assimilation an jene Umwelt sich auflöste. So ergab sich das Paradoxon, daß gerade aus der universalistischen Idee sich die Notwendigkeit der nationalen Erhaltung durch nationale Absonderung aufdrängte. Peinliche Erfüllung der Gebote war zur Existenz-Raison des jüdischen Volkes, des „am qadosch“ („Heiliges Volk“) geworden, das nur so seine „Auserwähltheit“ rechtfertigen konnte. Aus der Spannung zwischen Universalismus und Partikularismus bezieht der jüdische Geist bis auf den heutigen Tag sein Leben, an ihr haben sich immer wieder alle innerjüdischen Diskussionen und Gegensätze entzündet. Die jeweilige politische Situation, in der das jüdische Volk sich befand, pflegte zu bestimmen, auf welchem Prinzip der Akzent lag. Da aber in der Geschichte Israels die politische Lage in der Regel höchst unbefriedigend und in vieler Weise gefährdet war, so wurde der nationale Partikularismus um des Universalismus der Gottesidee willen mehr und mehr zum formenden Prinzip der jüdischen Wirklichkeit, des jüdischen Fühlens und Denkens.

So wurde der „Zaun um die Thorah“ im Laufe der Jahrhunderte verstärkt, man zog, wie der Talmud sich ausdrückte, einen „Zaun um den Zaun“, und das „Gesetz“ erfuhr eine außerordentliche Differenzierung, die das Leben der einzelnen Juden vom Morgen bis zum Abend unzähligen Vorschriften, Geboten und Verboten unterwarf und es so in strenge Zucht nahm. Der „Zaun“ wurde um so mehr betont, je akuter die nationale, politische und kulturelle Gefahr war. Nur so ist es zu erklären, daß das jüdische Volk und damit auch der Judaismus einer so mächtigen Verführung widerstand, wie es die hellenistische Welle bedeutete, die zur Zeit der Seleukiden den Vorderen Orient überflutete. Vor allem lieferte der „Zaun“ eines der bedeutendsten Elemente für das erstaunliche Phänomen, daß Israel auch nach der Zerstörung des palästinischen Staates nun fast zwei Jahrtausende im Zustande der „galuth“ (hebräisch für „Diaspora“) erhalten geblieben ist. Die Thorah war nach dem babylonischen Exil die Staatsverfassung geworden, die keinen Unterschied zwischen weltlichem und religiösem Recht kannte. Sie war das tragende Prinzip der jüdischen Theokratie, der „Geistlichen Republik“, wie sie Simon Dubnow nennt, geworden. Diese Verfassung, also das gesamte jüdische private und öffentliche Leben regelnde „Gesetz“, blieb auch nach der politischen Katastrophe, welche die Zerschlagung des wenn auch schon längst nicht mehr souveränen Staatswesens bedeutete, der Mittelpunkt jüdischen Lebens und Handelns. Die Thorah wurde, wie Heinrich Heine es glücklich ausdrückt, das „portative Vaterland“ der Juden. Wo auch immer Juden sich befanden, waren sie „zu Hause“, wenn sie das Gesetz beobachteten, das den einzelnen mit Gott in gleicher Weise wie mit Israel verband. Wo es aber beobachtet wurde, da war kaum ein intimerer Kontakt mit der nichtjüdischen Umwelt möglich: man denke zum Beispiel allein an die komplizierten rituellen Speisegesetze, die jegliche Tischgemeinschaft ausschlossen. Um Gottes willen nahm Israel das Gesetz auf sich, um des Gesetzes willen blieb es einsam. Seine Einsamkeit erhielt es auch in der Zerstreuung.

Die Gesellschaftsstruktur der Orthodoxie

Wenn also die Motive, welche Esra und Nehemia, dann die „ssopherim“ (Schreiber), die „Chassidäer“ (Frommen, Gottesfürchtigen), die „Pharisäer“ (Abgesonderten) und schließlich die Rabbiner den „Zaun um die Thorah“ und den

„Zaun um den Zaun“ ziehen ließen, durchaus religiöse waren, so hatte das Gesetz objektiv doch eine nationale Funktion, und so spricht denn auch einer der modernen Führer der Orthodoxie, der kürzlich verstorbene Isaac Breuer, von dem „National-Gesetz“, dem Israel unterworfen sei. Ähnlich als „Verfassung“ oder als „National-Gesetz“ oder „religiöses Staatsrecht“ wendet es sich nicht nur an den einzelnen Juden, sondern an das Volk selbst. Es setzt also ein jüdisches Gesellschaft voraus, nicht nur eine „Gemeinde“ im christlichen Sinn, die sich nur gelegentlich bestimmten religiösen Übungen versammelt, im übrigen aber in einer anderen, soziologisch übergeordneten Gesellschaft aufgeht. Gerade weil das „Gesetz“ neben dem privaten auch das öffentliche Recht einschließt, können bestimmte Teile von ihm auch nur von einer jüdischen Gesellschaft vollzogen werden. So wirkte das „Gesetz“ nicht nur objektiv nationalerhaltend, sondern die Existenz der Nation dient auch selbst einem religiösen Zweck.

Das ganze Mittelalter hindurch bis tief in die Neuzeit hinein versuchte sich das Judentum als Gesellschaft zu erhalten — als „Staat im Staate“, wie die Antisemiten denunziatorisch sagten und sagen. Das Ghetto war für die Juden jener Zeit keineswegs mit dem negativen Wertakzent belastet, den es nach der Emanzipation erhielt. Wenn seine äußere Form auch oft genug von der Umwelt aufgezwungen war, so entsprach es doch als innerer Zustand der jüdischen Auffassung und vor allem dem jüdischen Bedürfnis nach religiöser, das heißt in ihrem Falle gleichzeitig auch nationaler Autonomie. In hervorragender und beispielhafter Weise war diese Autonomie in der Form der „Qahal“-Verwaltung („Gemeinde“ oder „Versammlung“) in Polen seit dem dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert verwirklicht. Der Qahal führte autonom die Verwaltung und das Justizwesen, er war für Erziehung und Kultur sowie für die Erziehung und Abführung der Steuern verantwortlich; seine mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteten Autorität war für alle Juden unterstellt. Die einzelnen Qahalverwaltungen eines Steuerdistriktes waren wieder zu Bezirksverbänden zusammengeschlossen, deren Delegierte ihrerseits ein- bis zweimal jährlich zum „Vierländerrat“ (hebräisch: „waad arba arazoth“, nachdem Litauen 1623 aus dem polnischen „waad“ ausgeschieden war und einen eigenen bildete) zusammentraten. Zugleich mit den Sessionen des „waad“ trafen auch noch der jüdische Oberste Gerichtshof zusammen, der als Berufungsinstanz für die von den Qahal-Gerichten ergangenen Urteile und ebenso für Streitigkeiten zwischen Einzelpersonen und den Qahalen zuständig war, wobei das angewandte Recht selbstverständlich talmudisch-rabbinisch war. Diese staatsrechtliche Autonomie in Polen läßt sich auf Umfang und Großzügigkeit nur noch mit der von den Omajjaden in Babylonien (650—950) geschaffenen sogenannten Gaonats-Verfassung und den autonomen Gemeindeverbänden im arabischen Spanien bis zum zwölften Jahrhundert vergleichen, deren Oberhaupt, der „Naggid“, gleichzeitig auch Mitglied des arabischen Staatsrates war. Es ist dieser festgefügte Institution des Qahal und des Waad zuzuschreiben, daß das polnische Judentum die späteren turbulenten Perioden, insbesondere des ukrainischen Bauernaufstandes, der moskowitischen und schwedischen Invasionen und der Hajdamakenpogrome, trotz erheblicher Blutverluste als Ganzes einigermaßen überstehen konnte.

In dieses festgefügte System der jüdischen Gemeindeautonomie, das in verkleinertem Maßstab auch in Westeuropa bestand, schlug die Emanzipation der Juden, die in zeitlichen und ideellen Anschluß an die französische Revolution begann, eine Bresche. Es ist wichtig, sich klarzumachen, daß (wie sich aus den Protokollen der französischen Nationalversammlung und anderen europäischen Dokumente nachweisen läßt) die Emanzipation nicht aus philosemitischen Gründen erfolgte, sondern aus der Dogmatik der Aufklärung heraus: das Ghetto und die Beschränkung der bürgerlichen Rechte einer bestimmten Gruppe fügten sich nicht in das Bild, das die Aufklärung sich von der menschlichen Gesellschaft machte. Ebensowenig vertrat der neu aufkom-

nde Nationalismus den Gedanken einer autonomen Gesellschaft innerhalb eines Staates. Der neue Staat war bereit, den Juden als Individuum zu emanzipieren, er nicht als Mitglied einer religiös-nationalen Gemeinschaft. So traf die Emanzipation den Judaismus an seiner pfundlichsten Stelle, indem er ihm aufgab, von seiner nationalen Sonderart und der sie schützenden Autonomie zu sein.

Die Tatsache, daß das westliche Judentum des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, vor die Alternative „individuelle Emanzipation oder Aufrechterhaltung des bisherigen gesellschaftlichen Status“ gestellt, in seiner überwältigenden Mehrheit sich für die Emanzipation entschied, ist durch die soziologische Entwicklung jener Zeit zu verstehen. Man muß sich vor Augen halten, daß seit der Auflösung des römischen Reiches die Juden das ganze Mittelalter hindurch fast die einzigen Träger einer kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftstechnik gewesen waren, wobei hier das Wort „kapitalistisch“ ohne jenes negative Werturteil gebraucht wird, das ihm der Sozialismus gegeben hat. Es trafen außerordentlich viele Umstände zusammen, die diesen Sachverhalt begründeten. Ohne daß wir an dieser Stelle näher darauf eingehen können, sei hier nur auf einige wenige Ursachen hingewiesen, die sich sowohl aus der ständigen Minderheitssituation wie der damit in einer engen kausalen Wechselbeziehung stehenden Wanderungsbewegung der Juden ergaben. Die ständige Unsicherheit der politischen Existenz, die in der immer von Zeit zu Zeit auftauchenden Notwendigkeit der Auswanderung bestand, mußte die Juden darauf bedacht sein lassen, ihr Eigentum so mobil und transferierbar wie möglich zu halten, also vorwiegend in Gold, Juwelen, Inhaberpapieren und dergleichen anzulegen, und sich andererseits so wenig wie möglich mit der sogenannten Urproduktion zu befassen, so daß der später erfolgte Ausschluß der Juden vom Immobilienbesitz kaum als die eigentliche Ursache ihrer Unterhaltung von ihm zu verstehen ist. Die kapitalistische Wirtschaftsform war also die einzige, die den Juden in dem diasporalen Existenzkampf angemessen war, weil nur sie ihnen gestattete, der ständigen Pogrom- und Auswanderungsdrohung einigermaßen auszuweichen. Dazu kamen noch die späteren gesetzlichen Beschränkungen, die ihnen den Handel und das Kreditgeschäft fast als die einzigen Erwerbsquellen beließen, während andererseits den Christen das Zinsnehmen verboten war.

Inmitten der mittelalterlichen feudalen und zünftig gegliederten Wirtschaftsform waren die Juden also als Vertreter des kapitalistischen Prinzips ein Fremdkörper (auch dieser Ausdruck wird hier nicht in einem wertenden Sinn gebraucht; er beabsichtigt nichts anderes, als auf die Diskrepanz zwischen der jüdischen Wirtschaftsweise und der Wirtschaftsstruktur der damaligen Umwelt hinzuweisen). Sie empfanden sich als solchen und wurden als solcher empfunden, auch wenn, was sehr häufig der Fall war, gerade ihre andere Wirtschaftstechnik objektiv von großem Nutzen war und daher positiv bewertet wurde, etwa bei der Finanzierung größerer staatlicher oder fürstlicher Vorhaben, wie überhaupt ihre Anwesenheit den Ausbau des Wirtschaftslebens und damit den Wohlstand vielfach förderte. (Sombart zum Beispiel als erster auf den Kausalzusammenhang zwischen der Vertreibung der Juden von der Pyrenäischen Halbinsel und der Verschiebung des Wirtschaftszentrums von Südeuropa nach Nordeuropa aufmerksam gemacht!) Ob in der objektive wirtschaftliche Funktion der Juden unter dem Aspekt der Konkurrenz negativ oder unter dem der allgemeinen Wohlfahrt positiv empfunden wurde, so standen sich in jedem Fall beide Welten fremd gegenüber. Es versteht sich von selbst, daß dieser Charakter des „Fremdkörpers“ neben dem „Gesetz“ die bei weitem wichtigste Rolle bei der Erhaltung des Judentums spielte.

Aber inzwischen vollzogen sich in der nichtjüdischen Umwelt entscheidende Wandlungen. Die koloniale Expansion und die aufstrebende Technik begannen die wirtschaftliche Struktur von Grund auf zu revolutionieren, die sich aus

ihrer mittelalterlichen Daseinsform — repräsentiert im Feudalismus und im Zunftwesen — löste. Handel und Industrie begannen ihre Entwicklung, von der das soziale Gefüge nicht weniger als die geistigen Aspekte verändert wurden. Die Wirtschaft trat in ihre kapitalistische Phase ein.

Damit vollzog die Umwelt eine Wandlung zu einem Wirtschaftsdenken und einer Wirtschaftstechnik, die bis dahin nur die Juden ausgezeichnet hatten. Deren „Fremdheit“ begann sich als soziales Merkmal zu verflüchtigen und auf das Religiöse zu beschränken. Da aber gleichzeitig die Ideen der Aufklärung und des Liberalismus das religiöse Denken ausschalteten oder doch zum mindesten erheblich relativierten, empfand die christliche Gesellschaft auch den religiösen Unterschied mehr und mehr als irrelevant. So waren die sozialen Schranken in Westeuropa zwischen Christen und Juden schon vor der Emanzipation weitgehend abgebrockelt, und ein reger Verkehr bahnte sich an. Die Emanzipation war also nur die rechtliche Anerkennung dieses Vorgangs.

Durch die allmähliche Auflösung der Fremdkörpereigenschaft und die Teilnahme an der Kultur ihrer Umwelt gerieten auch die Juden in den Bann der Aufklärung. Hatte Moses Mendelssohn noch die Kompromißformel, Judentum sei nur „geoffenbartes Gesetz“, im übrigen aber allgemeine „Vernunftreligion“, nicht nur gefunden, sondern auch gelebt, indem er einerseits zu einem geistigen Führer der Aufklärung wurde, andererseits aber das „Gesetz“ peinlich genau befolgte, so war es doch unvermeidlich, daß auch das „Gesetz“ allmählich der Aufklärung zum Opfer fiel. Und es ist symbolisch, daß schon die Kinder Mendelssohns — bis auf einen Sohn — sich dem Judaismus völlig entfremdeten.

Im Rahmen dieses Aufsatzes kann nicht näher auf den sehr interessanten und eigenartigen Differenzierungsprozeß eingegangen werden, dem das europäische Judentum nun unter dem Druck der Ideen der Aufklärung und dem Streben nach bürgerlicher Emanzipation und Geltung unterworfen wurde. Jedenfalls ergaben sich nun vielerlei Richtungen, deren extremste zu einem völligen Abfall vom Judentum in der Form von Taufe, Mischehe — die meistens, auf alle Fälle aber in den Kindern, den Abfall bewirkte — oder absoluter Gleichgültigkeit führte, während die anderen nur dem „Gesetz“ eine unterschiedlich große Gültigkeit zuzugestehen bereit waren. War dieses Maß noch relativ groß, so nannte man sich „konservativ“, war es geringer, so hieß man „liberal“, und die extremste Richtung, die gleichwohl noch nicht den Absprung in den totalen, durch die Taufe als endgültig dokumentierten Abfall gefunden hatte, war das „Reformjudentum“ (in den Vereinigten Staaten entsprechen unseren „Liberalen“ ungefähr die „conservatives“, während das „Reformjudentum“ dort sich „liberal“ nennt). Dem allgemeinen Drang nach Assimilation entsprach eine schrittweise Verchristlichung oder besser „Verprotestantisierung“ des Gottesdienstes, in dessen Mittelpunkt die Predigt trat, in den Orgel und gemischter Chorgesang Eingang fanden und bei dem die Trennung der Geschlechter in vielen Gemeinden aufgehoben wurde, während das „Reformjudentum“ so weit ging, den Sabbat kurzerhand auf den Sonntag zu verlegen und das hebräische Gebet völlig durch das in der jeweiligen Landessprache zu ersetzen. Der tatsächliche Abfall vom „Gesetz“ sollte dem eigentlichen Gewissen gegenüber durch eine erhöhte Feierlichkeit des Gottesdienstes verschleiert werden. Auch die Stellung des Rabbiners, dessen Funktionen an sich in keiner Weise irgend etwas mit denen des christlichen Priesters zu tun haben, wurde dessen Position angeglichen. Es war wichtig, daß die Juden also bereit waren, die negative Wertung des Judaismus zu übernehmen, die der Emanzipation zugrunde lag und die ihn nur unter der Voraussetzung seiner Assimilation an die christlichen Konfessionen, also seiner „Reform“, zu tolerieren bereit war. Die Assimilation beruhte in der Tat auf einem geistigen Antisemitismus, der sich gegen den Judaismus als solchen und nur dann gegen den einzelnen Juden richtete, wenn dieser nicht zu Konzessionen durch den Abbau des „Gesetzes“ bereit war. Die Tatsache, daß die Juden dieses Werturteil innerlich anerkannten, war der Grund zu einer

verhängnisvollen Entwicklung: während die Juden sich ihres Judentums zu schämen begannen, wurde es in der christlichen Gesellschaft andererseits zu einer Frage des Taktes, im Verkehr mit ihnen vorzugeben, man wisse nicht, daß sie Juden seien. Unter dem Druck dieses aufklärerischen Antisemitismus entstand dann die von beiden Seiten eine ganze Weile ernsthaft geglaubte These, das Judentum sei nur eine „Konfession“ wie Katholizismus und Protestantismus. Diese These wurde am lebhaftesten von den Juden verfochten, deren Judentum am allerwenigsten noch irgendeine Ähnlichkeit mit dem historisch gewordenen Judaismus hatte und sich so gut wie nicht etwa vom liberalen Protestantismus oder von dem religiösen Indifferentismus der meisten „Christen“ unterschied.

Nun erst also war der Begriff der „Orthodoxie“ im modernen Sinne möglich geworden. Wie reagierte und wie reagiert die Orthodoxie, also die einzig legitime Repräsentantin des Judaismus, auf die neue Zeit, der gegenüber sie sich in der Defensive befindet? Ihre Position war denkbar ungünstig, denn gegen sie war der „Zeitgeist“, und so mußte ihr Festhalten am „Gesetz“ automatisch in den Verdacht der „Reaktion“ geraten, und es gibt nichts Schlimmeres in einer fortschrittstrunkenen Zeit als dieses Odium. Der bedeutendste Former einer neuen jüdischen Gesinnung im Sinne der Orthodoxie wurde der Frankfurter Rabbiner Samson Raphael Hirsch (1808–1888). Nachdrücklich bestritt er die Anwendbarkeit des Begriffes „Religion“ auf das Judentum insofern, als im Gefühl der nachmittelalterlichen Zeit dieser Begriff nicht mehr das gesamte Leben deckte, sondern nur noch auf einen bestimmten und sehr begrenzten Komplex von Ideen und Handlungen beschränkt war. Aber damit hatte Hirsch keineswegs einer Deutung im Sinne des modernen jüdischen Nationalismus stattgegeben. Vielmehr wollte er den Begriff der jüdischen „Nation“ oder des jüdischen „Volkes“ so sublimiert wie möglich aufgefaßt wissen. Denn der überragende Wert sei die Thorah, das Gesetz, so überragend, daß selbst früher, als der jüdische Staat noch bestand, weder dieser noch das Land das einigende Band der Juden gewesen seien, sondern eben nur die Thorah. So wie früher die eigene Staatlichkeit sei auch Israels Volkhaftigkeit nur ein Mittel seines „geistigen Berufs“. Dieser besteht aber auch für Hirsch in der Wahrung und Erhaltung des reinsten „Menschentums“; denn daß eben dieses die stillschweigende Grundlage des Judaismus sei, in dieser echt aufklärerischen Idee ist sich Hirsch mit Mendelssohn durchaus einig, und wie die Reformen hat auch er die Vorstellung von einer „Mission“ des Judentums, freilich mit dem Unterschied, daß für Hirsch die Erfüllung einer solchen Mission undenkbar ist ohne die peinliche, uneingeschränkte Erfüllung des „Gesetzes“, und gewiß auch mit dem Unterschied, daß das heimlich opportunistische Motiv, welches das liberale Judentum zur Missionstheorie verführte, bei Hirsch nicht maßgeblich war.

Orthodoxie und Emanzipation

Die sublimierte und fast anationale Deutung der jüdischen Volkhaftigkeit, Hirschs bestimmte die — trotz strengster Gesetzestreue — tolerante Haltung der westlichen Orthodoxie zur Emanzipation. Mit Recht bemerkt Max Wiener: „Hirsch bleibt bei aller Unabdingbarkeit seiner Gesetzestreue von Anfang an noch vor seiner organisatorischen Wirksamkeit darauf gerichtet, niemals den Modus vivendi zu verfehlen.“ Denn die Emanzipation wurde von Hirsch wie von der westlichen Orthodoxie überhaupt bejaht, und ebenso die Aneignung westlicher Bildung. Man sah in der Emanzipation nicht nur die Wiedergutmachung eines alten den Juden zugefügten Unrechts, sondern vermeinte auch, daß die nun den Juden zugestandene größere Bewegungsfreiheit ihnen auch die Ausübung ihrer religiösen Pflichten erleichtere. Was die von Hirsch geistig geführte Orthodoxie nicht sah, war der Umstand, daß die enge kulturelle Verbindung mit der nichtjüdischen Umwelt auch dort zur Auflösung des Judentums führen mußte, wo man ehrlich um die Erhaltung des Gesetzes bemüht war. „Wie in der Chemie“, so bemerkt Arthur Ruppin, „unter der Einwirkung eines Gär-

ungsstoffes zusammengesetzte Körper sich in ihre Elemente spalten und diese Elemente dann neue Verbindungen eingehen, so wirkte die moderne Bildung auf das alte homogene Ghetto-Judentum als Ferment und leitete den Emanzipationsprozeß ein, der mit der Zersetzung der Einheit in mehrere kulturell verschiedene Schichten begann und in der Verbindung der kulturell fortgeschrittenen Schicht mit dem Christentum endigte.“ Die Neo-Orthodoxie Hirschscher Observanz wollte den Juden die Vorteile der Emanzipation nicht vorenthalten und ebensowenig den Eintritt in die westliche Gesellschaft, und dieser Eintritt dieses „Mitmachen“ sollten für den orthodoxen Juden insofern von Fall zu Fall eine Grenze finden, als eine ausdrückliche religiöse Vorschrift dem entgegenstand, etwa im Falle einer Teilnahme an einer christlichen Tischgesellschaft bei der natürlich nicht die Speisegesetze zu beobachten gewesen wären, oder wenn ein orthodoxer Angestellter einem christlichen Unternehmen die Arbeit am Sabbat ablehnen mußte. Die Neo-Orthodoxie machte es sich nicht klar, daß diese innige Teilnahme an dem Geschehen der nichtjüdischen Umwelt trotz des Ideals des „Jusroel-Menschen“ (aschkenasische Aussprache von „Jissrael“), wie Hirsch proklamiert hatte und worunter er den ganz und gar durch die Thora geformten Menschen verstand, das „Jusroel-Sein“ auf eine inselhaftige Stellung verengte und also den abgelehnten Begriff der Religion schließlich doch auch auf die Orthodoxie zutreffen ließ. Die merkwürdigen Konsequenzen, zu denen die neo-orthodoxe Haltung führen konnte, hat Max Wiener im Auge, wenn er schreibt: „Hatten hier oft auf die Spitze getriebene Observanz und Teilnahme an übersteigter Zivilisation in seltsam anmutender Unbefangenheit in einer Seele Raum. Was nicht verboten, erschien als erlaubt, und Maßlosigkeiten des Luxus und der Mode konnten sich an der Toilette einer frommen Dame mit dem Scheitel (Perücke, die orthodoxe verheirateten Jüdinnen tragen müssen), der doch aus asketischen Gründen ihr Haupthaar verdeckt, anscheinend wohl vertragen.“ Letzten Endes sprengte diese neo-orthodoxe Auffassung die jüdische „Gesellschaft“ nicht minder, als es die Reformen taten, und der Endeffekt mußte zwangsläufig der gleiche sein. Auch beim westlichen Orthodoxen war die Thorah nicht mehr mehr der sie tragenden jüdischen Gesellschaft und ihrer homogenen Atmosphäre verbunden und auf sie bezogen, sondern mußte sich im Bewußtsein des einzelnen in eine Summe von Geboten und Verboten aufspalten. Hier aber eben verläuft die psychologische und soziologische Verbindungslinie zur „Reform“, so daß es vom Standpunkt der Wirklichkeit aus keinen allzu großen Unterschied ausmachte, daß die Orthodoxe alle Gebote und Verbote sorgfältig beachtet, der Liberale aber nur noch einen Teil oder gar überhaupt keine. Der Neo-Orthodoxie kam wohl auch kaum die außerordentliche Tragweite des Umstandes zum Bewußtsein, daß sie im Zeitalter der Emanzipation auf das Privileg der eigenen jüdischen Gerichtsbarkeit verzichtete. Der westliche Orthodoxe, so sagt Max Wiener, sehe „sein Ideal darin, möglichst großes Quantum des in gesonderte Bestimmungen aufgesplitterten Willens des göttlichen Gesetzgebers oder dessen autoritativer Ausleger zu vollziehen, ohne danach zu fragen, was aus der Gesellschaft wird, innerhalb derer eine solche Bemühung doch erst eigentlichen Sinn empfängt.“ Diesen Verfall der jüdischen Gesellschaft konnte auch die sogenannte „Trennungs-Orthodoxie“ nicht verhindern, der Anhänger aus den allgemeinen Synagogengemeinden austreten, um dort nicht von einer liberalen Mehrheit majorisiert zu werden, die eigene Gemeinden begründeten und für das liberale Judentum fortan nicht mehr als Judentum galten, sondern als eine völlig andere Religion, mit der sie nicht verband als gemeinsame Reminiszenzen. Diejenigen Orthodoxen aber, die in den anderen Gemeinden verblieben, fanden in der Regel rasch den Anschluß an den „Konservatismus“, von dort zum „Liberalismus“ und endgültigen Abfall.

Nach einer längeren, mit nutzloser Apologetik gefüllten Lethargie raffte sich die Orthodoxie endlich auf und gründete 1912 den „Weltbund Agudath Jissrael“ („Bund Israel

f der Kattowitzer Gründungsversammlung führte Jakob Rosenheim aus, daß die Agudah (wie man nach der hebräischen Grammatik sagen muß, wenn das „Jissrael“ fortgesetzt wird) weder ein „Verein“ noch ein „Zweckverband“ „dessen Bedeutung sich in der Verwirklichung irgendlicher Einzelzwecke erschöpft“. Vielmehr gehe es um die Wiederbelebung des „K'lal Jissrael“ („jüdische Gemeinschaft“ oder „jüdischer Gesamtorganismus“). Deutlich empfiehlt Rosenheim die Fragwürdigkeit einer von der jüdischen Gesellschaft losgelösten Orthodoxie: „Unsere Kinder nun leben in der Atmosphäre, die sie umgibt, täglich vor der fahrlässigen Aufgabe als etwas künstlich Ersonnenes, Unnatürliches, als einen guten Einfall anzusehen, den einige Sonderlinge, der Welt zum Trotze, durchzusetzen sich genommen haben. Wir müssen ihnen daher den Zusammenhang wiedergeben mit K'lal Jissrael, nicht nur den geistigen Zusammenhang mit der Vergangenheit, sondern auch mit der gegenwärtigen jüdischen Masse, müssen sie einstellen in eine Organisation, die auf dem Wurzelboden der Thorah die ganze Fülle aller lebendigen jüdischen Seele wie Geschwister neben und füreinander wachsen und gedeihen läßt.“ Dem entspricht es, daß die Agudah auch weniger Hemmungen verspürt als Samson Raphael Hirsch, im jüdischen Volke zu sprechen, und § 1 ihrer Satzung lautet: „Agudas Jissroel (die aschkenasische Aussprache von Jüduth Jissrael) erstrebt die Lösung der jeweiligen Aufgaben des durch die Thorah konstituierten jüdischen Volkes im Geiste der Thorah.“

Die Agudah hat also die Notwendigkeit einer Rekonstruktion der jüdischen Gesellschaft voll begriffen; denn nichts anderes ist letzten Endes mit „K'lal Jissrael“ gemeint. Es ist ein großes Verdienst der Agudah, daß sie die Hemmnisse des patriotischen Assimilationsstrebens, dem auch die Orthodoxie der verschiedenen Länder unterworfen war, überwindet und sich zur übernationalen Solidarität Israels bekennt.

Orthodoxie und Zionismus

Eine völlig neuartige Problematik wurde für die Orthodoxie in der Bewegung des modernen politischen Zionismus aufgeschworen, die Ende der neunziger Jahre in Westeuropa entstand, rasch den Osten und nach dem ersten Weltkrieg auch einen größeren Teil Westeuropas eroberte, und dann schließlich angesichts der nationalsozialistischen Aggressionen nahezu das ganze Weltjudentum mit Ausnahme der Sowjet-Union (wo der Zionismus als staatsfeindlich verurteilt ist) zu umfassen. Seinem Wesen nach ist der Zionismus ein verpäteter Ausläufer der Aufklärung und der Romantik. Teils aus einem verletzten Ehrgefühl, teils aus der Einsicht heraus, daß der vom neunzehnten Jahrhundert gläubig erwartete „Fortschritt“ die Judenfrage doch nicht löse, suchte die Orthodoxie die Dinge nicht nur durch die Einwanderung nach Palästina, sondern auch durch ein deutliches und offenes Bekenntnis zum Judentum zu wenden. Da aber auch der Zionismus ein großenteils säkularisiertes Judentum vorgefunden hatte, das für die Bürde des „Gesetzes“ nicht mehr zu gewinnen war, so erhob er die physische Zugehörigkeit zum jüdischen Volk zum ausschlaggebenden Kriterium des Jüdischseins, während die Religion nach dem Beispiel der modernen Staaten zur „Privatsache“ erklärt wurde. Er war so zwar bereit, eine neue jüdische Gesellschaft aufzubauen, aber notfalls ohne das „Gesetz“. Diese jüdische Gesellschaft freilich soll in Palästina auf einer breiten Basis entstehen, so daß der Fuß der sozialen Pyramide von jüdischen Bauern und Arbeitern, die Spitze aber von den Gelehrten gebildet wird, die bisher von den Juden hauptsächlich ausgeübt worden sind. Die neue Gesellschaft soll so von der anormalen Struktur befreit werden, die das Kennzeichen des Judentums in der Diaspora gewesen ist.

Die Orthodoxie spaltete sich in der Frage der Stellung zum Zionismus, wobei die Kontroversen oft eine ungewöhnliche Schärfe annahmen. Die überwältigende Mehrheit nahm zunächst eine antizionistische Haltung ein. Diese gründete sich vor allem auf die betont neutrale und indifferente

Stellung des Zionismus der Religion gegenüber. Man argumentierte, daß die Existenz und Erhaltung des jüdischen Volkes sich nicht lohne, wenn die Thorah ihre zentrale Stellung verliere und aus dem „am qadosch“ ein „Volk wie alle anderen“ werde. Zudem mußte der Orthodoxie die ursprünglich von der „haskalah“ (Aufklärungsbewegung unter den Ostjuden im neunzehnten Jahrhundert) ausgehende und vom Zionismus aufgegriffene Wiedergeburt des Hebräischen als Umgangssprache ein Greuel sein; denn dies bedingt den Gebrauch des „laschon qadosch“ (heilige Sprache) zu profanen Zwecken. So verständlich die orthodoxe Reaktion in dieser Hinsicht ist, so wenig ist sie freilich historisch zu begründen. Die Orthodoxie mußte überdies durch eine stärkere Einwanderung zionistischer Juden nach Palästina eine Säkularisierung des Heiligen Landes befürchten. In Palästina entstanden denn auch häufig genug starke Spannungen zwischen der Orthodoxie und Angehörigen besonders des linken zionistischen Flügels, weil diese die Sabbatruhe nicht respektierten.

Während der antizionistische Teil der Orthodoxie sich später in der Agudah organisierte, gründete ein anderer schon 1902 den „Misrachi“ (Zusammenziehung von „merkaz ruchani“, das ist „geistiges Zentrum“) im Rahmen des zionistischen Weltverbandes. Vom Standpunkt des „Misrachi“ aus sind auch die säkularisierten Juden immer noch Juden und potentielle Träger des Thorah-Gedankens, zu denen man die Verbindung nicht abreißen lassen darf. Der Misrachi erkannte klar die der zionistischen Bewegung innewohnende Kraft und glaubte daher, diese Kraft nicht durch eine Selbstausschaltung der Orthodoxie von vornherein den säkularisierenden Tendenzen überlassen zu dürfen. Der Misrachi umfaßt heute rund ein Fünftel des organisierten Weltzionismus, während die Stärke der Agudah heute schlecht abzuschätzen ist, wenn man auch sagen kann, daß ihr wesentlichster Teil durch Hitler im Osten ermordet worden ist (vgl. Europa-Archiv S. 57 ff.).

Die Ereignisse in Deutschland haben freilich der zionistisch-agudistischen Auseinandersetzung vieles an Schärfe genommen. Die Agudah hatte die Besiedlung Palästinas „im Geiste der Thorah“ zwar von Anfang an als Programm in ihre Satzung aufgenommen. Aber teils beruhte dieses Programm auf einer alten religiösen Pflicht, die auch in der Diaspora nie vergessen wurde, teils war es gegen den Zionismus im Sinne einer Konkurrenz gerichtet. Der Zionismus seinerseits begrüßte auch die agudistische Siedlung, verstärkte sie doch durch die bloße Tatsache, daß sie den „Jischuw“ (die Gesamtheit der jüdischen Einwohner Palästinas) vergrößerte, seine eigentliche politische Position gegen Araber und Briten, gleichgültig, ob die agudistischen Siedler das im Sinne hatten oder nicht. Angesichts der Katastrophe, die das Judentum betroffen und das Ausmaß der es bedrohenden Gefahr gezeigt hat, ist die Agudah heute, wesentlich bereiter zu einer Kooperation mit der Jewish Agency als je zuvor, wobei ihre Verbindungen natürlich hauptsächlich über den Misrachi laufen. Andererseits ist die Jewish Agency mit Rücksicht auf die beiden großen orthodoxen Organisationen, die beide ihre Jugend- und Arbeiterverbände haben und in Palästina gesetzestreue Arbeitersiedlungen („qibbuzim“) unterhalten, natürlich gezwungen, ihre Bedürfnisse in Palästina selbst mehr und mehr zu berücksichtigen.

Es gibt wenig zuverlässige Nachrichten über das Schicksal der rund zweieinhalb Millionen Juden in der Sowjet-Union, und man weiß daher nicht, wieviel sie der von den Sowjets propagierten „roten Assimilation“ (wie ein zionistischer Ausdruck lautet) erlegen sind oder nicht. Sie sind jedenfalls ohne jeglichen Zusammenhang mit dem Weltjudentum. Das Leben der agudistischen Gemeinden in den angelsächsischen Ländern ist durch eine Reihe von Emigranten aus deutschen orthodoxen Kreisen, vor allem aus Frankfurt und Berlin, wesentlich aktiviert worden.

In den letzten hundertfünfzig Jahren ist die jüdische Welt von drei vernichtenden Katastrophen getroffen wor-

den. Die eine brachte die Emanzipation und die mit ihr verbundene Assimilation im Westen; sie höhle die Substanz des Judentums aus, zerschlug die jüdische Gesellschaft und entfernte sozusagen auf friedlichem Wege Millionen von Juden aus der jüdischen Gemeinschaft. Die zweite war die bolschewistische Revolution, welche zweieinhalb Millionen mit einer überwältigenden orthodoxen Mehrheit von der Entwicklung des Weltjudentums plötzlich abschnitt. Die dritte waren Hitlers Pogrome, die mit den sechs Millionen Juden gerade die Ostjuden vernichteten, welche nicht nur eine starke orthodoxe (misrachistische und agudistische) Mehrheit hatten, sondern vor allem auch noch eine echte jüdische Gesellschaft bildeten. Die Orthodoxie kann nicht hoffen, in der Diaspora, etwa in den Vereinigten Staaten, wo heute die meisten Juden wohnen, eine jüdische „Gesellschaft“ zu rekonstruieren: es ist nicht einzusehen, welche Faktoren dort der überwältigenden assimilatorischen Verführungskraft, die von der Umwelt ausgeht, ernstlich entgegenwirken sollen, so daß ausgerechnet dort der Prozeß der Auflösung der jüdischen Gesellschaft wieder rückgängig gemacht werden könnte.

Daß die „Thorah“ nur in einer echten Gesellschaft, nicht aber in einer bloßen „Gemeinde“ verwirklicht werden kann, darüber ist sich die Orthodoxie heute klar. Wie daher auch immer ihre Einstellung zum Zionismus ist, so ist sie sich dessen bewußt, daß auch sie mit dem zionistischen Versuch,

in Palästina eine jüdische Gesellschaft wiederherzustellen, steht und fällt. In der Tat hängt von dem Gelingen des zionistischen Vorhabens die Frage ab, ob es einige Generationen später überhaupt noch Juden und Judentum geben wird. Diese echte Existenznot erklärt zur Genüge die Leidenschaft, mit der das Judentum um Palästina kämpft. Seine Bedeutung geht für es weit über die eines bloßen „Asyls“ hinaus.

Literaturhinweise

Isaac Breuer, Judenproblem, Frankfurt-1922.

Jacob Rosenheim, Agudistische Schriften, Hamburg 1930.

Max Wiener, Jüdische Religion im Zeitalter der Emanzipation, Berlin 1933.

Samson Raphael Hirsch, 19 Briefe über das Judentum, 1836.

Samson Raphael Hirsch, Choreb oder Versuche über Jissroel's Pflichten, 1837.

Arthur Ruppin, Die Juden der Gegenwart, Berlin 1920.

Arthur Ruppin, Soziologie der Juden, 2 Bände, Berlin 1930.

Werner Sombart, Die Juden und das Wirtschaftsleben, Leipzig 1911.

Adolf Böhm, Die zionistische Bewegung, Berlin 1920.

Simon Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, 10 Bände, deutsche Übersetzung, Berlin 1925.

Winfried Martini, Die Existenzkrise des Judentums, „Die Gegenwart“, August 1946.

Deutsche Zeitschriften in der sowjetrussisch besetzten Zone

Nachtrag zur Übersicht Seite 664

ABC-ZEITUNG, Berlin, 300 000.

ALLGEMEINE FLEISCHERZEITUNG, Berlin, wöchentl.

AMTSBLATT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND, Berlin, Evangelische Verlagsanstalt.

ANATOMISCHER ANZEIGER, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.

ANGLIA, Halle a. d. S., Max Niemeyer.

ANNALEN DER PHYSIK, Leipzig, Johann Ambrosius Barth.

ASTRONOMISCHE NACHRICHTEN, Berlin, Akademie-Verlag GmbH.

BAUZEITUNG, Berlin, Die Freie Gewerkschaft, Verlagsgesellschaft mbH.*

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN SPRACHE UND LITERATUR, Halle a. d. S., Max Niemeyer.

BEITRÄGE ZUR PATHOLOGISCHEN ANATOMIE UND ZUR ALLGEMEINEN PATHOLOGIE, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.

BEITRÄGE ZUR HUMANITÄT, Berlin, monatl.

BERLINER FUSSBALLVORSCHAU, Berlin, wöchentl.

BERLINER PALETTE, Berlin, Verlag für wirtschaftliche Informationen Wilhelm Orschel.

BERLINER STATISTIK, Berlin, monatl.

BERLINS MODENBLATT, Berlin, 100 000.

BERUFSBILDUNG, Berlin, Volk und Wissen Verlags-GmbH.

BIOLOGISCHES ZENTRALBLATT, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.

BÖRSENBLATT FÜR DEN DEUTSCHEN BUCHHANDEL, Leipzig, Verlag des Börsenvereins der deutschen Buchhändler zu Leipzig.

CHEMIKER-ZEITUNG, Köthen (in Vorbereitung)

CHEMISCHES ZENTRALBLATT, Berlin, Akademie-Verlag GmbH.

DAMENWELT, Berlin.

DAS ABC DER SCHUHFABRIKATION, Erfurt, Schuhindustrie-Verlag Seiler & Co.

DAS NEUE BERLIN, Berlin, „Das Neue Berlin“-Verlagsgesellschaft mbH.

DER AUTOR, Berlin, Schutzverband deutscher Autoren Dr. Werner Schendell.

DER IMKER, Berlin, 5000, monatl.

DER KANINCHENZÜCHTER, Leipzig, 30 000, zweimal monatlich.

DER LITERATURBRIEF, Berlin.

DER NEUBAU, Berlin, Bau-Verlag Thomas Abeking und K. Müller.

DER POSTILLON, Berlin.

DER RENNTAG, Berlin, Herbert Kuschel.

DER STAAT, Berlin, Allgemeiner Deutscher Verlag.

DER WEGWEISER, Berlin, monatl.

DERMATOLOGISCHE WOCHENSCHRIFT, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.

DEUTSCHE BIENENZEITUNG, Berlin, 16 000, monatl.

DEUTSCHE FRAUEN- UND MODENZEITUNG, Leipzig, 200 000 (in Vorbereitung).

DEUTSCHE LITERATURZEITUNG, Berlin, Akademie-Verlag GmbH.

DEUTSCHE MONOGRAPHIEN, Berlin, Verlag für wirtschaftliche Informationen Wilhelm Orschel.

DEUTSCHE RUNDSCHAU, Berlin.

DEUTSCHE ZEITUNG FÜR BRIEFMARKENKUNDE, Pößneck (erscheint demnächst).

DIE FINANZWIRTSCHAFT, Berlin, Deutscher Zentralverlag GmbH.

DIE FORSTWIRTSCHAFT, Berlin, Deutscher Zentralverlag GmbH.

- IE GEGENWART, Leipzig, Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig.
- IE GESAMTE INNERE MEDIZIN UND IHRE GRENZGEBIETE, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- IE GLASHÜTTE, Dresden, Sachsenverlag.
- IE MEDIZINISCHE TECHNIK, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- IE MODENSCHAU, Berlin, Gustav Lyon K. G.
- IE PHARMAZIE, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- IE STERNE, Leipzig, Johann Ambrosius Barth.
- RAMATURGISCHE BLÄTTER, Berlin, Bruno Hentschel & Sohn.
- ACHZEITSCHRIFT DES BAUWESENS, Weimar.
- ORSCHUNGEN UND FORTSCHRITTE, Berlin, Akademie-Verlag GmbH.
- RISEUR — Kosmetik — Mode, Berlin, monatl.
- UNK UND SCHULE, Berlin, Volk und Wissen Verlags-GmbH.
- UNKTECHNIK, Berlin, 20 000, zweimal monatl.
- EFLÜGELBÖRSE, Leipzig, 25 000, zweimal monatl.
- UTER RAT FÜR HAUS UND KLEID, Leipzig, 250 000, wöchentl.
- AUSWIRTSCHAFTLICHE NACHRICHTEN, Berlin, monatl.
- ERMELIN, Leipzig, 5000, zweimal monatl.
- TEUTE UND MORGEN, Schwerin, Mecklenburger Heimatverlag.
- INDERARZTLICHE PRAXIS, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- OPFCHEN, MEIN LIEBER, Quedlinburg/Harz, über eine Million, monatl.
- UNSTLICHE BLUMEN, SCHMUCK, SPIELWAREN, Markranstädt bei Leipzig, Friedrich Daebl.
- ULTURSPIEGEL, Dresden, zweimal monatl.
- UNSTSEIDE UND ZELLWOLLE, H. Jentgen Verlag K. G.
- UNST UND KÜNSTLERISCHE GESTALTUNG, Leipzig, E. A. Seemann.
- LEIPZIGER BIENENZEITUNG, Leipzig, 20 000, monatl.
- MECKLENBURGER KIRCHENZEITUNG, Schwerin.
- EDIZINISCHE KLINIK, Berlin, wöchentl.
- ELODIE (ZEITSCHRIFT FÜR MUSIKFREUNDE), Berlin.
- ETALLWAREN-MARKTLISTE, Berlin, zweimal monatl.
- ITTEILUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT, Schwerin, Industrie- und Handelskammer Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.
- ONATSHEFTE FÜR VETERINÄRMEDIZIN, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- ACHRICHTENBLATT FÜR DEN DEUTSCHEN PFLANZEN-SCHUTZDIENST, Berlin, Deutscher Zentralverlag GmbH, 2000, monatl.
- ATUR UND NAHRUNG, Berlin, Carl Heymanns Verlag.
- EUE BERLINER GARTENBÖRSE, Klein-Machnow bei Berlin, Gartenverlag Dr. Hermann Elias und Kurt Mehlhardt.
- EUE HEIMAT, Berlin, Deutscher Zentralverlag GmbH.
- ETRUSBLATT, Berlin, 30 000, wöchentl.
- FLANZENERNÄHRUNG, Berlin, Deutscher Zentralverlag GmbH.
- PHARMAZEUTISCHE ZENTRALHALLE FÜR DEUTSCHLAND, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- PHARMAZIE, Berlin, 5000, monatl.
- PHOTOPHYSIK UND PHOTOCHEMIE, Leipzig, Johann Ambrosius Barth.
- PRAKTISCHE MODEN, Leipzig, Universal-Verlag GmbH.
- RENNSPORT, Berlin, 30 000, wöchentl.
- SCHUHWIRTSCHAFT, Berlin, wöchentl.
- STRAHLENTHERAPIE, Berlin.
- THEATER, FILM, FUNK, Berlin, 50 000, zweimal monatl.
- THEOLOGISCHE LITERATURZEITUNG, Berlin, Evangelische Verlagsanstalt.
- THERAPIE UND GEGENWART, Berlin, 25 000.
- THÜRINGER KLEINTIERZÜCHTER, Meuselwitz (Thüringen), Müller-Verlag.
- TIERZUCHT, Berlin, Deutscher Zentralverlag GmbH.
- VETERINAR-MEDIZIN, Berlin, monatl.
- VOLKSBIBLIOTHEKAR, Berlin, Volk und Wissen Verlags-GmbH.
- VOLKSHOCHSCHULE, Berlin (in Vorbereitung).
- WIRTSCHAFT IM AUFBAU, Potsdam, Potsdamer Verlagsgesellschaft mbH.
- WIRTSCHAFT UND ARBEIT, Dresden, Sachsenverlag.
- WISSENSCHAFTLICHES ZAHNARZTEBLATT, Zeulenroda.
- ZEITSCHRIFT DER SAVIGNYSTIFTUNG FÜR RECHTSGESCHICHTE, Weimar, Hermann Böhlau Nachf.
- ZEITSCHRIFT FÜR ANORGANISCHE CHEMIE, Leipzig, Johann Ambrosius Barth.
- ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTE INNERE MEDIZIN UND IHRE GRENZGEBIETE, Leipzig.
- ZEITSCHRIFT FÜR GEBURTSHILFE UND GYNÄKOLOGIE, Leipzig.
- ZEITSCHRIFT FÜR PHONETIK, Berlin, Akademie-Verlag GmbH.
- ZEITSCHRIFT FÜR UROLOGIE, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- ZEITSCHRIFT FÜR WISSENSCHAFTLICHE PHOTOGRAPHIE, Leipzig, Johann Ambrosius Barth.
- ZENTRALBLATT FÜR ARBEITSWISSENSCHAFT, Berlin, Carl Heymanns Verlag.
- ZENTRALBLATT FÜR BAKTERIOLOGIE, PARASITENKUNDE, INFektionsKRANKHEITEN UND HYGIENE, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- ZENTRALBLATT FÜR CHIRURGIE, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- ZENTRALBLATT FÜR GYNÄKOLOGIE, Berlin, Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage GmbH.
- ZENTRALBLATT FÜR DAS BIBLIOTHEKSWESEN, Leipzig, Otto Harrassowitz.
- ZENTRALVERORDNUNGSBLATT, Berlin, Deutscher Zentralverlag GmbH.

Für die folgenden Zeitschriften wurden Lizenzen erteilt; die Verlage stehen noch nicht fest:

„Amtsblatt der evangelisch-reformierten Kirche Sachsens“, „Philologus“, „Tauschpost“, „Thüringer Gartenbau“, „Wort und Werk“, „Zeitschrift für Kunstwissenschaft“ und „Zeitschrift für slawische Philologie“.

1. AUGUST 1947:

Der Revisionsentwurf des britisch-ägyptischen Vertrages von 1936, der von Ägypten zurückgewiesen worden war, wird in London in Form eines Weißbuches veröffentlicht.

Der ägyptische Ministerpräsident *Nokraschy* Pascha führt Besprechungen mit Präsident *Truman* und Außenminister *Marshall* in Washington.

Der Sicherheitsrat der UN fordert die Niederlande und Indonesien auf, ihren Streitfall durch „ein Schiedsgericht oder andere friedliche Mittel“ beizulegen.

2. AUGUST 1947:

Trygve Lie fordert im Rahmen seines Berichts über die Ernährungslage in einzelnen europäischen Ländern sofortige Maßnahmen zur Behebung der drohenden Ernährungskrise.

Die indonesische Regierung erklärt sich mit den Beschlüssen des Weltfriedensrats unter der Bedingung einverstanden, daß die Truppen hinter die Demarkationslinie von 1946 zurückgezogen werden.

Sowjetrussische Truppen besetzen österreichische Ölfraffinerien in der Lobau, die teilweise Eigentum britisch-amerikanischer Gesellschaften sind.

Anläßlich der durch die italienische Nationalversammlung beschlossenen Ratifizierung des Friedensvertrages richtet Außenminister *Marshall* an den italienischen Außenminister *Sforza* eine Botschaft, die dem italienischen Volk die Hilfe der Vereinigten Staaten beim Wiederaufbau zusichert.

Weitgehende Umbildung des burmesischen Kabinetts *Thakin Nu*. In dem zwischen Bulgarien und Jugoslawien abgeschlossenen Beistands- und Freundschaftspakt verzichtet Jugoslawien auf die bulgarischen Reparationen.

3. AUGUST 1947:

Der britische König gibt seine Zustimmung zur Ernennung von Viscount *Mountbatten* zum Generalgouverneur von Indien und von Mohammed Ali *Jinnah* zum Generalgouverneur von Pakistan.

4. AUGUST 1947:

Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, *Clayton*, die amerikanischen Botschafter in London und Paris, *Douglas* und *Caffery*, und der Berater General *Clays*, *Murphy*, treffen sich in Paris zu Beratungen über die europäische Wirtschaftslage.

In einer Protestnote an die Sowjet-Union lehnt Großbritannien den sowjetischen Vorschlag ab, die Ratifizierung der Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands aufzuschieben, bis diese selbst die Friedensverträge ratifiziert haben.

Bei der Abstimmung im Unterhaus über die Deutschlandpolitik erhält die britische Regierung mit 298 gegen 102 Stimmen das Vertrauensvotum.

Die indonesischen und niederländischen Streitkräfte stellen ihre Feindseligkeiten ein.

5. AUGUST 1947:

Im britischen Unterhaus wird der Entwurf eines Wirtschaftsgesetzes eingebracht, das außerordentliche Regierungsvollmachten zur Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Großbritannien, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle des Arbeitseinsatzes vorsieht.

Die französische Regierung sagt ihre Teilnahme an der Konferenz der Stellvertretenden Außenminister im Oktober in London zu.

Der ägyptische Ministerpräsident *Nokraschy* Pascha und der britische Vertreter Sir Alexander *Cadogan* geben vor dem Weltfriedensrat ihre Erklärungen über den ägyptischen Konflikt ab.

Der Weltjudenkongreß in der Schweiz fordert die Aufhebung aller Einwanderungsbeschränkungen für Juden nach Palästina.

6. AUGUST 1947:

Die französische Regierung lehnt das Abkommen über eine allgemeine Lohnerhöhung um elf Prozent, das zwischen dem französischen Gewerkschaftsbund und den Arbeitgeberverbänden geschlossen wurde, endgültig ab.

Rücktritt der spanischen Exilregierung *Llopi*s in Paris.

Spaltung der Sozialdemokratischen Partei in Ungarn. Beginn des Prozesses gegen den früheren Führer der bulgarischen Opposition, *Nikolas Petkoff*, in Sofia.

7. AUGUST 1947:

Außenminister *Marshall* gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten einen Sieben-Millionen-Dollar-Kredit der Export-Import-Bank an Ungarn gesperrt haben.

Die polnische Regierung bittet die Vereinigten Staaten um erneute Überprüfung ihres Beschlusses, Polen nach der Beendigung der

UNRRA-Lieferungen von amerikanischen Hilfslieferungen auszuschließen.

Der amerikanische Vertreter im Internationalen Kontrollrat für Japan, *George Atheson*, lehnt einen sowjetischen Fragebogen über private Handelsbeziehungen mit Japan und über die japanische Industrieproduktion ab.

Staatspräsident *Tildy* unterzeichnete das von der ungarischen Nationalversammlung gebilligte Gesetz zur Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrages.

8. AUGUST 1947:

Verletzung des Waffenstillstandes in Indonesien durch erneute Kampfhandlungen zwischen indonesischen und niederländischen Streitkräften.

9. AUGUST 1947:

Der amerikanische, der britische und der französische Oberbefehlshaber in Österreich erheben bei den sowjetischen Behörden in Österreich Einspruch gegen die sowjetische Besetzung der Ölfraffinerien in der Lobau.

Beginn des ersten internationalen Pfadfindertreffens (Jamboree) nach dem Kriege in Moisson, Frankreich.

10. AUGUST 1947:

Premierminister *Attlee* fordert das britische Volk auf, zur Überwindung der Wirtschaftskrise dem neuen Plan der Regierung durch Anstrengung und Opferbereitschaft zum Erfolg zu verhelfen.

11. AUGUST 1947:

In London werden ein Handelsvertrag und ein Zahlungsabkommen für Lieferung von Lebensmitteln aus Ungarn nach Großbritannien unterzeichnet.

Heftige Debatte im britischen Unterhaus zwischen Opposition und Labour-Partei über das Wirtschaftsgesetz.

12. AUGUST 1947:

Der belgische Senat nimmt den Gesetzentwurf über die Billigung des Übereinkommens für die belgisch-niederländisch-luxemburgische Zollunion an.

Beginn der britisch-amerikanischen Besprechungen in Washington über die Frage der Ruhrkohlenförderung.

13. AUGUST 1947:

Der britische König erteilt dem Wirtschaftsgesetz, das der britischen Regierung außergewöhnliche Vollmachten zubilligt, seine Zustimmung; das Gesetz erlangt somit Rechtskraft.

Die ungarische Sozialistische Partei lehnt die von dem stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten und Führer der ungarischen Kommunistischen Partei, *Matyas Rakosi*, geforderte Verschmelzung der Sozialistischen mit der Kommunistischen Partei ab.

Nokraschy Pascha stellt im Sicherheitsrat den Antrag, zum 1. September 1947 die Rücknahme der britischen Truppen aus Ägypten anzuordnen.

14. AUGUST 1947:

Nach dreimonatigen amerikanisch-italienischen Verhandlungen streichen die Vereinigten Staaten von den italienischen Kriegsschulden eine Summe von ungefähr einer Milliarde Dollar und geben eingefrorenen italienischen Besitz in den Vereinigten Staaten in Höhe von 66 Millionen Dollar frei.

Der britische Minister für die Commonwealth-Beziehungen, *Lord Addison*, übernimmt die Funktionen des aufgelösten Indienministeriums. Der bisherige Unterstaatssekretär für Indien, *Arthur Henderson*, wird ihm als Staatsminister für die Commonwealth-Beziehungen und erster Vertreter zugeteilt.

Beginn des Jahreskongresses der französischen Sozialistischen Partei in Lyon.

15. AUGUST 1947:

Die Machtübertragung Großbritanniens an die beiden neuen indischen Dominien Pakistan und Indien tritt offiziell in Kraft. Der Führer der Moslemliga, Ali *Jinnah*, übernimmt das Amt des Generalgouverneurs von Pakistan, und Viscount *Mountbatten* wird nach Niederlegung des Amtes als Vizekönig Generalgouverneur von Indien.

Eröffnung der Panamerikanischen Konferenz in Petropolis bei Rio de Janeiro zur Ausarbeitung eines gemeinsamen amerikanischen Verteidigungsabkommens, bei der unter anderem die Vereinigten Staaten durch Außenminister *Marshall*, Argentinien durch Außenminister *Juan Bramuglia* und Brasilien durch Außenminister *Paul Fernandes* vertreten sind.

Die Vereinigten Staaten laden die Sowjet-Union ein, als eine der vorgesehenen elf Nationen an der japanischen Friedenskonferenz teilzunehmen.

uf der Pariser Konferenz zur Vorbereitung des Marshall-Planes
ird eine europäische Zollunion vorgeschlagen.

nterzeichnung eines Übereinkommens über ein Liquidationspro-
amm der deutschen Guthaben in Italien durch die Regierungen
ankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Italiens.

16. AUGUST 1947:

Widerspruch zur Konvention von 1880 fordert die ägyptische
regierung Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staa-
n auf, ihr fremde Kriegsschiffe künftig zehn Tage vor Passieren
s Suez-Kanals anzumelden.

ls Führer der konservativen Opposition warnt *Churchill* das bri-
sche Volk vor einer Unterwerfung unter totalitären Zwang.

er ehemalige Führer der aufgelösten bulgarischen Bauernpartei,
ikolas *Petkoff*, wird vom bulgarischen Gerichtshof wegen Hoch-
rrat zum Tode verurteilt.

17. AUGUST 1947:

eginn eines Prozesses in Krakau gegen Anhänger der polnischen
uernpartei *Mikolajczyks*, denen zur Last gelegt wird, Spionage
gunsten fremder Mächte getrieben zu haben.

18. AUGUST 1947:

ffizielle Aufforderung der amerikanischen und der britischen Re-
erung an den sowjetrussischen Vertreter im Alliierten Kontroll-
t in Sofia, den Aufschub der Hinrichtung des bulgarischen Op-
ositionsführers *Petkoff* von der bulgarischen Regierung zu ver-
agen.

öffnung der Exportmesse 1947 in Hannover durch den Präsi-
nten des Zweizonen-Wirtschaftsrates, Dr. Erich *Köhler*.

ginn britisch-amerikanischer Finanzbesprechungen in London.

19. AUGUST 1947:

ie britischen und amerikanischen Delegierten auf der Ruhrkohlen-
onferenz in Washington einigen sich grundsätzlich über die Bil-
ng einer gemeinsamen Kontrollbehörde für den Ruhrkohlen-
rgbau.

20. AUGUST 1947:

er britische Schatzkanzler *Hugh Dalton* ordnet die vorübergehende
nschränkung der Konvertierbarkeit des Pfundes Sterling in
ollar an.

eneral *de Gaulle* kündigt an, daß die von ihm gegründete fran-
sische Sammlungsbewegung bei den bevorstehenden Gemein-
dewahlen Kandidaten aufstellen wird.

Prozeß gegen die 23 nationalsozialistischen deutschen Ärzte
d Wissenschaftler werden durch das amerikanische Militärgericht
Nürnberg 7 Angeklagte zum Tode verurteilt, 5 zu lebenslangem
chthaus und 4 zu Freiheitsstrafen von 10 bis 20 Jahren.

21. AUGUST 1947:

ie Sowjet-Union protestiert bei der britischen und der amerika-
schen Regierung gegen die Londoner Dreimächte-Besprechungen
er das Ausmaß der deutschen Industrieproduktion und bezeichnet
ie Konferenz, die ohne Teilnahme der Sowjet-Union zusamen-
ten wird, als eine Verletzung des Potsdamer Abkommens.

finanzbesprechungen in Washington zwischen britischen und ameri-
nischen Delegierten. Leiter der britischen Finanzabordnung ist
r Wilfrid *Eady*.

er indonesische Ministerpräsident *Sjarifuddin* fordert die Fort-
etzung des Kampfes gegen die Niederländer.

22. AUGUST 1947:

usammentritt der britisch-amerikanisch-französischen Konferenz in
ondon über die Festsetzung einer erhöhten deutschen Industrie-
oduktion.

ie Sowjet-Union weist den von der britischen und der amerika-
schen Regierung ausgesprochenen Wunsch auf Intervention bei
r bulgarischen Regierung zwecks Überprüfung des Schuldspruchs
d des Todesurteils gegen *Petkoff* zurück.

00 Juden, denen die Einreise nach Palästina von den britischen
höörden nicht gestattet wurde, weigern sich, von ihren Schiffen aus
Frankreich an Land zu gehen.

23. AUGUST 1947:

icktritt des griechischen Kabinetts *Maximos*.

as amerikanische Außenministerium beschuldigt Jugoslawien, Bul-
rien und Albanien, die Bemühungen des Sicherheitsrats, alle
atsachen über den Bürgerkrieg in Griechenland zu sammeln, sa-
otiert zu haben.

as rumänische Kabinett ratifiziert den rumänischen Friedensvertrag.

24. AUGUST 1947:

ie französischen Parlament bilden 55 Abgeordnete der Parteien
r Mitte und der Rechten eine „überparteiliche Aktionsgruppe“.
euter zufolge handelt es sich um Anhänger der Sammlungsbewe-
ng *de Gaulles*.

ie französische Sozialistische Partei und die Republikanische Volks-
rtei kündigen an, daß jeder ihrer Abgeordneten selbsttätig aus
er Partei scheidet, wenn er sich der „überparteilichen Aktions-
gruppe“ anschließt.

ie Vereinigten Staaten senden der sowjetrussischen Regierung

einen Protest gegen die Aufrechterhaltung der russischen Besetzung
des chinesischen Hafens Dairen.

Unterzeichnung eines bulgarisch-jugoslawischen Handelsvertrages.
Dr. Kurt *Schumacher* fordert die Übergabe der Verwaltung des
Ruhrgebiets in deutsche Hände und die Rückgabe der durch die
Russen übernommenen Fabriken in der Ostzone.

25. AUGUST 1947:

Eröffnung der dritten Jahreskonferenz der Ernährungs- und Land-
wirtschaftsorganisation der UN in Genf, deren Ziel die Gründung
eines ständigen Welternährungsrates ist.

Nach Mitteilung des französischen Kriegsministeriums haben sich
20 Prozent der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ent-
schlossen, als freiwillige Arbeiter in Frankreich zu bleiben.

Die jugoslawische Nationalversammlung ratifiziert den italienischen
Friedensvertrag.

Die bulgarische Nationalversammlung ratifiziert den bulgarischen
Friedensvertrag.

26. AUGUST 1947:

Beginn der Commonwealth-Konferenz in Canberra über die japa-
nische Friedensregelung.

Der belgische Ministerpräsident und Außenminister *Spaak* spricht
sich in Brüssel gegen das Vetorecht der Großmächte aus.

27. AUGUST 1947:

Als erste Sparmaßnahme zur Beseitigung des Defizits in der bri-
tischen Zahlungsbilanz von 600 Millionen Pfund Sterling verfügt
die britische Regierung eine Kürzung der Lebensmittel- und Ben-
zinzuteilungen und eine erhebliche Einschränkung der Auslands-
reisen außerhalb des Sterling-Bereichs.

Beginn der Außenministerkonferenz der vier skandinavischen Län-
der Schweden (*Unden*), Norwegen (*Lange*), Dänemark (*Rasmussen*)
und Island (*Benediktsson*) in Kopenhagen.

Der Leiter des Planungsausschusses des amerikanischen Außen-
ministeriums, *George Kennan*, begibt sich nach Paris zu dringenden
Beratungen im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan zum wirt-
schaftlichen Wiederaufbau Europas.

Der neue Ministerpräsident und Außenminister der spanisch-repu-
blikanischen Exilregierung, *Alvaro del Albornoz*, der der links-
republikanischen Partei angehört, gibt die Zusammensetzung seines
Kabinetts bekannt.

Eröffnung des Prozesses in Nürnberg gegen die Direktoren des
IG-Farben-Konzerns.

Die französische Nationalversammlung nimmt das Statut von Al-
gerien an. Die Kommunisten enthalten sich der Stimme.

28. AUGUST 1947:

Herausgabe eines Communiqués über die Dreimächte-Besprechun-
gen in London, das eine Erweiterung der deutschen Industriepro-
duktion vorsieht. Die französische Regierung macht eine Anzahl
Vorbehalte.

29. AUGUST 1947:

Das Präsidium des Obersten Sowjets ratifiziert die Friedensver-
träge mit den fünf ehemals mit Deutschland verbündeten Staaten
Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland.

In einer Note an die Vereinigten Staaten verweist die sowjetische
Regierung darauf, daß die Einberufung einer Elfmächte-Konferenz
zur Vorbereitung des japanischen Friedensvertrages eine Ange-
legenheit des Außenministerrats sei.

In einer Note an die Sowjet-Union schlagen die Vereinigten
Staaten eine Viermächte-Konferenz — das heißt eine Konferenz
der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjet-Union und
Chinas — für den 8. September 1947 vor, um die Verwirklichung
der koreanischen Unabhängigkeit zu beschleunigen.

Veröffentlichung des Berichts Präsident *Trumans* an den Kongreß
über amerikanische Hilfeleistungen während der ersten drei Mo-
nate dieses Jahres.

Bildung einer neuen griechischen Einparteienregierung der Volks-
partei unter Ministerpräsident Konstantin *Tsalدارis*.

Für die zweite Hälfte des Jahres 1947 wird die französische Ein-
fuhr aus den Dollarländern um zwei Drittel verringert.

30. AUGUST 1947:

Der sowjetische Oberbefehlshaber in Österreich, General *Kurassow*,
weist den Protest der anderen Alliierten gegen die russische Be-
schlagnahme der Ölfrafinerien in der Lobau mit der Begründung
zurück, daß die Anlagen unter deutsches Eigentum im Ausland
fallen.

Verhandlungen in Washington zwischen Großbritannien und den
Vereinigten Staaten über das Datum der Rückberufung der noch
in Griechenland stehenden britischen Truppen.

31. AUGUST 1947:

Die Parlamentswahlen in Ungarn ergeben einen Sieg für die
Kommunistische Partei. An nächster Stelle stehen die Demokra-
tische Volkspartei und die Partei der Kleinen Landwirte.
Der britische Oberbefehlshaber und Hohe Kommissar in Österreich,
Sir James *Steele*, wird zum Generaladjutanten im britischen Kriegs-
ministerium ernannt.

INHALT

POLITISCHES ARCHIV

Probleme der europäischen Friedensordnung:

Europäische Kongresse im Wandel der Außenpolitik
(Archivbericht) 841

Weltorganisation und Weltfriedenspläne:

Die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen
(Archivbericht) 859

WIRTSCHAFTS-ARCHIV

Probleme der europäischen Friedensordnung:

Der gegenwärtige Lebensstandard in Deutschland 871

Wirtschaftspolitik:

Der Weg des deutschen Binnenhandels (Archivbericht) 881

ZEITREGISTER August 1947 910

DOKUMENTATION

Memorandum des Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas 83

KULTUR-ARCHIV

Deutschland:

Zur Struktur der europäischen Kulturwirtschaft
(Archivbericht) 83
Der deutsche Buchhandel bis 1930 83

Judentum:

Die gegenwärtige Lage der jüdischen Orthodoxie
(Archivbericht) 90

Deutschland:

Deutsche Zeitschriften in der sowjetrussisch besetzten Zone (Nachtrag) 90

Nachdruck nur bei Quellenangabe „Europa-Archiv“ gestattet. Mit „Archivbericht“ gekennzeichnete Beiträge dürfen nur mit Genehmigung des Herausgebers wiedergegeben werden.

AN DIESER FOLGE ARBEITETEN MIT:

Wilhelm Bauer, Berlin, geb. 19. März 1904
Gertrud Becker, Frankfurt am Main, geb. 27. August 1918
Wilhelm Cornides, Oberursel (Taunus), geb. 27. Juli 1920
Erika Feldmann, Oberursel (Taunus), geb. 11. August 1917
Dr. Hermann Hackert, † 29. Juli 1947

Winfried Martini, Endorf (Oberbayern), geb. 4. Juni 1905
Robert Nieschlag, Berlin, geb. 25. März 1905
Wilfried Tenholt, Oberursel (Taunus), geb. 1. September 1915
Ernst Umlauff, Frankfurt am Main, geb. 29. Oktober 1896
Hermann Volle, Oberursel (Taunus), geb. 8. April 1917

REDAKTIONELLE ANMERKUNGEN

Nachdem wir bereits in der Juli- und August-Folge den üblichen Umfang des „Europa-Archivs“ um ein wesentliches erweitert hatten — die Juli-Nummer erschien mit 112, die August-Nummer mit 64 Seiten —, geht auch die vorliegende Folge mit 72 Seiten beträchtlich über den von uns seinerzeit angekündigten Durchschnittsumfang von 48 Seiten hinaus. Dies geschah, um in Ausnutzung der günstigeren Witterungsverhältnisse unseren Lesern möglichst viel Material an die Hand zu geben, ehe die zu erwartenden produktionsstörenden Einflüsse des Winters auftreten.

Für das letzte Quartal des Jahres 1947 und den Anfang des Jahres 1948 werden wir uns jedoch voraussichtlich gezwungen sehen, zu dem ursprünglichen Umfang von 48 Seiten zurückzukehren. Wir hoffen, daß unsere Leser diesen zeitbedingten Schwankungen mit Verständnis begegnen werden. Unsererseits werden wir alles daransetzen, den Umfang des „Europa-Archivs“ wieder zu erweitern, sobald die technischen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die in letzter Zeit zahlreiche einlaufenden Anfragen veranlassen uns, mitzuteilen, daß wir vorläufig noch nicht in der Lage sind, Einzelthemen außerhalb unseres Veröffentlichungsplanes zu bearbeiten. Der Aufbau des Archivs, die Durchführung der laufenden Redaktionsarbeiten und die vielfach notwendigen langfristigen Planungsarbeiten beanspruchen alle verfügbaren Kräfte unserer Mitarbeiter so stark, daß wir zur Zeit noch keine zusätzlichen Aufträge annehmen können. Sollten wir uns in der Lage sehen, Einzelaufträge zu bearbeiten, so wird das an dieser Stelle mitgeteilt werden.

BERICHTIGUNGEN

Seite 422 linke Spalte, 2. Zeile von unten; statt Tharwal: Ministerpräsident *Tharwat*.
Seite 426 *Nachtrag*: Abschnitt „Soziale Verhältnisse“. Im April 1947 durch die Presse bekanntgewordene Ergebnisse einer neuen Volkszählung in Ägypten beziffern die Bevölkerung des Landes auf 19 042 000 Menschen. Das bedeutet eine Dichte von 19,2 Menschen, auf dem Kulturboden bezogen eine solche von etwa 540 Menschen je Quadratkilometer.
Seite 428 rechte Spalte, zweiter Absatz; statt Dscharabub: *Dschaghhub* (Giarabub).
Seite 665 linke Spalte, DIE FRAU VON HEUTE; statt Alldentscher Verlag: *Allgemeiner Deutscher Verlag*.
Seite 777 erster Absatz, 7. Zeile; britisch-französischer Bündnisvertrag, statt vom 4. Januar: vom 4. März 1947.
Seite 875 rechte Spalte, letzte Zeile; statt zu denen deutsche Beamte zugezogen wurden: zu denen deutsche Beamte *nicht* zugezogen wurden.
Seite 814 unter der Tabelle; lies: *Der Binnenhandel im Kriege*.
Seite 835 rechte Spalte, 6. Zeile von unten; lies: *Mitchell*, Edwin Valentine.

Schriftleitung: Wilhelm Cornides, Hermann Volle, Gertrud Becker.

Verlag: Europa-Archiv (Lizenz US-W 2007), Oberursel (Taunus) bei Frankfurt am Main.

Adresse des Verlags und der Redaktion: Oberursel (Taunus), Gartenstraße 12, Telefon 239.

Redaktion des Kulturarchivs: Frankfurt am Main, Kettenhofweg 113, Telefon 73907.

Das Europa-Archiv erscheint monatlich zum Preise von RM 4.-. Preis ausschließlich Zustellgebühren. Die Auslieferung des Europa-Archivs erfolgt durch die Firma R. Oldenbourg, München, Lotzbeckstraße 2b. Bestellungen und Abbestellungen sind nur nach München zu richten. Die Berechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abnahme des ersten Hefes verpflichtet zur jeweiligen Abnahme aller in einem Vierteljahr erscheinenden Hefte. Lieferung ist nur über den Buchhandel möglich. Sie erfolgt auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Zahlungen sind auf Postscheckkonto R. Oldenbourg, München Nr. 5155, oder an die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank (R. Oldenbourg) zu leisten.

Redaktionsschluß: 15. September 1947.

Auflage 12 000

Druck: Heinrich Berlebach, Oberursel

Copyright 1947 by Verlag Europa-Archiv Wilhelm Cornides, Oberursel (Taunus).

Printed in Germany